

# Das Argument

# 48

10. Jahrgang 1968

## **Kalter Krieg und Neofaschismus in der Bundesrepublik. Materialien zur »formierten« Demokratie (II)**

Günther Anders; Wolfgang Fritz Haug; Friedrich Tomberg: CSSR und Kalter Krieg (Editorial)	261
Hansgeorg Conert: Kalter Krieg und Teilung Deutschlands. Literaturbericht [Sammelrezension]	266
Joachim Hirsch: Verhältnis- oder Mehrheitswahl? Literatur zur Wahlrechtsdiskussion in der Bundesrepublik	295
Manfred Hahn: Faschismus in verändertem Aufzug? Hinweise auf Literatur über die »Formierte Gesellschaft«	300
Sebastian Herkommer: NPD in der »formierten« Demokratie	309
Kurt Lenk: Mentalität und Meinungsmilieu als Faktoren rechtsradikalen Erfolgs	319
Heribert Adam: Der Bild-Leser	328
<u>Zur Diskussion gestellt</u>	
Dieter Hirschfeld: Umriss einer Theorie des Antikommunismus	335
<b>Besprechungen</b>	348

## Editorial

Schadenfroh reiben sie sich nun die Hände, patronisierend klopfen sie Dubcek auf die Schultern, so als wäre der ein vielversprechendes Juniormitglied im Aufsichtsrat der ‚freien Welt‘; und nichts ist ihnen als Zeugnis gegen den Sozialismus willkommener als die Tatsache, daß ein sozialistischer Staat, der übermächtige unter diesen, einen anderen sozialistischen Staat vergewaltigt. Beinahe könnte man, wenn man ihre Blätter liest, glauben, daß es in der Welt der kapitalistischen Staaten Vergewaltigung überhaupt noch niemals gegeben habe. Gleichviel, schadenfroh reiben sie sich nun die Hände, während die wirklichen Sozialisten, gleich ob einer Partei angehörig oder nicht, empört, beschämt und verdüstert dabeistehen und genau wissen, daß was die als die Entlarvung des Sozialismus, als dessen ‚Brauch‘ hinstellen, mit dessen Zielsetzung und Wesen nichts zu tun hat, nicht das mindeste, vielmehr dessen haarsträubender Mißbrauch ist. Trotzdem gilt in gewissem Sinne, daß die Vergewaltigung der CSSR schlimmer ist und beklagenswerter und beschämender als jene Vergewaltigungen, an die wir in der nicht-sozialistischen Welt täglich gewohnt sind; schlimmer deshalb, weil sich diese Vergewaltigungen eben bei ‚uns‘: nämlich unter Sozialisten abspielen und weil das Verhältnis der Staaten untereinander, das wir als Sozialisten verlangen, schließlich ein anderes ist als das, an dem die kapitalistischen Staaten interessiert sind. Und schlimm ist es schließlich für uns, daß wir mit jenen reaktionären Regierungen in Washington, London, Paris, Bonn etc., deren Politik wir hatten bekämpfen müssen, nun plötzlich eine einzige und geschlossene Front zu bilden scheinen. Aber diese Tatsache, wie desorientierend sie auch sein mag, darf uns nicht davon abhalten, unserer Empörung über das Unrecht, das stattgefunden hat und auch heute noch stattfindet und morgen gewiß noch nicht vorbei ist, unzweideutig Ausdruck zu geben.

Andererseits müssen wir es freilich unter allen Umständen vermeiden, daß unsere Schreie mit den gleichzeitigen Schreien der Reaktion zu einem einzigen Schrei zusammenschmelzen. Durch die Tatsache, daß die UdSSR die CSSR überrollt hat, ist die ‚freie Welt‘ nicht moralischer geworden. A's Unrecht steigert nicht B's Tugend, und wir sind durch dieses Unrecht unseren alten klassischen Gegnern in Washington oder Bonn nicht etwa näher gerückt. Die Tatsache, daß viele Reaktionäre Dubcek nun loben, die spricht nicht im mindesten für sie, ebensowenig gegen Dubcek, sondern allein gegen jene, die es durch ihre Invasion fertiggebracht haben, sich in Konflikt nicht nur mit den reaktionären Kräften der kapitalistischen Welt zu bringen, und in Konflikt nicht nur mit den Dubceks, sondern auch mit denen, die, wie wir, nicht unbedingt jeden Schritt der Prager Regierung gutgeheißen haben, aber unbedingt deren Recht auf einen eigenen Weg verteidigen. Keine Frage: in wenigen Tagen werden wir von den grands simplificateurs, die alle Gegner über einen einzigen Kamm scheren, ‚konterrevolutionär‘ genannt werden und ‚Freunde und Steigbügelhalter der Nixons und der Straußens‘. Das ist schreck-

lich, aber es gehört unvermeidlich zu den täglichen Risiken der politischen Existenz heute.

*Ergo: Unter keinen Umständen dürfen wir, die durch die Ereignisse Verdüsterten, zu Alliierten derer werden, die diese Entwicklung schadenfroh begrüßen, unter keinen Umständen dürfen wir in deren Chor einstimmen oder gar (wofür sie bereits gute Honorare bereithalten) als deren solistische Chorführer auftreten. Wer von uns seine Trauer- und Empörungstimme ihrem Jubelchor zur Verfügung stellt, der fügt dem Verrat am Sozialismus, der stattgefunden hat, noch einen weiteren Verrat hinzu.*

*Nein, Zusammenarbeit mit denen, die erst heute ihr Herz für Dubcek und ihre Passion für Sozialismusvarianten und für Gewaltlosigkeit entdeckt haben, ist unmöglich. Wer gegenüber der Aggression der Vereinigten Staaten, gegenüber der Verwüstung des vietnamesischen Landes und der vietnamesischen Bevölkerung durch die US Army gleichgültig geblieben war oder diese gar gerechtfertigt hatte, der hat kein Recht auf Protest gegen das Unrecht, das nun Prag angetan wird. Und wenn diese frischgebackenen Moralisten von rechts nun mit großzügiger Geste versuchen sollten, uns als fröhliche Mitkrieger in eine von ihnen dirigierte kalte Volksfront einzuladen, oder auch nur uns von dieser nicht auszuschließen, dann müssen wir ihnen den Rücken kehren, denn was wir zu tun haben, das ist nicht, den Sozialismus, sondern dessen Degeneration zu bekämpfen; und die Selbstzerstörung des Sozialismus zu verhüten.*

*Mit diesen falschen Bundesgenossen haben wir um so weniger etwas gemein, als es absolut unerlaubt ist, das, was heute der CSSR angetan wird, mit dem in einem Atem zu nennen, was die 'freie Welt', mindestens die amerikanische Regierung in deren Namen, dem Lande und dem Volk von Vietnam antut. Zwar gibt es nichts, was die sowjetische Aktion rechtfertigen könnte. Trotzdem gilt, daß die Sowjetunion die CSSR nicht verwüstet hat, auch nichts, was einem Genocid auch nur entfernt ähneln könnte, unternommen hat, während die US Army den Völkermord in Südostasien nicht nur täglich und methodisch durchführt, sondern, wenn auch unter Vermeidung dieses Ausdrucks proklamiert. Und ferner gilt, daß die Möglichkeit einer Räumung der CSSR durch die UdSSR durchaus besteht, während die USA die Abertausende von verbrannten und zu Tode gefolterten Vietnamesen nicht wieder ins Leben zurückrufen können.*

*Ich wiederhole: unsere Verdammung der Okkupation der CSSR durch die Russen ist unzweideutig. Aber den Anspruch darauf, zwischen den Nuancen der Infamien noch Unterscheidungen zu treffen, diesen Anspruch und dieses Recht dürfen wir uns auch in dieser dunkelsten Stunde nicht aus der Hand schlagen lassen. Günther Anders*

\* \* \*

*Eines ist der Einmarsch in die CSSR. Ein anderes ist seine Verwertung im weltweiten Bürgerkrieg der Meinungen. Es gilt Distanz zu wahren von all denen, für die der Einmarsch bloßer Anlaß war, willkommener zudem, die Nachfrage nach ihren Auffassungen vom*

Sozialismus zu steigern. Distanz auch gilt es zu halten von den Interessen westlicher Oligarchien, die nun geschädigt sind.

Aber diese Distanz zu wahren, aus der sichtbar würde, was uns wirklich angeht, scheint fast unmöglich. Eine immense Verwertungsindustrie überflutete vor allem die Bundesrepublik mit den unglücklichsten Gerüchten und Falschmeldungen, mit gefälschten Gefühlen und scheintheoretischen Phrasen. Es war, als wäre eine Hemmung und vorsichtige Selbstzensur abgefallen. Die Informationen, die über den amerikanischen Krieg in Vietnam durchgesickert waren, hatten bislang so manche aggressive Selbstrechtfertigung der „Freien Welt“ des Kapitalismus gelähmt oder doch kompliziert. Viele Liberale, die auf Humanität wert legen, waren angesichts des Genocids innerlich zerrissen und fast gegen ihren Willen zu sozialistischen Konsequenzen gezwungen. Ihrem Kompensierungsbedürfnis galt wohl der ungeheure Aufwand, den Fernsehen, Rundfunk und Presse nun trieben. Eine ganze Industrie arbeitete auf Hochtouren daran, die latenten Schuldgefühle ob des amerikanischen Genocids in Vietnam mit Prager Greueln zu kompensieren. Der Erfolg ist oft niederschmetternd. Viele ‚Wohlmeinende‘ schütteln jetzt die wie eine unbequeme Last getragenen bruchstückhaften begrifflichen Einsichten ab, wie man wohl ein lästiges Über-Ich abschütteln möchte. Die politische Polizei gar nützte die durch das Kompensationsbedürfnis der ‚Liberalen‘ ermöglichte Chance auf ihre Weise: in Berlin beschlagnahmte sie das Konto einer Sammlung für die südvietnamesische Befreiungsfront. Unter Ausnutzung desselben Meinungsdrucks gelang es der sozialdemokratischen Führung, den IG-Metall-Kongreß zu entpolitisieren und auf Kurs der Großen Koalition zu bringen. Nach einer Umfrage der Wickert-Institute waren Ende August 89 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger der Meinung, die Kommunistische Partei solle in der BRD „nie wieder“ zugelassen werden, während drei Monate zuvor nur 43 Prozent sich gegen eine Wiederezulassung der KP ausgesprochen hatten. Der auf der Linken oft geäußerte Vorwurf gegen die Sowjetunion, ihr Vorgehen bewirke Rückschläge für die fortschrittlichen Bewegungen in der ganzen Welt, ist offensichtlich nur allzu begründet. Doch geht, wenn wir den Spieß nicht umdrehen, auch dieser Stich ins eigene Auge. Zu analysieren sind die Bedingungen für die Möglichkeit derartiger irrationaler Meinungsumschwünge. Was so leicht umfiel, das stand auf falschen Grundlagen.

Als Antwort auf die Besetzung der CSSR scheint sich in einigen kommunistischen Parteien westlicher Länder vollends die Unabhängigkeit von der Sowjetunion durchzusetzen. Diese Unabhängigkeit ist für uns, die wir nie organisatorisch abhängig waren, nichts Neues. Neu ist dagegen für viele von uns die Einsicht, daß wir uns von der ‚linksliberalen‘ Öffentlichkeit unabhängiger machen müssen. Es war in den vergangenen Wochen für den, der dem ungeheuren Propagandasog nicht erlegen ist, eine Erfahrung zu machen, die sich umschreiben läßt als „Abschied von der Frankfurter Rundschau“. Sie betrifft um nichts weniger die ZEIT und ähnliche Organe. Rückblickend ist man versucht zu meinen, daß es vielleicht nur der Abschied

von einer Illusion ist. Denn diese linksliberale Öffentlichkeit war immer nur eine Teilwirklichkeit. In der Situation der vergangenen Wochen, unterm doppelten Stress der Propagandakampagne im Westen und des Einmarschs hat das geringe Informationsprivileg, das wir der linksliberalen Presse bisher verdankten, sich zur schauerlichen Karikatur seiner selbst verwandelt. Es wurde zum Privileg, sich mit Schmalz und Heuchelei nach kleinstädtischem Geschmack versorgen zu lassen. Elitäre konservative Zeitungen, die sich an staatstragendes Publikum richten und ihre Leser daher nicht so direkt über den Löffel balbieren müssen, informierten etwas korrekter. — Fällig wäre eine Untersuchung der Meinungskampagne der letzten Wochen; an ihr wäre noch mehr zu lernen, als an der Untersuchung antistudentischer Kampagnen der Springer-Presse zu lernen war.

\* \* \*

W. F. H.

Zum besseren Verständnis der Situation empfiehlt sich eine nähere Betrachtung des „Kalten Krieges“, dieses Abkömmlings des Klassenkampfes. Allein von der Analyse seines Wesens und seiner Gesetzmäßigkeiten her fällt Licht auf den Prager Konflikt sowohl als auf dessen ideologische und propagandistische Ausbeutung im Westen.

Auch der Kalte Krieg ist Krieg. Es sind primär nicht der sogenannte Westen hier und der sogenannte Osten dort, die miteinander im Kampf stehen, sondern kapitalistische und sozialistische, demokratische etc. Kräfte. Aber beide haben ihr Machtzentrum in einem bestimmten Staatensystem, und so hat die soziale Auseinandersetzung im Nachkriegseuropa vorrangig die Form einer Rivalität zwischen den „Blöcken“ angenommen. Das Interesse des bloßen Überlebens gebietet allen Beteiligten, diese Rivalität nicht in eine militärische Auseinandersetzung übergehen zu lassen. Der in sich widervernünftige Kapitalismus hat sich diesem elementaren Gebot der Vernunft fügen müssen. Er hat die Wandlung des Kalten Krieges von einer Übergangsphase zwischen zwei heißen Kriegen zur friedlichen Koexistenz hinnehmen müssen. Deren oberste Spielregel lautet: Anerkennung des Status quo in Europa. Diese Regel wird nur noch von der BRD offen boykottiert. Ein Staat, der die unerlässlichen Vorbedingungen der friedlichen Koexistenz nicht achtet, handelt damit aber den Kalten Krieg doch wieder als die Vorstufe eines heißen Krieges.

Man hat jedoch aus der gewinnbringenden Niederlage im Kalten Kriege gelernt. Man läßt nicht gleich wieder seine tollsten Hunde los. Man hat eingesehen, daß die sozialistische Großmacht sich durch die Drohgebärde einer Politik der Stärke nicht einschüchtern läßt. Man hat die bittere Erfahrung machen müssen, daß es den hungern- den Brüdern und Schwestern im Osten zu gut geht, als daß sie bereit wären, zu der vorgesehenen ersten Grenzvereinigung das Ihrige zu tun. Und so hat man sich der von den anderen längst betriebenen Politik der Entspannung doch angeschlossen, nachdem man der in ihr liegenden Möglichkeiten gewahr geworden war. Es begann die Offensive des Lächelns. Die Bestie gab sich von der gemütlichen Seite, sie hofierte diejenigen, die sie kurz zuvor noch hatte fressen wollen. Der

Erfolg war über alles Erwarten. Es standen auf der anderen Seite ja Menschen, die ihr Leben dem Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft gewidmet hatten und die glaubten, daß die Völker Europas hierzu eines Tages auch bereit sein würden. Nun schien der Tag gekommen. Sie übersahen, daß die Politiker der Stärke von ihren auf die Entmachtung des Sozialismus gerichteten Plänen nicht einmal zum Schein abgerückt waren und daß daher die einzige wirkliche Großmacht des Sozialismus sich gerade durch die Arglosigkeit provoziert fühlen mußte, mit der ihre Freunde den Sozialismus in dem Augenblick glaubten durch eine zwanglose spontane Bewegung verwirklichen zu können, in dem ihr Land zum Schlachtfeld des Kalten Krieges wurde.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben zugeschlagen — ob zu Recht oder zu Unrecht, ob in kluger Abschätzung der Lage oder aus einer plötzlich ausbrechenden Panikstimmung heraus, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die kalten Krieger lächeln nur noch krampfhaft. Aber der Schlag hat den alten Kämpfern auch Gewinn eingebracht. Die sozialistische Welt ist zerstritten. Wenn auch niemand so recht weiß, wie es dazu kommen konnte, so fühlen doch alle: dazu durfte es nicht kommen. Man wird lernen müssen. Man wird sich deutlicher bewußt machen müssen, daß eine Bestie, ob blond oder braun, auch wenn sie lächelt, immer noch eine Bestie bleibt. Und vor allem wird man sich für den bevorstehenden Wechsel der Taktik rechtzeitig wappnen müssen. Die kalten Krieger des westdeutschen Kapitals werden auch in Zukunft von der Politik der „Entspannung“ nicht abgehen. Es bleibt ihnen keine andere mehr. Aber sie werden ihr nur durch eine verzweifelte Flucht nach vorn noch einen reaktionären Inhalt geben können. Sie wissen längst, daß an einer Anerkennung der DDR nicht mehr vorbeizukommen ist. Die für die DDR dadurch gegebene äußere Sicherheit wird den Prozeß der Verwirklichung des Sozialismus im Innern vorantreiben. Sie wird aber auch dem Machtapparat der psychologischen Kriegsführung neue Mittel in die Hand geben, um die Köpfe zu verwirren und den Sozialismus in dessen eigenem Namen zu destruieren. Eine neue Offensive, wenn nicht des Lächelns, so doch der Menschlichkeit oder der Brüderlichkeit, steht bevor. Daß die sozialistischen Staaten sich nicht scheuen werden, ihr notfalls mit Waffengewalt zu begegnen, ist seit einigen Wochen unzweifelhaft. Der Sozialismus darf die Macht, die er einmal errungen hat, nicht wieder aufs Spiel setzen. Das mußten sich die Prager Reformer von den Sowjets sagen lassen. Aber sozialistische Politik erschöpft sich nicht im Erringen und Bewahren der Macht, auch nicht im Weitertreiben der ökonomischen Entwicklung; sondern erst wenn, hierauf basierend, die Sozialisten selbst durch moralische Integrität, durch wahrhaftige Aufklärung und durch eine humane Praxis auch gegenüber den Andersdenkenden die Massen zu überzeugen und zu aktivieren vermögen, hat die Gegenrevolution ihr Spiel endgültig verloren. Das hat uns, trotz allem, was da ungebeten sich eingemischt hat, die wirkliche tschechoslowakische Reformbewegung lehren können.

Hansgeorg Conert

## Kalter Krieg und Teilung Deutschlands

### Literaturbericht

**Feis, Herbert:** Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen. Athenäum Verlag, Frankfurt/M.-Bonn 1962, (381 S., Ln., 26,80 DM).

**Deuerlein, Ernst, (Hrsg.):** Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der ‚Großen Drei‘. dtv-dokumente 152/63, München 1963 (409 S., kart., 4,80 DM).

**Alperovitz, Gar:** Atomare Diplomatie. Hiroshima und Potsdam. Rütten & Loening Verlag, München 1966 (288 S., Ln., 19,80 DM).

**Balfour, Michael:** Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945—1946. Droste Verlag, Düsseldorf 1959 (408 S., Ln., 19,80 DM).

**Cornides, Wilhelm:** Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945—1955, 3., überarbeitete Auflage. Metzlersche Verlagsanstalt, Tübingen und Stuttgart 1964 (327 S., Ln., 16,80 DM).

**Krautkrämer, Elmar:** Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg. Eine Darstellung der Entwicklung von 1945 bis 1949 mit Dokumenten, August Lax Verlagsbuchhandlung, Hildesheim 1962 (330 S., Ln., 14,— DM).

**Badstübner, Rolf, u. Siegfried Thomas:** Die Spaltung Deutschlands 1945—1949, Dietz Verlag Berlin (DDR) 1966 (514 S., Ln., 9,50 DM).

**Schmitt, Walther E.:** Krieg in Deutschland. Strategie und Taktik der sowjetischen Deutschlandpolitik seit 1945. Droste Verlag, Düsseldorf 1961 (392 S., Ln., 19,80 DM).

**Kopp, Fritz:** Kurs auf ganz Deutschland? Die Deutschlandpolitik der SED, Seewald Verlag, Stuttgart 1965 (345 S., Ln., 19,80 DM).

**Erdmenger, Klaus:** Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949—1955, Verlag Rombach, Freiburg im Breisgau 1967 (177 S., Ln., 18,— DM).

**Schwarz, Hans-Peter:** Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945—1949, Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1966 (884 S., Ln., 68,— DM).

Folgt man den offiziellen Beteuerungen unserer politischen Repräsentanten, so ist die Überwindung der deutschen Teilung nach wie vor das Kernziel jeglicher westdeutschen Politik, dem alle anderen Aufgaben rangmäßig nachzuordnen sind. Dem Bemühen, eine staatlich-politische Grundsituation zu verändern, müßte eine umfassende und vorurteilsfreie Erhellung all jener historischen, politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Faktoren vorausgehen, die zur Herausbildung dieser Konstellation beitrugen. Zwar gibt es eine Fülle von Publikationen diverser Art (Dokumentationen, Memoiren, Darstellungen u.a.m.) zur Geschichte der deutschen Teilung und ihres weltpolitischen Hintergrundes, trotzdem wird man Hans-Peter Schwarz beipflichten müssen, wenn er fordert, „... die vielberufene Bewältigung der Vergangenheit auch dieser Periode (d. h. der Jahre 1945—1949, C.) angedeihen zu lassen“ (S. XXXI). ‚Bewältigung‘ verlangt aber nicht die Vermehrung der vorhandenen Bücherfülle, sondern Zerstörung der grassierenden Legenden und klischeehaften Vorstellungen über die Ursachen der deutschen Teilung. Sie erfordert die Kritik jener verbreiteten Methoden, z. B. mehr oder minder begründete Hypothese als gesicherte Erkenntnis auszugeben, Quellen beschränkten Aussagegehalts exzessiv zu interpretieren, manifestes politisches Handeln im Sinne unterstellter Motivationsmuster zu deuten u.ä.m. Häufig unterziehen sich Autoren nicht der Mühe, in der Literatur vorgefundene Thesen und dargestellte Zusammenhänge kritisch zu überprüfen. Sie werden übernommen und erlangen so allein schon durch das Ausmaß ihrer Verbreitung den Anschein wissenschaftlicher Dignität. Manche Bücher offenbaren auch kognitive Sperren ihrer Autoren, die diesen unbewußt sind und durch eine ideologiekritische Analyse zu erhellen wären. Schließlich stößt man auf Publikationen, in denen in ‚aufklärerischer‘, d. h. letztlich propagandistischer Absicht willkürlich mit den Fakten verfahren und munter darauflos konstruiert wird. Hier erprobt sich dann fundierte Kritik am falschen Objekt.

Gemessen an der Breite verfügbarer Literatur zum Thema ‚Kalter Krieg und Teilung Deutschlands‘ ist die hier besprochene Auswahl schmal. Sie ist auch recht willkürlich, sieht man von der Orientierung auf neuere Erscheinungen ab. Immerhin sind diese Bücher für ihr Genre insoweit charakteristisch, als sich an ihnen die angedeuteten inhaltlichen und methodischen Mängel gut demonstrieren lassen. Im ersten Abschnitt werden einige Arbeiten zur Potsdamer Konferenz und zu den interalliierten Beziehungen während der ersten Nachkriegsmomente besprochen. Es folgen im zweiten Abschnitt Gesamtüberblicke der Geschichte der Teilung Deutschlands. Sachlich würde dazu auch das unter IV für sich rezensierte Werk von Schwarz gehören, das jedoch nach Umfang und Bedeutung eine gesonderte Kritik nahelegt. Unter III gelangen einige Interpretationen der sowjetischen Deutschlandpolitik<sup>1</sup> bzw. der gesamtdeutschen Konzeption der DDR zur Sprache.

1 Die Neuerscheinung von Hans Hartl und Werner Marx: Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik, Boppard 1967, konnte leider nicht mehr in die Sammelbesprechung einbezogen werden.

## I

Feis' Studie erschien in den USA 1960 und wurde dort mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnet. Sie behandelt Vorgeschichte und Verlauf der Potsdamer Konferenz. Das Buch gliedert sich, sieht man vom Einführungskapitel über die politisch-militärische Situation bei Ende des Krieges in Europa ab, in drei Teile: im ersten skizziert F. das Aufkommen politischer Spannungen innerhalb der Koalition bei Kriegsende, im zweiten behandelt er die angelsächsisch-sowjetischen Beziehungen bis zu Beginn der Konferenz von Potsdam und im dritten deren Verlauf.

Im landläufigen Sinne dürfte F.'s Arbeit als Muster an Sachlichkeit gelten. Er teilt ‚facts‘ mit und ist im Hinblick auf Urteile und Wertungen äußerst zurückhaltend. Tatsächlich hebt sich das Buch insofern wohltuend von manchen Arbeiten anderer Autoren zum Thema ab, als Feis keine vordergründige Schwarz-weiß-Darstellung gibt und gelegentlich Entscheidungen und Handlungen westlicher Staatsmänner beschreibt, die nicht geeignet sind, die verbreitete idealisierte Vorstellung von angelsächsischer Diplomatie zu stützen, deren tatsächliche Motive manchmal sichtbar werden. Insgesamt bietet die Studie jedoch dem mit der Materie vertrauten Leser keine neuen Einsichten. Die Quellen, auf die Feis sich stützt, waren bei Erscheinen seines Buches überwiegend schon allgemein zugänglich. Der Autor vermeidet zwar exzessive Interpretationen, verfällt aber in den entgegengesetzten Fehler, zu selten politische Zusammenhänge transparent zu machen und fast völlig auf explizit formulierte Beurteilungen zu verzichten. So kann der Leser schließlich nur vermuten, daß eine Reihe von Entscheidungen in den interalliierten Beziehungen der ersten Nachkriegszeit verhängnisvoll waren, weshalb sie jedoch gefällt wurden, erfährt er nicht bzw. muß er sich aus gelegentlichen Andeutungen am Rande zusammenreimen.

Auf die entscheidende Frage, ob die westlichen Alliierten bei Kriegsende ihre Haltung gegenüber der UdSSR revidierten, gibt Feis keine klare Antwort. Wie jedoch andere Arbeiten zeigen, kann hierfür nicht die Quellenlage verantwortlich gemacht werden. Die Widersprüchlichkeit mancher Aussagen bei Feis in diesem Kontext läßt eher vermuten, daß er die Frage nach der Verantwortung für den Zerfall der Anti-Hitler-Koalition umgehen möchte. Dazu einige Belege:

Im ersten Teil seiner Studie erwähnt Feis die sowjetische Furcht vor einem angelsächsisch-deutschen Sonderfrieden, die sich in den letzten Wochen vor Kriegsende an der Form der Teilkapitulationen neu entzündete. Er wertet diese Furcht als Hirngespinnst und Ausdruck des eigenen schlechten Gewissens der Sowjets wegen des Hitler-Stalin-Paktes (S. 11 f.). Wenn man hier jedoch nicht nur auf das Jahr 1939 rekurriert, sondern die Diplomatie der Westmächte gegenüber der SU zwischen 1934 und 1939 einbezieht, und wenn man die den Sowjets sicher nicht unbekannt, notorische antirussische Schwankung Churchills vom März 1945 berücksichtigt, wird man die sowje-

tischen Befürchtungen nicht so leicht als unbegründet abtun können. Übrigens konzediert Feis selbst (S. 17 f.), daß die Westalliierten den Begriff der ‚taktischen Kapitulation‘, die nicht vor den drei Hauptverbündeten gemeinsam zu erfolgen brauchte, recht weit interpretierten.

Eine bedeutsame Rolle beim Zerfall des angelsächsisch-sowjetischen Kriegsverbündnisses spielten die Divergenzen um die Regierungen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn im Sommer 1945. Die im Westen gängige Version lautet, die UdSSR habe von Beginn an die Sowjetisierung dieser Länder betrieben, während die Westmächte die Einführung demokratischer Ordnungen zu fördern wünschten. Nun gesteht Feis zwar zu (S. 61), daß in jenen Ländern so gut wie alle Voraussetzungen für funktionsfähige demokratische Systeme fehlten und er bekennt an anderer Stelle (S. 191) zutreffend: „Schon damals (d. h. während der Potsdamer Konferenz, C.) begegneten alle Vorschläge... zur Förderung von Demokratien der Frage: Wessen Sache oder Stellung wird dadurch genützt, der des Westens oder der Sowjetrußlands?“ Auch bestätigt der Autor: „Die sowjetischen Führer waren überzeugt, daß es der vornehmliche Zweck der britischen Regierung sei, die Sowjetunion mit unfreundlichen Staaten zu umgeben, um sie abzusperrern und um ihren gerechten Siegeslohn zu betrügen“ (S. 147). Hier wie an anderen Stellen gelangt Feis implizit zu der Erkenntnis, daß in diesen Auseinandersetzungen für die Westmächte ‚demokratisch‘ allemal ein Synonym für ‚pro-westlich‘ war. Er verharrt jedoch letztlich auf der Sowjetisierungsthese (S. 61 f.) und stellt nicht die Frage, ob die Politik der UdSSR auf dem Balkan angesichts legitimer Sicherheitsinteressen und getroffener Absprachen nicht hätte respektiert werden sollen. In dem Zusammenhang unterlaufen Feis auch einige unzutreffende Aussagen: die Regierungen Bulgariens, Rumäniens und Ungarns im Sommer 1945 waren wohl sowjetfreundlich, jedoch keineswegs eindeutig kommunistisch; es ist nicht richtig, daß die von Churchill und Stalin im Oktober 1944 in Moskau fixierte Interessenaufteilung auf dem Balkan nur für die Kriegszeit gelten sollte; für Ungarn lautete die Interessengewichtung nicht 50:50, sondern 60:40 zugunsten der UdSSR. Feis erwähnt auch nicht das sowjetische Entgegenkommen einer Erweiterung der Befugnisse der angelsächsischen Vertreter in den interalliierten Kontrollorganen der umstrittenen Länder auf der Potsdamer Konferenz.

Hier zeigt sich, wie Feis durch den Verzicht auf die Verdeutlichung von Zusammenhängen zu widersprüchlichen Aussagen kommt. So vermag die Studie die Frage nach den Wurzeln des Kalten Krieges in den ersten Nachkriegswochen nicht wesentlich zu erhellen.

Deuerleins Dokumentation umfaßt eine Auswahl aus dem 1961 in den USA publizierten zweibändigen Quellenwerk zur Vorgeschichte und zum Verlauf der Potsdamer Konferenz. Bemerkenswerterweise wurde dieses bisher, im Gegensatz zu der in den USA 1956 veröffentlichten Dokumentation über die Konferenzen von Malta und Jalta, nicht vollständig ins Deutsche übersetzt.

Deuerlein gliedert seine Quellenauswahl in fünf dem Umfang und der Bedeutung nach unterschiedliche Kapitel. Im ersten werden Entwicklungen in Deutschland zwischen der Kapitulation und dem Konferenzbeginn belegt, das zweite betrifft die diplomatischen Vorbereitungen der Konferenz, das dritte umfaßt Auszüge aus den Verhandlungsprotokollen. Das vierte Kapitel bringt den Text des ‚Potsdamer Abkommens‘ und das kurze fünfte gibt einige zeitgenössische Stimmen zum Konferenzergebnis wieder. In der Einleitung zitiert Deuerlein Stellungnahmen aus Ost und West zur Frage der politischen und rechtlichen Relevanz des Abkommens in der Gegenwart sowie einige Aussagen über Konferenz und Abkommen aus der breiten Memoirenliteratur der Beteiligten. Der Herausgeber leitet noch jedes Kapitel knapp und im ganzen sachlich ein, um das Verständnis der Quellenauszüge zu erleichtern. Dabei enthält er sich weitgehend dezidierter eigener Wertungen. So sei hier nur auf zwei problematische Aussagen verwiesen:

Auf Seite 87 wiederholt Deuerlein die in der bisherigen westlichen Literatur so gut wie allgemeine, durch neuere Arbeiten aber stark erschütterte Behauptung, Truman sei zur Fortsetzung der Roosevelt'schen Politik gegenüber der UdSSR entschlossen gewesen. Auf Seite 23 bezeichnet er Byrnes' Kompromißvorschlag vom 31. 7. 1945, der die Fragen der polnischen Westgrenze, der deutschen Reparationsverpflichtungen und der Behandlung Italiens zu einem Junktim verband, als „großzügig“ und ähnlich behauptet er (S. 189), die USA hätten durch ihre Zugeständnisse das Scheitern der Konferenz verhindert. Dagegen läßt sich unschwer nachweisen (worauf hier aber aus Raum-mangel verzichtet werden muß), daß die Sowjetunion infolge dieses Junktims in der Frage, die auch nach dem Urteil westlicher Beobachter für sie von höchster Relevanz war, nämlich der der Durchsetzung ihrer Reparationsansprüche, eine Niederlage erlitt. Die entsprechenden Abschnitte des Konferenzprotokolls zeigen (bei Deuerlein S. 299 ff.) wie zäh — wenn auch vergeblich — Stalin und Molotow bemüht waren, in diesem Punkte eine verbindlichere und für die SU günstigere Regelung durchzusetzen. Durch ihre schließliche Bereitschaft, das Junktim zu akzeptieren, konnten die Sowjets mit ebenso gutem oder besserem Recht für sich beanspruchen, die Konferenz gerettet zu haben.

Der Quellenband enthält jedenfalls eine Reihe sehr aufschlußreicher Dokumente (neben den eigentlichen Protokollauszügen, z. B. die hochinteressanten Berichte Hopkins' und Davies' an Truman über ihre Gespräche mit Stalin bzw. mit Churchill vom Mai 1945), die einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben, Herausgeber und Verlag als Verdienst angerechnet werden muß.

Alperovitz' 1965 in den USA erschienenenes Buch behandelt den gleichen zeitgeschichtlichen Fragenkomplex wie die oben besprochene Studie Feis'. Er entwickelt jedoch eine zu Feis und der bisherigen westlichen Historiographie völlig konträre Version der Motive, Intentionen und Methoden der amerikanischen Politik gegenüber der UdSSR nach dem Tode Roosevelts. Bezeichnenderweise wurde das

Buch, auch in seiner deutschen Übersetzung von 1966, hierzulande kaum zur Kenntnis genommen und erschien bald im Remittendenhandel, obgleich die dezidierten Thesen von Alperovitz durchaus geeignet sind, sensationell zu wirken. Insofern ist es auch unverzeihlich, daß der deutsche Verlag in seiner Ausgabe auf sämtliche wissenschaftlichen Anmerkungen und Quellennachweise der Originalfassung verzichtet hat. Diese Form der deutschen Ausgabe macht es Kritikern leicht, Alperovitz' Darstellung als übertrieben spekulativ abzutun. Nach Alperovitz war Truman von seiner Amtsübernahme an entschlossen, die amerikanischen Beziehungen zur UdSSR zu modifizieren. Er wurde in diesem Sinne zunächst vor allem beeinflußt vom US-Botschafter in Moskau, Harriman, und dessen Militärattaché Deane. An eine militant antisowjetische Schwenkung war jedoch zunächst nicht gedacht, sondern gleichsam an die Koexistenz mit der UdSSR unter von den USA fixierten Bedingungen. Zunächst faßten Truman und dessen Ratgeber eine Kombination von wirtschaftlichen Anreiz- und Sanktionsmitteln ins Auge, um die Stärke der Position der USA zu demonstrieren. Als Symptome dieser Revision der amerikanischen Politik, die von führenden Kräften der Administration und der Generalität unterstützt worden und kaum auf Widerstand gestoßen sei, nennt Alperovitz u. a. das schroffe Auftreten Trumans gegenüber Molotow in einer Unterredung am 23. 4. 1945 sowie die abrupte Kündigung der Pacht-Leihhilfe am 8. 5. Eine Reihe seiner Ratgeber wollten Truman bereits im April zur Konfrontation mit der UdSSR in der Polenfrage drängen. Kriegsminister Stimson habe jedoch abgeraten; einmal, weil er die sowjetischen Interessen in Polen als legitim erachtete, vor allem aber, weil er bereits auf eine ‚atomare Diplomatie‘ setzte, die jedoch erst in einigen Wochen praktikierbar sein würde. Nach Alperovitz wurde Truman am 25. 4. durch Stimson ausführlich über das atomare Entwicklungsprogramm der USA und über die möglichen politischen Implikationen informiert. Zu deren Studium benannte Truman Anfang Mai eine Kommission, die die Konzeption ‚atomarer Diplomatie‘, allerdings mit unterschiedlichen Intentionen, entwickelte. Gegen Harriman, Grew, Leahy und andere sei es Stimson gelungen, den Präsidenten für eine Vertagung der politischen Konfrontation mit der UdSSR bis zur Zeit der Gewißheit über den Erfolg der A-Bombenversuche zu gewinnen. Aus dieser ‚Verzögerungstaktik‘ erklärt der Verfasser jene z. B. in der Entsendung Hopkins nach Moskau Ende Mai 1945 Ausdruck findende einlenkende Haltung der USA, die in der bisherigen Literatur fast einhellig als Indiz für die Fortführung der Rooseveltischen Politik durch Truman interpretiert wurde. Die Deutung von Alperovitz kann als eine der Kernthesen seiner Studie verstanden werden.

Ebenfalls in die Logik der ‚Verzögerungstaktik‘ gehören die Initiativen Trumans zur Verschiebung der Potsdamer Konferenz, die dann jedoch noch immer zu früh stattfand, um hier schon wirkungsvoll mit dem atomaren Pfund wuchern zu können. Nach Ansicht des Verfassers (S. 259/60) läßt sich das Auftreten Trumans und der amerikanischen Delegation in Potsdam überhaupt nur im Kontext der ato-

maren Diplomatie begreifen. Er versucht das für die einzelnen Phasen der Konferenz zu belegen, wobei er z. B. eine deutliche Versteifung der Haltung Trumans nach Eingang der geheimen Meldung über den Erfolg des Experiments von Alamogordo konstatiert, auf das nunmehrige Drängen des Präsidenten, die Konferenz zu beenden verweist sowie — im Gegensatz z. B. zur Deutung Deuerleins — belegt, daß Truman durchaus geneigt war, bei fester Haltung Stalins ein Scheitern der Konferenz in Kauf zu nehmen (S. 176). Übrigens finden sich auch bei Feis Vermutungen, daß Truman sich in Potsdam von den Möglichkeiten der diplomatischen Nutzung des A-Bomben-Besitzes bestimmen ließ, er unterstellt jedoch nicht eine konsistente Strategie.

In Konsequenz der ‚atomaren Diplomatie‘ muß man hingegen nach Alperovitz die UdSSR, und nicht Japan, als eigentlichen Adressaten der Atombombe von Hiroshima ansehen. Es sei angesichts Stalins recht teilnahmsloser Reaktion auf Trumans Andeutung des amerikanischen Besitzes einer Superwaffe in Potsdam notwendig gewesen, deren Vernichtungskraft zu demonstrieren. Die Japaner seien Anfang August 1945 — abgesehen von ihrem Wunsch, die Monarchie zu behalten — bedingungslos kapitulationsbereit gewesen, so daß der Verzicht auf den A-Bombeneinsatz nicht einmal das Kriegsende verzögert hätte (S. 265—67).

Ein deutliches Indiz für das gesteigerte Machtbewußtsein der amerikanischen Regierung sowie für ihre Entschlossenheit, den sowjetischen Einfluß in Europa zu begrenzen, sieht der Verfasser in den von ihm offensiv gedeuteten angelsächsischen Machinationen in Bulgarien und Rumänien im Sommer 1945 (S. 224 ff.).

Nach Hiroshima habe Truman Stimsons Intention atomarer Diplomatie verlassen. Während dieser durch ein großzügiges Angebot atomarer Zusammenarbeit die UdSSR zu einer Respektierung der amerikanischen Interessen veranlassen wollte, sei der Präsident umgeschwenkt auf die Absicht von Geheimhaltung und forcierter Rüstung zum Ausbau des atomaren Vorsprungs der USA vor der SU. Die nicht auf Kooperation, sondern auf Demonstration eigener Überlegenheit ausgerichtete atomare Diplomatie habe sich auf der Außenministerkonferenz in London im September 1945 als wirkungslos erwiesen, weil die SU den latenten Drohungen nicht nachgab. Stimson, dem Alperovitz seine Studie widmet, erklärte im gleichen Monat seinen Rücktritt. Eine exakte Überprüfung der vom Autor angeführten Belege war dem Rezensenten nicht möglich. Die manifeste Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Frühjahr und Sommer 1945 legt jedoch die Vermutung einer zutreffenden Darstellung sehr nahe.

Der liberale englische Historiker Balfour, der 1946/47 in der Nachrichtenabteilung der britischen Militärregierung in Deutschland tätig war, verfaßte seine Arbeit als Band der Reihe „Survey of International Affairs“, die das „British Royal Institute of International Affairs“ herausgibt. Organ der Vier-Mächte-Kontrolle war vom 30. 7. 1945 bis 20. 3. 1948 bekanntlich der Alliierte Kontrollrat, und der Titel der

Studie weist insoweit auf eine Analyse der Arbeit dieser Institution, auf eine Darstellung der von den einzelnen Kontrollratsdelegationen verfochtenen Konzeptionen sowie der Auswirkungen des Zerfalls der Anti-Hitler-Koalition auf die Politik der Siegermächte in Deutschland hin. Diesen Erwartungen entspricht der Inhalt des Buches nicht ganz. Nach einer Beschreibung der desolaten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland bei Kriegsende skizziert Balfour die deutschland-politischen Konzeptionen der vier großen Siegermächte. Für die USA wird dabei die Vielzahl alternierender Pläne treffend beschrieben, jedoch nicht der grundlegende Wechsel der herrschenden Richtung nach dem Tode Roosevelts herausgestellt. Die britischen Regierungen, sowohl unter Churchill wie unter Attlee, richteten ihre Politik in Deutschland primär an den Erfordernissen der eigenen Sicherheit aus, und da sie diese ab Frühjahr 1945 potentiell durch die SU bedroht glaubten, neigten sie von Kriegsende an zu einer nachsichtigen Behandlung der Besiegten. Positiv ist anzumerken, daß der Autor im Abschnitt über die sowjetische Deutschlandpolitik (S. 63 ff.) nicht, wie weithin üblich, vorschnell Bolschewisierungsabsichten hypostasiert, sondern hervorhebt, daß es der UdSSR in erster Linie um die Durchsetzung ihrer Reparationsforderungen und um die künftige Sicherung der eigenen Integrität ging.

Ein bei Vernachlässigung gesellschaftlicher und geistesgeschichtlicher Faktoren etwas einseitig psychologisierendes Kapitel über den Nationalsozialismus und über die Einstellung der Deutschen zu den Siegermächten sowie eine Skizze der von diesen ergriffenen Maßnahmen in ihren Zonen bis August 1945 leiten über zur recht kursorischen Behandlung der Potsdamer Konferenz. Die nicht immer deutlichen Absichten und die manifesten besatzungspolitischen Entscheidungen der Siegermächte in Deutschland werden dann in den Bereichen von Wirtschaft, Eigentumskontrolle, Entwaffnung und Entnazifizierung, Errichtung deutscher Verwaltungsorgane und Zulassung politischer Parteien, von Presse- und Rundfunkwesen sowie der Schulpolitik beschrieben. Dabei treten gegenüber dem Kontrollrat die einzelnen zonalen Militärregierungen in den Vordergrund, die ja auch in der Tat auf den erwähnten Gebieten umfassendere Initiativen entfalteten als das zentrale Organ der Vier-Mächte-Kontrolle. In diesen Kapiteln übt Balfour eine vorsichtige Kritik an der zu großen Nachsichtigkeit der angelsächsischen Sieger gegenüber den Deutschen. Das Ergebnis ihrer Besatzungspolitik befriedigt ihn nicht ganz: die in den Nationalsozialismus führenden sozioökonomischen Strukturen und ideologischen Denkweisen blieben zu unberührt. Den Grund dafür erblickt Balfour jedoch nicht in den gemeinsamen kapitalistischen Grundüberzeugungen und auch nicht in der Revision der angelsächsischen Politik gegenüber der Sowjetunion, sondern in einem schlichten Irrtum der amerikanischen und britischen Besatzungsorgane in Deutschland. Sie hätten ein System liberaler Demokratie installieren wollen, ohne zu erkennen, daß dieser Absicht hierzulande ohne Eingriffe in die überkommenen sozioökonomischen Machtverhältnisse kein Erfolg beschieden sein kann. Balfour tröstet

sich jedoch mit der Ansicht, solche sozialstrukturellen Reformen hätten zur Durchsetzung und Konsolidierung eine autoritäre Staatsordnung erfordert und die sei keine wünschbare Alternative gewesen (S. 388).

Unbefriedigend ist bei Balfour die Behandlung der Reparationsfrage (S. 190 ff.), an der sich ja äußerlich der Zerfall der alliierten Kriegskoalition in Deutschland dokumentierte. Der Autor übernimmt hier unkritisch die Argumente, die Amerikaner und Briten zur Rechtfertigung ihrer gegenüber Jalta revidierten Haltung in Potsdam und danach anführten. Waren diese selbst schon anfechtbar, weil z. B. beim Hinweis auf die landwirtschaftlichen Überschüsse der SBZ dieser zuweilen die früheren deutschen Ostgebiete zugerechnet wurden, so wäre vor allem zu untersuchen gewesen, ob sich nicht hinter den ökonomischen Begründungen zur Abweisung der sowjetischen Reparationsansprüche bereits die politische Absicht verbarg, den potentiellen Gegner nicht zu stärken (Truman schrieb später: „Amerika war nicht an Reparationen für irgend jemanden interessiert“ (zit. nach Alperovitz, S. 181). Balfour bringt auch nicht zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, auf deren Herstellung die Westmächte ständig drängten, von den USA bereits in Potsdam illusorisch gemacht worden war, als man gegen den Willen der UdSSR das Prinzip der Reparationsentnahmen auf Zonenbasis durchsetzte.

## II

Wilhelm Cornides, der verstorbene Herausgeber des renommierten ‚Europa-Archiv‘, behandelt in seinem Buch die staatliche und politische Lage und Entwicklung in Deutschland nach Kriegsende sowie den Einfluß des Zerfalls des Kriegsbündnisses auf die Deutschlandpolitik der Siegermächte. Der Autor hält es für notwendig, „... die deutsche Geschichte seit 1945 *primär* unter dem Aspekt des Verhältnisses zu Rußland zu betrachten...“ (S. 16), eine Absicht, der er im folgenden kaum nachkommt. Er beschreibt die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1917 sehr kursorisch, wobei er u. a. der UdSSR in den dreißiger Jahren eine Schaukelpolitik zwischen den Westmächten und Deutschland anlastet, die ablehnende Haltung Großbritanniens gegenüber sowjetischen Bündnisvorschlägen seit 1934 jedoch verschweigt und der SU unterstellt, sie habe sich 1939/40 aus dem Krieg heraushalten wollen, um sich später im Interesse maximaler Beute auf die Seite des sicheren Siegers zu schlagen.

Die Unsicherheit des Autors in der Bestimmung des Zeitpunktes der Revision der angelsächsischen Politik gegenüber der UdSSR mag man ihm damit zugute halten, daß bei Erscheinen seines Buches (die erste Auflage kam 1957 heraus) wichtige, später in den USA publizierte Quellen noch nicht zugänglich waren. Einerseits wiederholt Cornides nicht nur die verbreitete These, Truman habe Roosevelts Politik fortgesetzt (S. 76), er behauptet sogar, er habe in Potsdam die Deutschland-Konzeption Morgenthau vertreten; meint andererseits jedoch später (S. 171), ein Wandel in der amerikanischen Außen-

politik habe sich schon in den Wochen nach Jalta abgezeichnet. An anderer Stelle (S. 154/55) nennt der Autor die Fulton-Rede Churchills vom März 1946 und die Einstellung der Demontagelieferungen aus den Westzonen an die SU im Mai 1946 als erste Manifestationen revidierter angelsächsischer Politik. Er übersieht dabei aber, daß z. B. Churchill in Fulton angesichts der gewandelten öffentlichen Meinung in den USA nur ausdrückte, was er im Mai 1945 bereits viel unveholener gegenüber Trumans Sonderbotschafter Davies geäußert hatte (Siehe Deuerlein, a.a.O., S. 114 ff.).

Fragwürdiger als die explizite Darstellung sind bei Cornides die verschleierte Wertungen. Dem historisch-politischen Gegenstand angemessene Urteilskriterien könnten sein: die Einhaltung getroffener Absprachen, die Bereitschaft, Probleme der Friedensregelung von der politisch-ideologischen Basis der Anti-Hitler-Koalition aus zu lösen, die Respektierung vernünftiger Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der Verbündeten, das Bestreben, Divergenzen durch offen und fair geführte Verhandlungen zu bereinigen. Statt dessen liegen der Darstellung von Cornides implizite Wertungen zugrunde, die recht schlüssig bestimmte politische deutsche und sozialökonomische besitzbürgerliche Grundinteressen ausdrücken, die jedoch dem zeitgeschichtlichen Gegenstand, der Deutschlandpolitik der Siegermächte und ihrer Beziehungen zueinander, äußerlich sind. So dürfte das Empfinden der politischen und ökonomischen Interessensolidarität sowie der ideologischen Übereinstimmung zwischen den angelsächsischen Mächten nach ihrer antisowjetischen Schwenkung und den die Konsequenzen der Niederlage scheuenden und auf Erhaltung der sozialen Machtstrukturen bedachten Deutschen dazu führen, daß die Politik der Westmächte gegenüber Deutschland und der UdSSR fast immer als vernünftig, legitim, moralisch und konstruktiv beschrieben wird. Auch werden die von westlichen Politikern zur Rechtfertigung ihrer Entscheidungen vorgetragene Argumente recht unkritisch übernommen. Hingegen gelten sowjetische Interessen weithin per se als illegitim, die begründenden Erklärungen als Verschleierungen der wahren Aspirationen und sowjetische Politik als schlechthin nicht vertrauenswürdig.

Diese nicht explizierte Grundeinstellung bestimmt den Duktus der Darstellung, obgleich im Detail nicht selten Fakten angeführt werden, die sich nicht in dieses Schema einfügen. So erwähnt z. B. Cornides, daß die Westmächte in Jalta die sowjetischen Einflußsphären von 1944/45 der Sache nach anerkannten (S. 33), daß die Interessen der SU 1945 defensiv, auf Konsolidierung des Machtzuwachses gerichtet waren, daß die USA in Potsdam ihre in Jalta in der Reparationsfrage vertretene Position revidierten (S. 78), daß im Frühjahr 1946 für die Westmächte "...die weltpolitischen Aspekte der Ost-West-Auseinandersetzung die Priorität gegenüber dem Bestreben, in der Besatzungspolitik einen modus vivendi mit der Sowjetunion zu finden (gewannen)" (S. 155), daß die USA die Beteiligung der UdSSR am Marshall-Plan mehr fürchteten als wünschten (S. 175). Diese und andere wichtige Details würden durchaus eine von der des Autors

abweichende Deutung der Ursachen des Kalten Krieges und in dessen Folge der Teilung Deutschlands ermöglichen, ja sogar nahelegen.

Die auf Cornides' Buch bezogenen allgemeinen kritischen Anmerkungen treffen in ähnlicher Weise für die Arbeit Krautkrämers zu. Auch er behandelt die staatliche und politische Entwicklung in Deutschland zwischen 1945 und 1949 unter dem Einfluß der widerstreitenden Konzeptionen der Siegermächte. Seine Darstellung basiert offenbar nicht auf eigenen archivalischen Forschungen; er kompiliert vielmehr in geschickter Weise Quellenpublikationen sowie die breite Memoiren- und Sekundärliteratur. Eine Arbeit von wissenschaftlicher Dignität kann jedoch gründliche Quellenstudien nicht entbehren; es werden sonst zumindest partiell Fehler und Mängel früherer Publikationen wiederholt, statt neue Erkenntnisse erschlossen. Zwar spürt man, noch deutlicher als bei Cornides, Krautkrämers Bemühen um eine der Situation und den Intentionen der beteiligten Mächte gerecht werdende Schilderung. Daß ihm diese aber nur begrenzt gelingt, dürfte stärker in ideologischer Befangenheit als in ungenügender Materialausschöpfung wurzeln. Immerhin ist anzuerkennen, daß der sachliche Gehalt der Arbeit den der analogen Darstellungen, z. B. in den meisten Sozialkunde- und Geschichtslehrbüchern, und erst recht in den zahlreichen populären, propagandistisch intendierten Broschüren, eindeutig übertrifft. So behandelt der Autor das Problem der polnischen Ost- und Westgrenzen recht gründlich und erwähnt dabei historische Fakten, die in der verwandten Literatur gern negiert werden (S. 17 ff.). Er erkennt (S. 58), daß die Westmächte die von ihnen später immer wieder geforderte Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands selbst verbauten, indem sie in Potsdam das Prinzip der Reparationsentnahmen auf Zonenbasis durchsetzten. Er unterschlägt nicht, daß die westlichen Militärregierungen den Ministerpräsidenten ihrer Zonen untersagten, auf der gemeinsamen Konferenz im Juni 1947 mit den Länderchefs der SBZ über Wege zur deutschen Einheit zu verhandeln (S. 121); er bescheinigt, daß die in den Westzonen 1947/48 vollzogenen Maßnahmen nicht dazu geeignet waren, die deutsche Teilung zu verhindern (S. 146) u.a.m. Andererseits neigt er jedoch dazu, die Intentionen der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945/46 von der Entwicklung nach 1949 aus zu deuten, von der ja keineswegs feststeht, ob sie in der ursprünglichen Absicht der UdSSR lag oder ob sie eine ihr aufgezwungene Alternativlösung darstellte. Krautkrämer unterstellt der SU von Beginn an das Ziel der „Sowjetisierung“ Deutschlands (S. 45/46). Dazu führt er jedoch Belege an, die in keineswegs zwingender Weise interpretiert werden. So etwa, daß für die Sowjets „bürgerlich-demokratische Ordnung“ prinzipiell nur ein Übergangsstadium zur sozialistischen bezeichne (S. 47), daß die Einsetzung deutscher Zentralbehörden in der SBZ 1945 die Wahrung der deutschen Einheit erschweren mußte (S. 57/58), daß die Bodenreform vom Herbst 1945 die Bolschewisierungsabsichten dokumentierte (S. 68). Ähnlich wie Cornides wendet Krautkrämer implizit unterschiedliche Urteilsmaßstäbe an, wenn er Motive, Intentionen und Aktionen sowjetischer

und westlicher Politik beschreibt. Dafür ein charakteristisches Beispiel: „... das zielstrebige Bemühen der Sowjetunion einen größtmöglichen Teil Europas in ihren Machtbereich einzubeziehen, auf der einen Seite, und die Entschlossenheit der Westmächte, den von ihnen befreiten Teil Europas nicht neuerlich einem System der Unfreiheit preiszugeben, auf der anderen Seite, standen der Konzeption einer gemeinsamen west-östlichen Deutschlandpolitik entgegen“ (S. 234). Der machtpolitischen Interpretation sowjetischer Ziele wird in diesem Satz eine rein ideelle Motivation westlicher Politik entgegengesetzt. Unterstellt man dem Autor nicht, er sei so naiv, diese Formulierung auch so zu meinen, dann haben wir hier ein Beispiel für jene — vielleicht unbewußte — Doppelbödigkeit des historisch-politischen Sachurteils, die Widerspruch herausfordert und den Wert solcher Bücher begrenzt.

Die Arbeit von Badstübner und Thomas ist die umfassendste in der DDR erschienene Studie über die Ursachen der Teilung Deutschlands. Der Leser, der erwartet, daß die Autoren westlichen Forschern schwer zugängliche Quellen auswerten konnten, sieht sich getäuscht; das Quellen- und Literaturverzeichnis dieses Bandes deckt sich, sieht man von einigen wenigen sowjetischen Veröffentlichungen und von einiger Sekundärliteratur aus der DDR ab, auffallend mit den entsprechenden Nachweisen in den westlichen Arbeiten von einigem Rang. Wenn die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Siegermächten, deren deutschlandpolitische Konzeptionen sowie die sozio-ökonomischen und politischen Vorgänge in den Besatzungszonen von den Autoren, wie zu erwarten, anders gedeutet und gewertet werden als von westdeutschen Autoren, so beruht das also auf einer unterschiedlichen Interpretation oft sogar durch die gleichen Quellen belegter Fakten. Den Fehler nicht weniger westlicher Historiker und Publizisten, sich mehr oder minder unbewußt von einer anti-sowjetischen Einstellung leiten zu lassen und dadurch die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zu präformieren, begehen Badstübner und Thomas natürlich nicht, und da sie auch nicht durchweg einfach ins Gegenteil verfallen, kommt ihre Darstellung der Spaltung Deutschlands in mancher Hinsicht der historischen Realität wohl näher als viele entsprechende westdeutsche Publikationen. Allerdings neigen die Autoren manchmal auch zu unterschiedlicher Beurteilung sachlich ähnlicher oder gleicher Fragen und Tatbestände, wie z. B. im Falle von deutschen Gebietsverlusten im Osten und im Westen (S. 101) oder beim Vorwurf gegenüber den Westmächten, in Deutschland scharfe wirtschaftliche Restriktionen durchzusetzen (S. 55).

Da die Vorzüge des Buches oft gleichsam identisch mit dem Vermeiden der oben gerügten Mängel einiger westlicher Arbeiten sind, sollen sie hier nicht in extenso hervorgehoben werden. Hingegen seien einige kritische Anmerkungen gemacht:

Gegen Krautkrämer und andere westdeutsche Autoren polemisierend, weisen Badstübner und Thomas die Bezeichnung der sowjetisch-angelsächsischen Koalition als ‚seltsam‘ oder gar ‚widernatürlich‘ zurück (S. 8 ff.) und beharren darauf, daß dieses Bündnis das

Kriegsende hätte überdauern können, daß die Teilung Deutschlands keineswegs durch die Niederlage gegen eine Ost-West-Koalition unabwendbar gewesen sei. Offenbar denken die Autoren dabei an die Möglichkeit einer Fortführung der Roosevelt'schen Politik durch dessen Nachfolger. Dieses retrospektive Koexistenzprogramm stellt jedoch nur eine theoretische Chance dar und negiert die Außenseiterposition Roosevelts, zumindest hinsichtlich seiner Politik gegenüber der UdSSR, innerhalb der amerikanischen Machtelite. An anderen Stellen geben die Autoren übrigens selbst Interpretationen der amerikanischen Nachkriegsdiplomatie, die die Chance der Bündnisfortsetzung ausschließen.

Die Autoren zeigen überhaupt einige Unsicherheit in der Datierung der Schwenkung der amerikanischen Ostdiplomatie. Sie unterstellen Truman auf Seite 63 die Absicht, auf der Potsdamer Konferenz noch die Politik Roosevelts fortführen zu wollen, während auf S. 85 beschrieben wird, wie unmittelbar nach dem Tode Roosevelts die Gegner seiner Rußlandpolitik Dominanz erlangten. Allgemein werten die Autoren jedenfalls die alliierte Zusammenarbeit im Kontrollrat bis etwa Mitte 1946 als fruchtbar (S. 74 ff.).

Die in einigen westdeutschen Publikationen spürbare Tendenz, das sich seit 1946 steigende Wohlwollen der Westmächte gegenüber ihren deutschen Zonen gedanklich bis in die Kriegsjahre zurückzuprojizieren, zeigt sich bei Badstübner und Thomas analog für das Verhältnis UdSSR—Deutschland. Sie stilisieren die Sowjetführer (S. 23—27) schon für die Konferenzen von Teheran und Jalta zu Anwälten der staatlichen Einheit Deutschlands gegen Teilungsabsichten der Westmächte. Diese Darstellung ist eindeutig unzutreffend<sup>2</sup> und verdeckt auch, daß den angelsächsischen wie den sowjetischen Teilungsplänen nicht primär Rachemotive, sondern die Verfolgung jeweils eigener Sicherheitsinteressen zugrunde lagen. Und ebenso gaben die einzelnen Siegermächte die Teilungsabsicht nicht aus moralischen Skrupeln auf, sondern weil die gewandelten Beziehungen zwischen ihnen die Zerstückelung Deutschlands als nicht mehr im eigenen Interesse liegend erscheinen ließ. Die Hypostasierung moralischer und ideeller Motive zum einen, weltanschaulicher und ideologischer zum anderen bei Vernachlässigung der realen politischen und ökonomischen Interessenlagen, zeigt sich hier also ebenso wie in vielen westdeutschen Publikationen.

Einige widersprüchliche Deutungen und Urteile unterlaufen den Autoren infolge ihres auffälligen Bestrebens, sowohl die deutschlandpolitischen Bestrebungen der UdSSR und der SED-Führung völlig zu identifizieren, wodurch bestimmte mögliche Alternativen der Entwicklung nach 1945 negiert werden, wie auch der Politik in der SBZ/DDR den Anschein absoluter Konsequenz und gradliniger Kontinuität zu sichern. So wenden sie sich einerseits zu Recht (z. B.

<sup>2</sup> Siehe z. B. *Die Konferenzen von Malta und Jalta*. Deutsche Ausgabe, Düsseldorf o. J., S. 573 ff. Protokoll der 2. Plenarsitzung am 5. 2. 1945 sowie Stalins Antwort auf Hopkins' Frage am 28. 5. 1945 in Moskau, weshalb die SU von der Teilungsabsicht abgegangen sei; Deuerlein, aaO., S. 111.

S. 79, S. 317) gegen die in der westlichen Literatur verbreitete These, die sozioökonomischen Strukturreformen in der SBZ 1945/46 seien Beweise der ‚Sowjetisierung‘. Wenn dann jedoch die letztlich durch die gewandelte Deutschlandpolitik der Westmächte bedingte innere Entwicklung der SBZ/DDR nach 1949 als konsequente Fortführung jener ersten Reformen dargestellt wird (z. B. S. 149), so leisten die Autoren genau der westlichen Interpretation Vorschub, gegen die sie an anderen Stellen polemisieren. Eine ähnliche Fehlleistung unterläuft ihnen auch, wenn sie einerseits die Charakterisierung der Blockpolitik als verschleierte kommunistische Alleinherrschaft zurückweisen (S. 52), andererseits aber Repräsentanten der CDU und LDP wegen der Verfolgung selbst ausgesprochen linksbürgerlicher eigener Konzeptionen scharf kritisieren (S. 138—141; S. 176 ff.).

Zutreffender als in der überwiegenden westlichen Literatur beschreiben die Autoren die gewandelten Positionen der Briten und Amerikaner in der Deutschlandpolitik nach 1946/47 (III. Kapitel) sowie die Rezeption der veränderten Lage durch die politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen in Westdeutschland (S. 100 ff., S. 200 ff.). Ihre Feststellungen decken sich im Kern nicht selten mit den umfassender belegten Thesen von Schwarz. Zu Recht wenden sie sich (S. 236) gegen Cornides' Behauptung der reinen Objektstellung Westdeutschlands vor 1949 und weisen nach, daß die von den Westmächten initiierte Politik der Einbeziehung ihrer Zonen in den sich formierenden Westblock von maßgeblichen deutschen politischen Kreisen und publizistischen Organen kraftvoll und drängend unterstützt wurde (z. B. S. 236). Die Bejahung der Weststaat-Bildung war sogar recht allgemein, und insoweit überzeugt auch die Bestreitung der Legitimität des Parlamentarischen Rates und seiner Tätigkeit durch die Autoren (S. 358) nicht, es sei denn, man würde eng formalrechtlich oder aber mit einer moralisch-historisch überhöhten Unanständigkeit der nationalen Einheit argumentieren.

Die Darstellung der durch die Londoner Konferenzen vom Frühjahr 1948 vorbestimmten konkreten Maßnahmen zur Konstituierung der BRD sowie dann analog dazu der DDR (Kapitel VII—X), betrifft nicht mehr die hier vorrangig interessierende Frage nach den Ursprüngen separater Deutschlandpolitik der Siegermächte; sie bleibt außerhalb dieser Rezension.

### III

Walther E. Schmitt prätendiert, in seinem Buch der sowjetischen Deutschlandpolitik erstmals ganz auf den Grund gekommen zu sein, indem er sie im Lichte ihrer dogmatischen Fundierung, einer „politischen Kriegslehre Lenins“ darstellt. Freilich vermag sie der Autor nicht überzeugend zu explizieren, was insofern begrifflich ist, als es diese „politische Kriegslehre“ in der von Schmitt hypostasierten Gestalt schlechterdings nicht gibt. Wie gelangt der Autor zu seiner Entdeckung? Mit der Faszination des in Neuland Eindringenden, macht er sich an die Lektüre der Schriften Lenins, beschränkt sich

dabei aber im wesentlichen auf die zweibändige Ostberliner Auswahl von 1954. Hieraus zitiert und interpretiert er nun ohne unbequeme Rücksicht auf den historischen und politischen Kontext Passagen über Fragen der Parteiorganisation, über die Taktik des revolutionären Kampfes des Proletariats unter verschiedenartigen Bedingungen, über das Verhältnis zwischen Proletariat und anderen sozialen Klassen, über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur, über Agitation, revolutionären Internationalismus u.a.m. Von der Schlüsseligkeit der Leninschen Gedanken und von der Konsequenz, mit der er sie in die Praxis umsetzte, ist der Verfasser sichtlich tief beeindruckt. Da ihm jedoch ein zureichendes Verständnis des Marxismus im allgemeinen und der Vermittlung von Theorie und Praxis im besonderen mangelt, konstruiert er die Schimäre jener „Leninschen politischen Kriegslehre“ als einer weltrevolutionären Rezeptsammlung von universaler Gültigkeit.

Wenn Schmitt konkrete Aktionen der Sowjetführung aus der ‚politischen Kriegslehre‘ deduziert, wird z. B. die aus der Gewohnheit gegenseitiger Denunzierung im Kalten Krieg selbstverständliche propagandistische Verwertung des amerikanischen U-2-Spionagedebakels vom Mai 1960 durch die UdSSR zu einer „... schlechthin klassische(n) Gelegenheit zur Anwendung der (ein Element der ‚politischen Kriegslehre‘ bildenden, C.) Taktik der Enthüllung und der Entlarvung...“ (S. 37). Spionageflugzeuge in Friedenszeiten über fremden Staaten operieren zu lassen, hält Schmitt offenbar für völlig in Ordnung, solche Praktiken anzuprangern, jedoch für einen weltrevolutionären Offensivakt.

Stalin und Chruschtschow avancieren bei ihm zu Meisterschülern Lenins; er unterstellt eine völlig ungebrochene Kontinuität der Motive, Ziele und Methoden sowjetischer Politik. Der Verfasser nimmt nicht wahr, daß schon wenige Jahre nach seinem Entstehen der sowjetische Staat, ungeachtet der politischen und sozioökonomischen Transformationsprozesse in seinem Inneren, nach Konsolidierung seines äußeren Status drängte, weshalb neben die revolutionär intendierten Beziehungen zu proletarischen Parteien des Auslands bald Kontakte zu bürgerlichen Regierungen traten. Sie folgten ohne Rücksicht auf gesellschaftspolitische und ideologische Fundamentaldifferenzen durchaus den traditionellen Regeln und Formen zwischenstaatlicher Beziehungen und dominierten ab etwa 1925 eindeutig über die erstgenannten.

Verbindungen zwischen der Leninschen „politischen Kriegslehre“ und der tatsächlichen sowjetischen Deutschlandpolitik stellt Schmitt nur in allgemeinen Sentenzen wie der folgenden her: „Die Gründung der DDR durch Stalin bedeutet nichts anderes als die Fortführung des Weltkriegs auf deutschem Boden, die ‚Umwandlung‘ dieses Krieges gemäß der Lehre Lenins in einen deutschen Bürgerkrieg und den Versuch, mit einer planmäßigen Klassenkampfagitation die deutsche Frage durch eine bolschewistische Lösung abzuschließen“ (S. 17). Ansonsten aber bemüht sich der Autor bei seiner Darstellung der sowjetischen Deutschlandpolitik seit 1945 kaum um eine überzeugende

Ableitung der nachweisbaren Entscheidungen und Maßnahmen aus der von ihm entdeckten ‚politischen Kriegslehre‘. Dieser Teil (Seite 194 ff.) folgt vielmehr dem bereits in anderem Zusammenhang kritisierten westlich-apologetischem Grundschema. Schmitt trägt keine auch nur entfernt wesentlichen Aspekte zur Erhellung bei. Das ziemlich magere Literaturverzeichnis und die in diesem Abschnitt des Buches spärlichen Quellenverweise lassen vermuten, daß hier ausschließlich Sekundärliteratur kompiliert wurde. Gemäß seiner Kernthese deutet Schmitt natürlich die sowjetische Politik in Deutschland rein offensiv. Daß die UdSSR berechnete Sicherheitsinteressen in Ostmitteleuropa und einen legitimen Anspruch auf Reparationsleistungen in der geforderten Höhe und Form haben könnte, wird natürlich überhaupt nicht zur Erwägung gestellt. Einen peinlichen Beweis seiner Unkenntnis leistet sich der Autor, indem er (S. 229) dem Potsdamer Abkommen ‚leninistische Tendenzen‘ andichtet. Er weiß offenbar nicht, daß dem Text ein amerikanischer Entwurf zugrunde liegt.

Gegenüber der recht kursorischen Darstellung der Teilungsvorgänge 1945—1949 entwickelt Schmitt die Auseinandersetzungen um gesamtdeutsche Wahlen und Status der Bündnisfreiheit zwischen 1951 und 1955 relativ ausführlich. Er hält dabei jedoch an den verschleiern den Formeln fest, mit denen die Kontroversen bestritten wurden, ohne zu den sich dahinter verbergenden realen Interessen vorzudringen. So wird die Berechtigung der westlichen Forderung, eine aus Wahlen hervorgehende gesamtdeutsche Regierung müsse das Recht zu jeder bündnismäßigen Option haben, nicht in Frage gestellt, obgleich doch nur zu deutlich ist, daß dieses Verlangen auf die Einbeziehung ganz Deutschlands in das westliche Paktsystem und folglich auf die Zumutung einer totalen Kapitulation der UdSSR in dieser Frage hinauslief.

Die eigene Position des Autors bleibt, sieht man von der starr antikommunistischen Einstellung ab, diffus. Wenn er zum Beleg europäischen Einigungswillens auf die mit dem Faschismus kollaborierenden ‚europäischen Freiwilligen‘ rekurriert (S. 378), vermutet man ihn in der geistigen Nähe von ‚Nation Europa‘. Andererseits findet man im Nachwort eine zaghafte Kritik an — nur allgemein umschrieben — restaurativen Entwicklungen in der BRD und an der geübten Praxis, dem Kommunismus allein mit Mitteln staatlicher Repressionsgewalt zu begegnen. Daran schließt Schmitt die Forderung nach einer Gegenideologie an, ohne anzudeuten, auf welche Werte sie gegründet und auf welche Ziele sie gerichtet sein soll. Ein kurioses und ein überflüssiges Buch!

„Die hier vorgelegte Schrift soll eine klare und handliche Arbeitsgrundlage zur Deutschlandpolitik des Sowjetzonen-Regimes geben... (Sie will) — wohl erstmals — das politisch-psychologische Arsenal der sowjetzonalen Deutschlandpolitik...“ sichtbar machen (S. 16). Hier eine Lücke zu schließen, scheint dem Verfasser notwendig, weil „... eine ernste Prüfung anhand der Quellen ergibt, daß bisher die

Planmäßigkeit und die aggressive Hauptlinie der weitgezielten Deutschland-Strategie, wie sie von der SED und der ‚DDR‘ ausgeht, übersehen wurde“ (S. 15). Solche Sätze im Vorwort des Buches von Fritz Kopp sowie die vom Autor im Jahre 1965 bevorzugte Terminologie lassen den Leser ahnen, was ihn im folgenden erwartet. Es ist der Versuch, die These der kommunistischen Weltverschwörung anhand der Äußerungen der KPD/SED zur deutschen Staatlichkeit und zur Deutschlandpolitik von 1945 bis 1965 zu verifizieren.

Zum Beleg der Kontinuität kommunistischer Verschwörungstaktik wird zuvor die Haltung der KPD zur nationalen Frage von 1918 bis 1944 cursorisch interpretiert. Es geht dem Verfasser vor allem um den Nachweis, daß die zunächst gelegentlichen, ab etwa 1934 aber regelmäßigen Betonungen des Wertes der Nation durch die KPdSU und die KP allemal der Verschleierung antinationaler Intentionen dienen sollten. Stalins Politik des ‚Aufbaus des Sozialismus in einem Lande‘ war so nach Kopp keineswegs eine Abkehr vom revolutionären Internationalismus. Stalin setzte vielmehr diese Strategie durch „... weil er nur von der Sowjetunion aus die Weltrevolution mittels der von ihm selbst gelenkten Komintern organisieren konnte“ (S. 34). Studien über den Funktionswandel der Komintern lehren zwar anderes, aber für Kopp bleibt die hypnotisierende Wirkung des Gespenstes ‚Weltrevolution‘ allgegenwärtig.

Die Vielzahl macht- und sicherheitspolitischer, ökonomischer und ideologischer Faktoren, die die Beziehungen der Alliierten untereinander sowie deren Verhältnis zu den konkurrierenden politischen Kräften im Nachkriegsdeutschland bestimmten; jener Komplex sich widerstreitender, überkreuzender, kumulierender Motive und Intentionen wird bei Kopp negiert durch ein simples Schema: Der UdSSR geht es stets um die ‚weltrevolutionäre‘ Ausdehnung ihres Herrschaftssystems. Sie bedient sich dazu nach 1945 einer antifaschistisch und demokratisch gerierten Verschleierungstaktik. Hilfstruppen findet die SU in den kommunistischen Parteien der von ihr militärisch besetzten und beherrschten Länder. Sie verfolgen eine analoge, den jeweiligen Bedingungen angepaßte Scheintaktik, die auch die Zugkraft der nationalen Idee ausnutzt. Allemal geht es aber um die schließliche Aushöhlung der Nation durch Sowjetisierung. Diese Politik ist stets offensiv, auch wenn ihr die Führung zuweilen einen defensiven Anschein geben muß, was sie um so gefährlicher macht. Soweit Kopp's Interpretation kommunistischer Außenpolitik und Diplomatie. Am historischen Beispiel entlarvt der Autor sowjetische Politik dann so: „Als die Sowjetunion am 10. Juli 1946 auf der Außenministertagung in Paris ‚eine einheitliche deutsche Regierung‘ begehrt, verknüpft sie diese Äußerung mit dem Verlangen, sie müsse ‚demokratisch genug sein, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszurotten.‘ Damit fordert die Sowjetunion in Wirklichkeit, 1. das in ihrer Besatzungszone herrschende Regime auf das westliche Deutschland zu übertragen; 2. alle anderen Parteien für den antifaschistisch getarnten Kommunismus der SED einzuspannen“ (S. 60).

Kopp ist bemüht, seine Kernthese der offensiven Brisanz und Militanz kommunistischer Politik zu belegen, indem er einmal sehr ausgiebig Passagen aus SED-offiziellen und offiziösen Proklamationen, Reden, Schriften usw. zitiert und anschließend exzessiv interpretiert, wobei er zum anderen den realen politischen und historischen Hintergrund dieser DDR-Äußerungen zumeist negiert. So werden z. B. bestimmte Schritte der westlichen Alliierten oder der BRD, die politische Reaktionen der UdSSR oder der DDR auslösten, nur vage angedeutet oder gar nicht erwähnt, wodurch das östliche Reagieren als Agieren erscheint.

Während selbst in der westlichen Literatur im allgemeinen kein Zweifel daran gelassen wird, daß die UdSSR zwischen 1946 und 1948 auf die Herstellung der deutschen Einheit hinarbeitete (wobei in dieser Literatur kontrovers bleibt, ob zu für den Westen akzeptablen Bedingungen), versucht Kopp nachzuweisen, daß die entscheidenden Schritte zur Teilung stets von der UdSSR ausgegangen seien. Das wird dann z. B. wie folgt belegt: „Nach gemeinsamer Deutschland-Beratung mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg beschließen die drei Westmächte am 6. März 1948, einen deutschen Bundesstaat zunächst aus den drei Westzonen wiederherzustellen und ihm Marshallplan-Hilfe zu geben. Dies veranlaßt die Sowjetregierung dazu, am 20. März den Interalliierten Kontrollrat zu verlassen. Damit zerbricht die Sowjetregierung ganz offen die Einheit Deutschlands, die ja nach dem Potsdamer Abkommen zunächst auf der gemeinsamen Verwaltung durch den Kontrollrat beruht“ (S. 94). Diesen Kausalnexus nachzuvollziehen, dürfte eine Zumutung darstellen. Ausgesprochen peinlich prüft Kopp alle Verlautbarungen und Proklamationen gesamtdeutschen Charakters der UdSSR, der SBZ- bzw. DDR-Organen und der SED darauf, ob die Lösung der deutschen Frage über eine Wahlprozedur erreicht werden soll. Fehlen entsprechende Hinweise, dokumentiert das für Kopp die Bolschewisierungspläne. Ist von Wahlen die Rede, so rügt der Autor, wenn z. B. nicht ausdrücklich ‚geheime Wahlen‘ angeboten wurden (S. 141). Sind jedoch alle für Wahlen denkbaren Attribute vollständig aufgezählt, wie z. B. in der auf Seite 82/83 zitierten ‚Erklärung des 1. Deutschen Volkskongresses‘ vom Dezember 1947 oder in einem Schreiben von Regierung und Volkskammer der DDR an den Bundestag vom 30. 1. 1951 (S. 141), gibt der Autor keine Erklärung dafür, weshalb der Westen nicht auf dieser Basis in Verhandlungen eintrat.

Seine sozialkonservative Grundeinstellung offenbart der Autor durch ständige Polemik gegen Sozialisierungsforderungen und -maßnahmen (S. 87, 91 und anderweitig), die ihm immer willkommene Belege für Sowjetisierung und Spaltungsinitiativen sind. Dabei fehlt natürlich jeder Hinweis auf die Virulenz von Vergesellschaftungsabsichten zur gleichen Zeit in den Westzonen, auf das Ergebnis des Plebiszits über den Sozialisierungsartikel der Hessischen Verfassung vom Dezember 1946, auf das Ahlener Programm der CDU oder auf den Sozialisierungsbeschluß des nordrhein-westfälischen Landtags vom August 1948.

Die hier angedeuteten, keineswegs vollständigen, Einwände dürften es erübrigen, die Besprechung auf die Abschnitte des Buches auszudehnen, in denen sich Kopp mit der Deutschlandpolitik der SED nach dem Vollzug der staatlichen Teilung befaßt.

Erdmenger will in einer Studie, der seine Dissertation zugrunde liegt, prüfen, ob dem Primat des Wiedervereinigungspostulats im offiziellen Selbstverständnis der BRD deutschland- und ostpolitische Konzeptionen und eine praktizierte Politik entsprachen, die angesichts der von der UdSSR in der Deutschlandfrage eingenommenen Position sowie der Machtkonstellation in Europa als adäquat und realistisch gewertet werden können. „Konformität respektive Disharmonie von Ziel und Mitteln stellen das Untersuchungsobjekt dieser Arbeit dar“ (S. 25/26).

Nach einem einführenden Kapitel prüft Erdmenger diese Ziel-Mittel-Relation einmal für die Politik von Regierung und Koalitionsparteien zwischen 1949 und 1955, und anschließend für die deutschlandpolitischen Konzepte und das reale politische Verhalten der SPD-Opposition. Der Verfasser gelangt beide Male zu einem negativen Ergebnis: weder Regierung noch Opposition hätten praktikable Wiedervereinigungskonzeptionen zu entwickeln vermocht (S. 94 f.). Für die Politik der Bundesregierung verweist der Autor z. B. auf die Diskrepanz von Wiedervereinigungspostulat und einer objektiv auf die Konsolidierung der Bundesrepublik gerichteten Strategie (Seite 40 ff.). Man habe nie überzeugend belegen können, daß westeuropäische Integration zugleich Wiedervereinigungspolitik sei und tatsächlich habe die Europapolitik der Regierung auch autonome, vom Ziel der Rückgewinnung nationalstaatlicher Einheit unabhängige Motive verfolgt (S. 53 f.). So sei es bei den europäischen Verträgen u. a. um die Errichtung jenes von Adenauer geforderten ‚Dammes‘ gegangen (S. 47), der Schutz vor kommunistischer Expansion bieten sollte. ‚Wiedervereinigung‘ sei verstanden worden als Anschluß der DDR an die in Westeuropa politisch, militärisch und wirtschaftlich integrierte Bundesrepublik, als Ausdehnung des ‚Dammes‘ an die deutschen Ostgrenzen, und habe damit die realen machtpolitischen Konstellationen völlig negiert (S. 59). Dieses Ziel sei nur für durchsetzbar erachtet worden bei einem Sieg über die UdSSR im Kalten Kriege, nicht aber auf dem Verhandlungs- und Kompromißwege (S. 121).

Anders als die CDU/CSU habe die SPD auf dem provisorischen Charakter der BRD insistiert und u. a. deshalb auch gegen die Politik westeuropäischer Integration opponiert (S. 60 ff.). Jedoch habe sie den Regierungsparteien keine realistische deutschlandpolitische Strategie entgegengesetzt können, da die SPD, obgleich eher als die CDU bereit, sowjetische Sicherheitsinteressen anzuerkennen, letztlich auch die Neutralisierung als Alternative zur Westbindung gescheut habe (S. 74, S. 79 f.). Nach dem Tode Schumachers habe sich die sozialdemokratische Opposition weitgehend in der Negation der Adenauerschen Politik erschöpft (S. 83 f.). So weit in verkürzter Wiedergabe Erdmengers Argumente für seine These, „... daß keine konzeptio-

nell auf die Wiedervereinigung zielende Politik vorhanden war“ (S. 50).

Dem Rezensenten erscheinen die Thesen und Urteile des Verfassers letztlich überzeugend und auch belegbar. Fraglich ist allerdings, ob sie in dieser Studie auf nur ca. 65 Seiten, gemessen an den zur Verfügung stehenden Quellen, so fundiert belegt wurden, daß nicht der Einwand ungenügend abgesicherter Urteilsbildung zu erwarten wäre. So sind z. B. die entsprechenden Abschnitte in der Arbeit von Schwarz (B. VIII, IX und C. X), die sachlich weitgehend mit den Kapiteln 3 und 4 der vorliegenden Studie korrespondieren, obgleich sie sich nicht ganz in der zeitlichen Abgrenzung decken, weitaus materialreicher und gründlicher belegt. Der Vorwurf einer zu schmalen Wertungsbasis könnte leicht als Scheinargument gegen eine Studie benutzt werden, die zu der vorherrschenden Literatur in der BRD widersprechenden Urteilen gelangt.

Die Unverhältnismäßigkeit von Ziel und Mitteln bundesrepublikanischer Deutschlandpolitik erklärt Erdmenger vor allem damit, daß der in Westdeutschland verbreitete, ideologisch verfestigte Antikommunismus eine adäquate Rezeption der sowjetischen Deutschlandpolitik verhindert habe. Diese These versucht der Autor im Kapitel 5 zu verifizieren (S. 99 ff.). Er charakterisiert diesen Antikommunismus als mystisch verbrämt, quasi-theologisch überhöht, alle historischen, politischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Realfaktoren negierend, in der Quintessenz irrational (S. 99—105). Als Ausdruck und Folge dieser Grundhaltung sieht Erdmenger u. a. an: die Negierung sowjetischer Interessen im eigenen außenpolitischen Kalkül, die legalistische Form der Begründung westdeutscher Forderungen, die — vom Rezensenten oben wiederholt kritisierte — Verwendung unterschiedlicher Maßstäbe für die Beurteilung sowjetischer und westlicher politischer Positionen; das Festhalten an der Politik der Stärke und die weitgehende konzeptionelle Ausschließung des Verhandlungsweges sowie die dogmatische Freund-Feind-Sicht. „Die extrem antikommunistische Sicht der für dauernd angesehenen Polarisierung der Welt in Ost und West zeitigte undynamische Verhaltensstereotypen und unhistorische Fixierungen bei maximalen Forderungen an die Gegenseite“, resümiert der Autor (S. 131).

Im letzten Kapitel unternimmt es Erdmenger, die ost- und deutschlandpolitischen Konzeptionen der Bundesregierung mit den Grundzügen der sowjetischen Politik zu konfrontieren (S. 132 ff.). Ähnlich wie der Rezensent kritisiert er das im Westen vorherrschende „... eingleisige Verfahren ... gleichbleibende sowjetische Ziele allein von der marxistisch-leninistischen Ideologie her zu konstatieren und allenfalls Phasen verschiedenen taktischen Verhaltens anzunehmen“ (S. 132/33) und fordert „... eine Analyse der sowjetischen Politik ... die von der wechselseitigen Bedingtheit von westlichen und östlichen politischen Zielen und Interessen ausgeht“ (S. 132). Demgemäß interpretiert Erdmenger im folgenden die sowjetische Außenpolitik im behandelten Zeitraum als primär motiviert durch das Bestreben, die eigene Integrität zu gewährleisten und die Konsolidierung des in der

Folge des Sieges erworbenen Einflußbereichs zu sichern. Diese Politik wird als weniger dogmatisch denn pragmatisch und somit als geeignet betrachtet, ihr nach überkommenen machtpolitischen Grundregeln und in den üblichen diplomatischen Formen zu begegnen. Der Autor hält jedoch diese Deutung der sowjetischen Außenpolitik nicht im ganzen Buch durch. So finden sich z. B. auf den Seiten 51 und 82 starke Anklänge an Interpretationsweisen, gegen die Erdmenger andernorts selbst polemisiert. Ebenso auf Seite 135, wo es z. B. zunächst völlig korrekt heißt: „Von der Potsdamer Konferenz bis 1948 versuchte die Sowjetunion, eine gesamtdeutsche Zentralregierung zu errichten. Diese Absicht war motiviert von dem Bestreben, über ein einheitliches Deutschland Einflußmöglichkeiten auf die Wirtschaft Westdeutschlands, vor allem des Ruhrgebietes zu bekommen.“ Dann aber fährt er fort: „Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine expansive, ideologisch verbrämte imperialistische Politik der Sowjetunion...“ Diese Charakterisierung wird durch die zutreffende vorausgehende Feststellung keineswegs gerechtfertigt. Das Prinzip der Vier-Mächte-Kontrolle über Deutschland beschränkte das Kontrollrecht jeder Besatzungsmacht nicht auf die eigene Zone, was deutlich in der Errichtung des Obersten Kontrollrates zum Ausdruck kam. Das Bestreben der SU, die Entwicklung der Ruhrindustrie mit zu beeinflussen (von Frankreich übrigens zumindest ebenso nachhaltig geltend gemacht), läßt sich sehr wohl ohne Rückgriff auf die Attribute ‚expansiv‘ und ‚imperialistisch‘ aus sowjetischen Sicherheitsinteressen erklären. Zu einer wirklichkeitsgerechten Darstellung findet der Autor bei der Behandlung der sowjetischen Deutschlandpolitik 1952 bis 1955 zurück (S. 137 ff.). Im Nachwort geht er so weit (S. 164), im Interesse einer an den weltpolitischen Realitäten orientierten westdeutschen Außenpolitik für die Aufgabe des Wiedervereinigungsanspruchs und die Anerkennung der DDR zu plädieren.

#### IV

Hans Peter Schwarz hat mit seiner Habilitationsschrift die bisher gründlichste und umfassendste Untersuchung der politischen Entwicklungen innerhalb und außerhalb Deutschlands, die zur Teilung führten, vorgelegt. Sachlich gehört die Arbeit in die Reihe der oben unter II besprochenen Bücher, sie soll jedoch wegen ihrer weitgespannten Problemstellung und wegen ihres Materialreichtums hier gesondert behandelt werden; wenn auch gleich anzumerken ist, daß sich die Kritik im Rahmen dieser Sammelrezension auf einige Aspekte beschränken muß.

Schwarz stellt sich nicht die — bei der derzeitigen Quellenlage und der Vielfalt beteiligter Faktoren ohnehin kaum lösbare — Aufgabe, die Ursachen der deutschen Teilung schlechthin transparent zu machen. Er will vielmehr „... unter Verzicht auf chronologische oder erzählende Wiedergabe ... (herausarbeiten), welche Denkfiguren und Motive die außenpolitische Neuorientierung der Deutschen bewirkt haben“ (S. XXXII). Es geht ihm um die Erhellung der Entscheidungs-

motive und Handlungsimpulse der beteiligten politischen Protagonisten, wobei u. a. die Gewichtungrelation zweckrationaler, wertorientierter, ordnungspolitischer, ökonomischer, ideologischer, sowohl prinzipieller wie mehr vordergründiger Überlegungen untersucht werden soll. Schwarz will prüfen, wie mehr oder minder konsistente Konzeptionen einer künftigen staatlich-politischen und sozioökonomischen Gestalt Deutschlands zwischen 1945 und 1949 mit den entsprechenden Planungen der jeweiligen Kontrahenten harmonierten oder kollidierten; wie weit sie mit objektiven, der Beeinflussung durch die Beteiligten weitgehend entzogenen ökonomischen und politischen Gegebenheiten zu vereinbaren waren oder durch sie modifiziert oder aufgegeben werden mußten. In der Ausführung beschränkt sich der Autor jedoch nicht auf diese von ihm im Vorwort und in der Einleitung formulierten Problemstellungen. Sicher unvermeidbar, gelangen auch immer wieder realhistorische Ereigniszusammenhänge zur Darstellung, die insoweit auch mit in die Kritik einzubeziehen sind.

Schwarz unterscheidet zutreffend vier ‚Wirkungsebenen‘, auf denen sich die Auseinandersetzungen um Deutschland abspielten (S. 5): konzeptionelle Divergenzen innerhalb der politischen Führungsschichten der einzelnen Siegermächte, Konflikte zwischen den Alliierten, Auseinandersetzungen zwischen deutschen Politikern und politischen Gruppierungen und schließlich Friktionen zwischen deutschen und alliierten Politikern und Institutionen. Diese Unterscheidung bestimmt jedoch nicht unmittelbar die Anlage der Arbeit. Der Autor gliedert seine Untersuchung vielmehr in zwei Hauptteile: im ersten wird nacheinander die Deutschlandpolitik der vier alliierten Großmächte zwischen 1945 und 1949 behandelt; im zweiten gelangen die von deutschen politischen Persönlichkeiten und Gruppierungen verfochtenen Konzeptionen außenpolitischer Orientierung und innenpolitischer sowie sozialökonomischer Gestaltung Nachkriegsdeutschlands zur Darstellung. Je ein Hauptkapitel widmet der Verfasser hier den Vertretern der Blockfreiheit, den Fürsprechern einer Westbindung sowie der Sozialdemokratie. In einem abschließenden Gesamtüberblick resümiert der Autor die Ergebnisse seiner Studie.

Eine rein chronologische Gliederung und Darstellung hätte wohl schwerlich die Stofffülle erkenntnisfördernd zu strukturieren vermocht und insofern gebührt der vom Autor gewählten sachlich-systematischen Behandlung sicher der Vorzug. Sie birgt jedoch eine Gefahr in sich, der, das sei hier kritisch vorweggenommen, Schwarz nach Ansicht des Rezensenten auch erlegen ist. Die jeweils für sich geschlossene Behandlung der amerikanischen, sowjetischen usw. Deutschlandpolitik sowie der divergierenden deutschen Konzeptionen verdunkelt die Wechselbeziehungen innerhalb dieses politischen Handlungsraumes, läßt die Aufeinanderfolge von Aktionen und Reaktionen nicht deutlich erkennen. Zwar erwähnt der Autor z. B. bei der Darstellung der amerikanischen Deutschlandpolitik bestimmte Maßnahmen und Verlautbarungen der Sowjetunion und umgekehrt. Aber dadurch werden nur einige besonders augenfällige Wechselwir-

kungen verdeutlicht, während das diffizile Geflecht von widerstrebenden Zielsetzungen, jeweiliger Fixierung von Prioritätsskalen, des Abtastens der Positionen der Kontrahenten, der Korrekturen der eigenen Strategie und Taktik, pragmatischer Handlungsimpulse usw. in seiner Verwobenheit nicht entschlüsselt wird. Daraus sind nach Meinung des Rezensenten einige Unsicherheiten des Autors in der Einschätzung von Motiven und Verhaltensursachen sowie einige widersprüchliche Aussagen zu erklären, auf die z. T. noch hinzuweisen sein wird.

Im ersten Hauptteil wird die Europa- und Deutschlandpolitik der USA am ausführlichsten behandelt. Schwarz legt mit diesem Kapitel eine materialreiche, quellenmäßig gut fundierte Monographie vor, die im einzelnen eine Reihe sehr aufschlußreicher Einsichten vermittelt, jedoch nicht von Widersprüchen frei ist. Der Autor beschreibt zunächst die ‚außenpolitischen Schulen‘ in den USA der vierziger Jahre, die er auf die Formeln ‚Isolationismus‘, ‚Progressiver Internationalismus‘ und ‚Antikommunistische Realpolitik‘ bringt. Unter progressivem oder linkem Internationalismus versteht er — verkürzt gesagt — die von Roosevelt repräsentierte und praktizierte Politik einer Bereitschaft zu weltweitem Engagement mit antifaschistischer, auf Interessenausgleich und Kooperation mit der UdSSR gerichteter Tendenz. Dagegen waren die Verfechter antikommunistischer Realpolitik stets geneigt, im Bolschewismus den Hauptgegner und im Faschismus einen potenten Verbündeten zu sehen (S. 67, S. 97). Schwarz belegt überzeugend, daß die außenpolitische Konzeption Roosevelts von den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten der USA mehrheitlich nicht geteilt wurde und daß die Schule antikommunistischer Realpolitik schon sehr bald nach Roosevelts Tod dominierenden Einfluß gewann. Er urteilt z. B.: „Harry Truman . . . neigte außenpolitisch von Anfang an dem Kurs der Rechten zu“ (S. 41) und: „Die überraschende Schnelligkeit, mit der die Kräfte der Progressiven nach Roosevelts Tod ihren beherrschenden Einfluß auf den Gang der Dinge einbüßten, zeigte . . . deutlich, wie wenig es Roosevelt gelungen war, die außenpolitischen Führungsschichten des Landes von der Richtigkeit seines Kurses zu überzeugen“ (S. 63). Soweit stimmt Schwarz mit z. B. Alperovitz und Fleming<sup>3</sup> überein. Anders als diese Autoren deutet er dann jedoch trotzdem, hier nun mit der Mehrzahl der westdeutschen Historiker übereinstimmend, Truman habe die Politik Roosevelts gegenüber der UdSSR und Deutschland fortführen wollen, und er datiert die eigentliche amerikanische Schwenkung erst für Frühjahr oder Sommer 1947. Der Widerspruch dürfte daraus resultieren, daß Schwarz häufig die offiziellen Argumente zur Rechtfertigung der amerikanischen Politik in Deutschland und gegenüber der SU 1945—1947 recht unkritisch übernimmt, obgleich er auch immer wieder diesen widersprechende Einsichten formuliert.

3 Fleming, D. F.: *The Cold War and its Origins, 1917—1960*, 2 Bde., New York 1961.

In Potsdam revidierte Truman eindeutig Roosevelts Zusagen an Stalin in der Reparationsfrage. Lag das tatsächlich, wie die Amerikaner erklärten, in der Sorge um die Ernährung der Deutschen in den Westzonen begründet oder war das nicht bereits Ausdruck der politischen Frontschwengung der USA gegen die UdSSR? Schwarz übernimmt letztlich die offizielle amerikanische Version (S. 110 ff.), obgleich er andererseits (z. B. S. 98) darauf verweist, daß den verschiedenen amerikanischen Plänen für eine milde Behandlung Deutschlands stets eine sowjetfeindliche Einstellung zugrunde lag, daß „... den Gruppen, die nach Roosevelts Tod zur Macht kamen, in starkem Maße an der Sicherung und Ausdehnung privater Kapitalanlagen im Ausland gelegen... (sowie daß) für diese Schule amerikanischer Außenpolitik ihre Verbindung zum Großkapital mit europäischen Anlage- und Marktinteressen charakteristisch (war)“ (S. 66). Auch bezüglich der Auseinandersetzungen zwischen den USA und der UdSSR zwischen 1945 und 1947 über Reparationen, deutsche Wirtschaftseinheit, Industriepan, Export-Import-Programm macht sich Schwarz überwiegend die amerikanischen Argumente zu eigen.

Die Bildung der Bizone erklärt der Autor mit der offiziellen angelsächsischen Version aus drängenden ökonomischen Erfordernissen (S. 116 f., S. 276). Dagegen verweist Balfour (a.a.O., S. 218/19) zu Recht darauf, daß die wirtschaftliche Lage der beiden Westzonen allein durch ihre administrative Vereinigung nicht gebessert werden konnte, sondern dafür *die an diesen Schritt gebundene* amerikanische Bereitschaft, sich ökonomisch zu engagieren, maßgebend war. Das setzte aber eine *politische* Entscheidung voraus, nämlich die des Verzichts auf eine Kooperation mit der UdSSR in Deutschland. Die in den USA spürbare Beunruhigung über Anzeichen eines sowjetischen Einlenkens im Herbst 1946, die Schwarz belegt (S. 118), zeigt, daß zu dieser Zeit die Verwirklichung einer gemeinsamen Deutschlandpolitik mit der SU schon mehr gefürchtet als erhofft wurde. Der Autor erwähnt, daß im Herbst 1946 zwischen Clay und Sokolowski erfolgversprechende Separatverhandlungen über die Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit geführt, dann aber im Hinblick auf die bevorstehende Moskauer Außenministerkonferenz unterbrochen wurden (S. 118). Er vermag jedoch nicht zu erklären, weshalb die bereits erzielten Verhandlungsfortschritte in Moskau nicht eine Einigung ermöglichten. Schwarz verweist hingegen, in dieser Deutlichkeit wohl erstmals als westdeutscher Autor, auf die absolute Kompromißunwilligkeit der Amerikaner in Moskau (S. 81, 119 u. 164). Der angelsächsische Entschluß, an eine separate Deutschland-Lösung zu gehen, kann deshalb nicht, wie gemeinhin üblich, auf das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947 zurückgeführt werden, sondern muß dieser vorausgegangen sein. Und er war primär durch den desolaten Zustand der westdeutschen Wirtschaft motiviert, sondern drückte die Revision der angelsächsischen Politik gegenüber der UdSSR aus. Schwarz schreibt: „... sämtliche Stellungnahmen, die der offiziellen Schwengung der amerikanischen Wirtschaftspolitik in Deutschland den Weg ebneten...

beruhten auf zugleich antikommunistischen und privatkapitalistischen Grundüberzeugungen“ (S. 100). Er führt auch Belege an, die deutlich darauf schließen lassen, daß die USA nicht die Teilnahme der UdSSR am Marshallplan-Programm wünschten, obgleich formell ein Angebot an die SU erging (S. 82). 1947 waren die Weichen also gestellt, daran läßt der Autor keinen Zweifel. Nach Ansicht des Rezensenten hätte das umfassende Quellenmaterial, das der Autor verarbeitete, ihn zu dem Schluß führen müssen, daß die USA von 1945 bis 1947 in Wirklichkeit weniger eine ‚Policy of Ambivalence‘ gegenüber der SU und Deutschland betrieben, als vielmehr schon eingeschlossen waren, dem sowjetischen Einfluß in Europa zu begegnen und Deutschland ganz oder teilweise in ein antikommunistisches Bündnissystem einzugliedern.

Den Abschnitt über die Deutschlandpolitik der UdSSR leitet Schwarz mit allgemeinen Reflexionen über die sowjetische Haltung gegenüber dem Westen bei Kriegsende ein. Die seit je umstrittene Frage, ob die sowjetische Außenpolitik ideologisch prädisponiert sei oder den Grundsätzen traditioneller Machtpolitik folge, beantwortet der Autor nicht eindeutig. Er sieht unter Berufung auf amerikanische Sowjetforscher einerseits als erwiesen an, daß den außenpolitischen Konstellationsanalysen der Sowjetführung ein radikal dichotomisches Weltbild zugrunde lag, das letztlich ein gedeihliches Miteinander von Kapitalismus und Kommunismus ausgeschlossen habe (S. 204/205). Dem Rezensenten scheint es allerdings fragwürdig, ob das zweifelsfrei stets gegenwärtige Mißtrauen Stalins und anderer Sowjetrepräsentanten gegenüber den Westmächten einer ideologisch fundierten Freund-Feind-Sicht entsprang. Es mag ebenso aus der Kenntnis der schmalen Basis der Politik Roosevelts in der amerikanischen Machtelite, der antisowjetischen Schwenkung Churchills schon im letzten Kriegsjahr (auf die Schwarz Seite 148 ff. verweist) sowie allgemein aus den Erfahrungen mit der westlichen Politik seit 1917 resultieren. Schwarz selbst vermutet noch an gleicher Stelle unter Hinweis auf Barrington Moore, „... daß sich die sowjetische Außenpolitik der vierziger Jahre im ganzen doch viel stärker nach den überkommenen Faustregeln der Machtpolitik gerichtet hat, als nach den heiligen Schriften von Marx, Engels und Lenin“ (S. 205).

Unter diesem Aspekt interpretiert er das sowjetische Vorgehen in Osteuropa nach 1945 und gelangt dabei zu einer sehr viel differenzierteren Auffassung, als man sie sonst im westlichen Schrifttum (siehe Krautkrämer für viele) vorfindet. Schwarz verweist darauf, daß es Stalin nicht primär um ‚Sowjetisierung‘, als vielmehr um die Schaffung eines ‚Sicherheitsglacis‘ gegangen sei (S. 206, 209), wobei allerdings die Verwirklichung der eigentlichen Absicht die Errichtung einer kommunistischen Ordnung erforderlich machen konnte. Ob die UdSSR das für notwendig erachten würde oder nicht, mußte — was bei Schwarz allerdings nicht klar zum Ausdruck kommt — nicht zuletzt von der Reaktion der Westmächte abhängen. Hier gewinnen die von Alperovitz und Fleming beschriebenen Anstrengungen der USA bereits vom August 1945 Bedeutung, politischen Einfluß

in Bulgarien, Ungarn und Rumänien zu erlangen. Jedenfalls verweist der Autor zu Recht darauf, daß die volksdemokratische Konzeption variabel war und die Umwandlung der antifaschistischen Koalitionen in kommunistische Hegemonien nicht als von vornherein geplant nachzuweisen ist (S. 211 ff.).

Zutreffend charakterisiert Schwarz die sowjetische Politik in Europa nach 1945 als vorsichtig, flexibel, pragmatisch, risikofeindlich (S. 215/16). Wenn er als ihr Endziel die kommunistische Machtergreifung unterstellt (a.a.O.), so ist eine Diskussion darüber müßig, weil sich gegenwärtig weder einwandfreie Beweise noch Gegenbeweise erbringen lassen, aber auch überflüssig, weil sich reale Gegenwarts-politik zumeist nur sehr mittelbar von einem ‚Endziel‘ leiten lassen kann. Man muß jedenfalls der Feststellung des Autors beipflichten, daß „... eine deutsche Politik, der es darum gegangen wäre, sowohl die Teilung wie die Sowjetisierung zu vermeiden...“ (S. 216), von einer zutreffenden Einschätzung der sowjetischen Europapolitik hätte ausgehen und bemüht sein müssen, die Entwicklung in die Richtung einer sowjetischen Minimallösung zu forcieren. Eine solche Lösung wäre in einem staatlich geeinten, seine politische und sozial-ökonomische Verfassung selbst bestimmenden, jedoch der UdSSR zu Reparationsleistungen verpflichteten, außenpolitisch nicht zu beliebiger Option berechtigten und in bestimmter Weise kontrollunterworfenen Deutschland zu sehen gewesen. Im zweiten Hauptteil seiner Studie weist Schwarz nach, daß die deutsche Nachkriegspolitik in den Westzonen dagegen eine westliche Maximallösung anstrebte, die jeglichen sowjetischen Einfluß in und auf Deutschland ausschließen wollte. Ihr vorhersehbares Scheitern ist zumindest seit 1955 evident.

Wegen der zugegebenermaßen prekären Quellenlage geht Schwarz bei der Analyse der sowjetischen Deutschlandpolitik methodisch anders als in den Abschnitten über die Politik der Westmächte vor (S. 217 ff.). Er unterscheidet vier denkbare sowjetische Konzeptionen: 1. die Durchsetzung einer harten Politik gegenüber Deutschland im Verein mit den Westmächten (‚Karthago-Frieden‘), 2. ein Arrangement mit einer unabhängigen, aber sowjetfreundlichen gesamtdeutschen Regierung, 3. Sowjetisierung ganz Deutschlands und 4. Teilung Deutschlands und Sowjetisierung der eigenen Zone. Der Autor untersucht dann die manifesten Schritte und Äußerungen der UdSSR in und über Deutschland im Lichte dieser vier Möglichkeiten, um zu einer Einschätzung der tatsächlichen sowjetischen Absichten zu gelangen. Dieses Vorgehen mag heuristisch legitim sein, ergiebig ist es nicht. Denn selbstverständlich kann Schwarz sowjetische Maßnahmen, Verlautbarungen und Verhaltensweisen anführen, die sich im Sinne aller Alternativen interpretieren lassen. Dabei wäre gerade hier genau zu prüfen, ob es sich um sowjetische Initiativen oder um Reaktionen handelte, was jedoch durch die Art der Gliederung des Stoffes erschwert wird, die die Wechselbeziehungen zur westlichen Deutschlandpolitik verdunkelt. So ist das Ergebnis dieser Analyse auch recht mager: Schwarz meint, bis 1947 habe die UdSSR in Europa, ganz ähnlich wie die USA, eine ‚Policy of Ambivalence‘ be-

trieben (S. 266, 280), in Deutschland aber vermutlich die Lösung 1 oder 2 angestrebt; ab Mitte 1947 habe sie sich dann an den Alternativen 3 oder 4 orientiert (S. 209, 251, 265, 280). Die letzte Schlußfolgerung ist dem Rezensenten keineswegs einsichtig. Mitte 1947 dürfte der Sowjetführung gewiß geworden sein, daß infolge der veränderten Politik der Westmächte die Lösungen 1 und 2 nicht mehr durchsetzbar waren; angesichts der Machtkonstellation ist jedoch kaum denkbar, daß die SU nun die Möglichkeit 3, Sowjetisierung ganz Deutschlands, als realisierbar erachtet haben sollte. „Der Verlierer im großen Spiel um Deutschland stand Mitte 1949 eindeutig fest. Er hieß Sowjetrußland“ (S. 269). Mit diesem Satz, dem man beipflichten kann, schließt Schwarz seine Untersuchung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Immerhin ist das eine Erkenntnis gegenüber der vorherrschenden Auffassung, die Nachkriegsentwicklung in Deutschland sei exakt nach sowjetischer Planung verlaufen.

Dem zweiten Hauptteil des Buches, in dem Schwarz die politischen Grundkonzeptionen deutscher Politiker und Publizisten nach 1945 darstellt, können wir uns aus Gründen der Raumbeschränkung nicht mehr in extenso zuwenden. Hier nur noch wenige Anmerkungen: Obschon der Autor in diesem Teil kaum durch Auswertung bisher unbekannter oder unzugänglicher Quellen völlig neue Erkenntnisse erschließt, bietet seine recht umfassende Materialkompilation eine Reihe interessanter Einsichten. Wenn auch nicht unbekannt, erweist sich bei der Lektüre des Buches einmal mehr als erstaunlich, wie einflußlos die Konzeption deutscher Blockfreiheit nach 1945 in den Westzonen blieb. Weniger kann hingegen überraschen, daß fast alle führenden nichtkommunistischen Politiker der SBZ Versionen der Neutralitätsidee verfochten, sahen sie doch in dieser Lösung zu Recht die einzige Chance der Erhaltung einer bürgerlichen Ordnung in ihrem Wirkungsbereich.

Als nach seiner Ansicht wohl gewichtigsten Repräsentanten der Konzeption der Blockfreiheit behandelt Schwarz eingehend Jakob Kaiser und dessen politische Vorstellungen (S. 299 ff.). Ob diesen tatsächlich das Maß an Konsistenz zueigen war, das der Autor beschreibt, bedürfte einer exakten Nachprüfung. Im Lichte seiner „Brücken-Konzeption“ ist jedenfalls Kaisers Enthusiasmus für den Marshall-Plan nicht ganz verständlich, da dieser doch erkennbar die Absicht einer politisch-ökonomischen Konsolidierung Westeuropas unter Einbeziehung der deutschen Westzonen ausdrückte. Das Scheitern der Kaiserschen Pläne gibt jedoch keineswegs, wie Schwarz auf Seite 343 formuliert, ohne sich aber wohl mit dieser These zu identifizieren, ein Alibi für die westdeutsche Nachkriegspolitik ab. Jedenfalls beweist es nicht, daß die UdSSR einer solchen Lösung grundsätzlich abgeneigt war. Kaiser wurde in Karlshorst erst *persona non grata*, als die Westmächte unter Zustimmung der Mehrheit westdeutscher Politiker die Weichen anders gestellt hatten und er, seiner Konzeption unsicher geworden, in Opposition gegen die Reaktionen von SMAD und SED trat.

Als bedeutendsten Verfechter der Westbindung behandelt Schwarz Konrad Adenauer und dessen grundsätzliche politische Vorstellungen. Obgleich nicht neu, und seit Erscheinen seiner Memoiren einem breiteren Leserkreis zugänglich, beeindruckten auch hier wieder die zahlreichen Belege des frühen (1945!) Eintretens Adenauers für die Bildung einer mit den Westmächten verbündeten westdeutschen Konföderation. Dabei hegte der spätere Kanzler wohl tatsächlich keine endgültigen Spaltungsabsichten, er antizipierte vielmehr gedanklich eine gegen die UdSSR gerichtete Politik der Stärke. Nachweisbar hielt er einen künftigen Krieg zwischen den Westmächten und der SU für unvermeidlich, und dessen Ausgang sollte die Angliederung der SBZ an die westdeutsche Konföderation ermöglichen, wenn nicht schon vorher deren ‚Magnetwirkung‘ zu diesem Erfolg geführt haben würde. Zutreffend konstatiert Schwarz die Kongruenz außen- und gesellschaftspolitischer Grundkonzeptionen bei Adenauer (S. 436 ff.). Er erstrebte die Erhaltung bzw. Restaurierung einer besitzbürgerlichen Ordnung und wußte sich darin mit den amerikanischen Wünschen für Deutschland einig. Obgleich der Autor Proben des ‚irrationalen Antikommunismus‘ und der Sowjetfeindlichkeit Adenauers liefert (S. 464 z. B.), erblickt er in dieser Erscheinung wohl nicht ein so konstitutives Element westdeutscher Nachkriegspolitik wie Erdmenger. Die Feststellung von Schwarz, Adenauer sei bereits 1945 von einer welt- und europapolitischen Konstellationsanalyse ausgegangen, die sich später als völlig zutreffend erwiesen habe, trifft nur in dem schlichten Sinne zu, daß es eben tatsächlich weitgehend so kam. Ob Adenauer hingegen auch die politischen Faktoren, die diese Entwicklung bewirkten, exakt voraussah, ist keineswegs sicher. Und natürlich war der spätere Kanzler alles andere als ein passiver Prophet, sondern er war nach Kräften bemüht, die Entwicklung in die von ihm vorausgesagte Richtung zu treiben. Ob diese Aktivitäten so einflußlos waren, wie der Autor für den behandelten Zeitraum unterstellt (S. 285), ist mehr als fraglich.

Für die beiden großen politischen Parteien im Nachkriegsdeutschland, CDU und SPD, ist eine analoge Konstellation nach 1945 kennzeichnend: die Gründer in der SBZ erhoben den Anspruch, die Leitungsorgane der künftigen Reichsparteien zu repräsentieren. Dieser Führungsanspruch wurde ihnen streitig gemacht von westdeutschen Parteifreunden von jeweils robusterem politischem Naturell. Persönliche Rivalität wurde hier wie dort potenziert durch grundlegende politische Divergenzen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Siegermächten ermöglichte es den westdeutschen Parteiführern, sich gegenüber ihren ostdeutschen Konkurrenten durchzusetzen. Daß damit politische Weichen gestellt wurden, ist natürlich viel bedeutender als die personellen Konsequenzen. Wenn deutscherseits eine Gestaltung von Staatlichkeit, sozialökonomischer Ordnung und äußerem Status verbaut wurde, wie sie — in gewissen Nuancierungen — Kaiser, Külz und Grotewohl vorschwebte, so trug dazu wahrscheinlich entscheidender als Konrad Adenauer Kurt Schumacher bei, dem Schwarz ein Kapitel seiner Studie widmet.

Was an Schumachers politischen Vorstellungen und Verhalten am auffälligsten hervorsteicht, ist die Disharmonie zwischen außen- und gesellschaftspolitischer Grundkonzeption. Bei einem „...antikommunistischen Kurs von halsbrecherischer Kühnheit“ (S. 658), dem eine schlechthin nicht mehr rationale Sowjetfeindlichkeit zugrunde lag, wies er die Vorstellung des selbst bescheidensten Maßes von Kooperation mit der östlichen Siegermacht von sich. Durch seine Brückierung des Berliner Zentralvorstandes der SPD im Oktober 1945 in Wennigsen antizipierte er geradezu die deutsche Teilung. Sein Mißtrauen gegenüber Politikern, die mit den sowjetischen Besatzungsorganen zusammenarbeiten mußten, ging so weit, daß er z. B. Kaiser verdächtigte, die politischen Geschäfte der UdSSR zu betreiben (S. 311). Nach innen verfocht Schumacher hingegen mit Nachdruck eine Politik sozialökonomischer Strukturreformen, ohne zu erkennen, daß die von ihm im Prinzip befürwortete einseitige Westbindung diese ausschloß.

Schwarz nennt resümierend vier Faktoren, die auf westdeutscher Seite zu der raschen und vollständigen Konvergenz mit den angelsächsischen deutschlandpolitischen Vorstellungen führten (S. 689 f.): die gemeinsame antikommunistische Grundhaltung, das Drängen westdeutscher Politiker nach Erweiterung ihres Kompetenzbereichs sowie nach Konsolidierung bzw. Ausbau der vorläufigen zentralen Verwaltungs- und Regierungsorgane, der Wunsch nach Abbau wirtschaftlicher Restriktionen und nach Einbeziehung in die amerikanische Wirtschaftshilfe sowie die Anziehungskraft der westlichen Konzeption der künftigen Stellung Deutschlands in einem westeuropäischen Staatenbund.

Nach Schwarz gab es nach 1948 keine realisier- und wünschbare Alternative mehr zur politischen, wirtschaftlichen und in der Konsequenz auch militärischen Westbindung Westdeutschlands (Seite XXXIII). Dem kann nur insoweit zugestimmt werden, als die Westmächte von dieser Zeit an nicht mehr bereit waren, die bereits in diese Richtung vollzogene Weichenstellung wieder zu revidieren, und es auch in den Westzonen keine einflußreiche politische Kraft gab, die sich mit allem Nachdruck der westdeutschen Staatsgründung entgegenstellte. Seitens der UdSSR allerdings war der Weg zu einer gesamtdeutschen Lösung noch nicht endgültig verbaut. Es hängt wohl von der politischen Grundposition jedes einzelnen Betrachters ab, ob rückschauend auf diese Jahre die gesamtdeutsche Alternative mit allen ihren möglichen Konsequenzen als wünschbar erachtet oder ob auch aus der heutigen Sicht der Entscheidung für den Weststaat Indemnität erteilt wird.

Joachim Hirsch

## Verhältnis- oder Mehrheitswahl?

Literatur zur Wahlrechtsdiskussion in der Bundesrepublik.

In einem Akt politischer Selbstüberschätzung hatte die Regierung der „Großen Koalition“ Ende 1966 die Einführung eines „mehrheitsbildenden Wahlrechts“ zum zentralen Bestandteil ihres Regierungsprogramms gemacht. Wie die Motive der Beteiligten auch gewesen sein mögen, sie haben sich offensichtlich als nicht stark genug erwiesen, um der Absicht auch die Tat folgen zu lassen. Immerhin hat aber die Ankündigung ausgereicht, die Wahlrechts-Diskussion in Wissenschaft und Publizistik sehr zu beleben. Wirtschaftskrise und NPD-Erfolge bei mehreren Landtagswahlen sorgten dabei für die notwendige Würze.

Die politische Diskussion um die Wahlrechtsreform setzt gewisse Grundkenntnisse über die verschiedenen bekannten Wahlsysteme, deren mögliche Auswirkungen und Funktionsbedingungen voraus. Diese zu vermitteln, ist die Aufgabe zweier kleiner Broschüren, als deren Verfasser Heino Kaak und Joachim Raschke zeichnen. Dabei stellt Raschkes Veröffentlichung eine auf den aktuellen Anlaß zugeschnittene Erweiterung und Ergänzung seiner schon 1965 erschienenen Grundlagendarstellung über „Wahlen und Wahlrecht“ dar<sup>1</sup>. Beide Autoren geben zunächst einen knappen Überblick über die Prinzipien und Funktionsgrundlagen der zur Debatte stehenden Wahlsysteme und versuchen dann, die feststellbaren oder unter gewissen Bedingungen prognostizierbaren Auswirkungen auf das Regierungs- und Parteisystem darzustellen. Dabei gelingt es ihnen recht gut, die in der politischen Auseinandersetzung vielfach unterdrückte Relativität der behaupteten oder erwarteten Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Die Probleme treten natürlich dann auf, wenn es darum geht, politische Beurteilungskriterien zu entwickeln, die das deskriptiv-analytische Verfahren von selbst nicht liefert. Dabei macht Raschke es sich etwas leicht, wenn er beispielsweise die größere „Gerechtigkeit“ als den Hauptvorteil des Verhältniswahlsystems anführt, wo doch gerade diese Kategorie angesichts der Nichtexistenz

1 Joachim Raschke, Wie wählen wir morgen? Verhältnis- oder Mehrheitswahl in der Bundesrepublik. Colloquium Verlag, Berlin 1967 (72 S., kart., 4,80 DM).

Joachim Raschke, Wahlen und Wahlrecht. Colloquium Verlag, Berlin 1965 (125 S., kart., 5,80 DM).

Heino Kaak, Zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl. Zur Diskussion des Wahlrechts. C. W. Leske Verlag, Opladen 1967 (105 S., kart., 5,80 DM).

eines autonomen „Wählerwillens“ nichts weiter als eine Leerformel darstellt. Vollends problematisch wird es aber, wenn er die Option für ein bestimmtes Wahlsystem als „Wertentscheidung“ charakterisiert (1967, S. 24) und dabei der individuellen Beliebigkeit anheimgibt, was nur durch Reflexion auf den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß rational zu beurteilen ist. Zwar versäumen beide Autoren nicht den Hinweis, daß die Einführung oder Veränderung von Wahlsystemen einen politischen Akt darstellt, der vom jeweiligen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung her zu beurteilen ist, doch hat es den Anschein, als hätten sie sich gerade dieser gedanklichen Anstrengung nicht in ausreichendem Umfang unterzogen. Vertraut Raschke der „Wertentscheidung“, so nimmt andererseits Kaak etwas vorschnell Zuflucht zu einem funktionalistischen Ansatz, der die Stabilität des Systems und die Chance des Regierungswechsels zum vorrangigen Kriterium erklärt, ohne daß inhaltlich danach gefragt wird, was die intendierte Ordnung unter den vorhandenen gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnissen für die Emanzipation des Menschen leistet. Konsequenter ergibt sich daraus sein Vorschlag für eine „funktionalisierte Verhältniswahl“, deren Ziel die Erhaltung der gegenwärtig bestehenden parteipolitischen Machtverhältnisse zu sein scheint. In dieser Hinsicht gibt sich Raschke etwas vorsichtiger. Auffallend ist seine 1967 gegenüber 1965 sehr viel abgewogenere Beurteilung von Koalitionskrisen. Deren angebliche Gefährlichkeit dient vielen Gegnern des Verhältniswahlrechts als Hauptargument. Raschke vermag dagegen wenigstens im Ansatz deutlich zu machen, daß es in der Vergangenheit oft gerade die Renitenz des kleinen Koalitionspartners war, die eine gewisse Offenheit des Systems und die so oft verlangte „Alternative“ erzeugt hat.

Der FDP ist diese Rolle nicht gut bekommen und bald mußte sie sich als die Hauptleidtragende der angestrebten Wahlrechtsreform sehen. Die wesentlichsten Aspekte ihrer Argumentation gegen eine Einführung des Mehrheitswahlrechts sind im Bericht über eine 1967 abgehaltene Arbeitstagung der Friedrich Naumann-Stiftung enthalten, die daneben auch eine Auseinandersetzung mit dem inzwischen verabschiedeten Parteigesetz brachte<sup>2</sup>.

Diskussionen über Wahlrechtsreformen stehen solange in der Gefahr, unverbindliches Gerede zu bleiben, als es an ausreichenden empirischen Untersuchungen insbesondere über das Wählerverhalten fehlt. Gerade hier sind in der Bundesrepublik etwa im Vergleich mit den angelsächsischen Ländern noch erhebliche Lücken zu füllen. Es ist daher besonders erfreulich, daß die Kölner Forschungsgruppe um E. K. Scheuch und R. Wildenmann anläßlich der Bundestagswahl 1961 erstmals in Deutschland eine umfassende empirische Wahlunter-

2 Parteien, Wahlrecht, Demokratie. Vorträge und Diskussionen einer Arbeitstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Deutschen Gruppe der liberalen Weltunion vom 17. bis 19. März im Kurhaus Baden-Baden. Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte. Band 12, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1967 (165 S., kart., 9,80 DM).

suchung vorgenommen hat. Sie greift über die Analyse des Wählerverhaltens weit hinaus und versucht, die komplexen Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Elementen des politischen Gesamtsystems in den Griff zu bekommen, beschäftigt sich also auch mit Fragen der politischen Institutionen oder beispielsweise der Parteienfinanzierung. Erste Ergebnisse dieser Forschungen sind 1965 in einem Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie veröffentlicht worden, das sehr schnell zu einem Standardwerk der deutschen empirischen Sozialforschung aufgerückt ist<sup>3</sup>. Es enthält neben einigen recht informativen Beschreibungen und Analysen des Bundeswahlkampfes 1961 (Wildenmann-Scheuch, Pulzer, Schoenbaum u. a.) eine ausgezeichnete Arbeit über „Die Finanzen der CDU (Schleth) und eine für die Kommunikationsforschung interessante Untersuchung von Scheuch über „Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten“. Im übrigen liegt das Schwergewicht auf der empirischen Analyse des Wählerverhaltens. W. Zolnhöfer versucht in einer Arbeit über „Parteidentifizierung in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten“ nachzuweisen, daß in der Bundesrepublik im Zeitablauf eine Verstärkung der Identifizierung mit den Großparteien zu erwarten ist, die auf eine den USA vergleichbare Stabilität des demokratischen Systems hoffen ließe. Leider scheint es bei solchen Gelegenheiten unumgänglich zu sein, nebenbei auch den bei empirischen Untersuchungen üblichen Nonsens zu reproduzieren, der etwa in der Feststellung gipfelt, daß Parteianhänger regelmäßiger dieselbe Partei wählen als Nicht-Anhänger (S. 140). Problematisch ist es auch, wenn als wesentliche Stabilitätsbedingung für ein politisches System die fortschreitende Entpolitisierung der Wähler erkannt wird, ohne daß dieses Ergebnis auch nur ansatzweise an einem inhaltlichen Begriff von Demokratie gemessen würde. Ob Zolnhöfers Untersuchung ähnliche Ergebnisse gebracht hätte, wäre sie 1967 und nicht 1961 vorgenommen worden, erscheint im übrigen recht zweifelhaft.

Von wesentlicher Bedeutung für die aktuelle Wahlrechtsdiskussion sind Untersuchungen wie die von Max Kaase über den Wechsel von Parteipräferenzen. Diese Arbeit ist inzwischen auch als selbständige Buchveröffentlichung erschienen<sup>4</sup>. Die von den Befürwortern eines relativen Mehrheitswahlrechts angestrebte höhere Wahrscheinlichkeit eines Regierungswechsels ist nur dann zu erhoffen, wenn ein bestimmter Prozentsatz der Wähler bereit ist, von Wahl zu Wahl seine Parteipräferenz zu ändern, konkret also der bisherigen Oppositionspartei zum Sieg zu verhelfen. Kaase glaubt das Bestehen dieser Voraussetzung für die Bundesrepublik nachweisen zu können, versieht

3 Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl. Sonderheft 9/1965 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen (359 S., kart., 17,— DM).

4 Max Kaase, Der Wechsel von Parteipräferenzen. Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1967 (222 S., kart., 27,50 DM).

seine Ergebnisse aber angesichts eines unzulänglichen Zahlenmaterials selbst mit einigen Fragezeichen. Was seine Untersuchung besonders stört, ist die hohe Zahl von Wechslern von der CDU/CSU zur FDP unter den historisch einmaligen Bedingungen der „Anti-Adenauer-Wahl“ von 1961. Insbesondere für die Chancen der SPD in einem Zweiparteiensystem sind Ausmaß und Motive eines derartigen Wechsels innerhalb des „bürgerlichen Lagers“ wenig relevant. Fragwürdig bleibt auch die These, daß Wechselwähler tendenziell aus den oberen Sozialschichten kommen und politisch besser informiert sind. Sie steht im Gegensatz zu einigen amerikanischen Untersuchungen, die den „Flugsand“ eher am anderen Ende der sozialen Schichtskala entdeckt haben. Auch hier scheinen sich die Besonderheiten der Situation von 1961 auszuwirken. Ihre generelle Relevanz wäre erst noch nachzuweisen.

Einer der streitbarsten Verfechter des Mehrheitswahlrechts in der Bundesrepublik ist zweifellos F. A. Hermens. Das neuerdings von ihm herausgegebene Jahrbuch „Verfassung und Verfassungswirklichkeit“ ist demzufolge vorzugsweise Fragen der Wahlforschung gewidmet, ergänzt durch einige Beiträge aus dem Bereich der vergleichenden Regierungslehre<sup>5</sup>. Hermens' einleitender Aufsatz „Verfassungspolitischer Neubeginn?“ stellt sich — nicht unvermutet — als leidenschaftliches Plädoyer für die Einführung des Mehrheitswahlrechts gewissermaßen in letzter Minute dar, ohne zureichende empirische Fundierung gerät es jedoch unter der Hand zum politischen Glaubensbekenntnis. Wichtiger ist die Untersuchung von V. Gemmecke und W. Kaltefleiter über „Die NPD und die Ursachen ihrer Erfolge“. Hier wird wissenswertes Material über das Wählerreservoir und die Zusammensetzung der Führungsgruppen dieser Partei zusammengetragen. Die Analyse der Erfolgsursachen bleibt jedoch leider sehr an der Oberfläche stehen. Da es den Autoren an gesamtgesellschaftlichen Kategorien anscheinend überhaupt fehlt, sehen sie sich nicht einmal in der Lage, einen inhaltlichen Begriff von Rechtsradikalismus zu entwickeln. Wenn man aber als Ursache der NPD-Wahlerfolge nichts anderes als wirtschaftlichen Pessimismus oder Ärger über die Koalitionskrisen entdeckt, so fällt man nun doch etwas hinter den inzwischen erreichten Stand selbst positivistischer Sozialwissenschaft zurück. Übrig bleibt dann die Empfehlung, der stabilitätsbedrohenden Partei mit einer Wahlrechtsreform zu begegnen. Zu ihr kommt auch E. K. Scheuch („Der deutsche Wähler und ein alternierendes Regierungssystem“), der — ähnlich Kaase — die Einstellung der Wähler zu den beiden großen Parteien untersucht und ebenfalls zu optimistischen Schlußfolgerungen hinsichtlich der Chance eines Machtwechsels bei Mehrheitswahl kommt. Scheuchs Arbeit fällt dadurch angenehm auf, daß sie auf gesellschaftskritische Ansätze nicht ganz verzichtet und dementsprechend vom Mehrheitswahlrecht nicht das politische Wunder erwartet.

5 Ferdinand A. Hermens (Hrsg.), Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Jahrbuch 1967, Teil I und II. Westdeutscher Verlag, Köln und Op-laden 1967 (292 S., kart., 22,50 DM).

Überblickt man die vorliegende Literatur zur Wahlforschung, so beeindruckt das unvermittelte Nebeneinander von nüchterner empirischer Untersuchung und politischem Glaubensbekenntnis. Dies ist nun allerdings kein Zufall, sondern hat wissenschaftsmethodische Gründe. Eine empirische Wahlforschung, welche sich die Ausklammerung „ideologischer“ Elemente explizit zugute hält (Scheuch-Wildemann, S. 35) wird unter der Hand selbst ideologisch. Positivistischer Empirie und struktur-funktionalen Theorien verpflichtet, scheidet derlei Forschung gerade das aus ihrem Untersuchungsbereich aus, was eigentlich am brennendsten interessieren müßte, nämlich die Frage nach den Bedingungen für die Realisierung materiell demokratischer Verhältnisse. Erforscht man aber die Voraussetzungen für die „Stabilität“ eines politischen Systems und fragt nicht zugleich inhaltlich danach, was da eigentlich zu stabilisieren sei, so gerät man schnell in die Position eines bewußtlosen Verfechters des Status Quo und reproduziert Ideologie, wo man es selbst am wenigsten meint. Eine politische Wissenschaft, welche die Wahl politischer Institutionen und Verfahrensregeln damit letztlich der Beliebigkeit individueller „Wertentscheidungen“ anheimgeben muß, hat aber auf ihrem ur-eigensten Feld abgedankt. Dies wäre bei den dringend notwendigen weiteren Untersuchungen immerhin zu bedenken.

Manfred Hahn

## Faschismus in verändertem Aufzug?

Hinweise auf Literatur über die „Formierte Gesellschaft“

1. Die Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands. Hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn o. J. (1966).  
I. Aussagen Erhards S. 7—41 — II. Stellungnahmen zur Formierten Gesellschaft S. 42—146.  
*(Interessenten wenden sich an den Herausgeber)*
2. Werner Riek, Leo Schütze, Robert Wilhelmi: 12 Thesen zur „Formierten Gesellschaft“. Zum Verständnis der Konzeption Ludwig Erhards. In: Gesellschaftspolitische Kommentare Bd. 12 (1965) S. 157—163.
3. Rüdiger Altmann, Die Formierte Gesellschaft. In: Gesellschaftspolitische Kommentare Bd. 13 (1966) S. 173—178 (1965 anonym erschienen als Privatdruck des Seewald Verlages Stuttgart. Motto: „Für Männer: Überzeugen ist unfruchtbar“)
4. Rüdiger Altmann, Olaf Radke, Eugen Kogon: Gesellschaftliche Formation — Eine Diskussion vor Referendaren. In: Frankfurter Hefte Bd. 21 (1966) S. 745—764.
5. Lorenz Knorr, Formierte Gesellschaft und Gewerkschaften. In: Marxistische Blätter Bd. 4 (1966) S. 6—11.
6. Hans Kölsch, Die „formierte Gesellschaft“ — reaktionärer Wunschtraum und politische Konzeption des westdeutschen Monopolkapitals. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie Bd. 14 (1966) S. 509—523.
7. Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Bd. 10 (1965). Als Sonderdruck in der Reihe ‚Argumente zur Zeit‘ (Nr. 17).
8. Reinhard Opitz, Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Bd. 11 (1966) S. 190—197.
9. Wolfgang Plat, „Formierte Gesellschaft“ und Notstandsverfassung — Agonie der Demokratie? Hg. von der Akademischen Arbeitsgemeinschaft ‚Wissenschaft und Gesellschaft‘, Hamburg o. J. (1966).
10. Helge Pross, Des Kanzlers formierte Gesellschaft. In: Informationen für die Funktionäre der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, 9. Jg. Nr. 3 (März 1966) S. 49—52.
11. Ralf Rytlewski, Die Formierte Gesellschaft. In: Der Politologe. Berliner Zeitschrift für Politische Wissenschaft. Nr. 20/1966, S. 25—34.
12. Claudia Wolff, Die Formierer gehen pragmatisch vor. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Bd. 11 (1966) S. 362—376.

1966 hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine 150seitige Textsammlung herausgegeben, betitelt *Die Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands*. Das Buch bringt im ersten Teil „Aussagen von Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard“, im zweiten Teil „Bemerkenswerte Stellungnahmen zur Formierten Gesellschaft“. Als „bemerkenswert“ läßt das Presse- und Informationsamt freilich nur positive

Urteile gelten. Die einzige Kritik, die abgedruckt ist — ein Artikel Leo Leontjews in der *Literaturnaja Gazeta* —, wird als kommunistische Bosheit präsentiert (vgl. 1/S. 96—104). Wer die oben genannte Literatur durchmustert, kommt bald dahinter, wie verlässlich ihn das Bonner Amt informiert.

Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit kennt den Begriff Formierte Gesellschaft seit drei Jahren, und zwar als Leitbegriff einer gesellschaftspolitischen Konzeption, die der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard Ende März 1965 auf dem 13. CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf zum ersten Mal vorgetragen hat. Der Kern des Erhard-Programms: die Formierte Gesellschaft bestehe „nicht mehr aus Klassen und Gruppen“, die „einander ausschließende Ziele“ durchsetzen wollten, sie sei vielmehr „ihrem Wesen nach kooperativ“, basiere „auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen“.<sup>1</sup> Sie formiere sich nicht „durch autoritären Zwang“, sondern „aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit“. Ergebnis der Formierung müsse sein die „Sicherung einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft“, die „Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung“. Die Formierte Gesellschaft könne „ihrem inneren Wesen nach nur demokratisch“ sein; freilich brauche sie „modernere Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung“. Vor allem dürfe die parlamentarische Demokratie „nicht länger den organisierten Interessen unterworfen“ sein. Erhard betont schließlich, die Formierte Gesellschaft sei „kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert“; sie sei durchaus „geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein“.<sup>2</sup>

Seit Erhards Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers ist es um die Formierungskonzeption recht still geworden. Man sollte freilich nicht voreilig glauben, sie sei zu den Akten gelegt. Ihre Verteidiger erklären, sie habe „kaum an innerer Aktualität verloren“, zudem habe Erhard bei der CDU „immer noch die Chance“, seine Auffassungen „in die beginnende innerparteiliche Programmdiskussion einzubringen“.<sup>3</sup> Das *Handelsblatt* schrieb einen Tag nach Bildung der Großen Koalition sogar, die Regierung Kiesinger/Brandt müsse den Übergang anstreben von der „pluralistischen Interessengesellschaft zu jener Formierten Gesellschaft, von der Erhard träumte. Auch hier hatte er die richtigen Zielvorstellungen, aber er kannte nicht die Methoden, die zu ihrer Schaffung erforderlich sind. Diese Aufgabe scheint uns entscheidend zu sein.“<sup>4</sup> Erhard selbst ließ im Mai vorigen Jahres auf dem Braunschweiger CDU-Bundesparteitag deutlich werden, daß er nicht daran denkt, die Diskussion um die Formierte Gesellschaft abzubrechen.

1 13. CDU-Bundesparteitag. Düsseldorf, 28.—31. März 1965. Niederschrift (Bonn o. J.) S. 704.

2 Ebd. S. 706.

3 Gesellschaftspolitische Kommentare Bd. 13 (1966) S. 265.

4 *Handelsblatt* vom 2./3. Dezember 1966.

Die Formierungskonzeption ist wiederholt scharf kritisiert worden. Einer ihrer begeisterten Verteidiger sieht das so: „Linksgeneigte und andere Wohlmeinende“ haben sich darauf konzentriert, „totalitäres Gras wachsen zu hören“ (3/S. 174). Es wäre zu notieren, was Linksgeneigte und andere Wohlmeinende sich herausnehmen. Für den bisher tätigsten Kritiker des Formierungsplanes hat der Kölner Publizist Reinhard Opitz zu gelten. Sein vernichtendes Urteil ist eindeutig links engagiert; daß es damit sich selbst disqualifiziert, gilt bei den Formierern für ausgemacht. Opitz schreibt: „Es hat ja keinen Sinn, darum herumzureden. Natürlich ist dieses Formierungskonzept kein Nationalsozialismus. Es ist frei von rassistischen Parolen, frei von manch anderen spezifisch nationalsozialistischen Momenten. Fragt man jedoch, wie unter den heutigen Bedingungen, in der Zeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, angesichts der veränderten Weltlage und der veränderten Bündniskonstellationen, ein neues deutsches Programm zur Durchsetzung der alten Ziele der Wilhelminischen und Hitlerischen Großmachtspolitik aussehen müßte — die Antwort kann wohl nur lauten: Genau so! Aus dem Plan der Formierten Gesellschaft spricht eine ‚klügere‘, die Fehler der Hitlerzeit, den technischen Fortschritt und die allgemeine innen- und außenpolitische Situation in Rechnung stellende deutsche Großmachtspolitik. Die Begründungen haben sich verändert, die Ziele sind geblieben“ (7/Sonderdruck S. 24). „Der Formierungsplan zielt auf die Rückkehr zu Ordnungsstrukturen, um derentwillen der deutschen Industrie [um 1930] der Faschismus als ‚Fortschritt‘ erschienen war. Der Weg in die Formierte Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem moderneren, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus“ (8/S. 196). — In einem Aufsatz von Wolfgang Plat über Formierte Gesellschaft und Notstandsverfassung heißt es: „Bisher sind die Pläne zur Formierung der Gesellschaft nur als Gedanken ausgesprochen worden. Jeder Versuch der Umsetzung dieser Gedanken in die Wirklichkeit, in welcher Form auch immer, kann von der Gesellschaft nicht als legale Reformtendenz gewertet, sondern muß als mögliche verfassungsfeindliche Tätigkeit überprüft werden“ (9/S. 5). — Im Mai 1966 hat der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, auf dem DGB-Kongreß in Berlin erklärt, Erhards „Vorstellungen von der nebulösen formierten Gesellschaft“ leisteten einer „sozialen Reaktion“ in der Bundesrepublik „bewußt“ Vorschub.<sup>5</sup> — Helge Pross hat in einem Radiovortrag am 30. Januar 1966 u. a. ausgeführt: „Das Bild, das sich aus [den Darlegungen der Formierer] ergibt, gleicht fatal dem Bild der Ordnung, die viele von uns ein für allemal überwunden glaubten. . . Die Verwirklichung [des Formierungsprogramms] brauchen wir zur Zeit wohl nicht zu fürchten. Dafür sind die Gegenmächte im Inland und im Ausland doch zu stark. Vorerst will nur eine Minderheit das formierte Volk von Brüdern. Gleichwohl ist das Programm gefährlich und nicht bloß ein dummer Traum. Gemeinschaftsideologen können immer noch mit breitem

5 Zitiert nach: Gießener Anzeiger, 17. Mai 1966.

Anhang rechnen, und nur zu leicht finden sie den Beifall derer, die dann dafür zahlen müssen“ (10/S. 49 und 52).

Von der ausführlicher zitierten Kritik, die in den Augen der Formierer nur rüdes Radikalinski-Gepolter ist, weiß die breitere Öffentlichkeit viel zu wenig. Eher bekannt sind die Kalauer: chloroformierte, deformierte, uniformierte Gesellschaft. Diese Wortwitze, längst fade geworden, greifen keinen einzigen konkreten Inhalt der Formierungskonzeption an; sie empfehlen, ein Programm einfach nicht ernst zu nehmen, das in vollem Ernst die „Reform der deutschen Demokratie“ ankündigt (vgl. 1/S. 11).

Über Formierte Gesellschaft befragt, läßt Erhard wissen: „Ich habe dieses Wort geprägt.“<sup>6</sup> Diese Antwort suggeriert genau das, was in der Öffentlichkeit für ausgemacht gilt, nämlich: die Formierungstheorie ist eine Haustheorie Erhards, d. h. ausschließlich dessen Leistung. Wer die Quellen durchmustert, dem bleibt Erhard freilich nur noch der Chefpropagandist der Formierten Gesellschaft, keineswegs jedoch deren einziger Ideologe.

An der Erarbeitung der Formierungskonzeption war in erster Linie Rüdiger Altmann beteiligt. Er hat Erhards programmatische Ausführungen auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag unermüdlich interpretiert und wiederholt ergänzt, und er ist heute der renommierteste Fürsprecher der Formierten Gesellschaft. Selten genauer vermerkt, freilich fatal sind seine lebhaften Sympathien für Carl Schmitt, den Propagandisten des totalen Staates aus Stärke. Die Formierer dürfen sich über Faschismusverdacht nicht wundern, beerbt doch ihr rührigster Publizist für sie Lehren, die dem Nationalsozialismus vorgearbeitet haben, Lehren eines Mannes, der nach 1933 den Herrschenden fortgesetzt ideologische Dienste geleistet hat.

Zu den geistigen Vätern des Formierungsplanes — wenn auch nicht zu dessen Mitverfassern — zählen neben Carl Schmitt vor allem Goetz Briefs, Eric Voegelin und Johannes Messner. Sie haben — so weiß es das inoffizielle Zentralorgan der Formierer — „unabhängig“ von der Konzeption Erhard/Altmann „in wissenschaftlichen Analysen Erkenntnisse gewonnen, die sich mit dieser oder jener These der Erhardischen Konzeption berühren, sie konkretisieren und ergänzen“ (2/S. 157).

Das inoffizielle Zentralorgan der Formierer wäre kurz vorzustellen. Gemeint ist die Zeitschrift *Gesellschaftspolitische Kommentare* (GK), das Organ der Christlich-Sozialen Kollegenschaft. Die CSK vertrat bis 1960 die christlich-sozialen Kräfte im DGB. Die GK nennen sich selbst das „Organ einer freien, interkonfessionellen, christlich-sozialen politischen Bildungs- und Aktionsgemeinschaft auf dem geistig-politischen Boden der CDU/CSU, in der vor allem Gewerkschaftler aus allen Gewerkschaften (DGB, CGB, DAG und DBB) zusammenarbeiten“.<sup>7</sup> Chefredakteur der Zeitschrift ist Leo Schütze, ein rühriger Verteidiger der Formierungskonzeption, dessen Auf-

6 DER SPIEGEL Nr. 37/1965, S. 40.

7 Gesellschaftspolitische Kommentare Bd. 13 (1966) S. 266.

sätze zum Thema Formierte Gesellschaft freilich nur Fleißarbeiten zweiten Ranges sind. Zu den ständigen Mitarbeitern der GK zählt der bereits erwähnte Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Goetz Briefs. Die GK haben sich — wie sie stolz vermerken — unmittelbar nach Bekanntwerden des Formierungsprogramms „ausführlich in die Diskussion über Erhards Konzeption eingeschaltet“ (2/S. 157). Kritische Absichten haben sie dabei nicht; die Formierer sind unter sich, bestätigen einander und erhöhen Erhards Rede vom März 1965 zu einem denkwürdigen Ereignis in der Geschichte der politischen Theorie. —

Wenden wir uns einen Augenblick Rüdiger Altmann zu. 1965 brachte der Stuttgarter Seewald Verlag eine anonyme Schrift heraus, betitelt *Die Formierte Gesellschaft*. Motto auf dem Titelblatt: „Für Männer: Überzeugen ist unfruchtbar“. Ein Jahr später erschien diese Arbeit in den GK, zwar ohne das merkwürdige Motto, dafür aber mit dem Namen des Verfassers: er heißt Rüdiger Altmann. Der erste Absatz lautet: „Das Beunruhigende an dem Ausdruck ‚Formierte Gesellschaft‘ kommt aus der scheinbaren Spannung zwischen der sprachlichen Transparenz des Wortes und seiner ideologischen Undurchsichtigkeit. Es klingt fast nach normativer Verbindlichkeit. Ebenso könnte man jedoch einen Verzicht auf Staat und staatliche Repräsentation heraushören. Solche zwiespältige Resonanz erklärt sich nicht aus einer begrifflichen oder ideellen Ambivalenz, auch nicht aus einem dialektischen Sprung. Eher kann man vermuten, daß die ‚Formierte Gesellschaft‘ einen Hohlraum umschließt, in dem bestimmte Motive und Initiativen bereitgehalten werden. Daher die provozierende Neutralität des Wortes, der Verzicht auf ideologische Füllung, der Eindruck einer gewissen Leere und zugleich geschärften Oberflächlichkeit“ (3/S. 173).

Soweit der erste Absatz. Er will nichts klären, nichts erhellen; er verrät einen Verfasser, dem es genügt, wenn die von vornherein Überzeugten interpretierend ein höheres Wissen davon gewinnen, was die Formierte Gesellschaft eigentlich sein soll. Der zitierte Text ist mit Fleiß dunkel gehalten. Es wird suggeriert, dieses Dunkel verbürge die besondere Qualität des Gedankens: die Formierte Gesellschaft ist geweiht und zu etwas Ehrfurcht Gebietendem veredelt, ehe auch nur eine einzige konkrete Bestimmung von ihr gegeben ist. Was als tief gedacht vorgestellt wird, entpuppt sich freilich bei näherem Zusehen als Gerede. Das Wort ‚Formierte Gesellschaft‘ klingt — so heißt es — „fast nach normativer Verbindlichkeit“, zugleich aber auch nach „Verzicht auf Staat und staatliche Repräsentation“. Dem ratlosen Leser wird erklärt, dieses merkwürdige Sowohl-als auch bedeute keinen „dialektischen Sprung“ — eine Bemerkung, die dem Leser suggeriert, er sei in philosophische Bereiche entführt. Er findet freilich gar nichts Philosophisches, sondern nur trübe Weisheit mit befremdlichen Implikationen. „Eher kann man vermuten, daß die ‚Formierte Gesellschaft‘ einen Hohlraum umschließt, in dem bestimmte Motive und Initiativen bereitgehalten werden.“ Welche Motive, welche Initiativen? Man wüßte gern, was die Bürger in der

Formierten Gesellschaft eigentlich erwartet. Altmanns Sprachkunst provoziert den Verdacht, ‚Formierte Gesellschaft‘ sei der raffinierte Name für eine Ordnung, deren genaues Bild zu zeichnen und deren Funktionieren nüchtern und präzise zu beschreiben die Formierer nicht für opportun halten.

Wir verlassen den politisch nicht geheuren „Hohlraum“, in dem gefährlich unbekannte „Motive und Initiativen“ lauern, und beleuchten einige aufschlußreiche Details des Formierungsprogramms. Erinnern wir uns der Linksgeneigten, von denen einer der Formierer sagt, sie hörten „totalitäres Gras wachsen“, wenn von Formierter Gesellschaft die Rede sei. Dieser Seitenhieb macht wenigstens flüchtig mit dem Gegner bekannt, auf dessen Herausforderungen die Formierungskonzeption eine Antwort ist. In der Bundesrepublik gilt für einen Linksgeneigten, wer mit dem Marxismus, mit sozialistischen Lösungen sympathisiert. Damit es kein Mißverständnis gibt: die Formierungskonzeption wird hier nicht begriffen als halbgeheimer Bauplan eines Konzentrationslagers für bundesrepublikanische Marxisten, welche die Regierung als Feinde der Ordnung zu verfolgen und zu kassieren gedenkt. Nicht einzelne Personen sind der Gegner, auf dessen Herausforderungen die Formierungskonzeption eine Antwort ist. Der Gegner heißt vielmehr: Marxismus, sozialistische Lösungen, und dieser Gegner — strapazieren wir das Bild — residiert im Osten. Mehr noch: er gewinnt ständig neue Positionen zumal in Asien, Lateinamerika und Afrika — Herausforderungen, die Erhard zu dem Gegenangriff verführt haben, die Formierte Gesellschaft sei durchaus geeignet, eine „Leitidee“ für die Neugestaltung Europas wie auch „für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker“ zu sein. Erhard hat 1965 unmißverständlich erklärt, die Formierte Gesellschaft sei „das Gegenteil einer uniformierten Gesellschaft sozialistischer Prägung oder kollektivistischen Geistes“.<sup>8</sup> Sie werde den Sozialismus — und dieser Prozeß sei bereits im Gange — „ideologisch und politisch aufzehren“; das „Salz des Sozialismus“ sei „dumm geworden“.<sup>9</sup> Keine Frage: sie werde die Unfähigkeit des Gegners besser demonstrieren „als alle wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der marxistischen Philosophie“ (1/S. 21).

Nehmen wir an, die Formierte Gesellschaft sei realisiert — wie funktioniert sie, wie erhält sie sich? In den Antworten der Formierer auf diese Frage kehren ständig bestimmte Begriffe und Wendungen wieder, die sehr edel klingen und nach Beifall rufen: „Überwindung der zerstörerischen Kräfte des Pluralismus weltanschaulicher und verbandsorganisatorischer Prägung“; „die Gruppen des Volkes formieren sich in der Gemeinschaft [!] des Volkes“; „Zusammenarbeit aller Gruppen des Volkes“; „Integration“; „freies Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen in Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Ziele“; „Einheit der Gesellschaft“; die „ganze Nation“; das „Ganze“; das „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein“ als das „ent-

8 Parteitagsprotokoll S. 704.

9 Ebd. S. 707.

scheidende einheitstiftende Moment“ und als „Basis des nationalen Bewußtseins“; „Willenseinheit“; „geschlossener Leistungswille unserer Gesellschaft“; „übergreifende politische Willensträger und Willensentscheidungen“; „dem Ganzen von Staat und Gesellschaft verpflichtet“; „Wohl der Gesamtgesellschaft“; „Bindung an das Gemeinwohl“; „gemeinwohlorientierte Gruppen“; „Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit“; in der Formierten Gesellschaft tragen Unternehmer und Arbeiter „in gegenseitigem Verständnis und in Anerkennung ihrer besonderen Funktionen die gemeinsame Verantwortung für die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft“. Dieses Vokabular ist nicht so unschuldig, wie es sich gibt, sondern mit Ideologie reich befrachtet. Man wird peinlich erinnert an nationalsozialistische Leitbilder, an Volksgemeinschaft und Arbeitsfront. Zitat aus Hitlers Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront vom 24. Oktober 1934: „Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust. In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmer-Vereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen... Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.“<sup>10</sup>

Das Formierervokabular ist fraglos nazistisch gefärbt, aber nicht einfach nazistischen Ursprungs. Letztlich stammt es aus den Rüst-kammern des bürgerlichen Konservatismus deutscher Prägung, der zwischen 1830 und 1840 sich herauszubilden beginnt. Nennen wir für das 19. Jahrhundert einige Namen: Lujo Brentano, Albert Schäffle, Gustav Schmoller, Lorenz Stein, Adolph Wagner. Die aus ihren sozialwissenschaftlichen Arbeiten idealtypisch kompilierte Ideologie behauptet die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft gegen Theorien, die eine nicht mehr bürgerliche Zukunft antizipieren, gegen jene Klasse, deren revolutionäre Unruhe den Fortbestand der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in Frage stellt. Diese Ideologie hat ihren Gegner, und dieser Gegner diktiert ihre Inhalte, d. h. sie ist permanente Reaktion auf dessen Aktionen. Erwünscht sind Sicherung und Festigung, Zusammenhalt und Fortbestand der bedrohten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Der Vergleich zwischen der Formierungskonzeption und bürgerlich-konservativ inspirierten Sozialtheorien des 19. Jahrhunderts bringt charakteristische Gemeinsamkeiten an den Tag, von denen wenigstens die wichtigsten hier festzuhalten sind.

<sup>10</sup> Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933—1945. Hg. von Walther Hofer. Frankfurt/M. 1957 (Fischer Bücherei 172), S. 87.

1. Beide haben den gleichen Gegner, beide stehen in festem Engagement gegen dessen Aktion. Diese Bestimmung irritiert nur, wenn man nicht beachtet, daß der Gegner inzwischen Positionen errungen hat, die vor 120 Jahren unerreichbar schienen.
2. Beide bemühen sich, die Harmonie von Kapital und Arbeit, die Harmonie der Klasseninteressen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nachzuweisen. Der Apologet der Formierten Gesellschaft sagt: in dieser Gesellschaft tragen Unternehmer und Arbeiter „in gegenseitigem Verständnis und in Anerkennung ihrer besonderen Funktionen die gemeinsame Verantwortung für die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft“. Die gleiche Gemeinsamkeitsideologie regiert etwa in der von Lorenz Stein ausgemalten Gesellschaft des gegenseitigen Interesses.
3. Beide versprechen eine *neue* Gesellschaftsordnung und suggerieren dabei, deren Realisierung setze den Bruch mit dem Bestehenden voraus. Der Apologet der Formierten Gesellschaft sagt: ist diese Gesellschaft verwirklicht, so wird sich die kapitalistische Gesellschaft als ein „langweiliges Produkt von gestern“ herausstellen (1/S. 110). Die gleiche Figur bei Stein: seine Gesellschaft des gegenseitigen Interesses ist jenseits der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft angesiedelt. Die Analyse zeigt freilich, daß in beiden Fällen die angeblich *neue* Gesellschaft nichts ist als die kapitalistische Gesellschaft in verändertem Aufzug.
4. Beide verlangen fortgesetzt Einsicht: flüchtig betrachtet die Einsicht aller, genauer besehen freilich die Einsicht derer, die sich auf die zum Besten des Kapitals verordnete Harmonie von Kapital und Arbeit nicht festlegen lassen. Die Lehre von der Gesellschaft des gegenseitigen Interesses rechnet mit einer Arbeiterklasse, die eingesehen hat, „daß die Bourgeois Bourgeois sind — im Interesse der arbeitenden Klasse“ (Marx/Engels). Auf nichts anderes will der Apologet der Formierten Gesellschaft hinaus, wenn er sagt, diese Gesellschaft „beruht auf der wachsenden Einsicht und Erkenntnis, daß wir alle zusammenleben müssen und wir der Rücksichtnahme und Bescheidung im einzelnen bedürfen, wenn wir das Ganze nicht zerstören wollen“ (1/S. 24). Konkreter: eine Arbeiterschaft, die selten oder gar nicht von ihrem Streikrecht Gebrauch macht, ist „zu besserer Einsicht gelangt“. „Streik ist bei uns unpopulär. Günstigstenfalls nutzt er einigen wenigen, allen anderen aber schadet er“ (1/S. 30). So Ludwig Erhard in einem Interview zum Thema Formierte Gesellschaft.

Es soll hier nicht suggeriert werden, die Formierungskonzeption sei schlicht eine Neuauflage bürgerlich-konservativer Theorien des 19. Jahrhunderts. Es war vielmehr anzudeuten, in welcher Tradition diese Konzeption steht: in einer Tradition nämlich, die rundweg faschistisch zu nennen falsch ist. Formierungskonzeption und faschistische Ideologie reagieren auf den gleichen Gegner, zwar nicht vollends gleich, aber in vielem ähnlich. Diese Tatsache ist gegen-

wärtig in der Bestimmung, das Formierervokabular sei nazistisch *gefärbt*. Aber: nationalsozialistische Ideologie ist, wenn auch die brutalste, so doch bei weitem nicht die früheste ideologische Reaktion auf den vielzitierten Gegner. Wer das übersieht, muß die Formierungskonzeption rein für eine Wiederkehr des Faschismus nehmen. In Wahrheit ist sie ein Haufen von Waffen, die den Rüstkammern des traditionellen bürgerlichen Konservatismus deutscher Prägung entnommen und verschiedentlich nazistisch repariert sind.

Sebastian Herkommer

## NPD in der „formierten“ Demokratie

Er hat es sich leicht gemacht: Auf die Frage, was für die Erfolge der Nationaldemokraten verantwortlich sei, sagte Hellmut Jaesrich dem englischen Volk über BBC, erstens *die menschliche Natur*, die immer, besonders aber unter Bedingungen der Entbehrungen oder schon vor deren Anschein, zu irrationalen Kurzschlüssen neige, zweitens *die Inkompetenz mancher Bonner Politiker*, die uns in ein Dickicht von Schwierigkeiten habe stolpern lassen, und drittens *die Leitartikler und Kommentatoren mit linken Neigungen*, die sich der Sünde des Übereifers schuldig gemacht hätten<sup>1</sup>. Die Struktur der Argumentation, in der Naturkategorien und der Denkmechanismus der Personalisierung ebenso Schlüsselstellungen einnehmen wie der Verdacht, die Kritik der Linken habe das Gleichgewicht der Demokratie ins Wanken gebracht, kehrte in Kommentaren zum Tage und ad-hoc-Theorien öfters wieder. Eine ähnlich konsistent konservative Interpretation trifft man in den ausgeführteren Analysen des neuen Rechtsradikalismus selten an. Die Mehrzahl macht nicht unmittelbar invariante Naturanlagen des Menschen, oder gar des deutschen Menschen, und das Versagen von Personen in Machtpositionen verantwortlich, sondern spricht quasi objektivierend von „Versäumnissen der Nachkriegszeit“ oder auch von der wirtschaftlichen Rezession. Aber nur wenige Untersuchungen versuchen einen zusammenhängenden Ansatz zu gesellschaftlicher Analyse des Phänomens zu bieten. An drei Beispielen „linker“ Kritik am Rechtsradikalismus sollen die Schwächen bisher vorliegender NPD-Analysen exemplarisch vorgestellt werden<sup>2</sup>.

Eine Übersicht über die der NPD gewidmeten Literatur einleitend, schrieb Karsten D. Voigt in den Blättern für deutsche und internationale Politik (4/XII. Jg.) vor einem Jahr, daß „bisher keine Darstellung die Fülle der Aspekte des Rechtsradikalismus voll befriedigend beleuchtet“. Daran hat sich inzwischen kaum etwas geändert, und die Forderung ist nach wie vor berechtigt, daß „neben einen Vergleich zwischen der NPD und den rechtsradikalen Bewegungen der Weimarer Republik und denen der ersten Jahre der Bundesrepublik . . . genaue Untersuchungen der wirtschaftlichen, psychologischen, ideologischen und außenpolitischen Ursachen des Rechtsradikalismus treten“ müssen. Die jüngste Veröffentlichung über die NPD, von

1 Old Nazis, new nationalists, in Germany. In: The Listener, Vol. LXXXVI (Dec. 1, 1966).

2 Vgl. auch meine Rezensionen von Sontheimer u. a. und Bessel-Lorck u. a. im Besprechungsteil dieses Heftes.

Reinhard Kühnl und Mitarbeitern geschrieben und im Berliner Voltaire-Verlag erschienen, kommt dieser Forderung am nächsten<sup>3</sup>. Wenigstens auf den ersten Blick verspricht das Buch eine umfassende Analyse, wenn nicht des Rechtsradikalismus überhaupt, so doch der nationaldemokratischen Partei. Der Untertitel, „Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei“, beschränkt die Untersuchung keineswegs auf die Beschreibung der Partei selber, mit Recht wird vielmehr beansprucht, daß „die Gesellschaft, die die allgemeinen politischen, sozialen und psychologischen Bedingungen bestimmt, unter denen die Partei entsteht und wirksam wird, (zu) analysieren“ ist. (4)

Dieser sehr große Anspruch wird allerdings im strengen Sinne nicht eingelöst, so wenig wie die zentrale These genau belegt ist, mit der das Buch beginnt: „Was die zweite deutsche Demokratie von der ersten unterscheidet, sind — mit wenigen, namhaft zu machenden Ausnahmen — Oberflächenerscheinungen, die Grundstrukturen haben sich nur wenig geändert.“ (3)

Um diese Behauptung zu stützen, bedürfte es einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse von Weimar und von Bonn, einer ausgeführten Faschismus- und Gesellschaftstheorie. Zumal dies kaum zu erwarten ist von einer Untersuchung, die als primäres Ziel sich setzt, „Charakter und Struktur der NPD darzustellen“ (1), muß auf einige problematische Konsequenzen des nichteingelösten Anspruchs hingewiesen werden.

Kühnl nimmt, naheliegend genug, die NSDAP zum Vergleich, um vor dieser Folie die Entwicklung und Struktur der NPD, die soziale und politische Herkunft ihrer Anhänger- und Wählerschaft, schließlich Programm und Ideologie darzustellen. Er kommt zum Ergebnis, daß „erstaunliche Ähnlichkeiten“ bestehen: „Die Sozialstruktur der Anhängerschaft ist im Prinzip die gleiche: Beide Parteien finden ihre Anhänger vor allem in den verschiedenen Gruppen des Mittelstandes, die vorher liberal und bürgerlich gewählt haben. Der auslösende Faktor dieses Umschwungs ist in beiden Fällen ein ökonomischer mit psychologischen Folgen: Eine wirtschaftliche Krise oder Stagnation erzeugt das Gefühl akuter Bedrohung und macht die bislang ruhigen Kleinbürger rebellisch.“ (74) Die Basis dieser Befunde ist fragwürdig. So wird zum Beispiel behauptet, es sei „eindeutig erwiesen, daß die NPD bisher bei Arbeitern keine allzu große Resonanz gefunden hat. Während die Arbeiter 48 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, sind sie bei den NPD-Anhängern nur mit 42 % vertreten“. (54) Die Geringfügigkeit dieser Unterrepräsentierung (die zudem, wie später vermerkt ist, inzwischen verschwunden ist) macht den Vergleich mit Weimar erstaunlich: „Auch unter den NSDAP-Mitgliedern waren schon 1930 die Arbeiter mit 28,1 % — gegenüber einem Anteil von 46 % an der Gesamtbevölkerung — deutlich unterrepräsentiert.“ (55)

3 Kühnl, Reinhard: Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Voltaire Verlag, Berlin 1967 (260 S., kart., 11,80 DM).

Zwar stellen die Verfasser später die „wesentlich größere Anfälligkeit der Arbeiterschaft heute“ heraus, um schließlich dennoch darauf zu beharren, daß es sich „bei beiden Parteien... also (!) vor allem um Protestbewegungen des ‚Mittelstandes‘“ (56) handelt. — Ein zweites Beispiel zeigt ebenfalls, wie leicht die naheliegende geschichtliche Parallele wichtige Unterschiede zu bloßen Oberflächenphänomenen stempelt. Der relativ große Anteil von NPD-Anhängern mit höherer Schulbildung wird mit der „Vorwegnahme des Verhaltens anderer bürgerlicher Gruppen“ erklärt, „denn die ‚Gebildeten‘ registrieren eben (!) kraft ihrer Informationsmöglichkeiten politische Wandlungen früher als andere Bevölkerungsgruppen. Auch 1928/29 hat sich der Aufschwung der NSDAP zuerst bei den Wahlen an den Hochschulen angekündigt“. (61) Wenn es heute einen in die Augen fallenden Unterschied gibt, der auf veränderte „Grundstrukturen“ hinweist, dann die Rolle der Studenten als kritisches Potential gegen Faschisierungstendenzen und die mangelnde Resistenz der entpolitisierten Arbeiter, die sich viel eher gegen die Studenten mobilisieren lassen als sich mit ihnen zu verbünden. — Dies verweist auf den wesentlichsten Unterschied, der ebenfalls als „Modifizierung“ bagatellisiert wird: „Während in der Weimarer Republik eine große ökonomische Krise erforderlich war, um eine nationalistische Sekte in eine faschistische Massenbewegung zu verwandeln, genügt in der Bundesrepublik offenbar schon eine wirtschaftliche Stagnation, um — bis jetzt ansatzweise, in den nächsten Monaten aber vielleicht schon sehr deutlich — die gleiche Wirkung zu erzielen.“ (76) Und stärker noch: „Doch nachdem diese Hochkonjunktur offensichtlich ein Ende gefunden hat, die latente Bedrohung akut und die Ohnmacht des ‚Mittelstandes‘ evident geworden ist, wendet er sich — wie nach 1929 — der faschistischen Bewegung zu.“ (84) Wegen des Effekts der Massenmedien würden die Menschen heute in viel stärkerem Maße ver dummt und entpolitisiert als in der Weimarer Zeit, so daß „keine große Wirtschaftskrise notwendig (ist), um solche Ressentiments virulent werden zu lassen“. (173) Diese Interpretation erscheint aus verschiedenen Gründen überzogen. Eine faschistische Massenbewegung ist die NPD nicht; daß sie es einmal werden könne, ist nicht schlüssig nachgewiesen und wegen der angedeuteten strukturellen Veränderungen wenig wahrscheinlich; nationalsozialistische und antiliberalistische Ressentiments und auch Bereitschaft zu faschistischen Handlungen (Einschüchterung von Minderheiten) ist auf die NPD und ihre Anhänger nicht beschränkt.

Die Schwäche der Analyse liegt offenbar in der methodischen Beschränkung auf den Vergleich von NPD und NSDAP und in der Bagatellisierung struktureller Unterschiede zwischen dem vorfaschistischen Deutschen Reich und der Bundesrepublik, die nicht nur „Oberflächencharakter“ haben, sowie in der isolierten Betrachtung der westdeutschen Verhältnisse. So macht die Konzentrierung auf die Nationaldemokraten blind sowohl für die Rolle der anderen Parteien als auch für die andere Rolle der Parteien. Im Charakter der SPD und der CDU als „Volksparteien“ ist mehr Flexibilität begrün-

det, Krisensituationen sich anzupassen, als den Weimarer demokratischen Parteien möglich gewesen ist. „Mittelstandsinteressen“ und „Gemeinwohlthesen“, von den Verfassern brüsk und unvermittelt als „faschistisch“ deklariert, werden von beiden großen Parteien vertreten. Die große Koalition hat vollends erwiesen, welche Möglichkeiten innerhalb eines formal aufrechterhaltenen Parlamentarismus bestehen, ohne die Massenmobilisierung über eine antiparlamentarische Partei auszukommen und das gesellschaftliche System des späten Kapitalismus zu stabilisieren. Die strukturelle Veränderung der politischen Organisation im Nachkriegsdeutschland ist von der der ökonomischen Verhältnisse nicht zu trennen. Sie sind beide Momente zunehmender Verflechtung von Staat und Gesellschaft, die mit den Kategorien der christdemokratischen „Formierung“ besser gefaßt scheint als mit dem Faschismusbegriff<sup>4</sup>.

Leider nur beiläufig — in einer Parthese, die alle vorausgehenden Prognosen in Frage stellt (174) — wird in Kühnls Buch auf das wirtschaftspolitische Instrumentarium zur ökonomischen Stabilisierung verwiesen. — Schließlich die Isolierung der Analyse auf die Bundesrepublik: so wenig wie der Nationalsozialismus allein aus den sozialen Verhältnissen in der Weimarer Republik erklärt werden konnte (siehe vor allem die Analysen von Sweezy, Rosenberg und F. Neumann), sind Beurteilungen der Chancen von Neofaschisten möglich, ohne auf die Stellung der Bonner Republik innerhalb der kapitalistischen Welt und im Konflikt mit sozialistischen Gesellschaften zu reflektieren.

Alle hier angedeuteten Einwände gegen eine krude historische Analogie zwischen Weimar und Bonn, zwischen Nazis und Nationaldemokraten, gehen von der These aus, daß die Fixierung aufs Faschismusproblem die Erkenntnis neuer Formen versperren könnte, mit denen kapitalistische Gesellschaften wie etwa die USA, Frankreich und die Bundesrepublik ihre Auflösung und qualitative Veränderung zu verhindern wissen. An der Schlußfolgerung des Buches ist deshalb jedoch nicht die geringste Kritik zu üben: daß die wirksamste Abwehrmaßnahme von faschistischen Tendenzen in der Demokratisierung zu sehen ist, „nicht nur des politischen Bereichs, sondern auch der Gesellschaft und der Wirtschaft“ (218). Sie ist das einzige denkbare politische Ziel, um die systemnotwendige Irrationalität zu brechen.

Die Untersuchung ist komplex genug, um stellenweise die überstrapazierte Geschichtsanalogie wieder zurückzunehmen. Am überzeugendsten ist der Abschnitt über Programm und Ideologie der NPD — das Zitatmaterial ist erschreckend und kann am ehesten den durchgängigen Vergleich rechtfertigen. Aber gerade hier finden sich die notwendigen Einschränkungen: „Die hier skizzierten Ressentiments der NPD haben noch nicht zu entsprechenden Aktionen geführt und lassen sich auch in ihrer verbalen Radikalität nicht ver-

4 Vgl. Arno Klönnes Aufsatz zur integrierten Gesellschaft in: *International Socialist Journal* 19 (Februar 1967).

gleichen mit denen des Dritten Reiches. Alles erscheint gemäßigt und gedämpft, wie denn überhaupt die NPD „im dunklen Anzug, nicht in Knobelbechern kommt.“ (150) Nicht zu bezweifeln ist, daß das subjektive Potential faschistischer Bewegungen vorhanden ist (150); die spezifische Differenz ist, daß es nicht ausschließlich durch die NPD in Bewegung gebracht werden wird, solange das — wie am jüngsten Berliner Pogromaufruf zu sehen — die Regierungen und Parlamente von Sozial-, Christ- und Freidemokraten (sozusagen dosiert) besorgen. Die eigentliche Funktion des Rechtsradikalismus der Nationaldemokraten scheint eher zu sein, die Integration der westdeutschen Gesellschaft von oben und durch die koalierenden Parteien im äußerlich funktionierenden Parlamentarismus zu erleichtern.

Die Veröffentlichung einer Reihe von Seminar-Beiträgen zum Rechtsradikalismus durch I. Fetscher<sup>5</sup> verfährt insgesamt vorsichtiger mit dem Begriff des Faschismus als Kühnls Buch. Fetscher z. B. hält fest, daß „der Charakter des ‚Rechtsradikalismus‘ in entwickelten Industriegesellschaften zumindest *einige* Züge des Faschismus *nicht* mehr aufweist“ (7). Helga Grebing warnt vor den „Verlockungen zu historischen Analogie-Schlüssen und vor verabsolutierenden Parallelen für die Gegenwart“ (59). Und Gert Schäfer, ebenfalls für eine auf die Gegenwart bezogene, *bestimmte* gesellschaftliche und historische Analyse der „Reaktion auf die Entfaltung der Demokratie“ eintretend, verweist darauf, daß „die Verbreitung scheinbar demokratischer und liberaler Forderungen durch Rechtsradikale, verglichen mit der Zwischenkriegszeit, ... ein Novum darstellt“. (75) Eine weitere durchgängige These setzt die Akzente ebenfalls anders — und einleuchtender: die NPD wird nicht isoliert betrachtet und mit der Nazipartei verglichen, sondern im Zusammenhang mit den allgemeinen rechtsradikalen Tendenzen und der herrschenden Politik der regierenden Parteien. So beobachtet Schäfer sehr zutreffend: „... die universalistische Konzeption der Randgruppen wird zu einem verstärkt hervortretenden Kennzeichen der institutionellen Neuerungen wie der herrschenden politischen Doktrinen. Außer in der Hinwendung zu nationalen Traditionen treffen sich die rechts-extremen Randgruppen an einem weiteren Punkt mit mächtigen politischen Tendenzen. Zu der kompromißlosen Bekämpfung des marxistischen Sozialismus... und anderer als Demokratismus denunzierter Formen des demokratischen Prinzips gesellt sich der Kampf gegen pluralistische Verhältnisse“ (93). Edgar Weick im selben Tenor: „Das Phänomen des Rechtsradikalismus kann also nicht — wie es immer noch allgemein üblich ist — als politische Randerscheinung und isoliert behandelt werden; behält man den Begriff bei, so wird man die rechtsradikale Tendenzen begünstigenden Strukturen auch in der praktizierten Demokratie und in den sie ‚tragenden‘ Parteien aufsuchen müssen.“ (123) Daß die NPD analysiert wird unter dem Aspekt ihrer Funktion *innerhalb* einer rechts-

5 Fetscher, Iring (Hrsg.): Rechtsradikalismus. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1967 (256 S., kart., 14,80 DM).

gerichteten Außen- und Innenpolitik, und ihr Schicksal davon abhängig gesehen wird, „wie stark sich die herrschende Politik ihren universalistischen Doktrinen zuneigt und das nationale Erwachen fördert“ (93), ist ein wesentlicher Vorzug des Buches. Bei bescheidenem Anspruch — „erste andeutende Versuche der Bestandsaufnahme und der Analyse“ (8) — werden vielfältige Problemstellungen differenziert erörtert und für weitere empirische und theoretische Forschung aufgeschlossen. Aber auch entscheidende Mängel sind nicht zu übersehen.

Fetscher unternimmt in seinem Beitrag über „Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik“ zunächst einen notwendig formalen Definitionsversuch, der Konservatismus der demokratischen Rechten vom Rechtsradikalismus dadurch unterscheidet, daß er „auf die Aufrechterhaltung eines in der Gegenwart noch existierenden politischen und sozialen Zustandes gerichtet“ ist und jegliche Tendenz zu weiterer Demokratisierung kritisiert, während rechtsradikale Theorien, Ideologien und Bewegungen „auf das Rückgängigmachen eines in dieser Gesellschaft bereits erreichten Zustandes der politischen und sozialen Demokratisierung abzielen“ (13). Das Maß zum Vergleiche stellt die Demokratie als Prozeß dar, von der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes über die Entstehung von Massenparteien für die Arbeiterinteressen bis zur Einschränkung des Spielraumes der Unternehmer durch sozialstaatliche Gesetzgebung reichend. Mit zwei wichtigen Faktoren der Demokratisierung — Macht der Gewerkschaften und Existenz einer kritischen Intelligenz — nennt F. zugleich die wesentlichen gesellschaftlichen Objekte sowohl konservativer Kritik wie rechtsradikaler Aggressivität. Der Auftrieb des Rechtsradikalismus seit 1965 wird nicht beschränkt auf die NPD und rechtsradikale Presse, sondern als Bestandteil und Konsequenz auch der „offiziellen und parteipolitischen Äußerungen des demokratischen Deutschland“ verstanden. Ein „Reizwortkatalog“ (aus Äußerungen der demokratischen Parteien und Politiker zusammengestellt) sei beiden, Rechtsradikalen wie konservativen Demokraten, gemeinsam geworden:

„Wir sind wieder wer, die Nachkriegszeit ist vorbei, wir sind ökonomisch und militärisch wieder Riesen;  
wir lassen uns nicht diskriminieren;  
die Welt ist uns die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Zurückgabe der Gebiete innerhalb der Grenzen von 1937 (oder mehr noch) schuldig;  
wir stehen wie je treu zu Europa.“ (17)

Abgesehen von der Rolle der beherrschenden Politik werden als weitere „Gründe, Motive, Ursachen der (rechtsradikalen) Beben“ genannt: die Entpolitisierung durch den besonderen Charakter des modernen Wahlkampfes, die geistige Tradition des Konservatismus (mit ausgeführter Kritik an Mohler), die Rehabilitierung des „Dritten Reiches“ durch die Vertriebenenpresse, Frustrationserfahrungen durch die unglaubliche Wiedervereinigungspolitik der Bundesregie-

rung. „Die Diskrepanz zwischen diesen offiziellen Zielen und der tatsächlich betriebenen Politik schafft für rechtsorientierte Publizisten wie auch für rechtsradikale Bewegungen eine höchst fruchtbare Situation zu kritischer Destruktion der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse.“ Daraus wird von F. eine politische Alternative abgeleitet: „Entweder werden die irrealen außenpolitischen Forderungen fallengelassen und das Resultat des verlorenen Krieges realistisch zur Kenntnis genommen, bevor es zu spät ist — oder jene Kräfte gewinnen auf die Dauer die Oberhand, welche alles daransetzen, die ökonomisch-technische Stärke der Bundesrepublik in politisch-militärische zu transformieren, um mit der Hilfe der mächtigen amerikanischen Bundesgenossen den alten territorialen Status zurückzugewinnen.“ (28)

Warum diese Alternative gerade nicht ausgeschlossen wird, warum die offizielle Politik sich von der rechtsradikalen nur graduell und im Tone unterscheidet, wird allerdings nicht analysiert: dem Aufsatz fehlt der Zugang zu politisch-ökonomischer Ableitung rechtsgerichteter Politik.

Schäfer benennt in seinem Beitrag „Die Chancen der Nationaldemokraten“ das Problem immerhin. In einer an geflügelte Horkheimer-Worte erinnernden Formulierung wendet er sich gegen das universalistische Volksgemeinschafts-Rezept der Rechten und verlangt statt dessen eine Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche: „Wer vom Faschismus reden will, muß daher vom Ganzen der Gesellschaft sprechen. Wer von ihren Antagonismen und inhärenten Tendenzen schweigen will, hat auch zum heutigen Rechtsradikalismus wenig mehr zu sagen, als daß es ihn gibt.“ (82) So anregend der Aufsatz ist, dies Desiderat nach Ableitung rechtsradikaler Tendenzen als Randgruppenerscheinung und ihre Funktion in der herrschenden Politik bleibt unerfüllt, bzw. wie bei Kühnl nur zu erraten aus der Schlußfolgerung: daß nämlich „als einziges Mittel, die autoritäre Demokratie zu vermeiden, eine soziale Demokratie taugt: die fortschreitende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“. (94) Die Gemeinsamkeit mit Habermas und Abendroth in dieser Forderung läßt deren Ableitungsversuche autoritärer Tendenzen aus der nach wie vor privatkapitalistisch organisierten Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur als Hintergrund der Schäferschen Analyse ahnen. „Was immer die realen Ursachen dieser (autoritären) Tendenzen sein mögen, sie entfalten sich in einem und müssen als Produkte eines zusammenhängenden Prozesses analysiert werden, für den die Formierte Gesellschaft nur *ein* Name ist.“ (92) Dies deutet genau an, welche Analyse vom Verfasser selbst gefordert wird: die realen gesellschaftlichen Ursachen der Nachkriegsentwicklung aufzudecken, die nicht nur weitere Demokratisierung stillsetzt, sondern schon erreichte Demokratisierung wieder rückgängig zu machen im Begriffe ist. Darin hätte dann die Beobachtung ihren Platz, daß ein autoritäres Potential seit dem Nazismus neu geschaffen worden sein muß: „Da gerade Arbeiter und Jungwähler dem einmal Anhängern und Mitläufern des Nationalsozialismus eigentümlichen Motivations-

syndrom unterliegen, muß die deutsche Nachkriegsgeschichte Neigungen und Verhaltensweisen, die schwerlich als demokratische zu bezeichnen sind, bewahrt und neu erzeugt haben. Sie schuf ein jetzt in wachsendem Maße an politischer Relevanz gewinnendes autoritäres Potential.“ (72)

Die in diesem Aufsatz und an anderen Stellen des Buches (etwa über amerikanischen Rechtsradikalismus) zu findenden Hinweise, daß rechtsradikale Verhaltensweisen nicht unbedingt an wirtschaftliche Deprivation gebunden sind, und „keineswegs ein notwendiger Zusammenhang von Rezession und Rechtsradikalismus besteht“ (9), können als Unterstützung der oben geäußerten These genommen werden, daß die unmittelbare Anwendung des Faschismusbegriffes irreführen kann. Sie sind aber kein Beleg dagegen, daß eine ökonomische Ableitung im Zentrum der Untersuchung des zeitgenössischen Rechtsradikalismus zu stehen hätte.

Grebing zeigt in ihrem Beitrag („Nationalismus und Demokratie in Deutschland“) einen „Versuch historisch-soziologischer Analyse“, in der ökonomische Kategorien ebenfalls fehlen oder nur Funktion bei punktuellen ad-hoc-Erklärungen haben. Die Fragestellung ist inzwischen unter Soziologen und Politologen (Dahrendorf zum Beispiel und Sontheimer) ebenso beliebt, wie die von der Verf. eingangs notierte Vorliebe verbreitet ist, „um der Demokratie willen“ „ein die Nation integrierendes Bewußtsein mit neuen Inhalten“ zu fordern (31), das Problem nämlich, „ob und warum Nationalismus und Demokratie in der deutschen Geschichte auseinandergefallen sind“ (32). Kritisch wird gefragt, „ob es in diesem Augenblick unserer Geschichte noch möglich und sinnvoll ist nachzuholen, — wieder einmal nachzuholen, was andere Industrienationen schon längst geleistet haben: einen demokratischen Patriotismus zu etablieren“ (33).

Zunächst wird die antidemokratische Orientierung des deutschen Nationalismus seit den Freiheitskriegen, über 1848, Kaiserreich und Weimar geschichtlich aufgezeigt, um dann die für heute relevante Frage stellen zu können: besteht die Abhängigkeit von Nationalismus und Autoritarismus in der Gegenwart fort? Die Antwort ist ja. Eine Zusammenfassung von empirischen Untersuchungen zum Demokratieverständnis der deutschen Bevölkerung insgesamt und der „NPD-Anhängergruppen“ führt zum Ergebnis, daß „der Nationalismus in seiner sozialen und sozialpsychologischen Funktion einer alle Interessengegensätze nivellierenden, ja eliminierenden Ideologie“ (63) eine wesentliche Rolle im politischen Bewußtsein derer spielt, die für die NPD als anfällig gelten können.

In den Schlußsätzen wird die Hilflosigkeit aller vorliegenden Analysen offenbar: „Es ist in der Bundesrepublik nach 1945 keine Synthese zwischen Nationalismus und Demokratie entstanden . . . Welche Folgerungen sind daraus zu ziehen? Primär ist nicht der Nationalismus zu bekämpfen, primär ist nicht ein demokratisches Nationalbewußtsein zu konstituieren, primär muß der Abbau der traditionellen Autoritätsherrschaft geleistet und die Identifikation mit der Idee der dyna-

mischen demokratischen Gesellschaft gefördert werden. Ob dies gelingen kann, wird in erster Linie davon abhängen, ob die zukünftigen internationalen sozialen Trends dazu geeignet sind, die nationalen hierarchisch-autoritären Verkrustungen auflösen zu helfen.“ (65). Es bedarf, wie könnte es besser demonstriert werden, der Analyse der „Trends“, will man den Charakter von Ermahnungen durch politische Strategien des Demokratisierungsprozesses ersetzen. Wenig wird dazu in diesem Aufsatz beigetragen, zumal die Erklärungsversuche recht heterogene Elemente soziologischer Theoriebildung zusammentragen, ohne durch einen Begriff der spätkapitalistischen Gesellschaft zusammengehalten zu sein. — Ein Beispiel solcher systematischer Erklärung könnte eher in der sehr gründlichen Betrachtung des McCarthyismus durch Manfred C l e m e n z gesehen werden. Der Erklärungsversuch der „Faschistischen Tendenzen in der amerikanischen Gesellschaft“ kann auch für die gegenwärtige Situation in der westdeutschen Gesellschaft Anhaltspunkte anbieten. Ein „groteskes Bündnis zwischen Erfolglosen und Erfolgreichen“ nennt Clemenz den McCarthyismus — ein „Prosperitätsmonster“. Die Abgrenzung zum Faschismus muß jedoch auch Clemenz der Spekulation überlassen — sie kann „nur unter Berücksichtigung veränderter ökonomischer Bedingungen beantwortet werden... in einer Krise hätte der ‚neue Mittelstand‘ vermutlich Partei für McCarthy ergriffen“. (193) Die Frage bleibt, ob kapitalistische Gesellschaften ihre Krisen zu lösen in der Lage sind, ohne der ultima irratio, des Faschismus, zu bedürfen.

In der polemischen Schrift „Kommen die Nazis wieder?“ von Kurt Hirsch <sup>6</sup>, die hier als drittes Beispiel linker Kritik am Rechtsradikalismus genannt sei, wird zwar eine Position vertreten, die nach den oben angeführten Bemerkungen einleuchtend erscheinen muß — „Die Gefahr der jüngsten Wahlerfolge der NPD liegt weniger in der Existenz dieser rechtsradikalen Partei als darin, daß vielfach die klare geistige Trennungslinie zwischen der NPD und der im Bundestag vertretenen Parteien — ausgenommen die Sozialdemokratie — fehlt“ (159); sowohl 1922 als auch 1967, so meint der Autor, „gefährdete nicht die Existenz der randalierenden Nationalsozialisten die Republik . . ., sondern das antidemokratische und antirepublikanische Bürgerblockdenken der im (Parlament) vertretenen bürgerlichen Parteien“ (162), — aber viel mehr als in Kühnls Buch, mitunter geradezu ärgerlich, werden glatte Analogieschlüsse zwischen der präfaschistischen Weimarer Epoche und der präformierten Bundesgesellschaft vorgenommen, die den historischen Prozeß zu einem Kreislaufmodell schrumpfen läßt. Voigt ist in seiner Kritik zuzustimmen: „Durch die Art, in der z. B. Zitate von der NSDAP, der SRP und der NPD nebeneinandergestellt werden, werden tatsächlich bestehende Unterschiede z. B. im Auftreten vollkommen verwischt. Des-

6 Hirsch, Kurt: Kommen die Nazis wieder? Gefahren für die Bundesrepublik. (Dokumente zur Zeit) Kurt Desch Verlag, München 1967 (200 S., kart., 9,80 DM).

gleichen führt die Art und Weise, in der auf die Mitgliedschaften und Funktionen vieler Politiker im Dritten Reich hingewiesen wird, zu der irrigen Annahme, als sei der heutige Zustand der Bundesrepublik und insbesondere die Erfolge der Rechtsradikalen nur auf die fast verschwörerische Tätigkeit ehemaliger Nazis zurückzuführen.“ (145) Am besten demonstrieren den materialreichen Inhalt und den alles andere als langweiligen Stil der Schrift die Zwischentexte, die man sich auf Brechtischen Tafeln vorstellen kann: „Sie haben sich zwar den Erfordernissen der Zeit angepaßt und die Uniformen des Dritten Reiches gegen Maßanzüge vertauscht, doch der Geist — der Ungeist — ist der gleiche geblieben.“ (7)

„Sie schreien, schreiben und marschieren heute wieder in die Versammlungssäle, halten Reden von gestern, als ob dies alles (Ausrottung, Krieg) nicht geschehen wäre.“ (18)

„...ungeachtet aller taktisch bedingten Legalitätsbeteuerungen der NPD-Funktionäre lassen die Reden und Schriften dieser Partei ihr geistiges Vorbild erkennen: die NSDAP.“ (37)

„Werden nicht Historiker späterer Zeiten rückblickend zu der Erkenntnis gelangen, daß die geistigen Fundamente für den dritten Weltkrieg schon seit 1945 gelegt wurden?“ (99) — Was Einsicht in die gegenwärtigen Verhältnisse mehr verhindert als fördert, sind Überzeichnungen wie diese: „An die Stelle der Konzentrationslager ist die Verdächtigung getreten; an die Stelle des Schreibverbotes eine Gehaltserhöhung beim ersten Sündenfall; an Stelle der Richtlinien von Goebbels für Chefredakteure fast ebenso streng beachtete Tabus.“ (152)

Kurt Lenk

## Mentalität und Meinungsmilieu als Faktoren rechtsradikalen Erfolgs

Seit dem Erfolg der NPD bei den Bundestagswahlen 1965, den Kommunal- und Landtagswahlen des Jahres 1966 und den Bremer Bürgerschaftswahlen 1967 wird die seit langem vor sich gehende Polarisierung der politischen Engagements in der Bundesrepublik in „links“ und „rechts“ jedermann offenkundig. Das noch vor wenigen Jahren auch bei uns verkündete „postideologische Zeitalter“ ist noch längst nicht ausgebrochen. Es erhebt sich die Frage: Was können und sollen diejenigen tun, denen es seit Jahr und Tag um eine wohl nicht nur mit „aufklärerischen“ Mitteln zu leistende Überwindung der wiederauflebenden nationalistischen und chauvinistischen Traditionen zu tun ist? Gibt es in dieser Situation Möglichkeiten einer sozialpsychologisch fundierten Abwehr des heute erneut aufkommenden Nationalismus?

Dabei kann es sich kaum darum handeln, einzelne Personen wegen ihrer „braunen“ Vergangenheit, sofern sie strafrechtlich nicht zu belangen sind, an den Pranger zu stellen und dadurch vielen anderen einen Vorwand zur „wohlanständigen“ Sympathie mit den angeblich erneut Verfolgten zu verschaffen. Weit wichtiger wäre es, durch kritische Analysen zu zeigen, daß das, was die Männer von gestern geschrieben und getan haben, die Art, wie sie sich damals verhalten haben und wie sie sich heute mancherorts und nicht selten wieder verhalten, einer sozialstrukturellen „Atmosphäre“ entspringt und entspricht, die es auf die Dauer zu ändern gilt.

\*

Als Hitler nach dem Marsch zur Münchner Feldherrnhalle vor dem Volksgericht München I wegen Hochverrats auf der Anklagebank saß, benutzte er diese Gelegenheit zu einem Spektakel, das für seine politische Karriere außerordentlich nützlich war. Er verstand es nämlich, den Putschversuch vor der Geschichte als „Vorsehung“ so darzustellen, daß er als ein für die „völkischen Belange“ notwendiges Unternehmen erscheinen konnte. Er ließ durchblicken, daß seine Richter es eines Tages auch noch einsehen würden: daß sein Streich für die „völkischen Belange“ notwendig gewesen sei und das Ziel gehabt habe, Deutschland von der „internationalistisch“, „marxistisch“, „pazifistisch“ und „demokratisch“ verseuchten „Revolutionsregierung“ von 1919 zu befreien. Hitler gab seiner „völkischen Bewegung“ den Anschein des „echt Vaterländischen“, d. h. einer um das Wohl des ganzen Volkes, nicht nur einer Partei, besorgten Sammlungsbewegung aller „anständig gebliebenen Deutschen“. Der Sturz der Reichsregierung — das Hauptziel dieses Münch-

ner Marsches zur Feldherrnhalle — sollte die Vorbereitung dafür sein, mit Hilfe einer völkisch-nationalen Diktaturregierung die „wahre Souveränität“ des deutschen Volkes wieder herzustellen. Wie sehr Hitler mit dieser Darstellung Erfolg hatte, beweist der Wortlaut des Volksgerichtshofurteils vom 1. April 1924, in dem es am Schluß heißt:

„Hitler ist ein Deutsch-Österreicher, er betrachtete sich als Deutscher. Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt, wie Hitler, der freiwillig jahrelang im deutschen Heere Kriegsdienst geleistet, der sich durch hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde hohe Kriegsauszeichnungen erworben hat, verwundet und sonst an der Gesundheit beschädigt entlassen worden ist, kann nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Republiksschutzgesetzes ihrem Sinn und ihrer Zweckbestimmung nach keine Anwendung finden.“<sup>1</sup>

Der spätere Führer und Reichskanzler wird mit diesem Urteil de facto zum moralischen Sieger erklärt, von Richtern, die dem Weimarer System gegenüber zweifellos Ressentiments hatten, die denen Hitlers — trotz erheblicher Unterschiede hinsichtlich ihrer pseudo-rationalen Legitimierung — so unähnlich nicht waren, wie dies heute oftmals von einer apologetischen Geschichtsschreibung behauptet wird. —

Wenn in einer ihrer politischen Gesamtstruktur nach autoritär geliebten Gesellschaft die im Alltag geltenden Werte und besonders die der tonangebenden Schichten in einem so eklatanten Widerspruch zur verfassungsmäßig normierten demokratischen Ordnung stehen, dann bedeutet das tatsächliche politische „Betriebsklima“ dem einzelnen alles, die Verfassung und der Verfassungstext aber so gut wie nichts; sie ist auch für ihn ein Stück Papier. Denn es ist klar, daß das, was für das Individuum als „Wirklichkeit“ im politischen Leben existiert, im hohen Grade davon abhängt, was in seiner Gesellschaft, in seiner Umgebung, in seiner Gruppe, in der er sich bewegt, als Wirklichkeit gilt und ernst genommen wird.

Da bekanntlich in Perioden relativer gesellschaftlicher Stabilität, wie etwa in den Jahren 1924—1928 in der Weimarer Republik, die Tendenz besteht, daß die in der sozialen Ranghierarchie „niedriger“ stehenden Bevölkerungsschichten sich schon aus Gründen ihres vorwiegend prestigeorientierten Selbstbestätigungsdranges auch politisch an den sogenannten gebildeten Leuten orientieren, bedeutet es mehr als einen belanglosen Zufall, wenn etwa, wie im Beispiel des Gerichtsurteils gegen Hitler, die Gerichtsherren dem Rechtsextremisten bescheinigen, daß sie zwar vorderhand noch gezwungen sind, ihn kraft Republiksschutzgesetz zu verurteilen, daß sie aber die von ihm vertretenen Werte im Grunde ebenso zu schätzen wissen. So bekam das, was die Nazis proklamierten, die Weihe des eigentlich „Deutschgemäßen“, des im echten und wahren Sinne Vaterländischen.

<sup>1</sup> Zitiert nach Huber, „Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte“, Bd. III, S. 366.

Ähnlich war es schon im Jahre 1879 beim Antisemitismusstreit in Berlin, bei dem sich unter anderen auch der Historiker Heinrich von Treitschke unrühmlich hervortat. Bis dahin war der politische Antisemitismus weithin eine Angelegenheit des Lumpenproletariats auf der heimatlosen Rechten. Als aber der Universitätsprofessor und in heutigen konservativen Kreisen noch immer hochgeschätzte von Treitschke mit seinem Pamphlet am 15. November 1879 in die Debatte eingriff, gewann diese trübe antisemitische Welle geradezu die Dimension einer geistigen Leistung. Treitschke selbst ist sich dieser Aufwertung durch sein akademisches Votum offenbar sehr wohl bewußt gewesen. Wie sonst konnte er in dem genannten Pamphlet schreiben: „Antisemitenvereine treten zusammen; in erregten Versammlungen wird die Judenfrage erörtert, eine Flut von judenfeindlichen Libellen überschwemmt den Büchermarkt. Es ist des Schmutzes und der Rohheit nur allzuviel in diesem Treiben.“

Dann aber fährt er fort:

„Überblickt man alle diese Verhältnisse, so erscheint die laute Agitation des Augenblicks doch nur als eine brutale und gehässige, aber natürliche Reaktion des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, sie hat zumindest das unfreiwillige Verdienst, den Bann einer stillen Unwahrheit von sich genommen zu haben. Es ist schon ein Gewinn, daß ein Übel, das jeder fühlte und niemand beheben wollte, jetzt offen besprochen wird.“

Und Treitschke schließt mit den bezeichnenden Worten, die dann im „Dritten Reich“ Geschichte machten:

„Täuschen wir uns nicht, die Bewegung ist sehr tief und stark, bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf; unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück.“

Trotz der Rohheit und des Schmutzes, sagt Treitschke, sei die Antisemitenbewegung doch zutiefst und ihrem innersten Wesen nach, wenn man von der schmutzigen Oberfläche einmal absehe, eine Reaktion des germanischen Volksgefühls gewesen, eine Reaktion, der selbst die höchsten und ansonsten liberalen Spitzen der Bildung zustimmten. Wenn „wir“, die Bildungselite, uns dem Volk verbunden verhalten, so meinte Treitschke, dann müssen wir uns, wenn wir nur offen und ehrlich genug sind, trotz dieser „Nebenerscheinungen“ letzten Endes auf die Seite der Antisemiten stellen, denn der Antisemitismus sei ja nichts anderes als eine „natürliche“ Notwehr der Germanen gegen den ewigen Unglücksstifter: das Judentum. Kurz: Antisemitismus wird hier, auch wenn er zu Verbrechen führt, zu einem Kavaliersdelikt. Ganz ähnlich mochten die Ankläger im Falle Hitler empfinden haben.

In einer ihrer Mentalität nach noch weithin ständisch orientierten Gesellschaft wie der deutschen ist es nicht ganz gleichgültig, was die Meinungsträger, die sogenannten Gebildeten, die „Multiplikatoren“ der öffentlichen Meinung denken und schreiben.

Wenngleich gegenwärtig jener Konkretismus Triumphe feiert, der davon ausgeht, es gelte nur mehr der Erfolg, die Macht, das Geld, also vulgär und unmarxistisch gesprochen der „Unterbau“, so wurde und wird nicht nur von höchstoffizieller Seite in der Bundesrepublik ein — wenn auch meist mit Verachtung verbundenes — Interesse an dem gezeigt, was Schriftsteller wie Peter Weiss, Rolf Hochhuth, H. M. Enzensberger und manche andere politisch denken und schreiben. Es wird, zwar uneingestanden, aber doch offensichtlich, ihren politischen Äußerungen eine relativ nachhaltige Wirkung zuerkannt. (Man denke etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, an Erhards Attacke auf Hochhuth wegen seines Aufsatzes über die Elendssseite des deutschen Wirtschaftswunders.) Es scheint, als seien beziddierte politische Meinungsäußerungen auf der Grundlage sachbezogener Argumentation auch heute noch nicht ganz wirkungslos, zumal wenn die innerparlamentarische Opposition im Zeichen der Großen Koalition sich nicht gerade lebendig zeigt. So konnten Publikationsorgane wie der „Spiegel“ oder sogar „Pardon“, ein Autor wie Rudolf Augstein plötzlich eine vordem nie geahnte Bedeutung gewinnen.

Das Bild von der politischen Wirklichkeit äußert sich mit der Gruppe, der der einzelne sich bewußt zurechnet oder der er objektiv-situationsgemäß angehört. Das hat — nach Kurt Lewin<sup>2</sup> — zwei Gründe: Einmal ist, wie man weiß, besonders heute die jeweils eigene Erfahrung notwendigerweise sehr begrenzt, nicht zuletzt die politische. Darum wächst in der Vorstellung der Individuen, sofern sie überhaupt beginnen, sich um Politik zu kümmern, die Wahrscheinlichkeit einer bestimmten politischen Meinung im gleichen Maße, wie sie Vertrauen in die Erfahrung derjenigen Gruppe setzen, der sie sich zugehörig wissen und verbunden fühlen. Zum andern ist es eine Tatsache, daß auf jenem Gebiet, das man mit Jean Piaget das „Probearbeiten“ nennen könnte, auf dem des Denkens nämlich, die Gruppe auf ihre einzelnen Angehörigen heute einen stärkeren Zwang zum Mitgehen und Mitmachen ausübt, als das jemals zuvor der Fall gewesen sein dürfte. Wir sind, funktional gesehen, in der Tat insofern „Volksgenossen“ geblieben, als wir uns aus diesem Milieu, aus der politischen Gesamtatmosphäre und aus den Meinungsgruppen, in denen wir uns bewegen, nur schwer lösen können. Jegliche Erfahrungserweiterung ist zudem in der Regel nur durch Kommunikation mit dem sozialen Milieu, mit der Menschengruppe, in der man lebt, möglich.

Die auf allen Stufen unseres öffentlichen Lebens heute mehr denn je notwendige politische Erziehungsarbeit im Sinne eines allmählichen Abbaus der nach wie vor virulenten politischen Wahnsysteme, als welche man vor allem Phänomene wie Nationalismus und Antisemitismus bezeichnen könnte, ist gleichbedeutend mit einer Erziehung als einem Vorgang, der letztlich einen Wandel der politischen Gesamtkultur anvisiert. Lewin bringt für diesen Wandel ein anschauliches Beispiel:

<sup>2</sup> Vgl. Kurt Lewin, Die Lösung sozialer Konflikte, Bad Nauheim 1953, bes. Teil I.

„Selbst die Umerziehung eines Zimmermanns, der Uhrmacher werden soll, besteht nicht einfach darin, dem Zimmermann eine Anzahl ihm neuer Handgriffe der Uhrenherstellung beizubringen; ehe er ein Uhrmacher werden kann, muß sich der Zimmermann, abgesehen vom Erlernen einer Reihe von Handgriffen, ein neues System von Gewohnheiten, Maßstäben und Werten zulegen, der Maßstäbe und Werte, die das Denken und Verhalten der Uhrmacher kennzeichnen. Wenigstens wird er das zu tun haben, ehe er mit Erfolg als Uhrmacher tätig sein kann.“ (a.a.O.)

Aufs Politische bezogen und auf die Frage: Wie stand es in der Weimarer Republik mit den „Uhrmacherwerten“ in Deutschland? hieße dies u. a. folgendes: Das Scheitern der ersten deutschen Republik hatte gewiß eine Fülle von ökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen, die wir heute, nach den Analysen von Arthur Rosenberg, Hallgarten, Bracher und vielen anderen, ziemlich deutlich sehen. Nicht ganz so deutlich jedoch ist die Einsicht in die mentalitätsbedingten sozialpsychischen Voraussetzungen des Untergangs der Weimarer Republik. Die oft wiederholte Behauptung nämlich, daß diese an der Vielzahl und Stärke ihrer politischen Gegner zugrunde gegangen sei, ist, in dieser knappen Aussage, zumindest irreführend. Versteht man nämlich als politische Gegner jene, die mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln vom Boden der geltenden Verfassung her operieren, so wird man diesen Begriff des politischen Gegners von dem des Feindes trennen müssen. Auch als „prinzipielle außerparlamentarische Opposition“ unterwirft sich der Gegner einer republikanischen Verfassung noch den allgemein verbindlichen Spielregeln politischer Auseinandersetzung. Der Feind hingegen anerkennt diese Grenzen nicht mehr, besonders dann nicht, wenn es ihm um die Durchsetzung absolutgesetzter weltanschaulicher Zielsetzungen wie etwa völkisch-nationaler Traditionen zu tun ist. Der politische „Gegner“ wäre demnach, im Gegensatz zum „Feind“, daran zu erkennen, daß er sich mit seinen Kontrahenten auf eine gemeinsame Ebene begibt, die durch den von der Verfassung definierten Spielraum begrenzt ist. Folgt man einmal dieser Abgrenzung, so wird man weder die Nationalsozialisten noch ihre Bundesgenossen von rechts als politische „Gegner“ der Weimarer Republik bezeichnen können: sie waren vielmehr deren erklärte Feinde. Zwar waren auch etwa die Unabhängigen Sozialisten (USPD) in jener Zeit Feinde des „Systems“ — doch blieb ihre Programmatik am Ziel der sozialistischen Umgestaltung der Republik orientiert, die sie mit den Mitteln inner- und außerparlamentarischer Opposition anstrebten. Die unheilige Allianz der antidemokratisch-restaurativen Kräfte im Militär, in der Justiz und in der staatlichen Verwaltung blieb zumindest ihrer Intention nach von Anfang an, seit 1919, außerhalb der Verfassung des verunglimpften Weimarer Systems. Daß nach der gescheiterten Novemberrevolution des Jahres 1918 Großgrundbesitz und Schwerindustrie, die wirtschaftliche Basis der sogenannten völkischen Erneuerung, nicht daran dachten, dem Weimarer Staat auch nur bedingte Loyalität entgegenzubringen,

dürfte heute kaum zu bezweifeln sein. Die Konterrevolution war, im Verein mit den von Freikorpsleuten durchgesetzten Einheiten der Reichswehr, so wenig politischer Gegner innerhalb der Weimarer Republik wie die zahlreichen Fememörder, die (nach der Parole: „Schlagt ihn tot! Das Kriegsgericht fragt euch nach den Gründen nicht!“) der Despotie des Dritten Reiches lange vor dessen Ausbruch blutig den Weg bereitet hatten. Auch das unrühmliche Ende der „staatstragenden“ Parteien Weimars war das Ergebnis der Tatsache, daß das stetig und mit Beginn der Weltwirtschaftskrise rasch wachsende Heer der Feinde seit jenem Morgengrauen des 13. März 1920, als die Brigade Erhard mit schwarz-weiß-roter Fahne unterm Hakenkreuz in Berlin einzog, nicht wirklich besiegt werden konnte, besiegt nämlich auf dem Felde der Mentalität, d. h. jener politischen Gesamtatmosphäre, um deren Veränderung es uns heute zu tun sein müßte.

Die erklärte Absicht der NSDAP, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln — warum also nicht auch mit den legalen! — und, wie Hitler es ausdrückte, „ohne geringste Rücksicht auf etwa einsetzendes Geschrei und Gejammere die Verhetzer deutschen Volkstums unbarmherzig auszurotten“, wurde von allzuvielen Hütern der Verfassung kaum ernst genommen. Zumindest darin und in dem hieraus sich ergebenden Mangel an rechtzeitigen institutionellen Vorkehrungen offenbarte sich schon früh ihre Schwäche, die den Feinden der Republik weiteren Auftrieb geben mußte. Zu den heute bekannten Ursachen für das Ende der Weimarer Republik gehört nicht zuletzt auch die teils leichtfertige, teils gutgläubig-naive Unterschätzung der fanatischen Entschlossenheit ihrer Feinde zur Vernichtung des Systems. Eine Entschlossenheit, die sich auch legaler Mittel zu bedienen wußte, wenn es galt, demokratische Legalität selbst aus der Welt zu schaffen. So konnten Standgerichte, Kapp-Putsch, die Ermordung Erzbergers und Rathenaus, Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mancherorts als „Ausschreitung verirrter Einzelgänger“ gewertet werden, bei deren Verfolgung die Justizbehörden, im Vergleich zur Bestrafung „linker“ politischer Delikte, es nicht besonders eilig hatten. Wie sonst wäre es zu erklären, daß, ausgenommen die Ermordung Rathenaus, sämtliche nationalistischen Morde vor 1923 ungesühnt geblieben sind, während kommunistische Taten der gleichen Zeit ausnahmslos zu harten Verurteilungen geführt haben? E. J. Gumbel hat in zahlreichen Veröffentlichungen bereits seit Anfang der zwanziger Jahre immer wieder darauf hingewiesen, daß sich in Fememorden und ähnlichen feigen Aktionen von rechts schon sehr früh eine bestimmte, gutkalkulierte Strategie der Gegenrevolution abzuzeichnen begann, die ihre Feinde fortwährend in Atem hielt, ohne daß diese die ihnen verbliebenen Chancen wahrnahmen, dem von vornherein ein Ende zu bereiten. Hitler hat die Quintessenz konterrevolutionärer Aktion offen und zynisch ausgesprochen, wenn er seine und seiner Gefolgsleute Einstellung zu den Spielregeln des Parlamentarismus auf die Formel brachte:

„Wenn heute unserer Bewegung, besonders vor seiten sogenannter nationaler bürgerlicher Minister, der geistreiche Vorwurf gemacht

wird, daß sie auf eine Umwälzung hinarbeite, kann man einem solchen politischen Dreikäsehoch nur eines zur Antwort geben: Jawohl, wir versuchen nachzuholen, was ihr in eurer verbrecherischen Dummheit versäumt habt.“

Das gegenrevolutionäre „Nachholen der Umwälzung“ vollzog sich freilich bereits lange vor der eigentlichen Machtergreifung. Es bestand u. a. in der mit massenpsychologischen Techniken inszenierten Mobilisierung eben jenes Potentials, das seit je unter obrigkeitsstaatlichen Verhältnissen heranreifen konnte. Nationalsozialistische Propaganda verfährt ihrer Intention nach im Stile der umgekehrten Psychoanalyse. Heißt es bei Freud, Aufgabe der Psychoanalyse sei es, dort, wo „Es“ war, allmählich „Ich“: die bewußte, kritische, rationale Instanz im Menschen werden zu lassen, so ist in dieser Hinsicht die nationalsozialistische Agitation und Propaganda abgestimmt auf die Parole: Wo „Ich“ war, soll „Es“ sein. Die Weltwirtschaftskrise der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre und die ihr folgende Massenarbeitslosigkeit formierten das latent längst vorhandene Reservoir nunmehr deklassierter mittelständischer Kleinbürger zu widerstandslosen Patienten dieser Art „Psychoanalyse“. Sie verschaffte den Propagandachefs der NSDAP endlich die lang ersehnte und höchst willkommene Gelegenheit zur ersten Generalprobe eines „konzentrierten und planmäßigen Einsatzes persönlicher, geistiger und technischer Führungsmittel zur Lenkung des politischen Willens breiterer Volksmassen“<sup>3</sup>.

Unter der Decke spätbürgerlicher Wohlanständigkeit, die sich nicht selten traditionsbewußt und zugleich rein pragmatisch zu geben weiß, laert noch immer das aggressive Potential von gestern und vorgestern. Das Phänomen der zunächst gar nicht unmittelbar politischen Aggression, die jedoch dauernd mobilisierbar bleibt und in der Regel von rechts in Regie genommen werden kann, ist heute die dringendste Frage politischer Bildung überhaupt. Wenn es nicht gelingt, über die notwendige politische Information hinaus jene latente, stets aufs neue mobilisierbare Aggressivität, die alle rationalen Argumente eines Tages fortspülen kann, in eine Form des kritischen Engagements für das, was hierzulande politisch geschehen soll, d. h. die Formaldemokratie allmählich in eine reale Demokratie umzubilden, dann wäre alle Aufklärung vergeblich. Es versteht sich, daß moralische Appelle an „das Gute im Menschen“ sicher nicht in der Lage sind, hier Änderungen zu schaffen. Die Lebensenttäuschung breiter Massen mitten im Wohlstand, das Erlebnis der Frustration nach der seit 1949 erfolgten Dauerberieselung mit Illusionen, das Fehlen einer funktionierenden und von der öffentlichen Meinung getragenen innerparlamentarischen Opposition, die Verkrampfung in Positionen wie etwa der Hallstein-Doktrin, deren Wert hauptsächlich in rhetorischen Rechtfertigungen der Politik von gestern besteht, die aber keine Perspektive mehr liefert: all das liegt genau in dieser gefährlichen Richtung. Die national-chauvinistischen, die antiintellektuali-

3 Brockhaus zum Zeitgeschehen, 1942, Stichwort „Propaganda“.

stischen, die latent und teilweise offen antisemitischen, nicht zuletzt die blind antikommunistischen Tendenzen machen sich erneut breit. Dabei wäre es völlig falsch, etwa den offenen Rechtsradikalismus der „Deutschen-National und Soldatenzeitung“ oder der „Deutschen Nachrichten“, des Parteiorgans der NPD, als isolierte, das übrige politische Leben im Grunde nicht berührende Erscheinungen zu sehen. Vielmehr läßt sich zeigen, daß das, was hier hochkommt und sich nicht bloß schwarz auf weiß wieder manifestiert, längst auch in anderen Organen — wenn auch oft verhaltener — zu finden ist. Die in den vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Berichten über den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik<sup>4</sup> aufgeführten Presseorgane, Schriften und Bücher stellen sich nur als eine Art Konzentrat eines viel allgemeineren politischen Restaurationsklimas heraus, das nicht unerhebliche Teile der Meinungsindustrie ergriffen hat und nicht nur diese; auch ein nicht geringer Teil der Illustrierten, die Landser-Hefte, die in Riesenaufgaben abgesetzten sogenannten Traditionsmärsche, ein Teil der Heimatfilmproduktion wären hier zu nennen. Im ganzen aber ergäbe eine Analyse der bundesrepublikanischen Tagespresse, als der offiziellen, schriftlich geäußerten Meinung, ein viel zu positives Bild der politischen Atmosphäre in unserem Land, gar eine Analyse der politisch relevanten Rundfunkprogramme im „Kulturellen Wort“ oder im „Abendstudio“. Hier gerade findet sich eben das, was man von rechts als „linken Konformismus“ anprangert. Viel wichtiger wäre eine Analyse dessen, was man als die „nichtöffentliche öffentliche Meinung“ bezeichnen könnte, dessen, was der Stammtischpolitiker nach dem zehnten Glas von sich gibt, was die „alten Kameraden“ auspacken, wenn sie bei ihren Treffen in deutschen Provinzen sich abermals auf den Kriegspfad begeben, nicht zuletzt auch dessen, was sich als Reaktion, teilweise anonym, auf die EKD-Denkschrift, auf die Spiegel-Artikel über die NPD oder auf die Panorama-Sendungen im ersten Programm des westdeutschen Fernsehens ergossen hat.

Der heutige Neonazismus will gemäß seinen deklaratorischen Bekenndungen, nichts mit dem Faschismus von gestern, soweit er zu dem führte, was in unserem Lande geschehen ist, zu tun haben. Er will so wenig damit zu tun haben wie der wohlmeinende Bürger, der die Einführung der Todesstrafe fordert, mit dem Geschäft des Henkers. Da die rationalen Begründungen der völkischen Weltanschauung seit eh und je mehr als fadenscheinig sind, bedeutet der Austausch der früheren „Argumente“ durch „zeitgemäßere“ keinerlei Änderung der irrationalen Substanz, sondern lediglich einen Wechsel in der Strategie der Vernebelung. Der Antisemit von heute schreit nicht mehr sein: „Juda verrecke!“, sondern er stellt den Staat Israel als leuchtendes Beispiel nationaler Solidarität, Wehrkraft und Tatkraft den deutschen Volksgenossen vor Augen. So wie Peter Lauer,

<sup>4</sup> Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1966. In: aus politik und zeitgeschichte (beilage zur wochenzeitung das parlament, B 24/67, 14. Juni 1967).

Mathematikstudent, Sprecher auf dem zweiten Bundesparteitag der NPD in Karlsruhe es tat: „Während man über die wahrhaft beispielgebende Solidarität und Lebenskraft des jüdischen Volkes schier in Verzückung gerät, weil es sich nach zwei Jahrtausenden zu nationaler Tat aufraffte und in einem günstigen Augenblick der Geschichte seinen Staat errichtete, um wieder Nation zu werden, ist Volkstreue hierzulande nur noch ein Beobachtungsgegenstand der politischen Polizei und des Verfassungsschutzes.“

Durch einige Oberflächenkorrekturen kann sich der heutige Neonazismus ein harmlos scheinendes Gewand umhängen, das ihn wieder salonfähig werden lassen soll. Erleichtert wird dieser Vorgang allerdings durch jene Legalisierung, die er dadurch erfährt, daß es in der nichtöffentlichen oder halböffentlichen öffentlichen Meinung genug massive Tendenzen gibt, die in die gleiche Richtung zielen, daß von offizieller Seite bei bestimmten Anlässen zuweilen ähnliche Töne zu vernehmen sind und dies offensichtlich nicht bloß nach dem Motiv des Wählerfangs.

Das Erfolgskriterium des Neonazismus in Deutschland ist nicht nur eine Frage der numerischen Stärke oder Schwäche seiner Organisationen, nicht so sehr eine des Zulaufs zu den — bisher wenigstens noch — Splitterparteien gebliebenen politischen Institutionen, sondern primär eine Frage des politischen und kulturellen Klimas in unserer Gesellschaft überhaupt.

Heribert Adam

## Der BILD-Leser

Mehr als die Verleger anderer Massenmedien wissen die Produzenten der BILD-Zeitung, wen sie vor sich haben, mit welchen objektiven und subjektiven Merkmalen ihrer Leserschaft sie rechnen müssen. Keine andere Zeitung ist so sehr kalkuliert, Produkt derer, die sie lancieren, und die doch nur den Geschmack und die Interessen ihrer Konsumenten widerzuspiegeln vorgeben. Dieser kalkulierten Beziehung zwischen Manipulatoren und Manipulierten galten verschiedene umfangreiche empirisch-psychologische Untersuchungen im Auftrag des Springer-Verlages<sup>1</sup>, über deren relevante Ergebnisse hier zunächst berichtet werden soll.

### Sozialökonomische Merkmale der BILD-Leser

Rund 4,5 Millionen Personen kaufen die Zeitung täglich, 22 % (9,2 Millionen) der 14—70jährigen in der Bundesrepublik lesen die Zeitung täglich, wobei sich die Leserschaft pro Woche auf 34 % (14,2 Millionen) der erwachsenen Gesamtbevölkerung erhöht. 98 % aller Westdeutschen ist der Name des Produkts bekannt. 37 % aller BILD-Zeitung-Leser (pro Nummer) lesen keinerlei andere Zeitung.

Schon diese Massenverbreitung widerspricht der geläufigen Annahme, bei den BILD-Lesern handele es sich vorwiegend um kaum lesekundige Hilfsarbeiter. Grob gesehen, entsprechen die sozialökonomischen Merkmale der BILD-Leserschaft in vielem einem repräsentativen Querschnitt der Gesamtbevölkerung. Gleichwohl lassen sich doch einige bezeichnende Häufungen feststellen.

Männer lesen BILD anteilmäßig etwas öfter als Frauen; ebenso sind die jüngeren Jahrgänge, vor allem die Altersgruppe der 20 bis 29jährigen, unter den BILD-Lesern relativ stärker als unter den Lesern anderer Tageszeitungen vertreten. Leicht überrepräsentiert

1 1962/63 führte das DIVO-Institut eine Leseranalyse für die BILD-Zeitung durch, in deren Verlauf ein repräsentativer Querschnitt der erwachsenen Gesamtbevölkerung von insgesamt 9107 Personen befragt wurde. Die Ergebnisse liegen unter dem Titel „Die Leserschaft der BILD-Zeitung“ vor.

1963/64 unternahm CONTEST 415 repräsentative, psychologische Leitstudien von BILD-Lesern.

1964/65 liefen dann bei infratest repräsentative Erhebungen bei rund 4000 Personen und anschließend wiederum bei DIVO eine Spezialuntersuchung von 1015 BILD-Lesern. Über jene Untersuchungsergebnisse gibt ein verlagsinterner Band mit dem Titel „Qualitative Analyse 1965“ erste Aufschlüsse.

sind BILD-Leser in Kleinstädten bis 20 000 Einwohner, vor allem in Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen. Im katholischen Bayern und im Südwesten Deutschlands ist die Zeitung relativ schwächer vertreten.

*Schichtzugehörigkeit:* Das Gros der BILD-Leser gehört zur Unterschicht, vor allem zur sogenannten oberen Unterschicht der qualifizierten und angelernten Arbeiter mit latenter Aufstiegsorientierung. Die Gruppe der Facharbeiter allein stellt 44 % der regelmäßigen BILD-Leser (pro Nummer), dagegen nur 31 % der Leserschaft von anderen Tageszeitungen. Von den Haushalten der Nur-BILD-Leser (pro Woche) verdienen 55 % zwischen 400 und 800 DM pro Monat, verglichen mit 43 % in der Gesamtbevölkerung. In 42 % der Haushalte mit Nur-BILD-Lesern bezieht der Hauptverdiener ein Netto-Monatseinkommen zwischen 400 und 600 DM, dagegen nur in 33 % aller bundesdeutschen Haushalte. Überrepräsentiert unter den BILD-Lesern sind ebenfalls Personen mit bloßer Volksschulbildung, wenn auch hier die Differenzen meist überschätzt werden. 17 % der BILD-Leser, gegenüber 24 % der Gesamtbevölkerung, haben Höhere Schul- oder Fachschulbildung.

Über das Wahlverhalten der BILD-Leser sind bisher keine empirischen Daten bekannt geworden. Urteilt man von den schon erwähnten Merkmalen, insbesondere der Klassenlage der Leser, dann wird man unter ihnen eine wesentlich größere Zahl von SPD- als von CDU-Wählern annehmen dürfen. Gleichwohl entspricht, wie allgemein bekannt ist, der Zeitungsinhalt nicht den politischen Präferenzen und objektiven Interessen jener Lesermehrheit. Die zentrale Frage einer soziologischen Untersuchung über die Konsumenten der BILD-Zeitung muß deshalb sein, wie es der Zeitung gelingt, ihre inhaltliche Trennung zu den subjektiven und objektiven Interessen ihres Publikums zu überwinden; auf welche Weise sie sich als Vertretungsinstanz der BILD-Lesermillionen glaubhaft macht.

Eine kurze Beschreibung des Leserbewußtseins, besonders der Einstellung zur Zeitung selbst, kann zu dieser Frage zunächst Hinweise geben. Vorab wird man sich jedoch hüten müssen, die Verantwortung von den Manipulatoren weg den Manipulierten zuzuschieben, wie es eine elitär-bürgerliche Kulturkritik in hämischer Massenverachtung oft gerade an den BILD-Lesern billig demonstriert.

### **Zum Bewußtsein der BILD-Leser**

Nach der Lektüre der BILD-Zeitung scheint für den Kritiker die Vermutung naheliegend, daß Produzenten wie Leser das Dargebotene nicht ganz ernst nehmen können, daß viele Leser es mit augenzwinkernder Selbstverachtung ironisierend konsumieren. Die vorliegenden empirischen Erhebungen widersprechen dieser Annahme. Über 90 % der befragten regelmäßigen BILD-Leser stimmen den folgenden Äußerungen zu:

*Die BILD-Zeitung scheut sich nicht, auch heiße Eisen anzupacken (94 %).*

*Sie informiert den Leser kurz und bündig über alles, was passiert (91 %).*

*Für das, was sie kostet, bietet sie wirklich viel (90 %).*

Immer noch mehr als drei Viertel der regelmäßigen Leser meinen:

*Die BILD-Zeitung wird von allen gelesen, vom Arbeiter bis zum Generaldirektor (86 %).*

*Sie setzt sich vor allem für die Belange der kleinen Leute ein (76 %).*

*In vielen Fällen, wo das Schicksal hart zugeschlagen hat, bringt die BILD-Zeitung Hilfe (87 %).*

Und schließlich:

*Die BILD-Zeitung berichtet sehr objektiv über das allgemeine Geschehen (73 %).*

Von den während der Befragung auf Karten angebotenen kritischen Urteilen wurde die am meisten gewählte Äußerung — „Die Berichte in der BILD-Zeitung sind sehr oberflächlich und bruchstückhaft“ — von nur 33 % der Befragten übernommen.

Im Satzergänzungstest meint die übergroße Mehrheit der Leser: Wer die BILD-Zeitung regelmäßig liest: „der weiß, was in der Welt vorgeht“ und: „der hat das Neueste vom Tag“. Im Bildertest wird die Zeitung hauptsächlich mit dynamischen Figuren wie „Blitze“ und „Sekt“ assoziiert. Im sogenannten Polaritäten-Profil dominieren Adjektive wie „spannend“, „männlich“, „hart“, „erregend“. Gefragt, in welcher Stimmung man beim Lesen der BILD-Zeitung sei, entscheidet sich die Mehrheit (73 %) für den Zustand „entschlossen“, eine Minderheit für „besinnlich“ (32 %).

Aus all diesen Angaben ist zu folgern, daß es der Zeitung offenbar gelungen ist, die fast völlige Identifikation ihres Publikums mit dem Selbstverständnis und dem Anspruch des Blattes herzustellen.

### **Techniken der Manipulation**

Verschiedene simple Techniken der Lesermanipulation werden offensichtlich erfolgreich benutzt, um die Diskrepanz zwischen Zeitungs- und Konsumenteninteressen zu vertuschen. Die Leserbrief-Politik der Zeitung figuriert hierbei an erster Stelle. Durch den Abdruck gelegentlicher kritischer Briefe wird der Eindruck erweckt, „öffentliche Meinung“ könne sich ohne Beeinflussung durch die Redaktion frei entfalten. In Wirklichkeit kann die Zeitung die angeblich freie Diskussion jederzeit steuern: 1. durch die Auswahl der Briefe, 2. durch Anordnung und Druckart der Leseräußerungen, 3. durch die Eigenfabrikation oder Bestellung der erwünschten Stellungnahmen. Effektiv ist ferner die Technik, über eine angebliche Streitfrage vielfältige Lesermeinungen anzuführen, dabei die relevantesten Aspekte jedoch unter den Tisch fallen zu lassen. So werden etwa für Preiserhöhungen in bunter Folge die Zwischenhändler, die Lohnforderungen der Gewerkschaften und die unverantwortlichen Hausfrauen selber verantwortlich gemacht — mit keinem Wort jedoch die

ökonomischen und wirtschaftspolitischen Ursachen. Unter dem Deckmantel privater Meinungsäußerungen in der Leserbriefspalte wird es einem Massenblatt zudem möglich, sich einen solchen innenpolitischen Feind zu leisten, den es sich, wegen der heterogenen Leserbindungen, offiziell ohne Verkaufseinbuße nicht erlauben könnte. Je mehr eine Massenzeitung sich somit den herrschenden Trends anpassen muß, um so mehr insistiert sie andererseits darauf, „heiße Eisen anzupacken“ — und sei es nur in unverbindlichen Lesermeinungen.

Da es keine öffentliche Kontrolle der eingehenden Briefe gibt, ist nicht mit Sicherheit festzustellen, wie die Zeitung Lesermeinungen im einzelnen handhabt. Urteilt man nach den abgedruckten Briefen, so nimmt die massive Unterstützung der Redaktionskampagnen durch Leseräußerungen einen wichtigen Platz in der Kalkulation des Blattes ein. Leserbriefe sind mit dem redaktionellen Teil eng gekoppelt, als „Stimme des Volkes“ wiederholen, ergänzen und verstärken sie die Meinung der Zeitung, oft sogar in der gleichen Terminologie. Nicht unwichtig scheint, daß auch das Selbstverständnis des Blattes als überparteiliche Interessenvertretung der BILD-Lesermillionen in den veröffentlichten Briefen gebührend bestätigt und gefeiert wird.

Eine besonders subtile Leserbindung der Frauen an das Blatt wurde mit der Institution des sogenannten „BILD-Leserinnen-Parlaments“ eingeführt. Nach einem der Redaktion vorbehaltenen Auswahlverfahren, für das sich jede Leserin bewerben darf, wird ein „Parlament“ von 11 Frauen aus 11 Bundesländern ernannt, das die „*eigentlich fraulichen Probleme*“ erörtern soll. Sie sollen dafür sorgen, daß auch „*die Frauen mal drankommen*“. Im Horizont des gesunden Hausfrauenverständnisses dürfen sie ihre Meinung sagen zu aporetischen Situationen wie: „*Soll eine Frau im Beruf Ehrgeiz entwickeln? Darf der Ehemann die Post seiner Frau öffnen? Was halten Sie vom getrennten Familienurlaub, was von der Aufklärungsschallplatte, was von der Anwesenheit des Ehemannes bei der Geburt?*“ Sie dürfen stellvertretend den Kanzler-Bungalow besichtigen und nach Ost-Berlin fahren, die West-Berliner Repräsentantin weinend an der Mauer zurücklassend. Vor der Wahl geht das Frauen-Parlament auf Wahlreise zu Politikern, um mit eigenen Augen einen Eindruck zu erhalten. Die Unmittelbarkeit der Dabeigewesenen, die proklamierte unparteiisch-nüchterne Meinung der Stellvertreterin besitzt dann wesentlich mehr Gewicht, in Fachjargon „Eindringtiefe“ genannt, als die gleiche Äußerung im Leitartikel eines professionellen Journalisten, hinter dem stets die Absicht der Überredung vermutet wird. Durch die vorweggegangene Projektion des eigenen Ich-Ideals auf die vorgegebenen Stellvertreterinnen gelingt den Leserinnen auch die Identifikation mit deren Meinungen reibungsloser. Solcher Mechanismus wird im Dienste der Redaktionspolitik ausgenutzt. Vergleicht man die Kommentare der 11 Frauen-Repräsentanten über die vier vor der Wahl besuchten Politiker, so wird im Resultat der Zweck des Unternehmens deutlich: von 11 Frauen urteilen negativ (oder vorwiegend negativ) über Strauß: keine, über Gerstenmaier: 1, über Mende: 2, über Brandt: 5.

### Psychologische Mechanismen des Zeitungs-Leser-Verhältnisses

Jene bewußten Manipulationstechniken können freilich nur unzureichend eine Massenresonanz erklären, die offensichtlich in der psychischen Struktur der Konsumenten eine Basis haben muß, die von der Zeitung mobilisiert und ausgenutzt werden kann. Nur die Übereinstimmung des Angebots mit den psychologischen Bedürfnissen und der Triebstruktur der Konsumenten erklärt den Erfolg der Zeitung.

Vielleicht läßt sich die psychologische Beziehung zwischen Publikum und Zeitung in zwei Kategorien fassen, die man mit 1. Mobilisierung des Narzißmus und, relevanter, mit 2. Angstabwehr bezeichnen könnte. Die Funktion beider Syndrome ist den BILD-Produzenten bewußt. Wie die als Expertenband verfaßte Qualitative Analyse der BILD-Leserschaft beweist — die im folgenden auch deshalb ausführlich zitiert wird, um zugleich das Selbstverständnis der Zeitung zu illustrieren — stehen die der psychoanalytischen Theorie vertrauten Einsichten längst auch im Dienste der Springer-Manipulation.

Appelliert wird nicht ohne Erfolg an das gewichtige libidinöse Potential der Eitelkeit in jedem Leser; später im kollektiven Narzißmus an das Zugehörigkeitsbedürfnis der Ich-Schwachen zum mächtigen Ganzen. Die Zeitung geriert sich, als kenne sie alle ihre Leser, womöglich jeden einzelnen persönlich. Auf der Pseudo-Individualisierung basiert die fiktive Tröstung.

*BILD verkörpert . . . eine Instanz, die dafür sorgt, daß alles mit rechten Dingen zugeht und der einzelne gegenüber der gesellschaftlichen Apparatur nicht den kürzeren zieht. In diesem Sinne ist BILD Berichter und Richter zugleich . . . Eine Zeitung, die keinen im Stich läßt (182).*

An anderer Stelle heißt es in ähnlichem pseudo-privaten Jargon: *Und einer Zeitung, die sich so dem Menschlichen verpflichtet fühlt, darf man unbesorgt vertrauen. Die BILD-Zeitung erweist sich so als ein guter Kamerad, der immer hilft, wo Not am Mann ist — allerdings ein Kamerad mit Macht und Autorität (183).*

Wen diese Beistandsversicherung dennoch zweifeln läßt, der wird an den Schutz im größeren Ganzen erinnert, denn BILD ist auch eine Zeitung,

*welche die Belange des Volkes wahrnimmt, welche die nationalen Interessen hochhält . . . und das auch mit der notwendigen Härte und Aggressivität durchsetzt (182).*

Die wiederholte aggressive Betonung von faschistoiden Kategorien wie „Härte“, „Entschlossenheit“, „Brutalität“ und „Durchschlagskraft“ ist nicht zufällig. Sie stellt auch nicht nur auf verwandte Bedürfnisse in der Psyche der Leser ab, sondern ist für die angestrebte Leser-Zeitungs-Bindung selber konstitutiv. Klar haben die Manipulatoren erkannt:

*Einfluß und Macht der Zeitung, Mut und Entschlossenheit, die teilweise als rücksichtslos erlebte Härte und Durchschlagskraft, geben dem Leser die Möglichkeit, sich mit diesem überlegenen Angreifer zu identifizieren, in BILD die Realisierung dessen zu erleben, was ihm selbst immer unmöglich sein wird zu verwirklichen (186).*

Aggression ist zugleich Mittel, Angst abzuwehren, eine Angst, die freilich vorweg provoziert und suggeriert wird. Nur wenn sich die Leser permanent bedroht fühlen, reagieren sie mit dem Hilfsbedürfnis, für das die Zeitung den Ausweg offeriert. Drohungen und Beistandsmöglichkeit bedingen einander. Dabei kann man, nach dem Rezept der BILD-Macher nicht zimperlich sein.

*Man kann keine Zeitung machen, die Tag für Tag vier Millionen Käufer anzieht, wenn man lahm oder allzu vorsichtig ist, wenn man um heiße Eisen oder faule Fälle einen Bogen macht, (99) —*

obwohl doch die Zeitung die wirklichen gesellschaftlichen Konflikte tunlichst ausklammert. Als Ersatz fungieren die Alltagskonflikte, die beliebten Berichte über Verbrechen, Krisen und Kriege, die wie Gewitterwolken unaufhaltsam am Horizont aufziehen und sich über den ohnmächtigen Bewohnern entladen. Sie sind ihrer Leserfunktion nach als provozierte Angst zu begreifen. Verstärkt und ausgebeutet wird dabei die reale gesellschaftliche Ohnmacht der Leser, ihr Ausgeliefertsein an undurchsichtige Institutionen und Prozesse, ihre schwankende Abhängigkeit von einer zweifelhaften Wirtschaftssituation. Je mehr die allseitig Abhängigen ihr Lebenssystem als unübersichtlich, bedrohlich und fremdbestimmt erfahren, um so mehr verlangen sie nach übersichtlichen, ordnenden und richtenden Instanzen. Jene realen Ängste fängt das Blatt auf, indem es dem Leser die Gewißheit gibt, „daß man dieser Welt doch begegnen und sie fassen könne“ — damit dem Horoskop oder der Funktion der Religion durchaus verwandt. Daß sich solche offerierte Hilfsbereitschaft gebührend auszahlt, ist den Analytikern im Springer-Verlag wohl bekannt, die nüchtern jenen Zweck ihrer Reportagen zugeben:

*Zwangsläufig wird durch die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse Angst vor der undurchschaubaren gesellschaftlichen Situation provoziert. Aber gleichzeitig werden auch die Entlastungsmechanismen geliefert, die das Ausmaß der auftretenden Spannungen reduzieren (192).*

Dieser Beistand verpflichtet. Ohne die Pseudo-Hilfe wäre der ohnehin Ratlose noch hilfloser; er ist auf BILD forthin angewiesen und, wie es die Produzenten als ihr offensichtliches Endziel proklamieren, „bedarf täglich ihrer normativen Funktionen“ (194).

Wie die normativen Ratschläge der BILD-Zeitung inhaltlich aussehen, in welchen Stereotypen (Personalisierung, Freund-Feind-Schema, Natur-Kategorien) sie präsentiert werden, kann hier nicht erörtert werden. Gemeinsam ist ihnen, daß sie alle auf den Status

quo eingeschworen sind und auf das ständige Arrangement mit den kritisierten Objekten hinauslaufen. Anpassung an die Ohnmacht, nicht ihre Abschaffung ist das proklamierte Ziel. Vor allem soll der Leser konformieren und funktionieren, am besten mit einem Lied auf den Lippen freudig zur täglichen Arbeit ziehen. Im Selbstverständnis der Zeitung heißt dies:

*Es kann deshalb als ein wichtiges Merkmal der BILD-Zeitung angesehen werden, nicht nur dem Leser in seiner gegebenen Stimmung entgegenzukommen, sondern ihm unmittelbare Impulse zu geben, ihn praktisch ‚auf Touren‘ zu bringen, ihn ein Stück zu aktivieren und ihn dadurch bereit zu machen für die Bewältigung des Tages und seiner Probleme (67).*

Selbst wenn eine Situation noch so aussichtslos ist:

*BILD hilft über das Unvermögen hinweg, mit der Welt, die einen umgibt, etwas Vernünftiges anzufangen (188).*

Vernünftig heißt nicht, der Unvernunft auf den Grund zu gehen, sondern sich mit ihr einzurichten, das Beste daraus zu machen. In diesem Rahmen sind dann sogar kleine Späße erlaubt, „ein gewisses Maß an Sensation und Sex“ (182), Triebbefriedigungen, die letztlich doch nur der Zeitung zugute kommen.

*Der Leser hat so die Möglichkeit, seine ES-Ansprüche ersatzweise zu befriedigen, ohne daß er damit den eigenen Bestand und das gesellschaftliche Gefüge gefährdet (192).*

Zur Diskussion gestellt:

Dieter Hirschfeld

## Umriss einer Theorie des Antikommunismus

Die Beschäftigung mit dem Antikommunismus heute kann an dem Umstand nicht vorbeisehen, daß der Antikommunismus als offizielle politische Ideologie an Verbindlichkeit eingebüßt hat<sup>1</sup>. Gleichwohl gehört er keineswegs der Vergangenheit an. Wie der Antisemitismus befindet er sich eher im Zustand der Latenz, im Zustand eines disponiblen, aber nicht ohne weiteres manipulierbaren Potentials, dessen Erscheinungsweisen unterschieden sind. Wie alle Ideologien, Vorurteile, Ethnozentrismen, die auf einer Massenbasis fungibel werden, ist auch im Antikommunismus hinsichtlich Latenz und Manifestation zu unterscheiden. Auch wären im Marxschen Sinn Wesen und Erscheinung des Antikommunismus auseinanderzuhalten. Die empirischen Befunde sind allerdings nicht — wie seit Max Weber in der bürgerlichen Soziologie üblich — idealtypisch zu verlängern, um dem „Wesen“ auf die Spur zu kommen; vielmehr sind sie mit Grundtatbeständen der antagonistischen Gesellschaftsverfassung zu vermitteln, deren Ausdruck und Inbegriff sie in gleicher Weise sind. Konsequenter mündet die Theorie des Antikommunismus in die Theorie der Gesellschaft ein. Das hieße auch historisch, qualitativ unterschiedlich erscheinende Gestalten des Antikommunismus auf ihre Identität zu prüfen — eine ideologiekritisch-materialistische Geschichte des Antikommunismus hätte das Vorhandensein von Identität und Nichtidentität in den einzelnen Gestalten seines Erscheinens zu respektieren.

Die obsolet gewordene Politik des Antikommunismus, vor allem im Nachgang zum Kalten Krieg, hat nur in sehr beschränkter Weise die gesellschaftlichen Bedingungen des Entstehens des Antikommunismus in Mitleidenschaft gezogen. Das *idiosynkratische Potential*, das jenseits der offiziellen Politik besteht, und das den für das antikommunistische Bewußtsein bedeutsamen „exotischen Charakter des Kommunismus“ (Werner Hofmann)<sup>2</sup> ausmacht, scheint unangetastet und wie der Antisemitismus „bei Bedarf“ mobilisierbar. Schon das Kommunistische Manifest hatte sich bekanntlich mit derartigen idiosynkratischen Zügen des Antikommunismus, Eigentum und Familie betreffend, auseinanderzusetzen. Sie sind auch die eigentlich durch-

1 Norman Birnbaum, „Die Krise des Antikommunismus“, Frankfurter Hefte, Heft 7, Juli 1962.

2 Werner Hofmann, „Stalinismus und Antikommunismus“, Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Edition Suhrkamp 222, Frankfurt/M., 1967.

gängigen Elemente des kleinbürgerlichen Antikommunismus, dessen theoretische Reflexe bis in die neoliberalen Schulen der 50er Jahre hineinreichen. Eigentum und Familie gelten hier als der letzte intransigente Hort gegen den Kommunismus<sup>3</sup>. Der kleinbürgerlich-idiosynkratische Antikommunismus verbündet sich in Deutschland mit „abendländischen Werten“ zu seiner wohl stabilsten Gestalt, zu einer Art aggressivem und nationalistischem Kultur- und Moralfetischismus. Dieser zeigt die Fragwürdigkeit der dem Kommunismus entgegengesetzten Werte nicht zuletzt dadurch an, daß er ihre Diskussion verbietet.

Dieser prominenten und historisch durchgängigen Gestalt des deutschen Antikommunismus, auf dessen Beziehung zum Antisemitismus und zu den politischen Konsequenzen u. a. Kurt Hirsch eingegangen ist<sup>4</sup>, kann ein vielleicht noch stärker in die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft verflochtener Bestand antikommunistischen Potentials exemplarisch zugeordnet werden: der latente Antikommunismus von Philosophie und Wissenschaft<sup>5</sup>. Es ist freilich eine besondere Aufgabe der kritischen Wissenschaftsgeschichte, die expliziten oder versteckten antikommunistischen Tendenzen der Wissenschaft, vom scheinbar neutralen Anti-Materialismus bis hin zur tendenziösen Manipulation, zu untersuchen. Beide Formen des Antikommunismus — der kleinbürgerlich-idiosynkratische und auf andere Weise der der bürgerlichen Wissenschaft — vermöchten aber die Kritik an der These vom Verfall des Antikommunismus als politischer „Ideologie“ zu stärken. Es kann kaum darauf ankommen, den Antikommunismus als Politikum von seinem gesellschaftlichen Substrat, als das jene beiden Formierungen des Antikommunismus angesehen werden müssen, zu trennen. Viel eher wären nach dem cultural-lag-Modell die gesellschaftlichen Residuen eines mit sich zerfallenen „offiziellen“ Antikommunismus zu untersuchen. Ähnlich der Marxschen These, wonach die Emanzipation des Staates von der Religion als wahrhaft christlicher Vorgang zu apostrophieren wäre, könnte die Emanzipation der kapitalistischen Politik vom Antikommunismus als dessen gesellschaftliche Konsolidierung angenommen werden. Es gilt in diesem Sinne, die Zukunft des Antikommunismus als Problem des Verhältnisses von Politik und Gesellschaft zu bedenken. Daß er als „politische Ideologie“ sich in einer Krise befindet, lenkt gerade den Blick auf sein gesellschaftliches Substrat, als das der Antikommunismus sich kraft ununterbrochener Indoktrination festgesetzt hat.

3 Günter Dehm, „Die Darstellung und ‚Kritik‘ des Sozialismus durch die neoliberale Richtung der bürgerlichen politischen Ökonomie Westdeutschlands.“ Diss. Berlin (DDR) 1963 (MS); Dieter Hirschfeld, „Sozialkritik des Neoliberalismus“, Diss. Berlin 1967 (MS).

4 „Die Blutlinie. Ein Beitrag zur Geschichte des Antikommunismus in Deutschland.“ Frankfurt/M. 1960.

5 Cf. Günter Heyden, „Der Kampf gegen die Ideologie des Antikommunismus“, in: „Antikommunismus — Verbrechen ohne Chance“. Berlin (DDR) 1967, S. 19.

Es ist freilich ein prekäres theoretisches Problem, bis zu welchem Bereich die Bezeichnung Antikommunismus als zutreffend angesehen werden kann. Jene etwas bequeme Soziologie, die die je aktuellen Gestalten des Antikommunismus stets auf ein identisches Potential bezieht, ist offensichtlich dazu geeignet, ein allseitig determinierendes und monolithisches „System“ von Gesellschaft zu hypostasieren. Die von einem solchen System — etwa „dem“ Spätkapitalismus — jeweils als „Ismen“ produzierten Potentiale nur abzubuchen und der Kritik des „Ganzen“ unmittelbar zu subsumieren, verbirgt das *historische* Verhältnis von Latenz (Potential) und Aktualität des Antikommunismus. Das Potential nun schon als antikommunistisches zu bezeichnen, ist nicht ohne Probleme. Bezogen auf das Modell der latent antikommunistischen Wissenschaft und Philosophie wird der Einwand, daß eine solche Erweiterung recht eigentlich das Spezifische des Antikommunismus verwässere, zu reflektieren sein. Die Soziologie also sieht sich der Schwierigkeit gegenüber, die expliziten Formen des Antikommunismus auf ein gesellschaftliches Potential zu beziehen, ohne dieses als begriffslosen Determinismus schickalhaft walten zu lassen.

### Theoretische Zugänge

Es können vier im Ansatz unterschiedliche, hinsichtlich der Theorie der Gesellschaft jedoch konvergente Bereiche der Analyse des Antikommunismus geltend gemacht werden. In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist die Bedeutung des Antikommunismus als Element der nationalen bzw. der national-kapitalistischen Einheit als erstes festzuhalten. Zweitens wird die Soziologie der Mechanismen zu entwerfen sein, die als maskierte innergesellschaftliche Konflikte bzw. als Projektionen für den entfalteten Antikommunismus charakteristisch sind. Drittens bezieht sich eine ideologiekritische Untersuchung auf die antikommunistischen „Modelle“, auf Gesellschaftsvorstellung, Anthropologie und Sprache des Antikommunismus. Für die sozialpsychologische Seite ist schließlich die Theorie der „Autoritären Persönlichkeit“ von Bedeutung. Im vorliegenden Versuch, dessen Erweiterung und Fortsetzung vorgesehen ist, sollen zunächst nur einige wichtigere Elemente der ersten drei Ansätze angedeutet werden.

#### 1. Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und Antikommunismus

Die Ursprünge des Antikommunismus sind in Deutschland historisch eng mit den sozialökonomischen Antagonismen, vor allem aber mit der „nationalen Frage“ verbunden <sup>6</sup>. Der Mangel und die Schwierig-

<sup>6</sup> Leo Kofler weist darauf hin, daß der „alte bürgerliche Humanismus“ sich wesentlich vom „volksfeindlichen Liberalismus“ in der Einschätzung dessen, was um 1846 als „Kommunismus“ galt, unterscheidet. Der ältere „bürgerliche Humanismus“ scheint sogar gelegentlich den „Kommunismus“ gegen die „liberalen“ und nationalen Aversionen in Schutz genommen zu haben. „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“, Soziologische Texte, Bd. 38, Neuwied und Berlin 1966, S. 600 f.

rigkeiten nationaler Einheit haben im Deutschland des 19. Jahrhunderts kompensatorisch zu einem übersteigerten Nationalgefühl geführt, das sich aber zu großen Teilen nurmehr in aggressiver Abhebung von anderen ethnischen Gruppen reproduzierte; die nationale Konsolidierung war von vornherein auf die Konstruktion eines Außenfeindes verwiesen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß Nation und Nationalismus durchaus ambivalenter Natur sind. So ist einmal an die progressive Rolle des Nationalismus bezüglich der Entfaltung der Produktivkräfte in der Gestalt des „nationalen Marktes“ zu denken, andererseits aber auch an den „Klassencharakter“, der das nationale Bewußtsein zum Chauvinismus drängte und schließlich zum Fetisch eines metaphysischen Substrats hinaufstilisierte. Es scheint, als sei gerade diese Ambivalenz des Nationalismus dazu geeignet gewesen, eine nachhaltige Resonanz von Antisemitismus und Antikommunismus in der deutschen Gesellschaft zu begründen. Gerade weil — wie Wolfgang Heise schreibt — „Nation auf Grund des langen Kampfes um ihre Einheit tief in den Massen verankert war“, bestand die Möglichkeit, die extrem militante und chauvinistische Variante des Nationalismus als „Element der Klassenherrschaft“ relativ weit voranzutreiben, ohne daß unmittelbar die Gefahr kritischer Klassenkonflikte bestand<sup>7</sup>. Die Okkupation und Verdrängung eines demokratischen Nationalbewußtseins durch den bürgerlichen Chauvinismus ist als Grundlage der Funktionsfähigkeit des Antikommunismus als gesamtgesellschaftliches Prinzip zu betrachten.

Die spezifische Rolle des Nationalismus in Deutschland muß einer „orthodoxen“ Interpretation als ideologische Verschleierung der Klassenkonflikte gelten, die die gesellschaftlich fortschrittliche Phase des nationalen Bürgertums überdauert<sup>8</sup>. Die Inhalte des Nationalismus sind dabei eigentümlich negativ. Eine im Vergleich zu anderen Ländern substantielle Dürftigkeit des Nationalismus in Deutschland, die zur „Verspätung“ der Nation noch hinzutritt, wird in der Feindkonstruktion, im „Anti“, verborgen. Das die eigene Unzulänglichkeit überdeckende „Feindbedürfnis“ (Frederick Hacker) dient den Herrschenden dazu, vom „wirklichen Feind“, dem „Feind im eigenen Land“ (Karl Liebknecht) abzulenken<sup>9</sup>.

Jede gesellschaftliche Feindkonstruktion verweist prinzipiell auf antagonistische Verhältnisse in geschlossen vorgestellten Gesellschaften. Privateigentum an Produktionsmitteln, verdeckte Klassegegensätze sowie die Schwierigkeiten der rationalen Regulierung von Märkten und Konkurrenzen bieten immer wieder den Anlaß zu pseudo-integrativen Lösungen ideologischer Art. Krisenhaft divergierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse werden

<sup>7</sup> Wolfgang Heise, „Aufbruch in die Illusion“, Berlin (DDR) 1964, S. 290 ff.

<sup>8</sup> Cf. Ralf Dahrendorf, „Demokratie und Gesellschaft in Deutschland“, München 1965.

<sup>9</sup> Vgl. Heyden a.a.O., S. 23.

einerseits durch harmonistische Ideologien, andererseits durch Feindkonstruktionen verschleiert. Beide Bereiche können korrespondieren. Die Konzeption der „Formierten Gesellschaft“ gibt dafür etwa ein charakteristisches Beispiel. Im gleichen Maße, in dem kapitalistische Gesellschaften ihren eigenen Antagonismen mit Mitteln einer antizyklischen Wirtschaftspolitik zu begegnen versuchen, gewinnt auch die Verschleierung fortbestehender Widersprüche, die Ablenkung und Integration des Bewußtseins der Massen für die Erhaltung der herrschenden Produktionsverhältnisse wachsende Bedeutung. Der Antikommunismus ist diesem Verblendungszusammenhang einer antagonistischen Gesellschaft nicht ohne weiteres intentional, aber funktional zuzuordnen. Er ist in dem Sinne Ideologie, als durch den suggestiven Blick auf den Kommunismus die Probleme der ihm entgegengesetzten Gesellschaft verdeckt bleiben.

## 2. Die „Mechanismen“ des Antikommunismus

Werner Hofmann unterscheidet drei charakteristische Mechanismen des Antikommunismus <sup>10</sup>:

- „1. die Übertragung von Vorstellungen, welche der eigenen Denk- und Erfahrungswelt entsprechen, auf die Theorie und Praxis des Gegners;
2. die Umdeutung eines inhaltlich bestimmten sozialen Gegensatzes der beiden großen rivalisierenden Gesellschaftskonzepte und Gesellschaftsordnungen in einen Gegensatz der politischen Formen des Zusammenlebens;
3. die Verwandlung des innergesellschaftlichen Konflikts in einen außenpolitischen.“ <sup>11</sup>

Zum einen: Ungeachtet der historischen und gesellschaftlichen Bedeutung von Sozialismus und Kommunismus wird die Auseinandersetzung mit ihnen mit Mitteln geführt, die das Aufzeigen von angeblich außerwissenschaftlichen Motiven in der kommunistischen und sozialistischen Theorie sowie eine scheinbare Entlarvung der kommunistischen Praxis als verborgenes Machtstreben zum Anlaß nimmt, über deren Inhalte zu urteilen. Die Auseinandersetzung wird mit den Mitteln des Personalisierens geführt, mit dem psychographischen Detail, das die Theorie relativieren soll. Die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme insgesamt werden geradezu personalisiert. Eine homogene Tendenz scheint sich von gewissen charakteristischen Marx- und Marxismus-Rezeptionen — Schwarzschild, Künzli <sup>12</sup> — bis hin zur Reduzierung des DDR-Sozialismus auf Ulbricht, wie sie insbesondere von der Springer-Presse betrieben wird, zu erstrecken. Im Antikommunismus reproduziert sich eine Gesellschafts- und Geschichtsauffassung, die die großen Einzelnen zum alleinigen Motor in Geschichte und Gesellschaft erhebt. Noch im Antikommunismus werden offenbar die „großen Männer“ der bürgerlichen Geschichtsschreibung

<sup>10</sup> Hofmann, a.a.O., S. 135 ff.

<sup>11</sup> a.a.O., S. 133 f.

<sup>12</sup> L. Schwarzschild, „Der rote Preuße“, Stuttgart 1954. A. Künzli, „Karl Marx. Eine Psychographie“, Wien-Frankfurt-Zürich 1966.

apostrophiert, allerdings im negativen Abbild und mit einiger Zuspitzung ihres voluntaristischen Charakters. Der Kommunismus gilt nicht so sehr als Resultat bzw. Element geschichtlicher und gesellschaftlicher Veränderungen, sondern als Machwerk korrumpierter Individuen, deren zügelloses „Machtstreben“ die nationalen Okkupationen des Kommunismus einleitet.

Die Übertragung binnengesellschaftlicher Vorstellungen auf den „Außenfeind“ kann besonders an der Projektion moralischer Kategorien exemplifiziert werden. Die Beschädigung des Individuums oder des „Volkes“, die menschen- und traditionsfeindlichen „Überlagerungen“ werden als *moralische* Einwände gegen den Kommunismus deshalb interessant, weil das entgegengesetzte Gefüge bürgerlicher Existenzformen selbst nurmehr Überreste moralischer Bestimmungsgründe enthält. Die Übertragung registriert als Mangel des Kommunismus etwas, was in der antikommunistischen Welt selber nicht mehr substantiell vorhanden ist. Mehr noch: Die Übertragung verlagert nicht nur die bloße Abwesenheit von moralischen Bestimmungsgründen, sondern auch den *Anspruch* der „eigenen“ Gesellschaft, diesen Bestimmungsgründen zu folgen, in die „andere“ Gesellschaftsordnung. So dient die Abwertung des Kommunismus nach moralischen Kategorien, was auch immer im einzelnen darunter verstanden werden soll, als Alibi der eigenen, gesellschaftlich notwendigen Unmoral. Die prekäre gesellschaftliche Rolle moralischer Bestimmungsgründe in der bürgerlichen Gesellschaft wird im Verfolg der moralischen Verurteilung des Kommunismus einfach verschleiert<sup>13</sup>.

In gleicher Weise läßt sich eine besonders charakteristische Figur des Antikommunismus, die Trennung von „Volk“ und „Regime“, interpretieren. Unter der undiskutierten Voraussetzung einer sozusagen schon prästabilierten Entsprechung von „Volk“ und „Regierung“ im eigenen Lager verlegt sich der Antikommunismus darauf, das „Volk“ in kommunistischen Gesellschaften als quasi naturhafte Konstante gegen das artfremde „Regime“ zu retten. Diesem Gedankengang liegt stets eine irgendwie geartete „Überlagerungstheorie“ zugrunde, die Vorstellung nämlich, daß kommunistische und sozialistische Gesellschaften wider die kulturellen und historischen Voraussetzungen des jeweiligen „Volkes“, ja als Verstoß gegen anthropologisch fixiertes überhaupt, von Überlagerercliquen in Szene gesetzt werden. In inzwischen schon „klassischer“ Gestalt und mit „universalhistorischer“ Intention liegt diese Überlagerungslehre in Alexander Rüstows auf dem Höhepunkt des kalten Krieges formulierten „Ortsbestimmung der Gegenwart“ vor<sup>14</sup>. Freilich sind derartige „Ortsbestimmungen“ nicht esoterisch geblieben. Auf der Folie der Überlagerungslehre läßt sich ein gut Teil der „vulgären“ Gestalten

13 Antikommunismus als moralische „Haltung“ findet sich vor allem bei den Kommentatoren der Springer-Press. Vgl. etwa M. Walden, „Die Couturiers des Anti-Antikommunismus“, „Die Welt“ 2. 6. 67.

14 A. Rüstow, „Ortsbestimmung der Gegenwart“, 3 Bände, Erlenbach-Zürich, 1950 ff.

des Antikommunismus deuten. Vor allem die von der Springer-Presse gegen die DDR inszenierten Kampagnen lassen deutlich das Überlagerungsmodell von „Volk“ und „Regime“ erkennen<sup>15</sup>.

Im allgemeinen kann für dieses antikommunistische Übertragungsmodell der Mangel eines Sinns für gesellschaftliche und geschichtliche Zusammenhänge überhaupt festgestellt werden. Das Denken in Konstanten — „Moral“ und „Volk“ — soll jede gesellschaftliche Veränderung bannen, als deren Inbegriff der Kommunismus diesem Bewußtsein erscheint. Solche aggressive Stigmatisierung des Kommunismus kann als Reversbild der zur undurchdringlichen Natur stilisierten Ohnmacht gegenüber den „eigenen“ gesellschaftlichen Verhältnissen gedeutet werden. Das antikommunistische Bewußtsein ahnt am Kommunismus die Möglichkeit, als schicksalhaft empfundene Herrschaftsverhältnisse abzuschaffen, regrediert aber im Konflikt von gesellschaftlicher Ohnmacht und Aufbegehren dagegen auf die aggressive Verdrängung des „Möglichen“<sup>16</sup>.

Zum zweiten: Die charakteristische Umdeutung gesellschaftlicher Probleme in politische hängt eng mit der Abweisung eines nicht unmittelbar personalisierten, eigengesetzlichen Bereichs der Gesellschaft und der Geschichte zusammen. Im antikommunistischen Verständnis ist Politik weitgehend ein von der materiellen Basis und Bedingung unabhängiger Handlungsbereich; Politik gilt geradezu als ein gesellschaftlicher Determinanten enthebener voluntaristischer Akt, negativ im kommunistischen Regime, positiv in der „Selbstbestimmung des Volkes“ in westlichen Gesellschaften. „Regime“ und „Selbstbestimmung“, „Überlagerung“ und „Willensbildung“ erscheinen als autonome Größen hypostasiert, d. h. aus konkreten gesellschaftlichen Sinnzusammenhängen gelöst. Schon die bloße Bekundung des politischen Willens erhält inhaltliche Weihe, während das unterdrückende „Regime“ einzig auf einen „entideologisierten“, subjektiven Machtwillen bezogen wird. Der Hypostasierung der politischen Willensbildung entspricht die Reduzierung des Kommunismus auf ein Instrument des expansiven Machtstrebens.

Von größerer Bedeutung ist allerdings die Unterscheidung der beiden großen Gesellschaftssysteme nach der in ihnen waltenden Freiheit bzw. Unfreiheit. Im antikommunistischen Syndrom wird das Merkmal Freiheit über die im engeren Sinne politische Sphäre der politischen Willens- und Meinungsbildung hinaus ausgedehnt, und zwar auf die der Wirtschaftsverfassungen. Diese werden nicht mehr nach den herrschenden Bedingungen der Produktion, sondern nach dem Grad

15 Besonders deutlich wird dieser Sachverhalt zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Springer-Presse genötigt sah, unter dem Druck und Eindruck des Zuwachses der industriellen Leistungen etc. in der DDR, die Festigung eines sozialistischen Staates zu registrieren. Der Ausbau und die Leistungen der sozialistischen Wirtschaft werden dann einfach dem „Fleiß“ der „Deutschen“, die dann auch durch kein „Regime“ verändert werden können, zugeschrieben.

16 Cf. Heinz E. Wolff, „Vorstellungen über den Kommunismus“, in: Politische Psychologie als Aufgabe unserer Zeit, Frankfurt/M. 1963, S. 63 ff.

der Freiheit in den anhängigen Zirkulationen beurteilt. Deswegen spricht der Antikommunismus nicht mehr von unterschiedlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen, nicht mehr von Kapitalismus und Sozialismus, sondern abstrakt von den in den wirtschaftlichen Verkehrsformen obwaltenden Momenten Zwang und Freiheit<sup>17</sup>. Die Antinomie der Produktionsverfassungen wird im Gegensatzpaar Marktwirtschaft—Planwirtschaft ausschließlich durch das politische Gegensatzpaar Freiheit—Zwang bestimmt. Es handelt sich also um eine Umdeutung des sozialen *Sinns* unterschiedlicher Produktionsverfassungen in einen politischen Ukas. Das Produktionsverhältnis „Sozialismus“ wird so leicht wieder auf Manipulationen von Machthabern heruntergebracht. Gleichfalls ignoriert diese Denkweise, daß das Planungselement im Sozialismus den Eigentumsverhältnissen nachgeordnet ist.

Die Vernachlässigung der Produktionsverfassung zugunsten der wirtschaftlichen „Verkehrsform“ hat dann konsequent die Hervorhebung der Konsumsphäre als Indikator des wirtschaftlichen Wachstums zur Folge. Der „ökonomische“ Antikommunismus — man vergleiche die wiederum von der Springer-Presse hochgespielten Versorgungsschwierigkeiten und Mängel der sozialistischen Konsumgüterindustrie — zielt auf eine irrational-subjektivistische Konsumsphäre, die innerhalb des Produktionsprozesses funktionslos bleibt und deshalb begrifflich der einfachen Zirkulation zugerechnet werden muß. Das antikommunistische Wirtschaftsbild ist insofern gleichsam vorkapitalistisch zu nennen<sup>18</sup>.

Drittens schließlich: Die Verwandlung innergesellschaftlicher Konflikte in außenpolitische. Nach Hofmann dient vor allem die antikommunistische „Agententheorie“ solcher Verwandlung. Sie steht im Zusammenhang mit der deutschen Tradition des Primats der Außenpolitik und mit der Tendenz aller bürgerlichen Ideologien, internationale Spannungen nicht aus innergesellschaftlichen abzuleiten. „Agenten“ produzieren ihr zufolge künstlichen Konfliktstoff innerhalb eines homogen vorgestellten „Volksganzen“. Die tatsächliche soziale Bewegung erscheint schließlich überhaupt im „Brechtspiegel der Agententheorie“<sup>19</sup>. Die Agententheorie bezeichnet aber, obwohl ihr Höhepunkt in die Phase des kalten Krieges fällt, schon ein Brüchigwerden der antikommunistischen Überzeugungen. Während die Mechanismen der bloßen Anwendung der eigenen Vorstellungswelt auf den kommunistischen Gegner die nichtkommunistische Gesellschaft im Inneren harmonistisch zu verklären in der Lage waren, wandert in der Form der Agententheorie das Projektionspotential gleichsam in die eigenen Verhältnisse zurück. Die Agententheorie er-

17 Hofmann, a.a.O., S. 146.

18 Zur Stellung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse in der Trennung von „freier Verkehrswirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“ vgl. Elmar Altvater, „Rationalisierung und Demokratisierung — Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus“. Das Argument, Heft 39.

19 Hofmann, a.a.O., S. 153.

öffnet die Möglichkeit, nicht mehr wegzudiskutierende gesellschaftliche Konflikte, zumindest für eine gewisse Zeit, zu „erklären“. Die Deutung der gesellschaftlichen Konflikte als „von außen“ eingebrungene Provokationen ist in der Regel aber mit einem bestimmten außenpolitischen Sinn verbunden. Sie zielt auf eine prinzipielle Einordnung des Kommunismus als Quelle internationaler Spannungen. Die Suggestion eines andauernden „Spannungsherd“ wird nun dazu benutzt, nicht nur die eigene Gesellschaft, sondern auch die verbündeten Staaten auf eine antikommunistische Politik einzuschwören.

Die Aufweichung des „klassischen“ Antikommunismus der Agententheorie scheint allerdings beschlossene Sache. Unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen, mit wachsenden strukturellen Konflikten nach Abschluß der Rekonstruktionsphase der Bundesrepublik, sowie als Reflex auf die wachsende Bedeutung der außerparlamentarischen Opposition verfällt die Möglichkeit, gesellschaftliche Abweichungen und Konflikte unmittelbar der Agitation eines expansiven Kommunismus zur Last zu legen. Neben die Agententheorie, wenn nicht an ihre Stelle, tritt die Konstruktion eines „Innenfeindes“, eine Metamorphose, die von der Springer-Pressen frühzeitig schon vollzogen worden ist. Der Antikommunismus befindet sich nun sozusagen auf der ständigen Suche nach Agenten im eigenen Lager, die ungewollt — als „nützliche Idioten“ — oder aus niederen — „materialistischen“ — Motiven am Kommunismus partizipieren oder ihn unterstützen. Anschauliche Beispiele bieten etwa die Kampagnen gegen den Botschafter Kroll, gegen Marlene Dietrich oder gegen die westlichen Brecht-Inszenierungen („Wird Deutschland jetzt verkauft?“)<sup>20</sup>. Je mehr die Umdeutung der innergesellschaftlichen Konflikte zu außenpolitischen in der Ablösung der Agententheorie zerfällt, desto mehr wird es zur Konstruktion und Verfolgung von Innenfeinden kommen.

### 3. Zu einigen ideologischen Grundlagen

Ansätze zu einer Typologie des antikommunistischen Bewußtseins und seiner ideologischen Vorgeschichte sind auf die Strukturwandlungen des Antikommunismus zu beziehen. Die allgemein ideologischen Elemente des Antikommunismus müssen vor allem im Zusammenhang mit seinem Wandel von einer politischen Ideologie zur disponiblen Fixierung von Aggressionsobjekten gesehen werden.

Zu den undifferenziertesten Gestalten des Antikommunismus gehört zunächst vor allem seine *organologische Version*. In ihr wird von vornherein auf eine politische oder historische Argumentation verzichtet. Kommunismus wird umstandslos als „auszumerzende Krankheit“ verstanden, wie Gesellschaften überhaupt als organische Gefüge gelten, die nach dem Prinzip von Gesundheit und Krankheit funktionieren. Organologischer Antikommunismus wird etwa, wie immer auch metaphorisch gemeint, noch 1967 von Autoren wie Mathias Walden vertreten:

<sup>20</sup> Vgl. „Imperium Springer“, ed. B. Jansen und A. Klönne, Köln 1968.

„Es ist noch kein Mittel gegen den Krebs gefunden worden. Aber es wird weiter gesucht. Die Menschen sind gegen den Krebs! Nichts anderes ist der Antikommunismus.“

„Der Hinweis auf die Macht der Realität ist kein Argument für die eifernde Resignation. Auch die Cholera war einmal unüberwindlich erscheinende Wirklichkeit“<sup>21</sup>.

Verbreitetes ideologisches Element im Antikommunismus ist die defensive *Rettung abstrakter Werte*, von „Moral“ und „Abendland“. Der Kommunismus gilt als mit den überkommenen gesellschaftlichen, moralischen und geistigen „Werten“ unvereinbar. Die „Werte“ befinden sich nach dieser Argumentation in einer „Krise“, so daß es gerade heute darauf ankommt, ihren Sinn vor allem gegen die äußere Bedrohung durch den Kommunismus zu bewahren. Eine dagegengesetzte, innerlich gefestigte „Haltung“ wäre dazu geeignet, die Auflösungsprozesse aufzuhalten, die als „geistig-moralische“, nicht als gesellschaftlich-institutionelle begriffen werden. Antikommunismus kommt so zunächst einer defensiven Rettung eines schon angegriffenen Bestands „abendländischer Werte“ gleich. Die „Werte“ werden dabei zwar in eine Innerlichkeit zurückgezogen, was keineswegs jedoch eine militante „Verteidigungsbereitschaft“ ausschließt<sup>22</sup>.

*Idiosynkratischer Antikommunismus*: Heinz E. Wolff hat in seiner Studie über Einstellungen zum Kommunismus<sup>23</sup> auf eine charakteristische „Berührungsangst“ hingewiesen, die das antikommunistische Bewußtsein kennzeichnet. „Abschirmung“ und „Immunisierung“ gegen die „Berührung“ durch den Kommunismus können als Ausdruck einer idiosynkratischen Grundhaltung angesehen werden, die vom bloßen Kontakt mit dem Kommunismus zwangsläufige Preisgabe der „eigenen“ Positionen erwartet. Entsprechend sind die gegen den Kommunismus geforderten Maßnahmen administrativer Natur<sup>24</sup>. Bemerkenswert am idiosynkratischen Antikommunismus ist vor allem sein aggressiver Charakter sowie die Tatsache, daß er sich disponibel auf andere Objekte lenken läßt: idiosynkratische „Berührungsangst“ kann sich in Aggression gegen wechselnde Objekte umwandeln.

Mit dem ideologischen Mechanismus der *Personalisierung* ist Antikommunismus regelmäßig verbunden. Politisches Geschehen und gesellschaftliche Bewegungen werden im Zusammenhang einer allgemeinen Tendenz in der bürgerlichen Geschichtsauffassung, die großen Einzelnen nämlich zum Motor in Geschichte und Gesellschaft zu erheben, auch im Antikommunismus mit dem Wirken und den Eigenschaften einzelner Personen „erklärt“. Der Antikommunismus vermag das „Wesen des Kommunismus“ nur in den Repräsentanten, den „Machthabern“, zu erkennen.

Nicht minder realitätsverzerrend als der Personalisierungsmechanismus im Antikommunismus ist dessen Tendenz, von kommunisti-

21 „Die Welt“, 2. 6. 67.

22 Cf. W. Röpke, „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, Erlenbach-Zürich 1948, sowie die Verlautbarungen der „Moralischen Aufrüstung“.

23 Wolff, a.a.O., S. 78 f.

24 a.a.O., S. 81.

schen Gesellschaften ein *vorindustrielles Bild* zu vermitteln. In mancherlei Hinsicht ist die breite Resonanz des Antikommunismus auf eine gewisse Darstellungsweise zurückzuführen, die in einer geradezu raffiniert-unschuldigen Aufbietung eines bildhaften Repertoires „vorindustrieller“ Bezeichnungen von kommunistischer Politik besteht. Vorab die in der Springer-Presse geübte regressive Bildersprache, die z. B. die DDR in einer Art mittelalterlicher Szenerie abhandelt (Knechte, Schergen, Sklavenhalter, Kerkermeister, Büttel, Faustpfand etc.), macht deutlich, wie der Antikommunismus auf der Basis eines vorindustriellen Gesellschaftsbildes Assoziationen von Furcht und Schrecken mobilisiert.

Dem widernatürlich vorgestellten Gebilde sozialistischer Ordnung („Gesellschaft“) werden „natürliche“ Größen und „gewachsene“ Gebilde wie *Gemeinschaft, Volk und Nation* entgegengesetzt. Zugrunde liegt die Annahme, daß Natürliches und Gewachsenes eine größere Legitimation gegenüber dem Geplanten und „Ausgedachten“ besitzen. Das macht sich mittelbar bemerkbar in der Abwehr der Kategorie sozialer Interessen und Interessenkonflikte. Von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung ist die Einsetzung des Antikommunismus als ideologisches Disziplinierungsmittel zwecks Aufrechterhaltung der bestehenden sozialökonomischen Verhältnisse. Im Medium des Antikommunismus werden Unternehmerinteressen, Partnerschaftsideologie, die herrschenden Macht- und Einkommensstrukturen zusammengehalten<sup>25</sup>.

Die gesamtgesellschaftliche Funktionsfähigkeit des Antikommunismus wird weiter von einem eigentümlichen *Zurechnungsmechanismus* getragen: die als abweichend erscheinenden Denk- oder Handlungsweisen werden „kurz und bündig“ dem Kommunismus zugeordnet. Die Wirksamkeit des Antikommunismus als Ideologie eines trügerisch harmonistischen Zusammenhalts nach außen und nach innen beruht mit auf der verbreiteten Übung, Aussagen und Handlungen nicht nach deren Richtigkeit, Falschheit oder Begründung zu befragen, sondern umstandslos als kommunistisch oder nicht-kommunistisch zu qualifizieren.

Im *Totalitarismusbegriff* ist eine weitere ideologische Grundlage zu sehen, mit der der Antikommunismus seine komplexe gesellschaftliche Funktion im Spätkapitalismus erfüllt. Die bekannte Identifizierung von „Rot“ und „Braun“<sup>26</sup> dient zunächst einmal dazu, auf der Subjektseite den „exotischen Charakter des Kommunismus“ mit der Bekanntheitsqualität von Faschismus und Nationalsozialismus zusammenzuschweißen. Die „Erfahrungshilfe“, die den Menschen mit der Erinnerung an faschistische Diktatur gegeben werden soll, spekuliert darüber hinaus auf die Wahrnehmung angebotener Entla-

25 Vgl. Hofmann, a.a.O., S. 165 f. sowie K. O. Hondrich, „Die Ideologien von Interessenverbänden“, Berlin 1963.

26 Vgl. den Exkurs „Rot gleich Braun“ (B. Blanke) in: W. F. Haug u. a., „Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus“, Das Argument, Heft 33, sowie W. F. Haug, „Der hilflose Antifaschismus“, Frankfurt/M. 1967, S. 136 ff.

stung: wo angesichts nationalsozialistischer Vergangenheit Schuldgefühl besteht, kann dies auf den Kommunismus übertragen werden, zumal er als kommensurabel selbst von Soziologie und politischer Wissenschaft ausgegeben wird. Heute gegen Kommunismus zu sein, rechtfertigt sogar noch, einmal für den antimarxistischen Nationalsozialismus gewesen zu sein.

Das Einschwenken des Antikommunismus auf den Totalitarismusbegriff, der erst das theoretische tertium datur der bloßen Identifikation von „Rot“ und „Braun“ bildet, ist historisch zu bezeichnen: Die Stilisierung des Antikommunismus findet erst nach 1953, als die unterstellten Expansionen des Kommunismus ausblieben, statt. Der Antikommunismus richtet sich stattdessen qua Totalitarismusbegriff auf das Wirken des Kommunismus in abgegrenzten statischen Einflußgebieten („Ostblock“). Die massive Einführung des Totalitarismusbegriffes bedeutet ideologisch die allmähliche Aufgabe des als primär geltenden Merkmals des Kommunismus, das der Expansion. Sie zeigt zunehmend die Ohnmacht des Antikommunismus an, der implizite die Konsolidierung des Sozialismus trotz aller gegenteiligen Kampagnen registrieren muß.

\*

So konsistent der Antikommunismus auch hinsichtlich seiner Funktion als Integrationsmittel eigener, innergesellschaftlicher Konflikte in mancher Hinsicht geblieben ist und so effektiv es ihm stellenweise — etwa über die Springer-Presse — gelingt, ungerichtete Aggressionen und Aversionen plausibel zu binden, so unterschiedlich, ja widersprüchlich sind seine Formen, die die weltpolitischen und innergesellschaftlichen Veränderungen eigentümlich abspiegeln und seine Krise einleiten.

Man kann im großen und ganzen drei Phasen unterscheiden, die zwar historisch verschränkt sind, aber eine bestimmte Tendenz deutlich hervortreten lassen. Die erste Phase ist als Konsolidierung der antikommunistischen Ideologie zu bezeichnen. In ihr findet der am restaurierten Bestand sogenannter „abendländischer Werte“ orientierte Versuch des Zusammenschlusses partikularer Interessen und Ideologien, die zunächst spirituelle Ausgabe der Freund-Feind-Theorie statt. Der abendländisch gefärbte Antikommunismus ist vorerst mehr trüber Abhub der Wertphilosophie als militante Grundlage der Politik. Er richtet sich deswegen auch mehr gegen die „Krise der inneren Aufweichung“ der dem Kommunismus entgegengesetzten „Werte“, deren Verfall er organologisch als Schwund der moralischen und geistigen Widerstandsfähigkeit beklagt. Sein Fortbestand unterliegt allerdings zunehmenden Abstraktionen an den Inhalten der „Werte“, die Vergeistigung wird geisterhaft, was am vorerst letzten Produkt des „abendländischen“ Antikommunismus, den zeitgenössischen Abkömmlingen der „Moralischen Aufrüstung“ („sing out“), im falschen Aufbegehren schon als Nekrolog erscheint. An gesellschaftlicher Relevanz ist der „ideologische“ Antikommunismus durch den „praktischen“ (W. Hofmann) überboten worden, wie er in den Inquisitionen des „Kalten Krieges“ seinen Höhepunkt gefunden hat.

Er ist durch zwei Merkmale bestimmt, durch das Wirken handfester Interessen und durch die Austauschbarkeit des Angriffsziels. Die „entideologisierte“ Gestalt des Antikommunismus ist durchaus als Herrschaftsinstrument, das der Disziplinierung des „Innenfeindes“ dient, anzusprechen. Der Verzicht auf eine umgrenzte ideologische Position ermöglicht allererst, die Verdächtigen zu kodifizieren. Gleichwohl ist der gänzliche Schwund der antikommunistischen Ideologie an dieser Stelle noch nicht vollzogen, sofern die bloße Benennung, d. h. die „Zurechnung“ zum Kommunismus die alten Assoziationen aktiviert. Erst mit den zunehmenden weltpolitischen Entspannungsbemühungen, vor allem aber wegen der neuen Resistenz des „Innenfeindes“, entfällt die Erinnerung an die Feindkonstruktion. In seiner dritten Phase regrediert der Antikommunismus als Ideologie und wird zur blanken Drohung. Die zwangsläufige Folge solcher Entideologisierung ist das Hervortreten der unverhüllten Herrschaftsinteressen; der Antikommunismus, vordem ideologisch gedämpft, zeigt gleichsam sein wahres Gesicht; er wird zum Problem der Exekutive. Die Dechiffrierung der Ideologie des Antikommunismus birgt jene Gefahren, die sein Versagen als Grundlage der Politik zur bloßen Verfügungsgewalt über die Andersdenkenden umschlagen lassen kann. Daß sich die Exekutive hierin mit den ihren Interessen entfremdeten Massen einig wissen kann, ist nicht zuletzt auch einer Presse zuzuschreiben, die das Versagen des politischen Antikommunismus in ohnmächtiger Wut auf den „Innenfeind“ der bloßen Abweicheung ummünzt.

### Nachbemerkung

*Die Reaktion auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei scheint die hier vertretene These von der Obsoleszenz des Antikommunismus und seines Übergangs zu einer „entideologisierten“ Ordnungsmacht nach „innen“ in ein fragwürdiges Licht zu rücken. Es ist aber für diesen gewiß nicht abgeschlossenen Versuch die theoretische Grundlegung festzuhalten, daß der auf Grund der langen Vorgeschichte bedeutsame Zustand der Latenz in historischem Verhältnis zu den expliziten Formen des Antikommunismus steht. D. h. die komplexe Entstehung und Geschichte des Antikommunismus wird also nicht durch eine abschnittshafte Feststellung seines Verschwindens zu kennzeichnen sein, sondern durch den Versuch, Aktuelles und Potentielles im Antikommunismus jeweils historisch zu trennen. Die erneute Aktualisierung des Antikommunismus in der klassischen Gestalt des Anti-Sowjetismus, der längst, zumindest in der amerikanischen Rechten durch einen antichinesischen Antikommunismus ersetzt schien, ist aber keineswegs Element einer neuen antikommunistischen Politik der kapitalistischen Staaten, der des Kalten Krieges vergleichbar. Viel eher findet sich die Eröffnung dieses Versuchs bestätigt, daß vielleicht gerade mit dem Verfall des „offiziellen“ Antikommunismus seine eigentlich „gesellschaftlichen“ Elemente stärker in den Vordergrund treten. Ein Indiz und fast schon bedenkliches Symptom dafür ist eine weitgehende Konvergenz des „rechten“ und des „linken“ Protests gegen die sowjetische CSSR-Politik. Ein womöglich heraufkommender „linker“ Antikommunismus, Aktualisierung des Anti-Sowjetismus der anti-institutionellen und anti-autoritären Kräfte, wäre ein wichtiges Thema weiterer Erörterungen. Dieter Hirschfeld*

## Besprechungen

### I. Philosophie

**Hobbes, Thomas:** *Leviathan*. Reihe *Politica* Bd. 22, Luchterhand-Verlag, Neuwied, Berlin 1966, hrsg. u. eingel. v. Iring Fetscher, übers. v. Walter Euchner (571 S., Ln., 45,— DM).

**Strauss, Leo:** *Hobbes' politische Wissenschaft*. Reihe *Politica*, Bd. 21, Luchterhand-Verlag, Neuwied, Berlin 1965 (zuerst in engl. Übersetzung 1936) (189 S., Ln., 26,— DM).

Von den beiden Fassungen des *Leviathan* sieht der Herausgeber die lateinische als eine im wesentlichen inhaltsgeleiche, trocken-gelehrt geschriebene Kurzfassung an. Er hat sich für die ausführlichere, lebendig und geistreich gehaltene englische Version entschieden, die so zum erstenmal in deutscher Sprache vollständig, und zwar in gewisserhafter Übersetzung vorliegt. Inhaltliche Abweichungen des lat. Textes sind in Anmerkungen beigefügt.

In einem knappen, präzisen Aufriß des Werkes und einer sich anschließenden Auseinandersetzung mit der Hobbes-Literatur stellt Fetscher Hobbes als einen ungewöhnlich offenherzigen philosophischen Repräsentanten der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft heraus. Gegenüber den rein ideengeschichtlich orientierten Darstellungen eines Vialatoux und Carl Schmitt gibt er weit mehr den Bestimmungen des sozialen Standorts Gewicht, wie sie vor allem von Borkenau und Macpherson versucht werden. Das „merkwürdige Phänomen der jüngsten Hobbes-Renaissance in England“ (LXII) deutet Fetscher dahingehend, daß man dort erkannt habe, wie wenig die traditionelle Lockesche und liberale politische Philosophie der Realität des britischen Regierungssystems noch entspreche und wie reizvoll zumindest manche Aspekte der Hobbesschen Konstruktion für einen Staat sein könnten, „der sich zunehmend bürokratisiert und der immer energischer in die autonomen Bereiche der individuellen Tätigkeit eingreift“ (LXIII). Soll, wie Fetscher versichert, die deutsche Ausgabe des *Leviathan* nicht den Ideologen eines autoritären Staates, sondern „kritischen Wissenschaftlern“ (LXIV) zugute kommen, so muß freilich deutlicher werden, daß und warum sich Hobbes für die spätkapitalistische Gesellschaft nur unter Mißbrauch seiner Theorie noch in Anspruch nehmen läßt. Was da im *Leviathan* auf einzigartige Weise in den Blick kommt, ist keineswegs die menschliche Gesellschaft wie sie ist oder sein müßte, ist nicht einmal die kapitalistische Gesellschaft in all ihren Entwicklungsstufen, sondern Hobbes hat mit seiner berühmten mathematischen Methode lediglich, und zwar in unübertroffener Klarheit und Beweiskraft, darlegen können, was man, mit gebotener Einschränkung, die *Vernunft* der

bürgerlichen Gesellschaft in der Phase ihres Aufstiegs nennen darf, die den absoluten, d.h. den von der Gesellschaft losgelösten und ihr als eigene Herrschaftsorganisation gegenüberstehenden Staat in ihrem eigenen Existenzinteresse wollen mußte, zuerst in der Form der Monarchie, dann in der Form der liberalen Demokratie, die nach den Hobbesschen Kategorien besser und unmißverständlicher als Wahlaristokratie zu bezeichnen wäre. Gerade derjenige, der den *Leviathan* in der Intention liest, in der er geschrieben wurde, wird nicht übersehen können, daß die Vernunft der zukünftigen, aber heute schon innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft sich konstituierenden Gesellschaft, eine ganz andere Formation erfordert, als Hobbes sie in seiner Zeit für die einzig richtige hielt.

Hobbes folgert seine Staatsphilosophie aus der Natur des Menschen. Schon Rousseau hat erkannt, und Fetscher expliziert dies in seiner Einleitung, daß der natürliche Mensch der Hobbesschen Psychologie in Wirklichkeit der ins Zeitlose erhobene zeitgenössische Bürger ist, der, weil dem Konkurrenzkampf ausgesetzt, notwendig um Macht und Ehre bemüht sein muß. Eine Hobbes-Interpretation, die heute noch hinter diese Erkenntnis zurückfällt, tritt damit — ob gewollt oder nicht gewollt — bestenfalls für die Vernunft des Vergangenen ein, die in einer gewandelten Wirklichkeit aber notwendig zur Unvernunft werden muß. Lesen wir bei Leo Strauß, daß die Hobbessche Politik „auf der ursprünglichen Erfahrung des menschlichen Lebens“ beruhe (36), so läßt sich schon vermuten, wie er die Akzente setzt. Sein Hobbes-Buch, angekündigt als „bis heute die beste Einführung“ in die politische Philosophie des Thomas Hobbes (Klappentext), ist nur insofern kritisch, als es, von derselben „Menschenkenntnis“ ausgehend, noch weit hinter Hobbes zurückfällt und von daher dann allerdings seine Folgerungen mißbilligen muß. Bei Licht besehen, wird das Hobbesche System, entgegen dem Buchtitel, eigentlich gar nicht behandelt, es geht vielmehr in der Darstellung seiner von der Tradition bestimmten Genese unter. Hobbes wird nur soweit als Philosoph ernst genommen, wie sich bei ihm noch Residuen der allerdings leider verworfenen Tradition finden (14). Die Tradition ist das eigentliche Thema, genauer: die „Aristotelische Tradition“, worunter der Verfasser ziemlich unverblümt die Ideologie der herrschenden Klasse in der Antike und in der christlichen Feudalgesellschaft versteht. Als deren oberstes Prinzip wird genannt: die „ewige Ordnung“ mit ihrer „Gehorsamsmoral“ (99 ff.). Sie sei in der Antike gleichbedeutend mit den Geboten der Vernunft, die sich gegenüber der vernunftlosen Masse (den „meisten“) aber nur als Gesetz geltend machen kann.

Aus dieser Tradition sucht schon der junge Hobbes auszuscheren. Was ihn dazu treibt, ist, wie Strauss herausfindet, seine „neue Gesinnung“ (108). Diese unterscheidet sich von der antiken und biblisch-christlichen dadurch, daß sie „eigentümlich modern“ (14) ist. Ihr revolutionäres Prinzip: die Gleichheit der Menschen (102). Hobbes negiert die Differenz zwischen den wenigen verständigen und den vielen unverständigen und spricht allen Menschen gleichermaßen die Fähigkeit zur Vernunft zu. Das aber bedeutet „Anzweiflung der

transzendenten, ewigen Ordnung, durch welche die menschliche Vernunft geleitet wurde“ und führt zur Überzeugung von der „Ohnmacht der Vernunft“ (107). Denn die Masse bleibt, was sie ist. Diese traditionelle Einsicht sieht Strauß auch bei Hobbes noch erhalten. Lediglich wird, was unter der ewigen Ordnung „Hochmut“ hieß, bei diesem zur „Eitelkeit“, und wo damals „Gottesfurcht (bzw. Demut)“ die Menschen zur Räson brachte, da soll jetzt die Furcht vor dem gewaltsamen Tode das gleiche erreichen können (35). Leugnet der Mensch aber, wie Hobbes dies leider tut, „Vorsehung und Schöpfung“, so findet er sich einem gnadenlosen Schicksal preisgegeben und es bleibt ihm keine andere Wahl, als sich selbst zu helfen (121 f.). Von nun an ist er dazu verurteilt, „im ernstesten, niederdrückendsten Selbstbewußtsein seiner Freiheit zu leben“. Extremer Individualismus, Bruch mit dem Rationalismus (!), Freigabe der Leidenschaften sind nunmehr sein Los (153 f.). Und bis zur Rousseauschen *volonté générale* und weiter zum „Klassenbewußtsein“ ist es nur noch ein Schritt. Getrieben von ihrem Machtwillen und auf ihre Interessen bedacht, müssen die Menschen jetzt eine Ordnung erst willkürlich herstellen, und als „künstlicher Ersatz für die fehlende natürliche Vernunft-Überlegenheit“ läßt sich nur noch die Vernunft eines oder mehrerer beliebiger Individuen zur maßgebenden Vernunft machen.

Das alles geschieht freilich nur in der Theorie von Hobbes, als Folge seiner neuen Gesinnung, das wirkliche Geschehen gerät bei Strauß überhaupt nicht in den Blick. Bei dem Versuch einer rein ideengeschichtlichen Herleitung sieht er den Grund allen Übels darin, daß Hobbes vom Pfade der Tradition notwendig abirren mußte, als er — im Gegensatz etwa zu Platon — die „natürlichen Wertschätzungen“ verwarf, als er, wiewohl Philosoph bester Schule, sich dennoch nicht mehr an der „Rede“ orientierte, sondern sich den Sachen selbst zuwandte (148, 155 ff.). Das konnte nur in Mathematik und Materialismus enden, mit denen beiden er seine eigene Politik schon untergrub, noch ehe er recht begonnen hatte, sie niederzuschreiben. Dem hier sich anmeldenden ungewohnt hohen Anspruch an die politische Wissenschaft schreibt Strauß es auch zu, daß diese später gänzlich scheiterte und durch Soziologie ersetzt wurde.

In der oben erwähnten Einleitung in den *Leviathan* läßt Iring Fettscher Leo Strauss die Reihe der Autoren anführen, die „nachdrücklich auf die spezifisch bürgerlichen Züge der Hobbesschen Staatsphilosophie hingewiesen“ haben (XLV). In der Tat hebt Strauss an Hobbes dessen neue bürgerliche Moral besonders hervor und sieht seine Philosophie an das Interesse der Bourgeoisie geknüpft (119 ff.). Nur daß er unter der bürgerlichen Gesellschaft nicht, wie Marx, die kapitalistische Phase der geschichtlichen Entwicklung versteht, sondern nach Art konservativer Kulturkritiker, die sich zuweilen auch marxistisch drapieren, die moderne Zivilisation schlechthin, deren „technizistischer“ Charakter ihm besonders anstößig erscheint. Strauss nimmt denn auch die Hobbessche Theorie gleichermaßen für die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung wie für die sozialistische Bewegung in Anspruch, wobei er das wegen seines zweiten Bestandteils

anrühige, allzusehr nach Wirklichkeit schmeckende und daher in seinem Buche nie wieder vorkommende Wort „bürgerlich-kapitalistisch“ nur in Anführungsstrichen zu verwenden wagt (11).

Leo Strauss hat bei Iring Fetscher weit mehr Gnade gefunden als die gegenwärtigen englischen Hobbes-Epigonen. Vielleicht, weil man Strauss durchaus als kritischen, klug analysierenden und dabei in den zünftigen Klassikern recht bewanderten Wissenschaftler gelten lassen muß. Daß seine Kritik aber einem bestimmten Interesse dient, leugnet nicht einmal er selbst. Er nennt es „theologisch-politisch“ (7). Die Bezeichnungen wechseln. Faktum aber bleibt, daß immer noch in unzähligen Werken angeblich wertfreier Wissenschaft — den Verfassern wie den Lesern oft gar nicht bewußt — sich vernunftwidrige Ideologie in das gesellschaftliche Bewußtsein einschleicht. Und wie wir sehen, wird der unheilvolle geschichtliche Prozeß, den Georg Lukács als „Zerstörung der Vernunft“ beschrieben hat, sogar unter der feindlichen Flagge der Rationalität weiter befördert. Ob sie nun mit Hobbes einen neuen autoritären Staat deduzieren — wie Carl Schmitt — oder gegen Hobbes die ewige Ordnung herbeizitieren — wie Leo Strauss — die wissenschaftliche Gründlichkeit, mit der sie dabei zu Werke gehen, läuft letzten Endes nur auf das eine hinaus, eine wahrhaft wissenschaftliche Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit möglichst zu verhindern. Friedrich Tomberg (Berlin)

**Kraft, Victor:** Erkenntnislehre, Springer-Verlag, Wien 1960 (VIII + 379 S., Lw., 35,— DM).

**Pap, Arthur:** Analytische Erkenntnistheorie, Springer-Verlag, Wien 1955 (242 S., Lw., 24,— DM).

Obwohl beide Publikationen schon vor mehreren Jahren erschienen sind, rechtfertigen ihre unverminderte Aktualität und informative Bedeutung für die gegenwärtige Diskussion der Analytischen Philosophie doch eine nachträgliche Besprechung; beide Arbeiten dürfen als exemplarische Selbstdarstellungen dieser Denkrichtung und ihrer neopositivistischen Tradition gelten. Sie dokumentieren eindringlich eine Tatsache, die auch die philosophischen Gegner anerkennen müssen: daß die Analytische Philosophie sich seit ihren Anfängen in den Diskussionen des „Wiener Kreises“ entfaltet hat in einem Prozeß strenger Argumentation, durch ein bemerkenswertes Maß an Selbstkritik und ständiger Bereitschaft, einmal bezogene Positionen unter dem Druck unabweisbarer Einwände aufzugeben. Dieser Vorzug ist zweifellos auch eine Funktion des spezifischen Begriffes von Rationalität, der diese Tradition normativ beherrscht, und gegen den sicher gewichtige Bedenken vorgebracht werden müssen; trotz allem aber trägt er doch wesentlich zu dem unbestreitbar demokratischen Klima bei, das die Diskussionen der Analytischen Philosophie kennzeichnet, und das sie sehr vorteilhaft von anderen Schulrichtungen unterscheidet, die die Argumentation diffamieren, statt dessen die Akklamation autoritärer Setzungen fordern und dies dann auch noch als die höhere Form der Vernunft ausgeben.

Victor Kraft war selbst Mitglied des „Wiener Kreises“ und hat dessen Geschichte, die in ihm geführten Debatten und die gemeinsam vertretenen Theoreme in einer 1950 erschienenen Monographie systematisierend dargestellt; in seiner „Erkenntnislehre“ hingegen versucht er, eine systematische Darstellung des in der Nachgeschichte des „Wiener Kreises“ Erreichten und gleichzeitig ein Fazit seiner eigenen Lebensarbeit zu geben. Das Ergebnis ist eine gedankenreiche und zugleich sehr informative Erörterung aller zentralen Problemkreise der gegenwärtigen Erkenntnistheorie. Kraft, der immer dem liberalen Flügel des „Wiener Kreises“ angehört hatte, vertritt einen gemäßigten und konventionalistisch durchsetzten Empirismus: eine Position also, auf die sich der militante Neopositivismus im Stile des frühen Carnap selbst allmählich zubewegte; Kraft wendet sich zugleich mit sehr gewichtigen Argumenten gegen die Theorien, in denen die einst von Neurath und Popper eingeleitete konventionalistische Auflösung des Positivismus bis zu dem Extrem getrieben ist, wo der Empirismus den ausschließlich methodologisch motivierten Festsetzungen geopfert wird. Seine „Erkenntnislehre“ ist von der Intention bestimmt, die empiristischen und konventionalistischen Motive so zu vereinigen, daß nicht eines auf das andere reduziert wird, und zugleich die Erkenntnistheorie soweit in Übereinstimmung mit der Erkenntniswirklichkeit zu halten, daß sie noch als deren rationale Durchdringung möglich bleibt und sich nicht durch ihre systematische Eigengesetzlichkeit verselbständigt.

Arthur Paps „Analytische Erkenntnistheorie“ ist „dem ‚Wiener Kreis‘ zum Andenken und zur Wiederbelebung“ gewidmet; diese Widmung zielt aber ebensowenig wie die Arbeit von Kraft auf einen Rückgang zu Positionen, die sich inzwischen als unhaltbar erwiesen hatten. Der Versuch der Wiederbelebung bezieht sich ausschließlich auf den Argumentationsstil des „Wiener Kreises“. Bei Pap wird vor allem deutlich, in welchem Maße der Denkhabitus der Analytischen Philosophie, der in der Behandlung von sechs aktuellen Themen der Erkenntnistheorie exemplarisch demonstriert wird, Reflexion und Kritik ermuntert und ermutigt, selbst dort, wo sich beides auf die systematischen Prämissen dieses Denkens selbst bezieht.

Beide Werke zeigen eindringlich, daß die eingeschliffenen Einwände gegen die empiristische Tradition — daß sie auf Positivismus und subjektiven Idealismus hinauslaufe — nicht mehr ohne weiteres vorgebracht werden können. Der Begriff des Positivismus müßte zumindest sehr modifiziert werden, wenn er weiter als Einwand fungieren soll, denn der Fetischismus des Gegebenen ist gerade Gegenstand detaillierter Kritik bei beiden Autoren: hier ist vornehmlich auf den Abschnitt über das empiristische Sinnkriterium in Paps Buch hinzuweisen. Was den Einwand des subjektiven Idealismus betrifft, so hätte derjenige, der ihn vorbringt, zu berücksichtigen, daß Kraft und Pap einen reflektierten erkenntnistheoretischen Realismus vertreten, der bei Pap teilweise sogar platonistische Züge annimmt; dieser Realismus wird heute von der Mehrzahl der Vertreter der Analytischen Philosophie geteilt. Der Phänomenalismus als lingui-

stische Erscheinungsform des subjektiven Idealismus ist heute wie schon in den beiden vorliegenden Arbeiten allgemein als eine aporetische Position erkannt. Der Versuch eines Nachweises, daß die gegenwärtige Erkenntnistheorie entweder vorkritisch oder subjektiv-idealistisch sei, hat darum mit Komplikationen zu rechnen. Zudem scheint der Erkenntniswert eines solchen Versuches, selbst wenn er gelänge, nicht sehr erheblich zu sein, denn viel wichtiger als das Verfahren, gegenwärtige Positionen auf unablässig diskutierte, historisch gewordene Alternativen nur zu beziehen, ist vielmehr die Anstrengung, die aktuelle Erkenntnispraxis und ihre theoretischen Rechtfertigungsversuche reflektierend zu durchdringen; hierfür bieten die Arbeiten von Kraft und Pap die denkbar besten Ansatzpunkte. Daß solche Anstrengung ohne ein theoriegeschichtliches Bewußtsein erfolglos bleiben muß, ist damit nicht bestritten.

Herbert Schnädelbach (Frankfurt/Main)

**Zeltner, Hermann:** *Ideologie und Wahrheit*. Zur Kritik der politischen Vernunft. Friedrich Frommann Verlag (Günther Holzboog), Stuttgart-Bad Cannstadt 1966 (162 S., Pb., 19,50 DM).

Zeltners Buch ist ein durchaus eigenwilliger Versuch zur Philosophie der Ideologie, der sich allerdings relativ abstrakt innerhalb zweier als Kategorialbestimmungen gesetzter Fragestellungen ausnimmt: Einmal wird kantisch nach der Möglichkeit von Ideologie überhaupt gefragt, zum anderen wird die Kritik der Ideologien auf der Folie einer intendierten „Wahrheit des Ganzen“ abgehandelt. So sehr dem Autor darin zuzustimmen ist, daß „mit dem geschichtlichen Auftreten von Ideologien seit dem 18. Jahrhundert ein philosophisches Problem gestellt ist, das bis heute nicht gelöst ist“ (S. 13), so entschieden muß gleichzeitig einer Auffassung von Philosophie begegnet werden, die dieses „geschichtliche Auftreten“ unmittelbar in eine Kategorialanalyse überführt, d. h. Geschichte und Philosophie gegeneinandersetzt, bzw. die systematisch abgeleitete Kategorie der „Wahrheit des Ganzen“ den historischen Ideologien entgegenstellt. Bei der Konstruktion dieses Gegenbegriffs, der die Partikularität der die „Wahrheit des Ganzen“ verfehlenden Ideologien aufheben soll, befindet sich die Arbeit im Gegensatz zu der von Marx und Lucács entfaltenen Dialektik von „wahr“ und „falsch“; Ideologien als nur falsche Bewußtseinslagen werden von der „Wahrheit des Ganzen“ systematisch getrennt.

Die Konstruktion des Begriffs der „Wahrheit des Ganzen“ ist von Interesse, sie erscheint dem Rezensenten allerdings im Rahmen der Ideologietheorie abwegig. Dies hängt zunächst mit Zeltners Begriff von Ideologie zusammen. Unter Ideologie wird nur die explizite *politische* Ideologie verstanden, deren vier Gestalten — Liberalismus, Konservatismus, Marxismus, Faschismus — vom Autor etwas sehr verkürzt, bisweilen auch unrichtig dargestellt werden. (Übergangen werden muß hier das Problem der Ineinsetzung der politischen Ideologien sowie die „Ideologie des Marxismus“.) Diesem „konventionel-

len“ Ideologiebegriff entspricht auf der anderen Seite die Entideologisierungsthese („Der Kampf der Ideologien ist in der westlichen Welt zuende“); Ideologien gelten nurmehr noch als historische Komplexe, deren Verfall zur „Wahrheit des Ganzen“ befreit. Diese „Wahrheit“ wird als der hinter den Ideologien befindliche und „nach“ den Ideologien notwendig gewordene „Bezug auf die Seinsweise des Ganzen und auf den dieser Seinsweise entsprechenden Modus möglicher Wahrheit und Unwahrheit“ (S. 81) verstanden. Dies setzt eine „Phänomenologie der menschlichen Sozialität“ voraus, die wie folgt aufgebaut ist: „Soziale Kategorien“ als ontologische Invarianten (Institutionalität und Traditionalität), „soziale Ideen“ als de facto bestehende gesellschaftliche Ordnungskräfte, verstanden als Verbund der apriorischen Kategorien mit den „ökonomisch-soziologischen“ Realien samt einer „geschichtlichen Ideologie“, „soziale Ideale“ als gesellschaftliche „Zielvorstellungen“. Zu den „objektiven Momenten der Sozietät“ treten als „subjektive Bedingungen“ die „Dispositionen und Imaginationen“ sowie eine instrumental verstandene Vernunft (Reflexivität in Korrespondenz zur Sprache, Hegels „Vernunft des Verstandes“). Auf dieser Grundlage wird die „Wahrheit des Ganzen“ bestimmt als „Wahrheit der Praxis“ einer „geschichtlich existenten Sozietät“ (S. 104). „Wahrheit“ ist intentional in der Praxis „tätig zu bewahrende oder auch zu verändernde“. Der Gegenstand der „Wahrheit des Ganzen“ ist „etwas, was noch nicht ist, aber ins Werk gesetzt werden soll“ (ebd.). „Die Wahrheit des Ganzen wird handelnd (als Entwurf!) eröffnet, sie ist Wahrheit der Praxis und als solche zunächst Wahrheit der Situation“ (S. 107). Über die „Wahrheit der Situation“ hinaus vermag die Vernunft als „Reflexion möglichster Allgemeinheit“ sowie als „kritische Kraft“ abschlußhafte Formierungen der „Wahrheit des Ganzen“ zu transzendieren.

Derart dunkle Präliminarien kantischer, ontologischer und existenzphilosophischer Observanz sollen nun für eine „Kritik der politischen Vernunft“ tauglich gemacht werden. Die in der Politik herrschende Diskrepanz von intendiertem Ganzen und partikularer Basis — für den Autor Grundvorgang der Ideologie — soll einem Denken Platz machen, dessen „Reflexivität nicht mehr die Möglichkeit (hat), sich naiv bei der Durchsetzung seiner eigenen partikularen Zwecke zu beruhigen“ (S. 141). Diese Reflexivität bedient sich des eigentlich konstitutiven Moments der „Wahrheit des Ganzen“, nämlich der Beziehung auf die „Ideale“, die aber, sofern sie nicht wirklich aus dem „Ganzen“ begründet werden können, in Hypostasen münden, die die Aporie auch des aufgeklärten politischen Denkens bezeichnen. Hier bedarf es der „Selbstkritik der politischen Vernunft“, und so postuliert dieser Versuch schließlich die „Spontaneität der Vernunft“ als „Kraft des Gewissens gegen die falschen Verabsolutierungen“.

Es ist einigermaßen schwierig, dieses merkwürdige Buch abschlußhaft zu würdigen; der Nachvollzug der eigentlichen Absichten bleibt ein mühseliges Unterfangen. Zur Versöhnung aber und als kritisches *memento*, den modischen Theoretikern des „Ganzen“ von einem

Theoretiker des „Ganzen“ ins Stammbuch geschrieben: „Allein, gerade hier bewährt sich die Vernunft in der Treue, mit der sie an der realen Basis festhält: Die Wahrheit des Ganzen als Wahrheit der Praxis ist eben nicht in einer radikalen Abstraktion von allen Bedingungen des konkreten Daseins zu erreichen, sondern nur dadurch, daß der ganze Reichtum der Bezüge in diesem Dasein wirklich erfahren und zugleich das Erfahrene durch das Medium des Begriffs ins Allgemeine erhoben wird, und dies ist die höchste Leistung der Vernunft“ (S. 102).

Dieter Hirschfeld (Berlin)

**Grünwald, Ernst:** Das Problem der Soziologie des Wissens. Reprografischer Nachdruck der Ausgabe Wien 1934. Georg Olms Verlagsbuchhandlung, Hildesheim 1967 (279 S., Ln., 36,80 DM).

Der Wiederabdruck einer 1934 erschienenen und noch ganz im Bann der an Mannheim entzündeten Ideologie- und Wissenssoziologie-Diskussion stehenden Arbeit scheint eines Motivs zu entbehren. Allein, der Vorwurf, eine solche Reprise sei von nur akademischem Interesse, ist mit dem Hinweis auf die trostlose Situation dessen, was heute als Wissenssoziologie umgeht, zu berichtigen. Es ist vor allem der an der philosophischen Marxismusdiskussion und am Historismus orientierte theoretische Anspruch kritisch gegen die positivistischen Nachfahren in Sachen Wissenssoziologie, aber auch gegen die einseitig politische Beschlagnahme des Ideologiebegriffs zu retten. Bei Grünwald ist noch nicht jener Bruch vorhanden, der die Ideologienlehre in eine „Bindestrichsoziologie“ und in die Unverbindlichkeit des politischen Ideologiebegriffs auseinanderfallen läßt; der Verfall des klassischen Ideologiebegriffs scheint hier, und zwar zumindest erkenntnistheoretisch gebannt. Gleichwohl ist die Arbeit ein Fragment. Grünwald, als Einundzwanzigjähriger schon ums Leben gekommen, hat den vorliegenden Text, dessen Titel vom Herausgeber stammt, als Vorstudie zu einer großangelegten Systematik verstanden wissen wollen. Das Buch überzeugt aber schon durch eine ganz erstaunliche Beherrschung der Literatur und Schärfe des Urteils. Die Entfaltung des Ideologiedenkens von der Aufklärung über Marx bis hin zum Irrationalismus und Historismus ist instruktiv nachgezeichnet, so daß die Arbeit als gültige Sekundärliteratur heute noch angesehen werden kann.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

**Lafargue, Paul:** Das Recht auf Faulheit und Persönliche Erinnerungen an Karl Marx. Hrsg. u. eingel. von Iring Fetscher. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1966 (75 S., kart., 6,— DM).

P. Lafargue, 1842 in Santiago de Chile geboren, schloß sich bald nach seiner Ankunft in Frankreich dem radikalen Flügel der französischen Arbeiterbewegung an. Wegen seiner Teilnahme am Kommuneaufstand mußte er nach 1871 Frankreich verlassen und kehrte erst 1882 nach Paris zurück. Seine meist kulturphilosophischen Schrif-

ten, heute kaum noch von aktueller Bedeutung, zeigen eine, von der kritisch dialektischen Methode unberührte, zum Dogmatismus neigende Rezeption des historischen Materialismus. 1911 schied er zusammen mit seiner Frau Laura, einer Tochter von Karl Marx, aus dem Leben. Seiner eudämonistischen Lebensauffassung gemäß wollte er — „ehe ihm das unerbittliche Greisenalter die Freuden des Daseins . . . entreißt, ihn der geistigen und körperlichen Kräfte beraubt“ (7) — selbst sein Leben beenden.

Lafargues „Das Recht auf Faulheit“, in Frankreich 1883 erschienen, wurde 1891 von E. Bernstein veröffentlicht, und — damit dem deutschen Leser der „satirische Charakter“ (15) der Schrift nicht entgehe — wurden auf „deutsche Verhältnisse passende Einschaltungen vorgenommen, deutsche Persönlichkeiten an Stelle französischer zur Exemplifizierung benutzt“ (15). Dieser Text wurde jetzt von I. Fettscher neu herausgegeben und mit einer Einleitung versehen.

Die kleine Schrift ist eine vehemente Polemik gegen die bürgerliche Arbeitsmoral, die das Proletariat korrumpiert habe, so daß es, völlig besessen von dem Willen zu arbeiten, seiner eigentlichen Aufgabe, sich selbst aus den Fesseln seines Elends zu befreien, entfremdet sei. Um den Krisenerscheinungen im kapitalistischen System entgegenzuwirken, rät Lafargue den Unternehmern, die Arbeiter als Verbraucher zu entdecken: „Stellt euren Arbeiterinnen die Vermögen zur Verfügung, die sie für euch am Leibe abgedarbt haben. Ihr seid Freunde des Handels? — Fördert den Warenumsatz; hier habt ihr Konsumenten wie gerufen; eröffnet ihnen unbegrenzten Kredit“ (29). Das „Recht auf Faulheit“, der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit — Lafargue beschreibt mit bitter-satirischem Hohn die katastrophale Lage der damaligen Arbeiter, die bis zu 16 Stunden am Tag arbeiteten — wird dem „Recht auf Arbeit“, das nach Lafargue die Introvertierung der bürgerlichen Moral durch das Proletariat am deutlichsten zum Ausdruck bringt, gegenübergestellt. Mit der Erfindung der Maschine sei das Zeitalter angebrochen, in dem der Mensch, jenseits aller drückenden Arbeit, im Reich der Freiheit leben könne.

Lafargues Schrift ist dort nur noch von historischem Interesse, wo er die mangelnde Konsumbereitschaft der Arbeiter beklagt. Längst ist der Arbeiter als Konsument in das spätkapitalistische System integriert, und seine Bedürfnisse werden ihm von der Produktion um der Produktion willen diktiert. Diese Problematik stellt sich heute anders und zur Erklärung der damaligen Krisenerscheinungen liegen kompetentere Analysen vor. Das, was das Buch heute noch aktuell macht, ist die konsequente Infragestellung der bürgerlichen Arbeitsmoral, die, obwohl die geistigen und materiellen Ressourcen zur Aufhebung einer sich am Leistungsprinzip orientierenden Gesellschaftsverfassung gegeben sind, nach wie vor aufrecht erhalten wird. Lafargue geht undialektisch und unhistorisch vor, wenn er, psychologisierend, die „Arbeitswut“ des Proletariats für dessen Situation verantwortlich macht. „Alles individuelle und soziale Elend entstammt seiner Leidenschaft für die Arbeit“ (22). Das 1848 von den französischen Arbeitern geforderte „Recht auf Arbeit“, das von jenen postu-

liert wurde, um mit der Arbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern, wird von Lafargue als Handlung einer „durch das Dogma von der Arbeit verdummten“ (38) Arbeiterschaft gewertet. Lafargue fällt „hinter Marx auf das Niveau der Aufklärungspsychologie zurück“ (Fetscher, 9 f.), indem er das Arbeitsethos als eine von „Volksverführern“ — Priestern, Ökonomen, Philanthropen und Moralphilosophen — dem Volk oktroyierte Lehre begreift, ohne zu berücksichtigen, welche sozialen und vor allem ökonomischen Zwänge im historischen Prozeß diese Arbeitsmoral bedingt haben.

Die gleiche undialektische Denkweise verrät sich in Lafargues Verherrlichung renaissancehafter Lebensfreude in vorindustrieller Zeit, in der romantisierend schwärmerischen Verklärung des Nichtstuns südländischer Völker, in die sich an manchen Stellen der Schrift eine fast „technik- und fortschrittsfeindliche Haltung“ (Fetscher, 10) einschleicht. Für Lafargue scheint sehr oft die Tatsache in den Hintergrund zu rücken — obwohl er grundsätzlich ihre Bedeutung richtig einschätzt —, daß erst mit der Auflösung der vorindustriellen Arbeitsverhältnisse durch die Industrialisierung die Möglichkeit zur Muße für breitere Schichten geschaffen wurde. Seine Rekurrierung auf die antiken Philosophen, die die „christliche Heuchelei und der kapitalistische Utilitarismus“ (51) noch nicht verdorben hatte, die die Arbeit als für den Menschen unwürdig betrachteten, entbehrt des Hinweises, daß erst die auf der Sklaverei beruhende Patrimonialwirtschaft einer kleinen Minorität die Köstlichkeit der Muße gewährleistete.

Nichtsdestoweniger hat das von ihm postulierte „Recht auf Faulheit“ trotz der zunehmenden Freizeit auch für die Arbeiter in hochindustrialisierten Gesellschaften heute noch revolutionären Charakter. Ohne daß Lafargue es expressis verbis ausgesprochen hätte, fordert er jenes Reich der Freiheit, in dem die Freizeit eine nicht mehr rekreative und kompensatorische Funktion für den Menschen hat, damit dieser sich erneut dem Leistungsanspruch der Arbeit unterwerfen kann, sondern in dem Arbeit und Muße im Sinne Marcuses eine produktive Einheit bilden.

Anneliese K. Schuon-Wiehl (Marburg/L.)

**Heintel, Peter:** System und Ideologie. Der Austromarxismus im Spiegel der Philosophie Max Adlers. Überlieferung und Aufgabe, Bd. 5. Verlag R. Oldenbourg, Wien und München 1967 (412 S., brosch., 40,— DM).

Eine Erörterung der Gesellschaftslehre Max Adlers brauchte weder uninteressant noch überflüssig zu sein, Peter Heintel schafft beides. Von den Gegenständen seines Titels kommen System, Ideologie und Austromarxismus nur in diesem, im Buch selbst nicht vor. Zwar will es „Einheit und Systematik“ (9) des Adlerschen Denkens darstellen, aber die Systematik besteht darin, das von Adler zerstreut Entfaltete mehr oder minder übersichtlich auf die Fächer des gängigen Wissenschaftskanons zu verteilen. Am Ende ergibt sich, was eh ein Blick in

die Bibliographie lehrt: daß Adler sowohl zu methodologischen Fragen der Sozialwissenschaften sich geäußert wie auch inhaltlich so ziemlich alle Gebiete von der Geschichtsphilosophie über die Pädagogik bis zur Religion behandelt hat. H.s Verfahren ist im besten Fall bloßes Referat der Adlerschen Lehrmeinungen. Das hangelt sich von Zitat zu Zitat, und was zwischen den Zitaten steht, ist oft auch nicht viel mehr als Zitat, welches nur als solches unkenntlich bleibt. Freilich darf man keine übertriebene Genauigkeit erwarten, wo der Autor vom wörtlichen Zitat zur freieren Paraphrase übergeht. „Vollkommen falsch wäre es auch, würde man die kommunistische Weltrevolution oder jede Revolution überhaupt als Umschlagen einer Quantität in eine Qualität bezeichnen und womöglich Evolution der Revolution entgegensetzen. Die Dialektik der Entwicklung befiehlt niemals, von einer Bestimmung zur anderen zu springen, sondern die Diskontinuität zu verflüssigen“ (130). So liest man es bei H. Im Original lautet der Gedanke: „Das eben ist die Dialektik der Entwicklung, daß sie kontinuierliche Diskontinuität ist. Diese Erkenntnis macht sie zu jener revolutionären Denkweise, als die Marx und Engels sie stets gerühmt haben, weil sie darlegt, wie alle Entwicklung stets ein Umsturz, ein Verlassen alter Bahnen, eine Neubegründung des Daseins ist. Man sieht daraus, wie kläglich jene Kritiker den Begriff der Entwicklung verkannt haben, welche ihn unter dem lendenlahmen Gedanken einer Evolution in Gegensatz zur Revolution bringen wollten.“ (M. Adler, *Marxistische Probleme*, 51922, 56.) — Kritik erschöpft sich bei H. in Formeln der Art, daß „bis heute [...] eine Lösung dieses Problems“ ausstehe und es „daher nicht verwunderlich [sei], daß auch Adler hier letztlich gescheitert ist“ (133). Gelegentlich weiß der Autor „nicht, ob nicht Adler hier mit dieser Unbefriedigtheit sein eigenes kritisches Gewissen besänftigen will“ (57). Nicht der Autor, aber „Strömungen, die in der Zwischenzeit in der Theologie und Philosophie aufgebrochen sind, scheinen diese Gedanken Adlers zu rechtfertigen, wenngleich sie vielleicht auch so manche Frage an ihn zu stellen hätten“ (379). An H.s Buch gibt es kaum Fragen zu stellen. Die Akzente seiner Darstellung fallen allemal auf jene Momente, in denen Adler sich theoretisch am weitesten vom historischen Materialismus entfernte und dem in der Zweiten Internationale vorwaltenden Revisionismus sich einfügte. Adlers subjektiver Idealismus, der auf der ‚individuellen schöpferischen Freiheit‘ und dem ‚geistigen Charakter‘ gesellschaftlicher Prozesse insistiert, kommt am besten weg. Sein erkenntniskritischer Transzendentalismus wird zu ‚ontologischer Relevanz‘ (43) hinaufstilisiert, das Sozialapriori gerinnt „im Sinne fundamentalontologischer Bestimmungen des Menschen“ zur „Geschichtlichkeit“ (39), und schon „ringt“ Adler auch um Motive, die solche Martin Heideggers vorwegnehmen sollen (23). Für den Politiker Adler, der auf keine Kompromisse mit dem mehrheitssozialistischen Reformismus oder dem Sozialchauvinismus der Sozialdemokratie sich einließ, bleibt kein Platz. Die erhebliche Bedeutung, die nicht zuletzt Adlers tagespolitische Schriften für den linken Flügel der deutschen Arbeiterbe-

wegung während des ersten Weltkriegs und in der Weimarer Periode besaßen, wird nirgends sichtbar. — Immerhin kommt bei H. auf seine Kosten, wer mit Benjamin für die Prinzipien der Wälzer oder die Kunst, dicke Bücher zu machen, sich einen Sinn bewahrte. Dieses ist von jenem Genre, das entsteht, wenn ein Autor durch „die alljährlichen philosophischen Tagungen im Zisterzienserstift Zwettl“, „die Tagungen der Paulus-Gesellschaft“ sowie durch „Tätigkeit an der Ost-Akademie und am Europa-Haus in Wien“ seinen Gegenstand sich ‚nahelegen‘ (7) läßt.

Rolf Tiedemann (Berlin)

**Gramsci, Antonio:** Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hrsg. und übers. v. Christian Riechers. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1967 (453 S., kart., 20,— DM). — zit. (a)

**Togliatti, Palmiro:** Ausgewählte Schriften. Verlag neue kritik, Frankfurt/Main 1967 (247 S., brosch., 14,— DM). — zit. (b)

**König, Helmut:** Lenin und der italienische Sozialismus 1915 — 1921. Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte der Kommunistischen Internationale. Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, Tübingen 1967. Auslieferung: Böhlau-Verlag, Köln (240 S., 32,— DM).

Ausgangspunkt der Überlegungen, die Gramsci anstellt, um den Marxismus gegen „darwinisierendes“ Mißverstehen abzuschirmen, ist die erkenntnistheoretische Begründung der Praxis. Der Mensch sei ein Prozeß, „genauer der Prozeß seiner Handlungen“, Anthropologie nur insofern Wissenschaft, als sie historisierend betrieben wird. Gramsci, den jungen Marx, den er nicht kannte, erahnend, behauptet, „da jedermann sich ändere und verändere in dem Maße, in dem er den Komplex jener Verhältnisse ändert und verändert, dessen Verknüpfungszentrum er ist“, könne der „wahre Philosoph“ nichts anderes sein, „als ein Politiker, d. h. tätiger, die Umwelt verändernder Mensch, wobei unter Umwelt das Ensemble der Verhältnisse verstanden wird, dem jeder einzelne angehört“ (a 154). In Gramscis Interpretation des Historischen Materialismus gibt es keinen Platz für das „eherne Muß der Geschichte“, Lieblingsvorstellung sozialdemokratischer Festredner, die jede selbstverschuldete Niederlage mit dem Nimbus historischer Notwendigkeit verklären.

Schon den Modus der Veränderung der Verhältnisse zu erkennen, heiße bereits diese verändern, lehrt Gramsci; denn aus der Erkenntnis folge der Wille zur Veränderung, Ausgangspunkt der Praxis. Glücklicherweise formuliert Franz Marek in seinem Gramsci-Gedenkartikel: „Erkenntnis und Veränderung fallen in der Erkenntnis von der Veränderung, Philosophie und Revolution in einer Philosophie der Revolution zusammen“ („Weg und Ziel“, Wien 4/67). Frappant ist die weitgehende Übereinstimmung mit der Beweisführung von Mao Tse-tung in der Schrift „Über die Praxis“ (worauf auch der Herausgeber Christian Riechers hinweist). Der wichtigste Einwand gegen Mao Tse-tungs Revolutionsmodell ist bekanntlich dessen voluntaristischer

Aspekt; während Gramsci die mechanistische Fehlinterpretation des Historischen Materialismus bekämpft, vermeidet er andererseits jene Überschätzung der Rolle des Bewußtseins, deren sich die chinesischen Kommunisten oft schuldig machen. Gramscis Analyse des Ideologieproblems schafft Ordnung in einem Feld, das dem Diletantismus nicht selten zum Tummelplatz dient. Ein Element des Irrtums liege darin, „daß man mit dem Namen Ideologie einmal den für eine bestimmte Basis notwendigen Überbau, zum andern die willkürlichen Hirngespinnste gewisser Individuen bezeichnet“ (a 169). Die Unterscheidung zwischen historisch-organischen Ideologien, die für eine gewisse Struktur notwendig sind und willkürlich ausgeklügelten Ideologien, hilft den Revolutionären, sich im ideologischen Kampf zu orientieren. Die Ideologien seien ihrer Natur nach „Herrschaftsinstrumente“ und als solche zu bekämpfen und bloßzustellen, „um die Regierten von den Regierenden intellektuell unabhängig zu machen, um eine Hegemonie zu zerstören und eine andere zu schaffen, als notwendiges Moment der Umwälzung der Praxis“ (a 279).

Wendet man ein, auch die „Philosophie der Praxis“ (also der Marxismus) sei Überbau, antwortet Gramsci: „Die Philosophie der Praxis tendiert nicht dahin, die Widersprüche der Geschichte und der Gesellschaft friedlich zu lösen, sondern sie ist vielmehr die Theorie solcher Widersprüche; sie ist nicht das Regierungsinstrument herrschender Gruppen, um den Konsensus herzustellen und die Hegemonie über subalterne Klassen auszuüben; sie ist der Ausdruck dieser subalternen Klassen, die sich selbst zur Kunst des Regierens erheben wollen und ein Interesse haben, alle Wahrheiten, auch die unbequemen, kennen zu lernen, um den (ihnen unmöglichen) Selbstbetrug der oberen Klassen, und mehr noch, den eigenen Selbstbetrug, zu vermeiden“ (a 280). Diese in der Polemik gegen Benedetto Croce formulierten Gedanken führen notwendigerweise zur begrifflichen Klärung der Rolle der Partei, eine Aufgabe, die sich Gramsci in den Notizen zu der berühmten Schrift Machiavellis „Il Principe“ stellt. Machiavellis Buch handelt davon, wie der Fürst sein müsse, der ein Volk zur Gründung eines neuen Staates führen soll; Gramsci sieht in Machiavelli den Begründer einer Wissenschaft von der Politik, dessen meist verkannte Lehre er neuzeitlich interpretiert. Der moderne Principe ist ihm die politische Partei, „die erste Zelle, in der sich jene Ansätze des Kollektivwillens zusammenfinden, die dahin tendieren, universal und total zu werden“ (a 285).

Die in diesem Zusammenhang von Gramsci entwickelten Gedanken über Führung und Geführte, über Demokratie und Disziplin gehen uns heute besonders nahe. Da es auch innerhalb derselben Klasse die Teilung zwischen Regierenden und Regierten gebe, müßten „einige unumstößliche Prinzipien“ aufgestellt werden. Der größte Fehler sei anzunehmen, „sobald einmal das Prinzip der Gruppe selbst aufgestellt sei, müsse sich der Gehorsam automatisch einstellen“; in Wirklichkeit sei eine Demonstration der Notwendigkeit und Rationalität des Führungswillens „erforderlich, ja indiskutabel“ (a 298). Die Mißachtung dieses Grundsatzes (Gramsci nennt den Fehler,

mit Bezug auf den italienischen Heerführer im ersten Weltkrieg, „Cadornismus“) führe zu sinnlosen Opfern und erfordere, daß nach jedem Mißgeschick die Verantwortlichkeit der Führer untersucht werden müsse. Diese Warnung vor dem, was wir heute „diktatorische Führungsmethoden“ nennen, hindert Gramsci nicht anzuerkennen, daß der „Schutz über eine gewisse politische und gesetzliche Ordnung“ Polizeifunktionen der (regierenden) politischen Partei voraussetzt. „Die Polizeifunktion kann progressiv oder regressiv sein“ (a 307), eine Unterscheidung, die nicht ohne Bezug auf das Funktionieren der Partei getroffen werden kann. „Ist die Partei progressiv, so fungiert sie demokratisch (im Sinne eines demokratischen Zentralismus), ist die Partei regressiv, funktioniert sie bürokratisch (im Sinne eines bürokratischen Zentralismus). Im zweiten Fall ist die Partei bloß ausführendes, kein beschließendes Organ: sie ist dann in technischer Hinsicht ein Polizeiorgan, und ihr Name politische Partei ist eine rein mythologische Metapher“ (ebd.).

Weit entfernt, den Begriff „Demokratie“ zu verabsolutieren, ihn seines Klasseninhalts zu berauben, wird Gramsci nicht müde, vor den Fallstricken der bürgerlichen Demokratie zu warnen, nachdrücklich bemüht, die Illusion zu zerstören, die „neue Hegemonie“ könnte auf parlamentarischem Wege erreicht werden (a 32). In den vor seiner Verhaftung geschriebenen Texten kommt die mahnende Sorge des Organisators der Fabrikräte von Turin zum Ausdruck, die Revolution könnte sich „in einem Parlament von Schwindlern und Verantwortungslosen elendig wiederfinden“ (a 34). Die „neue Hegemonie“, die anzustreben ist, setzt die Entlarvung der bürgerlichen Demokratie voraus, jener „Volkssouveränität“, „die alle drei, vier, fünf Jahre einmal ausgeübt wird“ (a 430). Gramsci macht diese ironische Bemerkung im Zusammenhang mit seiner Attacke gegen die Massenpresse, die, um bestimmte Ziele zu erreichen, einen „boom der öffentlichen Meinung“ erzeugt und jenen „die ideologische, oder besser emotionale, Vorherrschaft“ sichert, die sie bezahlen.

Gramscis Abhandlung über die Rolle der Intellektuellen regt an, das vielfach zerredete Problem neu zu überdenken. Der Philosoph geht davon aus, daß alle Menschen Intellektuelle sind, wenn auch nicht alle Menschen in der Gesellschaft die Funktion des Intellektuellen ausüben. Jeder brät sich einmal zwei Eier oder flickt an seiner Jacke herum, und man wird nicht deswegen sagen, daß alle Köche oder Schneider seien. Es bestehe daher die Aufgabe, die in jedem Menschen bis zu einem gewissen Grad vorhandene intellektuelle Tätigkeit kritisch auszubilden und ihr Verhältnis zur muskulären Anstrengung in ein neues Gleichgewicht zu bringen. In der modernen Welt sei die technische Erziehung auch mit der primitivsten Industriearbeit verbunden; dies bilde die Basis für den „neuen Typus des Intellektuellen“. Kernpunkt des Problems bleibe die Unterscheidung zwischen den „organischen Intellektuellen“ einer jeden gesellschaftlich grundlegenden Gruppe und den Intellektuellen im traditionellen Sinn (a 414). Das „ideologische Panorama“ einer Epoche wird verändert, wenn es gelingt, den neuen Typus der Intellektuellen zu bil-

den, „die direkt aus der Masse hervorgehen, und gleichwohl mit ihnen in Verbindung bleiben, um zu ‚Korsettstangen‘ zu werden“ (a 144).

Gramscis „Hefte aus dem Gefängnis“, verfaßt unter den Bedingungen seines Martyriums, wiewohl von fundamentaler Bedeutung für die internationale Marx-Diskussion, waren bisher dem deutschen Leser so gut wie unzugänglich. Die vorliegende Auswahl, als Pioniertat verdienstvoll, ist natürlich ein Torso und wie jede Auswahl einer gewissen Willkür unterworfen. Es überwiegen die philosophischen Betrachtungen zu Lasten der im engeren Sinne politischen; so fehlt die überaus wichtige Arbeit „La Questione Meridionale“, wo Gramsci sein Konzept der nationalen Aufgabe der für ihre Emanzipation kämpfenden italienischen Arbeiterklasse entwickelt. Ohne Gramscis Leitlinie von der Einheit der Volkskräfte ist die eigenartige Entwicklung der KP Italiens nicht zu verstehen.

Palmiro Togliatti, der Gramsci als Schüler, Mitarbeiter, Mitkämpfer von Anfang an nahestand, vertieft diesen Zusammenhang. In seiner Studie „Der Leninismus im Denken und Handeln Antonio Gramscis“ (b 135) weist der verstorbene Führer der KPI nach, daß die unermüdliche Polemik Gramscis gegen den Ökonomismus unmittelbar der großen Strömung der leninistischen politischen Theorie zuzurechnen sei. Togliatti legt den Nachdruck gerade auf jene Seite von Gramscis Gedankengang, den Riechers vernachlässigt; indem die Arbeiterklasse den korporativen Charakter der ersten Entwicklungsstufe überwindet, werde sie fähig, mit anderen Gruppen an die Lösung der großen nationalen Aufgaben heranzugehen. Gramscis Methode, sagt Togliatti, sei eine „Anleitung zur revolutionären Aktion unter den Bedingungen, unter denen sich der Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Welt vollzieht“ (b 140).

Die vorliegende Auswahl der Schriften von Togliatti kann, trotz ihres relativ bescheidenen Umfangs, als geglückt bezeichnet werden. Der Band enthält u. a. die Rede, die Togliatti (Ercoli) auf dem 12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale knapp vor Hitlers Machtergreifung gehalten hat („Gegen die falschen Analogien zwischen der deutschen und italienischen Situation“), ferner einen Auszug aus dem berühmten Referat auf dem 7. Weltkongreß (1935). Wichtig ist auch das meist nur im Auszug veröffentlichte Interview in der Zeitschrift „Nuovi Argomenti“ nach dem 20. Parteitag sowie das sog. „Testament“, auch „Memorandum von Jalta“ genannt, über Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit. In der Studie über die „Entstehung der Führungsgruppe der KP Italiens in den Jahren 1923—24“, geschrieben als Einleitung einer Dokumentensammlung, bekennt sich Togliatti, was nicht verwunderlich ist, zu der Wendung, die Gramsci in den Jahren, die dem Spaltungsparteitag von Livorno (1921) folgten, der Partei gegeben hat. Man kann sagen, damit habe der „italienische Weg“ begonnen.

Im Gegensatz dazu stellt die mit Fleiß und Akribie zusammengestellte Dokumentation von Helmut König eine vom Geist des Refor-

mismus erfüllte Polemik gegen die Komintern dar, letztlich auch gegen Gramsci gerichtet, dem vorgeworfen wird, er sei während seines Aufenthaltes in Moskau dem Einfluß von Sinowjew ausgesetzt gewesen (c 161). Der Aufstieg der KP Italiens nach dem zweiten Weltkrieg, ein Phänomen, das von der Tätigkeit Gramscis und Togliattis nicht zu trennen ist, dementiert allein schon den extremen Negativismus, mit dem der Verfasser der Politik der Komintern gegenübersteht. Die positive Bedeutung der Arbeit Königs liegt darin, daß hier zum erstenmal ein wichtiger Ausschnitt aus dem weltweiten Wirken der Komintern dokumentarisch belegt wird.

Bruno Frei (Wien)

**Marcuse, Herbert: Psychoanalyse und Politik.** — „Kritische Studien zur Philosophie“, hrsg. v. K. H. Haag, H. Marcuse, O. Negt u. A. Schmidt, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1968 (78 S., kart., 6,— DM).

Der späte, plötzlich hochspringende Erfolg von Marcuses Veröffentlichungen, der sie für die Verlage zur gewinnbringenden Ware machte, reizt dazu, den Interessen von Geschäft und raschem Umsatz das Interesse an Marcuses Schriften zu unterwerfen. Nachdem der Suhrkamp-Verlag von Klett die Rechte für Marcuses „philosophische Untersuchung zu Freud“ erworben hatte, brachte er das Werk unter neuem Titel in zweiter Auflage mit allen Attributen einer Erstauflage heraus. So wurde aus „Eros und Kultur“ ein zweites Buch namens „Triebstruktur und Gesellschaft“. — Bibliographische Hinweise sucht man auch in vorliegender Ausgabe von vier Vorträgen vergebens. Die ersten beiden sind in der Europäischen Verlagsanstalt bereits früher veröffentlicht (und zwar in Band 6 der „Frankfurter Beiträge zur Soziologie“). Wo im ersten der zweite zitiert wird, hat man in der Eile des Gefechts sogar die Seitenzahlen aus jener alten Ausgabe belassen. — Die restlichen beiden Vorträge des Bändchens sind gestraffte und teilweise etwas vorsichtigere Fassungen von zweien der Berliner Vorträge von 1967, deren einer, unter anderem Titel, im Argument (Nr. 45/1967) veröffentlicht ist. — Der Sammeltitel „Psychoanalyse und Politik“ deckt nur die ersten beiden Beiträge („Trieblehre und Freiheit“ und „Die Idee des Fortschritts im Lichte der Psychoanalyse“) und suggeriert wieder einmal ein neues Buch.

W. F. Haug (Berlin)

## II. Soziologie

**Bergmann, Joachim: Die Theorie des sozialen Systems von Talcott Parsons. Eine kritische Analyse.** Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1967, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 20 (253 S., kart., 24,— DM).

Mit Bergmanns Dissertation liegt die erste deutschsprachige systematische Parsons-Zusammenfassung und -Kritik vor. Parsons' bis-

herige Kritiker konzentrierten sich entweder auf spezielle Aspekte oder ideologische Implikationen seiner Theorie (Dahrendorf, C. W. Mills, D. Wrong); sie machten dann zum Ausgangspunkt ihrer Kritik besonders die Parsons'sche Fassung der Begriffe Gleichgewicht, Integration, Funktionalität, Macht und das für seine Theorie konstitutive Verhältnis von Statik und Dynamik (bzw. Struktur und Funktion). Oder sie taten sein theoretisches System — wie die Repräsentanten und bisherigen Schüler der Frankfurter Schule — ab mit der so zutreffenden wie vorfabrizierten und impotenten Einsicht, die strukturell-funktionale Theorie Parsons' überhöhe das je schon Bestehende durch dessen ideologische Verdopplung. Im Gegensatz dazu bietet Bergmann wirklich, was die Frankfurter Schule oft verspricht und selten hält: eine immanente Kritik. Bergmann rekonstruiert und referiert die Parsons'sche Theorie in ihren wesentlichen Zügen (Kap. II und III) und arbeitet dann das Konstruktionsprinzip der gesamten Theorie sauber heraus (Kap. VII). Und er überprüft die empirische Leistungsfähigkeit der strukturell-funktionalen Theorie an Parsons' *eigenen* empirischen Arbeiten über den Faschismus (Kap. IV), über soziale Schichtung in den westlichen Industriegesellschaften (Kap. V) und über Macht und Einfluß als soziale Steuerungsmechanismen (Kap. VI).

Bergmanns generelle Kritik an Parsons' theoretischem Konstruktionsprinzip, die sich durch das gesamte Buch wie ein roter Faden durchzieht, ist: die strukturell-funktionale Theorie ist in Wirklichkeit gar keine Gesellschaftsanalyse, wie sie vorgibt, sondern nur eine Normenanalyse; sie hat ihre Kategorien am Modell der Interaktion von wenigen Personen entwickelt und überträgt dieses Modell nach dem Analogieverfahren auf die ‚gesellschaftliche Objektivität‘; diese erscheint dadurch nur vermittelt durch ein gemeinsames und allumfassendes Normen- und Wertsystem, nicht durch das, was den Normen und Werten zugrunde liegt und allererst gesellschaftliche Objektivität ausmacht.

So heißt es etwa bei Bergmann, jeweils an zentralen und abgeleiteten Stellen der Analyse: „Da jedoch der Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft in Parsons' Theorie nur durch soziale Normen, als internalisierte und institutionalisierte, vermittelt ist, schrumpft die Gleichgewichtsbestimmung auf die nahezu tautologische These zusammen: daß ein stabiles und von allen akzeptiertes Wert- und Normensystem notwendig sei“ (S. 53). Oder, angewendet auf die Theorie der sozialen Schichtung bei Parsons: „Weil die allgemeine Theorie der sozialen Systeme die empirische Existenz eines Wert- und Normensystems voraussetzen muß, muß auch die theoretische Konstruktion von Sozialschichtung entgegen der empirischen Relevanz von Macht in der Konstitution von Sozialschichtung in normativen Kategorien erfolgen . . . Wenn die Theorie der Sozialschichtung sich auf den ‚Aspekt des gemeinsamen Wertmusters‘ beschränkt, so ist damit unterstellt, daß die gemeinsamen Werte und Normen adäquater Ausdruck der Funktionsbedingungen des sozialen Prozesses seien. Die Integration der Gesellschaft durch ein gemeinsames

Wertsystem verbürgt dadurch eo ipso die Funktionalität von Gesellschaft und ihrer Struktur. Integration und Funktionalität bezeichnen damit einen identischen Sachverhalt: das Gleichgewicht des Systems“ (S. 81). „In dieser tautologischen Identität von normativer und funktionaler Integration der Gesellschaft spiegelt sich ein realer gesellschaftlicher Zustand: in die gesellschaftliche Dynamik gehen die Bedürfnisse und Interessen der Individuen nicht konstitutiv und bestimmend ein“ (S. 107).

Dem Parsons'schen Normen-Begriff stellt Bergmann den Begriff des „gesellschaftlichen Substrats“ entgegen. Er tut dies zwar nicht mit der naiven Emphase der Adorno- und Horkheimer-Nachfolge, die sonst immer daran zu erinnern pflegt, daß man „insistieren“ müsse und nie richtig klarzumachen versteht, worauf. Man merkt aber doch an allen Stellen, an denen Bergmann einen Schritt hinausgeht über die Kritik an der Leere und den tautologischen Kreisen der Theorie Parsons' und an deren Stelle die Grundbedingungen für ein realistischeres gesellschaftstheoretisches Konstruktionsprinzip darzustellen versucht, wie wenig die kritische Theorie, auf die Bergmann bei diesem Geschäft verpflichtet ist, an kategorialen Orientierungen und an systematischen soziologischen Interpretationslinien zur Verfügung zu stellen vermag. Der Normen-Analyse Parsons' kann Bergmann nur immer wieder entgegenhalten, daß gesellschaftliche Normen nur Derivate des „gesellschaftlichen Substrats“ sind und daß dieses sich herstellt in den Arbeitsbeziehungen, in denen sich die Menschen mit der Natur auseinandersetzen und ihre Beziehungen zueinander organisieren. Das ist richtig und kann Parsons und seinen Anhängern und Interpreten nicht nachdrücklich genug entgegengehalten werden. Es ist aber doch darauf hinzuweisen, daß auch Bergmann dort, wo er diesen Nachweis empirisch gegen Parsons führt — z. B. wo er dessen Theorie der sozialen Schichtung als Mittelstandsideologie entlarvt —, durchaus nur auf simple und brave empirische amerikanische Untersuchungen zurückzugreifen braucht und dann auf deren — für Parsons tödliche — Schlußfolgerungen nur noch die vorgefertigten Schlußsätze der kritischen Theorie aufsetzen muß: „Normen sind nur Regelungen von sozialen Beziehungen, die in Elementen des faktischen Substrats ihren Gegenstand haben. . . . Normen leiten sich aus dem gesellschaftlichen Substrat ab, sind sekundär, Epiphänomene. Daraus folgt offensichtlich, daß keine Bestimmung von gesellschaftlicher Ordnung, soll sie sinnvoll sein, in normativen Kategorien allein formuliert werden kann; sonst ist sie tautologisch. Solche Tautologie liegt Parsons' gesamter Theorie zugrunde. Aus ihr lassen sich alle inneren Widersprüche und Besonderheiten verstehen“ (141).

Die Schwäche von Bergmanns Analyse, so sauber und didaktisch sie im einzelnen durchgeführt ist, bleibt: Zwar wird nachgewiesen, daß die systematische Gesellschaftstheorie von Parsons schließlich in ein tautologisches System mündet und zu einer ideologischen Apologie der bestehenden Gesellschaftsformen führt. Die Legitimität und Notwendigkeit einer systematischen Gesellschaftstheorie überhaupt

wird aber nicht diskutiert; nach ihr wird noch nicht einmal gefragt. Im Verlauf der Analyse Bergmanns wird klar, eine wie schwache Stütze Bergmann in der kritischen Theorie findet. Abgesehen von Herbert Marcuse, auf dessen „Eindimensionalen Menschen“ er sich in seinem Schlußkapitel stützt, findet er bei der kritischen Theorie nur eine patriarchalische Rückendeckung, keine wirklich theoretische Anleitung. Beispiele dafür sind die Grund- und Wurzelsätze, die Bergmann periodisch von Adorno und Horkheimer aufführt; etwa: „Eine Formel, die ein für allemal die Beziehung zwischen Individuum, Gesellschaft, Natur bestimmte, gibt es nicht“ (S. 230). — Schön und richtig; daran kann man sich zunächst einmal festhalten. Die Aufgabe ist aber: eine soziologische Theorie, die weder „ein für allemal“ feststellt, daß es so ist, wie es ist, noch sich von der „Beziehung zwischen Individuum, Gesellschaft, Natur“ derart beeindruckt läßt, daß sie über die konkrete und sinnvolle Detailanalyse einerseits und die globale Versicherung andererseits nicht hinauskommt, daß es ein historisches und materielles gesellschaftliches Substrat gebe, in dem diese Beziehung „allemal“ vermittelt sei.

Die Zusammenfassung der Parsons'schen Theorie von Bergmann ist sehr didaktisch angelegt. Sie ist auch, gemessen an der hoch formalisierten und teilweise formalistisch-ästhetizistischen Sprache Parsons', verständlich geschrieben. Die ausführlich zitierten (sehr gut ins Deutsche übersetzten und im Anhang zusätzlich im Original wiedergegebenen) Textstellen bieten, soweit ich es verfolgen konnte, einen durchaus repräsentativen Querschnitt durch und keineswegs eine unredliche oder gar böswillige Auswahl aus den Schriften Parsons'. Das Buch dürfte also auch geeignet sein für Leser, die nicht die Absicht haben, sich mit Parsons' Schriften vertraut zu machen; besonders aber ist es eine wertvolle Einführung in die Theorie Parsons', besonders für diejenigen, die sich nur mit speziellen Teilausschnitten aus Parsons' Werk beschäftigen können oder müssen. Dabei ist eine Einschränkung am Platz: die psychoanalytische Seite des Werkes von Parsons kommt in der Arbeit von Bergmann entschieden zu kurz. Die strukturell-funktionale Theorie baut genau so auf der psychoanalytischen Theorie Freuds auf, wie auf Durkheim und Max Weber. Zwar ist richtig, was Bergmann grob feststellt: daß Parsons in bezug auf die Psychoanalyse ein „Revisionist“ ist, weil er die biologische Dimension des menschlichen Triebapparates aus seiner Persönlichkeitstheorie herauswirft und die historische Modifizierbarkeit dieses Triebapparates nicht historisch, sondern nur in Symbolkategorien begreift. Bergmann zeigt aber nicht systematisch, warum Parsons dies tun muß, damit das Persönlichkeits-System und das Sozial-System der strukturell-funktionalen Theorie zu der Deckung kommen, deren die Normen-Analyse bedarf. Diese Einschränkung muß sogar zu der Kritik an Bergmann ausgeweitet werden, daß die systemtheoretischen und psychoanalytischen Ansätze von Parsons und damit die Entwicklung von Parsons überhaupt ab 1953 („Working Papers in the Theory of Action“) so gut wie nicht verarbeitet werden.

Reimut Reiche (Frankfurt am Main)

**Siberski, Elias: Untergrund und offene Gesellschaft.**  
Zur Frage der strukturellen Deutung des sozialen Phänomens.  
Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, 11. Band. Ferdinand Enke  
Verlag, Stuttgart 1967 (291 S., kart., 34,— DM).

Siberski versucht in seiner Dissertation das partikulare Problem „Untergrund und offene Gesellschaft“ allgemein in der „strukturellen Deutung des sozialen Phänomens“ zu fassen. Der spärlich ange deutete Zusammenhang beider Themenkreise stellt sich auf andere Weise her, als dem Autor lieb sein mag: in der Apologie einer Gesellschaftsformation, deren soziologisches Destillat das bloße Meinen für die Realität selbst ausgibt. Erstarrte die von der Nationalökonomie geschiedene Soziologie zu einem Gerippe formaler Kategorien, löst positivistische Soziologie sozio-ökonomische Grundverhältnisse in gesellschaftliche Beziehungen bzw. Verhaltenslehren auf, so hadert dieser theoretische Versuch mit einer Grundvoraussetzung der klassischen Methode: der Prämisse von der Faktizität der sozialen Tatsache. Das derart entgegenständlichte soziale Phänomen soll in bestimmten soziologischen Regelmäßigkeiten dingfest gemacht, die Perspektive auf „potentielle soziologische Invarianzen“ wie „Geltung“ und „Konsensus“ gerichtet werden. Dieses Surrogat von Wirklichkeit scheint nach Siberski gesättigt in Grundphänomenen wie „kommunikative Wirklichkeiten“ und „soziale Bezugssysteme“, deren alternative Konstellation als Inhalt offener soziologischer Begriffsbildung zur Voraussetzung offener Gesellschaft werden soll. Nicht nach Wirklichkeit und ihren verborgenen Tendenzen wird gefragt, sondern das von den gesellschaftlichen Mächten manipulierte Meinen feilgeboten. Wissenschaft als Ideologie kreierte das herrschende gesellschaftliche Bedürfnis schlechthin, das nach außerwissenschaftlichen Selektionsmechanismen bestimmt, was sich als ideologisches Integrationsmittel profitabel verwertet.

Indem folgerichtig das Merkmal der Geschlossenheit, charakteristisch für den Untergrund als nicht voll legitimierte Organisation innerhalb eines sozialen Gefüges, niederen sozialen Formen zugezählt wird, wertet Siberski bereits den zu untersuchenden Tatbestand und präjudiziert tautologisch das Ergebnis: „Die ‚Qualifikation‘ der Untergrundorganisation zur Macht — die gelungene Bezwungung der Macht — trägt jedenfalls klare Züge der Disqualifizierung zur demokratischen Machtausübung“ (274). Ihre Aufbauelemente: Geheimnis, symbiotische Bindung und Oppositionalität verschränkten sich nach der Machtergreifung zum Gefüge eines totalitären Regimes. Strukturelle Tendenzen, wie der unbewiesene Befund gegenseitiger Anziehung von problematischer Jugend und Untergrundorganisation, und anthropologische Merkmale, wie der unterstellte Typus des Schlaukopfs, Verschwiegene, Raffinierte, des guten Kumfels und skrupellosen Gefolgsmanns, mit Neigung zu Verstellung und List, Volkstümlichkeit und Spiel, gründeten in Wissenszunahme und Ich-Entwicklung, die als existentieller Entfremdungsprozeß verstanden werden: „An dem von unserer Gesellschaft ungestillten Verlan-

gen nach einem Leben, das dem Eigentlichen gilt, setzt die Anziehungskraft des Untergrundes an“ (75). Davon zeugen angeblich die Ritualisierung der Arbeit in der Sowjetunion und die Volkstumsbegeisterung.

Die objektive Funktion solcher Darstellung, die weder die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Untergrundes noch die des totalitären Regimes analysiert, aber beide miteinander vermittelt, liegt unausgesprochen darin, revolutionäre Veränderung zu disqualifizieren. Was nun mit demokratischer und offener Gesellschaft und ihrem Untergrund inhaltlich gemeint ist, bleibt allerdings der Phantasie des Lesers überlassen. Paul Oehlke (Marburg/Lahn)

**Kiss, Gábor:** *Gibtes eine „marxistische“ Soziologie?*  
Bd. 33: Dortmunder Schriften zur Sozialforschung. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1966 (118 S., kart., 19,— DM).

Der Autor gehört in die Tradition derer, die ehemals mit der vergleichsweise plumpen Gleichung „Rot = Braun“ (Totalitarismuskonzeption) Kommunismusabwehr betrieben, primär als Abwehr des ‚äußeren Feindes‘. Mit dem gleichen Rüstzeug versuchen sie heute auf dem subtileren Wege über die Konvergenztheorie fundamentale Unterschiede vermittels oberflächlicher, zum Teil sogar eigens dafür konstruierter Gemeinsamkeiten wegzuleugnen. Sich fortschrittlich gebend, erkennen sie Marxismus als historische Größe an, um ihn aus der Gegenwart auszustreichen. So erledigen sie im Dienste eines durchsichtigen Herrschaftsinteresses den ‚äußeren‘ und ‚inneren‘ Feind in einem Zug.

Anhand wissenschaftlicher Diskussionen innerhalb der osteuropäischen Länder wird belegt, daß die Theorien der einzelnen Soziologen nicht ganz einheitlich (!) sind; hieraus will der Verfasser „die Unbrauchbarkeit des weltanschaulich gefärbten Begriffes ‚marxistische Soziologie‘ für das wissenschaftliche Verständnis der osteuropäischen Soziologie“ beweisen (114). Marxistisch, bei Kiss immer in Führungszeichen, heißt für ihn ideologisch. Marxismus wird kurzerhand geteilt in „intellektuellen Marxismus“ (9) (etwa bei Kolakowski) und „institutionellen Marxismus“ (8), und fast durchweg wird seine Kenntnis der Sekundärliteratur (etwa Ludz) entnommen. Auf diese wissenschaftlich unqualifizierte Weise gelingt eine Marxismuskonstruktion, gegenüber der sich zeitgenössische marxistische Soziologen als unmarxistisch abheben dürfen. Der Trick ist ganz einfach: ich konstruiere einen Marxismus, den es nicht gibt; dann messe ich den wirklichen an dem konstruierten Marxismus und stelle fest, daß er ihm nicht entspricht; daraus folgere ich, daß der Marxismus selbst einer längst überholten Epoche angehört. Durchgeführt wird dies an angeblichen marxischen Gesetzen, deren wichtigstes zum Beispiel das der fünf Entwicklungsstapen (Urkommunismus / Sklavenhalterei / Feudalismus / Kapitalismus / Sozialismus-Kommunismus) sei (8); oder: eine bestimmte Produktionsweise ‚erzeuge‘ eine bestimmte gesell-

schaftliche Ordnung, die völlig unabhängig vom menschlichen Bewußtsein existiere; und Automation erzeuge nach Marx Kommunismus, der Begriff der „neutralen Technik“ (Kuczynski) sei dem Marx-schen Denken fremd. — Sozialismus kennt Kiss nur aus den Darstellungen Ahlbergs, Mehnerts u. a., so daß er empört feststellen kann: „Der Ostberliner Professor Scheler behauptete sogar, daß die ‚marxistische‘ Soziologie nachweisen kann, daß der Friede . . . eine objektive Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaft‘ sei. Krieg und Friede würden nämlich in ganz bestimmten ökonomischen Grundlagen wurzeln; so wie der Kapitalismus notwendigerweise den Krieg erzeuge, bringe die sozialistische Gesellschaftsordnung den Frieden hervor“ (23). Weitere dem Marxismus innewohnende Kriterien seien *Parteilichkeit*, diese meine Herrschaft der Partei und müsse den Erfordernissen der Wissenschaftlichkeit mehr und mehr weichen; und *Materialismus*, der empirische Sachlichkeit meine und „ironischerweise in die bürgerliche Soziologie weit eher Eingang gefunden“ habe. Den Gipfel seiner theoretischen Erkenntnis erreicht der Verfasser bei der Abhandlung des marx-schen Klassenbegriffs. Aus der Tatsache, daß die von Marx beschriebenen Klassen im Sozialismus so nicht mehr existieren, der Begriff also auf die Analyse dieser Gesellschaft von ihren Soziologen nicht mehr anwendbar ist, sowie aus der zweiten Tatsache, daß der Klassenbegriff im Westen verdrängt wird, da die Soziologie durch seine Aufnahme politisch werden müßte, folgert er: „Man könnte sogar im Sinne von Schelskys Aussagen über die Bedeutungslosigkeit des Klassenbegriffs bei der Analyse westdeutscher Verhältnisse von einer Ähnlichkeit zwischen ‚marxistischer‘ und ‚bürgerlicher‘ Soziologie sprechen, denn auch für die Analyse der gegenwärtigen sozialistischen Gesellschaft spielt der Klassenbegriff keine zentrale Rolle mehr“ (109). Danach staunt der Leser nicht mehr, daß die osteuropäischen Soziologen auch das von Marx postulierte revolutionäre Potential in ihrer Arbeiterschicht nicht mehr zu finden vermögen und kann aufatmen bei der Versicherung, daß die sich „bedauerlicherweise“ auch im Westen „marxistisch“ nennende Soziologie nur „nach außen hin“ so sich „legitimiere“, im Innern aber sich dem „internationalen Stand der wissenschaftlichen Soziologie“ annähere.

Frigga Haug (Berlin)

**Abramowski, Günter:** Das Geschichtsbild Max Webers. Universalgeschichte am Leitfaden des okzidentalen Rationalisierungsprozesses. Kieler Historische Studien, Band I. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1966 (190 S., Ln., 28,40 DM).

Für die Darstellung des Gesamtwerkes von Max Weber hat Reinhard Bendix mit seinem Buch „Max Weber. An Intellectual Portrait“, New York 1960, gültige Maßstäbe gesetzt. Man konnte nun gespannt sein, ob der zweite Versuch der Darstellung der Gesamtkonzeption Webers wesentlich Neues zutage fördern würde. Abramowski, ein Historiker der jüngeren Generation, geb. 1928, promovierte 1963 mit dieser Arbeit bei Erdmann in Kiel, dem erklärten Gegner Fritz

Fischers in der Diskussion um die Kriegszielpolitik des deutschen Kaiserreiches. Die antimarxistische Tendenz der Kieler Schule ist, nicht zuletzt in diesen Auseinandersetzungen, einem größeren Kreis bekannt geworden. Trotzdem hätte man geglaubt, daß eine Darstellung der universalhistorischen Auffassungen Max Webers sich die Sache nicht gar zu leicht machen würde. Die Auseinandersetzung Webers mit dem Marxismus und seine wissenschaftliche Begründung des gesellschaftlichen Führungsanspruchs des Bürgertums können heute nicht mehr unbesehen übernommen werden. Doch gerade dies wird hier zum Prinzip gemacht: „Es geht im folgenden nicht um Kritik, sondern um den verstehenden Nachvollzug einiger zentraler Aspekte von Webers Geschichtsbild.“ (11) Leider führt das „Verstehen“ gar bald in eine Apologie. Vor allem aber reicht es nicht aus, die Herausarbeitung des Weberschen Grundprinzips dadurch leisten zu wollen, daß man in falsch verstandener Wissenschaftlichkeit eine Gesamtdarstellung des Weberschen Werkes liefert — wenn auch in gekürzter Form —, ohne den wissenschaftlichen Begriff von Geschichte, geschweige denn den philosophischen Begriff „Geschichtsbild“, auch nur einmal zu erörtern. Von kritischer Erarbeitung kann dann natürlich erst recht keine Rede sein. So bleibt nur, das Buch als „Einführung in das schwer überschaubare Gesamtwerk Max Webers“ aufzufassen, wie es die Presseinformation des Verlages vorsorglich nahelegt. Nur ist ihm dann die Arbeit von Bendix zweifellos weit überlegen.

Abramowski legt Wert auf die Darstellung der universalhistorischen Leitlinie des Rationalisierungsprozesses, die Max Weber zur Grundlage seiner Geschichtsauffassung geworden ist. Ohne Metaphysik und ohne teleologische Sinndeutung habe er damit eine empirisch belegbare, rationale Deutung des historischen Prozesses geliefert. Eine gewisse Endstufe dieses welthistorischen Rationalisierungsprozesses stelle die westliche okzidentale Kultur des rationalen Kapitalismus dar. Letzterer sei wiederum mitbegründet worden durch den puritanisch-calvinistischen Protestantismus, der in einem langandauernden Erziehungsprozeß das kapitalistische Arbeitsethos als eine konstitutive Bedingung der modernen Wirtschaftsgesellschaft geschaffen habe. „Der Katholizismus hatte wohl die außerweltliche Askese rationalisiert, nicht aber in gleicher Weise die innerweltliche Lebensführung der Laien. Das Luthertum hatte die innerweltliche Berufstätigkeit religiös verklärt, ohne sie aber mit asketisch-aktivistischen Energien auszustatten. Im asketischen Protestantismus dagegen wurde das Prinzip asketischer Lebensmethodik mit der Forderung nach innerweltlicher Aktivität verbunden.“ (30) Abramowski betont dabei immer wieder, daß Weber mit dieser These keineswegs eine Monokausalität im Auge habe. Lediglich hätten bestimmte Momente des Calvinismus den Kapitalismus „begünstigt“ (21). Doch wird an zahlreichen anderen Stellen deutlich (vgl. S. 24, 29, 61, 70/71, 72, 96), daß Weber nicht nur begrenzte religionssoziologische Erkenntnisse gewinnen wollte, sondern mit seiner These von der säkularen Bedeutung der innerweltlichen Askese ohne Zweifel am Ge-

bäude des orthodoxen, kautskyanisch gefärbten Marxismus rütteln wollte, wobei er das Schema von Unterbau—Überbau undialektisch übernahm und auf den Kopf zu stellen versuchte. Wie könnte sonst von einer „welthistorischen Bedeutung des okzidentalen Mönchtums“ (24) gesprochen werden. In Einzelfällen lassen sich damit durchaus abgewogene Analysen gewinnen, wie z. B. die Erklärung der mangelnden Teilnahme der Juden am kapitalistischen Industrialisierungsprozeß (80), doch die welthistorische Perspektive muß begrenzt bleiben. Auch noch so viele Beteuerungen Abramowskis können über den zwiespältigen Charakter der Weberschen Thesen nicht hinwegtäuschen.

Die Untersuchungen Webers zur antiken und mittelalterlichen Stadt zeigen weiter, wie er es nicht wagt, marxistische Begriffe zu verwenden, obwohl er den Tatbestand, den sie bezeichnen, ausführlich darstellt und nicht abweichend beurteilt. Geringe Kaufkraft der Massen und Sklavenarbeit, die Ursachen des Niedergangs des römischen „Kapitalismus“ und damit des römischen Weltreiches, beruhen selbstverständlich auf Ausbeutung und Herrschaft von bestimmten Klassen, auch wenn Max Weber es ausdrücklich ablehnt, dies so zu nennen. Abramowski „versteht“ auch hier, wo er doch hätte „erkennen“ können. Die Darstellung der Herrschaftstypologie ist dagegen gut gelungen; die Parteitypologie allerdings kommt zu kurz, wobei man Abramowski wohl zugute halten muß, daß es ihm hier vor allem auf die Kritik an Webers Überbetonung des charismatischen Elementes ankommt, ohne diese wissenssoziologisch erklären zu können.

Die entscheidende kritische Würdigung der Weberschen Idee vom okzidentalen Rationalisierungsprozeß geht am Ende schließlich völlig unter in einer hermeneutisch-verstehenden Interpretation und Apologie Max Weberscher „verantwortlicher Bewährung und Entscheidung“ (161) im bedingten Rahmen kapitalistischer Rationalität. Die Intention geht auf Propagierung ethischer Leerbegriffe, die nichts anderem dienen, als bestehende Herrschaftsformen grundsätzlich zu bestätigen, weil reale Unterdrückungsstrukturen verschleiert werden — und zwar bereits begrifflich. Die Ursache liegt in der fehlenden Unterscheidung von technischer oder manipulierter Rationalität und vernünftiger Rationalität. Damit wird Entfremdung ein unausweichlicher Prozeß der modernen „industriellen“ Entwicklung — Handhabe für kulturphilosophischen Pessimismus nach dem Vorgang von Schopenhauer und Nietzsche. Die historische Tendenz „zunehmender Unfreiheit“ (168) widerspricht nun jeglicher Utopie einer „klassenlosen Gesellschaft“. Freiheit wird als beschränkte auf der Grundlage einer mangelhaften begrifflichen Unterscheidung gesetzt. Damit bleiben Max Weber und sein Apologet Abramowski die Ideologen des organisierten Kapitalismus und seiner Nutznießer, ohne daß auch nur an irgendeiner Stelle des Buches die wissenssoziologische Reflexion wenigstens Bewußtheit, wenn auch korrumpierte, aufkommen lassen würde.

Karl Theodor Schuon (Marburg/L.)

**Strzelewicz, W., H.-D. Raapke, W. Schulenberg:** Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, Bd. 10, Enke Verlag, Stuttgart 1966 (616 S., kart., 48,— DM/Lw., 54,— DM).

Bei der vorliegenden Untersuchung zum Problem von Bildung und gesellschaftlichem Bewußtsein handelt es sich um einen bisher seltenen Versuch, dieselbe Fragestellung mit unterschiedlichen Erhebungsmethoden zu untersuchen, um dadurch zu optimal abgesicherten Ergebnissen zu gelangen. Die Untersuchung leistet daher einen doppelten Beitrag: sie will zum einen die Frage danach „welche Vorstellungen die breite Bevölkerung mit dem Wort Bildung verbindet, was nach Meinung der Bevölkerung zur Bildung gehört, wozu sie verhilft, was einen Menschen, den man für gebildet hält, auszeichnet“ (39) in repräsentativem Rahmen untersuchen, zum anderen aber leistet sie einen Beitrag zur vergleichenden Methodenforschung, einem Gebiet, das in der deutschen Nachkriegssoziologie bisher stark vernachlässigt worden ist.

Den Weg zu dieser spezifischen Fragestellung und ihren methodischen Zugang wies einer der drei Autoren — Wolfgang Schulenberg — mit einer bereits 1953 begonnenen und seit einigen Jahren veröffentlichten Untersuchung über „Anschauungen, Einstellungen, Meinungen, Vorurteile und Urteile erwachsener Menschen zur Erwachsenenbildung“<sup>1</sup>. In dieser Untersuchung, die sich auf die Stadt Hildesheim beschränkte, arbeitete der Autor bereits mit verschiedenen empirischen Methoden, wobei er vor allem das bis dahin in Deutschland kaum bekannte Gruppendiskussionsverfahren anwandte und erheblich weiterentwickelte. Diese sog. Hildesheimstudie liegt der neuen auf Repräsentativität gerichteten Studie als pilot study zugrunde. Das mehrstufige Forschungsvorhaben arbeitet mit den wichtigsten Methoden der empirischen Sozialforschung: einer repräsentativen Fragebogenerhebung, Gruppendiskussionen und Tiefeninterviews. Die Fragebogenerhebung wurde 1958 vom DIVO-Institut durch Befragung einer Stichprobe von 1850 Personen durchgeführt. Teils aus der „Hildesheimstudie“ und teils aus dieser Repräsentativbefragung ergaben sich „spezifizierte Thesen“ die anschließend durch Gruppendiskussionen überprüft wurden (1960). Die sich daran anschließenden Tiefeninterviews hatten u. a. das Ziel, „die Frage zu klären, ob zwischen bestimmten typischen Argumenten, Meinungen und Einstellungen ... und der Persönlichkeit ihrer Träger irgendwelche regelmäßigen Beziehungen zu erkennen seien“ (51). Hierzu wurden aus den Gruppendiskussionen Teilnehmer ausgewählt, „die eine bestimmte typische Meinungs- und Einstellungskombination besonders profiliert vertreten hatten“ (51). 1961 war das Primärmaterial der ganzen Untersuchung erstellt. In einer weiteren DIVO-Untersuchung (1963) wurden einzelne Fragen der ersten Untersuchung

1 Wolfgang Schulenberg, *Ansatz und Wirksamkeit der Erwachsenenbildung*, Enke: Stuttgart 1957, S. 1

wörtlich wiederholt, woraus sich stichprobenartig die Bestätigung ergab, daß die Ergebnisse von 1958 zumindest nach fünf Jahren noch als aktuell gelten konnten. Vollständig scheint damit jedoch nicht der Verdacht entkräftet, daß zum Zeitpunkt der Veröffentlichung die Ergebnisse dieser Untersuchung bereits in mancher Hinsicht überholt waren.

Die Hauptergebnisse lauten:

1. Von niemandem wird ernstlich bezweifelt, daß Bildung zu haben eine wertvolle Eigenschaft ist.
2. Die Anerkennung von Bildung findet in nüchterner, fast pragmatischer Weise statt; ein dem Idealismus vergleichbarer Bildungs-enthusiasmus ist nicht mehr zu finden.
3. Trotzdem wird Bildung nicht allein als ein käufliches Mittel zum sozialen Aufstieg angesehen; auch heute fehlen im Bildungsbegriff Elemente der persönlichen Lebenserfüllung und der allgemeinen Horzonterweiterung nicht.
4. Bildung vermittelt in der hochmobilen Gegenwartsgesellschaft „Leitlinien der Orientierung und des Verhaltens für alle“ und ersetzt damit den einstigen Halt aus festen Traditionen.

Wichtig für den Zusammenhang zwischen Bildung und gesellschaftlichem Bewußtsein ist die Feststellung, daß die unteren, schulmäßig und sozial benachteiligten Sozialgruppen viel stärker dazu neigen, eine sozialdifferenzierende Funktion der Bildung anzunehmen als die Angehörigen höherer Schichten, die der Bildung eine vorwiegend personal-differenzierende Funktion zuschreiben. Wenn man in diesem Zusammenhang bedenkt, daß sich fast alle Befragten unabhängig von ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit darin einig sind, Bildung als ein „erstrebenswertes und hochgestecktes Muster menschlicher Lebensführung und Vergesellschaftung“ (577) anzusehen, so besagt das In-den-Vordergrundstellen der sozial differenzierenden Funktion der Bildung durch die bildungsmäßig unterprivilegierten Schichten, daß das Ausgeschlossenensein von höherer Bildung von ihnen als Frustration und als Indiz für eine auf Ungleichheit beruhende Gesellschaft empfunden wird. Die objektive Erschwerung des Zugangs bestimmter Schichten zu höherer Bildung leistet also offenbar keinen unerheblichen Beitrag zu einem Gesellschaftsbild dieser Schichten, das um soziale Schranken weiß und diese als Frustration empfindet. Jedenfalls ist es von dem Gesellschaftsbild einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ oder von einem „hierarchischen Bewußtsein“ weit entfernt.

Es wäre wünschenswert gewesen, die durch höchst differenzierte methodische Mittel erarbeiteten vielfältigen Ergebnisse dieser Untersuchung in einer noch dichteren und damit bildungspolitisch wirkungsvolleren Form am Schluß der Untersuchung zusammenzufassen. So läuft die Untersuchung Gefahr, auf eine in-group von Fachsoziologen und besonders auf solche, die an methodischen Fragen interessiert sind, beschränkt zu bleiben, was den Ergebnissen viel von ihrer gesellschafts- und bildungspolitischen Brisanz nimmt.

Vorzüglich in ihrer Kürze ist die der Untersuchung vorangestellte sozialhistorische Darstellung von Bildung und gesellschaftlichem Bewußtsein von Willy Strzelewicz. Sie hätte als Muster dienen können für ein Schlußkapitel über „Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein in der Gegenwart“. Ingrid Schmiederer (Marburg/L.)

**Bildung und Konfessionalität.** Beiträge von Ernst Bloch, Thomas Ellwein, Friedrich Hahn, Heinz-Joachim Heydorn, Ernst Roth, Hermann Schrödter, Ilse Straff. Kritische Beiträge zur Bildungstheorie, hrsg. von H.-J. Heydorn u. a., Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt 1967 (156 S., kart., 16,80 DM).

Alle Autoren stehen der traditionellen staatlichen Konfessionsschule kritisch gegenüber, versuchen jedoch zugleich, kurzatmige Polemik zu vermeiden und ihre Kritik an der Konfessionsschule auf Gründe zu stützen, die in einen umfassenderen theoretischen Rahmen gehören: in den der Reflexion auf die gesellschaftliche Bedingtheit von Bildung, Erziehung und Konfessionalität. Damit gehen die „kritischen Beiträge zur Bildungstheorie“ über die vorherrschende Tradition der deutschen Bildungstheorie hinaus, die weitgehend einem idealistisch-lebensphilosophischen Ansatz verhaftet blieb, dem zufolge nicht die Menschen, sondern der Geist oder das Leben die Subjekte geschichtlichen Handelns sind.

Der Versuch, einen ahistorischen und die gesellschaftlichen Vermittlungen der Erziehung überspringenden Ansatz zu überwinden, kennzeichnet bereits die Aufsätze von *H. Schrödter*: „Wahrheit, Konfession und Erziehung“ und *Fr. Hahn*: „Bekenntnisschule — christliche Gemeinschaftsschule — freie Schule“, die an neuere Entwicklungstendenzen in der katholischen bzw. evangelischen Kirche anknüpfen, ohne allerdings mit der Problematik von Bildung als „Inbegriff rationaler Vermittlung“ (155) in einer durch irrationale Herrschaft gesteuerten Gesellschaft ins reine zu kommen, da Schrödter schließlich doch mit der Definition der Wahrheit als „ewigem Wagnis jedes Einzelnen“ (52) einen Angelpunkt außerhalb von Geschichte und Gesellschaft, den keine Dialektik mehr in die Immanenz zurückzuholen vermag, anvisiert, während Hahn die Ideologie der pluralistischen Gesellschaft nicht durchschaut. — In einer gründlichen historischen Abhandlung stellt *E. Roth* die „Bildung und Religiosität bei den Juden“ dar. — *I. Staff* zeigt in einem sehr verdienstvollen Aufsatz die Problematik der herrschenden Rechtsprechung im Bereich des Elternrechts: eindeutig wird das Recht der Eltern dem Recht des Kindes auf optimale Ausbildung und persönliche Entfaltung vorgeordnet, obgleich die Voraussetzung, daß die Eltern stets am besten die Interessen des Kindes wahrzunehmen vermöchten, angesichts der Ergebnisse der soziologischen Forschung hinfällig ist. Die Autorin fordert demgegenüber die Möglichkeit, das Elternrecht zugunsten des Kindes zu beschränken, wenn das objektive Interesse des Kindes gewahrt werden muß. Eine solche Regelung wäre für den Erfolg einer „positiven Auslese“ (110), d. h. einer Förderung der Kin-

der durch die Schule, von großer Bedeutung, da sonst Maßnahmen der Schule zum Ausgleich sozial bedingter Unterschiede in den schulischen Erfolgchancen der Kinder am „Elternwillen“ scheitern werden. —

Am ausführlichsten und intensivsten wird die Problematik der gesellschaftlichen Bedingtheit von Erziehung in den Beiträgen von *Th. Ellwein*: „Bildung und Konfessionalität“ und von *H.-J. Heydorn*: „Vom Zeugnis möglicher Freiheit“ dargestellt. Ellwein, der eine „kritische Wissenschaft“ von der Erziehung als „Handlungswissenschaft“ konzipiert, die den „Blick für den Gesamtzusammenhang . . . , in dem jeweils erzieherisch gehandelt wird“, eröffnen wie „die konkrete erzieherische Situation erschließen“ soll (11), weist darauf hin, daß das Verhältnis von Bildung und Konfessionalität im Bereich des öffentlichen Schulwesens solange unproblematisch war, als der Staat seinem Selbstverständnis nach der Gesellschaft und ihren Gruppierungen übergeordnet war. Die Konfessionsschulen waren stets staatliche Schulen, deren Organisation und Bildungskonzeption, „durch die Anordnungen und Aufträge des Staates bedingt“ waren. Die Einheit des Bildungswesens wurde durch die konfessionellen Aufgliederungen hindurch über den Staat vermittelt. Erst mit zunehmender Identität von Staat und Gesellschaft wird „jede auch ins Organisatorische reichende Ausdifferenzierung der Gesellschaft zum Problem“: Eini-gung ist nicht mehr möglich als von oben dekretierte; sie ist Ergebnis „gesellschaftlichen Wettbewerbs“ (18 f.), eines Wettbewerbs, auf den sich auch die Konfessionen einlassen müssen. Deren Ansprüche auf Veränderung einer nicht-christlichen Gesellschaft sind selbst gesellschaftlich vermittelt; sie lassen sich nicht mit Hilfe eines von allen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Schulwesens gegen eine Gesellschaft durchsetzen, die nicht verändert sein will. Der Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung im Namen der spezifischen Weltanschauung einer Gruppe läßt sich nur in einer reinen Privatschule aufrechterhalten. Damit ist ein entscheidendes Problem angeschnitten: Wenn die Schule als eine Einrichtung der Gesellschaft der Erhaltung des status quo dient — und das um so ausschließlicher, je „geschlossener“ die Gesellschaft, je geringer die Freiheit des Einzelnen gegen die etablierte Ordnung ist —: kann dann in ihr die Erinnerung an die Opfer, die die repressive Ordnung den Individuen abverlangt, und damit zugleich die aufklärerische und kritische Potenz von Bildung aufbewahrt werden? Heydorn geht diesem Problem nach und zeigt, welche Momente des etablierten Schulwesens dessen Verhärtung aufzubrechen vermöchten. Im Kern bereits ist der sprengende Widerspruch aufbewahrt. So eng institutionalisierte Bildung und Machtausübung miteinander verknüpft sind, insofern jene der Fortsetzung und Sicherung dieser dient: das Bildungswesen lebt von der Anerkennung des noch nicht Domestizierten und Präformierten im jungen Menschen; in ihm wird „Wahrheit als kommende Wirklichkeit des Menschen, als das geschichtlich Unabgeschlossene bezeugt“ (129). (Hier besteht ein Zusammenhang mit *E. Blochs* Aufsatz über „Hoffen und Glauben“.) „Als Institution ist sie Joch, Zwangsveran-

staltung eines unvollendeten Lebens, Ausdruck der Dichotomie aller Existenz und muß in der unaufgehobenen Aderheit bleiben. Zugleich aber ist sie allein auf Vorläufigkeit angelegt, metaphorisch bekundet sie die Aufhebung aller Verfügung über den Menschen durch die Herrschaft des Geistes.“ (150) Das Zitat zeigt jedoch bereits eine Gefahr, der Heydorn stets erneut erliegt, obgleich er um eine Reflexion auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Erziehung bemüht ist: Der idealistische Ansatz der traditionellen deutschen Bildungstheorie, deren Wahrheitsgehalt der Verfasser aufbewahren möchte, wird nicht konsequent überwunden. Wie an der zitierten Stelle die Dichotomie eine „aller Existenz“, nicht aber die bestimmte einer spezifischen Gesellschaftsordnung und die „Aufhebung aller Verfügung“ eine Sache des Geistes ist, so wird an anderer Stelle „Bildung“ als Abstraktion zum Akteur der Geschichte; „Bildung“ (nicht die konkreten Menschen) „hat“ die Wahrheit „zu suchen und freizulegen“; es „ist ihre Sorge, daß sich der Mensch inmitten der Widersprüche als Ich gewinnt“; „sie entwirft Zukunft“; usw. (134 f.) Abstraktionen sollen die Möglichkeit von Freiheit garantieren, während diese Möglichkeit doch allein durch die inhaltlichen und organisatorischen Entscheidungen des mit dem Bildungswesen verbundenen Menschen zu sichern wäre. Heydorn hat einen Weg zu einer kritischen Bildungstheorie eingeschlagen; noch aber hat er die Bildungstheorie nicht vom Kopf auf die Füße gestellt.

Franz Wellendorf (Berlin)

**Hitpass, Josef:** Abiturientennachwuchs in der Realschule. A. Henn Verlag, Ratingen-Düsseldorf 1967 (112 S., kart., 12,— DM).

Hitpass faßt drei Untersuchungsberichte zusammen, die hektographiert und einzeln bereits 1966 vorlagen. Der Charakter der Werkstattarbeit haftet auch noch dieser Zusammenfassung an: Tabellen und Tafeln machen über die Hälfte ihres Umfangs aus; der Text geht über eine Verbalisierung der Zahlen und Daten kaum hinaus, Hitpass interpretiert sein Material kaum, geschweige denn, daß er es kritisch analysiert.

Die zusammengestellten drei Untersuchungsberichte stehen im Rahmen jener Bemühungen, „Begabungsreserven“ aufzuspüren, ihren zahlenmäßigen Umfang abzustecken und Möglichkeiten ihrer Mobilisierung zu ergründen. Hitpass wendet sich der bislang vernachlässigten Realschule zu und übernimmt als Zielwert die Zahl von 15 % Abiturienten eines Geburtsjahres.

Im ersten Teil unternimmt Hitpass eine Leistungsanalyse der Realschüler aufgrund ihrer Zeugnisnoten, um eine Vorschätzung potentieller Abiturienten aus ihrem Kreis zu gewinnen. Er verfolgt die einzelnen Fächernoten der Realschüler einer rheinischen Großstadt und korreliert sie mit deren Schichtzugehörigkeit, Konfession und Geschlecht. Den dritten Teil bildet die Darstellung der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Begabung bei Realschülern

und Gymnasiasten, die mittels des „Hamburg-West-Yorkshire“ Gruppentests ermittelt wurde. Wie nicht anders zu erwarten, kommt Hitpass zu dem Schluß, daß die Realschule „ein Hort über Erwarten großer Begabungsreserven“ (100) sei; nach seiner Untersuchung wären 40 % der Realschüler abiturfähig (95) — wobei freilich hinzuzudenken ist: beim gegenwärtigen Schulsystem. Wie die Zahlenverhältnisse allerdings bei einem anders gestalteten Schulsystem aussähen, das einen dynamischeren Begabungsbegriff, keinen von der Mittelschicht geprägten Leistungsbegriff und eine andere, psychologisch fundierte Didaktik besäße, darüber stellt Hitpass keine Reflexionen an. Von größerem Interesse ist der Mittelteil des Berichtes: Hitpass führt aufgrund einer Interviewerhebung eine Motivanalyse für die Wahl oder Ablehnung der Aufbauform (die zum Abitur führt) bei abiturfähigen Realschulabsolventen und deren Eltern durch. Er will vor allem die Gründe der „Abiturverhaltenheit“ aufdecken und untersucht u. a. die Genese der Wahl oder Ablehnung, das Bild der Lehrer, das Image des Abiturs. Seine Vorschläge zum Abbau der „Abiturverhaltenheit“ bleiben jedoch gänzlich im Rahmen der reinen „Bildungswerbung“ stecken, ohne das Schulsystem selbst anzutasten.

Wertvoll ist das von Hitpass vorgelegte Zahlenmaterial als weiterer Beleg für das Versagen des gegenwärtigen Schulsystems in der Bundesrepublik, dem einzelnen Individuum eine seiner Begabung und seinen Fähigkeiten angemessene Ausbildung zu vermitteln. Bedauerlich ist, daß Hitpass selbst seine eindringlichen Ergebnisse nicht zu einer ebenso eindringlichen Kritik an der Organisation, den Zielen und den Methoden des gegenwärtigen Schulsystems und der dieses Schulsystem verteidigenden Gruppen ummünzt. Tino Bargel (Berlin)

**Piltz, Georg:** Bauwerke, Baustile. Streifzüge durch die deutsche Architektur. — Urania Verlag, Leipzig-Jena-Berlin 1966 (295 S., 128 Abb., Ln., 12,80 MDN).

Meine Freude über diese Architekturgeschichte wäre uneingeschränkt, wenn auch das Schlußkapitel, die Würdigung der zeitgenössischen Architektur, mit der gleichen kritischen und distanzierten Sachkenntnis erfolgt wäre, wie die Beschreibung der historischen Stile. Der große Wert des Buches besteht darin, daß die Methode der marxistischen Geschichtsauffassung in sachlich kompetenter Weise auf das Gebiet der Architektur angewendet wird. Zitate von Marx erscheinen an Stellen, wo sie hingehören und sind nicht als beliebige Dekorationsstücke auf den Text draufgesetzt. Leider erscheinen sonst keinerlei Quellennachweise; das ist ein Nachteil, weil ein interessierter Laie, der durch die wirklich ausgezeichnete Gesamtdarstellung der historischen Stile angeregt wird, sein Wissen an einigen Stellen weitervertiefen, keine Anhaltspunkte dafür findet. Dabei habe ich das Gefühl, daß der Autor sich wirklich auf seinem Fachgebiet so gut auskennt, daß er einige Literaturquellen hätte zitieren können.

Abgesehen von diesen Mängeln ist das Buch auf dem Gebiet der Architektur für Kenner wie für bloße Bewunderer spannend zu

lesen, weil die gesellschaftlichen Bezüge bestimmter Bauformen klar gemacht werden und das historisch Einmalige von Bauwerken deutlich herausgearbeitet wird (z. B. bei Balthasar Neumanns Kirche in Vierzehnheiligen oder Schinckels Theater in Berlin). Die Fähigkeit, Funktion und Sinn historischer Begebenheiten verständlich zu machen und zu erklären, läßt sich nur durch eine nicht-doktrinäre Anwendung marxistischer Geschichtsschreibung erwerben. Der Autor trennt die Architektur nicht vom Städtebau und den Städtebau nicht von den technischen Reproduktionsbedingungen und politischen Verfassungen der jeweiligen gesellschaftlichen Epoche. Auf diese Weise wird die Architektur als soziale Sprache lesbar; zumindest gelingt dies dem Autor für die historischen Stile sehr gut.

Das Kapitel über moderne Architektur ist einfach zu kurz und wahrscheinlich deswegen lückenhaft und oberflächlich. Es fehlt im Abschnitt über Städtebau der Hinweis auf den englischen Parlamentsstenografen Ebenezer Howard, der die Gartenstadtbewegung ins Leben rief, „um das Proletariat von seinem Klassenstandpunkt zu heilen“, und der nicht allein in den kapitalistischen westlichen Ländern als der wichtigste Städtebauneuerer gilt, sondern dessen Ideen auch in den sozialistischen Ländern viel zu ungeprüft anerkannt worden sind. Gliederung und Auflockerung, gesunde Zeilenbauweise, und vor allem anti-großstädtisches Ressentiment sind das Erbe der bürgerlich-reformistischen Stadterneuerungsversuche, die sich leider auch in den Planungsentwürfen sozialistischer Länder, eben auch der DDR, niederschlagen. Piltz gibt in seinem Buch zwei Beispiele für solche Entwürfe (S. 252/253), die zwar mit der Unterschrift „sozialistisch“ versehen werden, sich aber in ihrer Anlage überhaupt nicht von kapitalistischen Entwürfen unterscheiden.

Mir scheint auch sehr fraglich, ob die von Piltz gerühmte Plattenbauweise in der DDR schon etwas exquisit Sozialistisches ist. Wenn die Monopolisierung der Bauindustrie in den kapitalistischen Ländern die jetzige anarchistische Zersplitterung überwindet, dann wird sich auch in der Bundesrepublik eine rationalisiertere Bautechnik für den Massenbedarf durchsetzen. Ob Rationalisierungen, die auf die bloße Verbilligung der Wohnungsherstellung zielen, für den Städtebau einen ästhetischen Gewinn darstellen, wird von den kritischen Architekten und Städteplanern des Westens mittlerweile sehr bezweifelt. Lüttenklein bei Rostock in Plattenbauweise ist wahrscheinlich noch kein besserer Städtebau als die große neue Nord-West-Stadt in Frankfurt am Main.

Piltz sagt, daß die sozialistische Architektur sich im Gegensatz zur kapitalistischen nach den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach dem Profitinteresse der Bauherren richte. Aber ist die bürokratische Planung in der DDR so viel besser als die kapitalistische Anarchie? In den Ballungsgebieten der DDR herrscht noch eine so große Wohnungsknappheit, daß auch die DDR-Bürger in ihrem Wohnraum beschränkt sind, keine wahrhaft interessanten Wohnungsangebote finden, sondern das nehmen müssen, was gerade zu kriegen ist; das ist eine Drosselung produktiver Bedürfnisse, die der kapitalistischen

Vernachlässigung oder Vergewaltigung menschlicher Bedürfnisse durch falsche Angebotsstrukturen noch nicht allzu ferne steht. Und wenn die DDR schließlich einmal die materiellen Voraussetzungen geschaffen hat, die zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen des 20. Jahrhunderts notwendig sind, dann müssen auch erst die „menschlichen Bedürfnisse“ genauer bekannt sein, wenn für sie geplant wird. Ich sehe nämlich eine Gefahr in der bürokratischen Verfügungsfreudigkeit, die in der DDR nicht geringer ist als bei den Bürokratien der westlichen kapitalistischen Länder, und bei der von oben über das entschieden wird, das menschliche Bedürfnisse zu sein haben. Planung nach Bedürfnissen ist eine Angelegenheit, die nicht durch staatliche Machtvollkommenheit zustande kommt, sondern durch demokratische Willensbildung. Gerade auf dem Bereich der Kulturpolitik hat die DDR noch ein gutes Stück Demokratisierung zu leisten, wenn ihre Parole von Planung nach menschlichen Bedürfnissen nicht bedeutungslose Redensart bleiben soll.

Heide Berndt (Frankfurt/M.)

**Teut, Anna:** Architektur im dritten Reich. 1933 — 1945. Ullstein Verlag, Berlin und Frankfurt 1967 (392 S., 56 Bilder, br., 17,80 DM).

Anna Teuts Dokumentensammlung zur Architektur- und Städtebaugeschichte des deutschen Faschismus macht einen Anfang zum Verständnis der Beziehungen zwischen autoritärer Gesellschaftsverfassung mit imperialistischen Zielsetzungen und „Lebensgestaltung“ durch hochentwickelte technische Hilfsmittel. Die Autorin, leider in der Fülle des Materials etwas befangen, scheint noch unsicher in der Darstellung des spezifisch Neuen der nationalsozialistischen Herrschafts- und Integrationstechniken. Der Abdruck von Dokumenten, deren primitiv rationalisierender Charakter offensichtlich ist, wirkt eklektizistisch und daher auch oft langweilig.

Sehr lesenswert sind dagegen die jedem Dokumentationskapitel vorangestellten Zusammenfassungen und historischen Überblicke. Diese sind knapp und vermitteln mehr Einsicht in die Ereignisse als die nachfolgenden Dokumente. Besonders empfehlenswert sind darunter die Einleitungen zu Kap. I: Vorgeschichte zur Architektur des III. Reichs, Kap. IV: Funktion der Partei- und Staatsbauten, Kap. VII: der Rückgang des sozialen Wohnungsbaus, Kap. IX über die Umsetzung von „Kraft durch Freude“ auf die Architektur, Kap. XI über den Bau der Autobahnen und Kap. XII: Städteplanung und Kolonisation. In diesen Übersichten erscheint die Widersprüchlichkeit zwischen nationalsozialistischen Zielsetzungen und schließlichen Realisierungen sehr deutlich. Z. B. wurden die Versprechungen auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus nicht gehalten, weil sie der Kriegswirtschaft hintan gestellt wurden, so daß nicht einmal das Bauvolumen der Weimarer Republik erreicht wurde. Außerdem wurde das so geächtete Typen- und Normenbauen weiterentwickelt, während Heimatbauten und naturnahe Siedlungen von der Bühne verschwanden.

den. Ein paar Naturtheater — Thingstätten — wurden begonnen, erwiesen sich aber als so große Fehlkalkulationen, daß ihr Bau bald gestoppt wurde. Reale Leistungen, wie der Bau der Autobahnen, zählten nicht zu den ursprünglichen Zielen der NSDAP, sondern wurden von anderen Organisationen der Weimarer Republik übernommen, später allerdings zum Ruhme Hitlers als ureigenstes Produkt des Nationalsozialismus ausgegeben. Je mehr durch den Krieg alle Bauvorhaben des Nationalsozialismus zunichte gemacht wurden, um so stärker wichen die Raumordnungstheoretiker auf imperialistische Großraum- und Großaufräumungsphantasien aus. Himmler, Reichsführer der SS, verfaßte 1942 als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ selbst Richtlinien für die Kolonisation erobelter Gebiete im Osten (347). Er beschäftigte neben seinen Raub- und Plünderbanden auch verschiedene Architekten, die ihre Phantasie dem deutschen Wiederaufbau zerstörter polnischer Städte widmen durften (343 f.).

Die Rekonstruktion der Ereignisse des III. Reiches läßt erschreckend deutlich werden, in welcher unheimlicher Weise albernstes Weltanschauungsgeschwätz, aggressive Nationalpolitik und hochentwickelte Technik fusioniert waren. Das Besondere der nationalsozialistischen Spielart des Faschismus ist von den proklamierten Idealen des „nordischen, blauäugigen, schneegebleichten Menschentums“ (134) her gerade nicht zu begreifen. Albert Speer hat in seinem Schlußwort im Nürnberger Prozeß das faschistische Herrschaftssystem präzise erfaßt: „Es war die erste Diktatur in dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente. . . . Frühere Diktaturen benötigten auch in der unteren Führung Mitarbeiter mit hoher Qualität, Männer, die selbständig denken und handeln konnten. Das autoritäre System in der Zeit der Technik kann hierauf verzichten. Wir waren erst am Beginn dieser Entwicklung“ (373). Die Rolle der Architektur und der „Raumordnung“ wurde in diesem Herrschaftssystem nicht gering veranschlagt. Darum ist bedauerlich, daß das von A. Teut begonnene Kapitel „Post Festum“ nicht mehr Material über Reflexion und Verarbeitung, aber auch Restauration in der Nachkriegszeit im Bereich des Städtebaus bringt. Wer nicht, wie Speer, den Herrschaftscharakter des III. Reiches wenigstens im Zusammenbruch durchschaute, hat wenig vom Faschismus begriffen und läuft Gefahr, zu den ewig Ahnungslosen zu gehören, auf deren unpolitischem Selbstverständnis und privat aufgefaßter Berufstätigkeit die modernen Herrschaftssysteme aufbauen.

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

**Frey, Roland und Norbert Schmidt-Relenberg:** Totale Wohnung. Reihe Projekt, Nr. 1, Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1967 76 S., kart., 12,80 DM).

Eine Werbeschrift, die sich selbst rezensiert, Zitate genügen. Propagiert werden zwei Haustypen, das „Häuserhaus“ und der „Wohnhügel“, sowie eine zentrale Bewirtschaftung der Wohnungen. Das

„Häuserhaus“ bietet Terrassenebenen mit Stockwerkseigentum zum Selbstausbau an, im „Wohnhügel“ sind Bungalows mit halboffenen Gartenhöfen rückversetzt übereinandergestapelt. Zwei Nachkömmlinge der Gartenstadtidee, mit leichtem Einschlag von Urbanität. — Aber zitieren wir:

„Was ist die totale Wohnung? Der Name könnte zunächst erschrecken. Wenn man an totalen Krieg oder an totalen Staat denkt, sind unerfreuliche Assoziationen unvermeidlich. Wir denken nicht an solches (!), sondern meinen mit totaler Wohnung eine Wohnung, die umfassend geplant ist und der Familie den weitestgehenden technischen Komfort bietet, eine Wohnung, die Wohnung und Haushaltsmaschine zugleich ist. Total heißt nichts anderes als ‚zur Gänze‘: so ist auch die totale Wohnung zu verstehen, denn sie leistet das Äußerste, was die Wohnung zu leisten imstande ist. Sie ist ‚zu Ende‘ gedacht. (!) Die totale Wohnung ist die Wohnung für die industrielle Familie, also die Familie mit berufstätiger Frau . . . (sie) entspricht vollständig den Anforderungen, die an eine familiengerechte Wohnung gestellt wurden (12: familienentsprechende Größe, Abgeschlossenheit, Variabilität in der Nutzung der Räume, Freiraum) . . . die Grundtendenz . . . Das Projekt ‚Totale Wohnung‘ hat nicht das geringste mit Menschheitsverbesserung, utopischem Sozialismus, Gemeinschaftsideologie und ähnlichem zu tun. Im Grunde ist es nichts als ein technisches und organisatorisches Modell. Die Individualität der einzelnen Familie ist aufs entschiedenste gewahrt . . . Die zentralen Dienste sind technisch-organisatorischer Art, sie haben nichts mit ‚Zentralismus‘ zu tun, sie üben auf den einzelnen keinerlei Zwang aus . . .“ (55).

Günter Plessow (Berlin)

### III. Psychologie

**Mitscherlich, A., T. Brocher, O. v. Mehring, K. Horn** (Hrsg.): *Der Kranke in der modernen Gesellschaft*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1967, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 22, Soziologie (551 S., Pb., 22,80 DM).

In einem Land, in dem gesellschaftliche Verstrickung und ihre pathogene Wirkung in einem wissenschaftlichen Sinne noch nicht zum Problem einer breiteren Schicht von Medizinern geworden ist, droht das Problembewußtsein sich auf jene „esoterischen“ Kreise zu beschränken, in denen es vom kritischen Ansatz her sowieso seit längerem geläufig ist. Es besteht die Gefahr, daß auch ein „Reader“, in dem einige exemplarische — vorwiegend angelsächsische — Arbeiten aus verschiedenen Gebieten der Medizinsoziologie gesammelt vorliegen, nicht das leisten wird, was sicherlich von den Herausgebern beabsichtigt ist, nämlich jenen kleinen Kreis zu sprengen und auf einer breiteren Basis Mediziner und Soziologen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Den Medizinern, die seit langem gewohnt sind, Krankheiten als ein blindes Fatum zu begreifen — was mit einschließt, daß auch

ihr Rollenverhalten zu ihren Patienten kaum je zum Gegenstand der Reflexion wurde —, stehen Soziologen gegenüber, die, ohne sich auf die spezifische Problematik des biologischen Substrats einzulassen, allzu kurzschlüssig gesellschaftliche Vermittlung postulieren. Nur die Psychoanalyse (und die auf ihr basierende psychosomatische Medizin) hat sich Modellvorstellungen geschaffen, die ermöglichen, daß „Krankheit“ auch „als Symptom eines Konfliktes im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft“ erkennbar werden kann. Die generalisierenden Momente der Theorie gewinnen ihre Bestätigung dadurch, daß die konkrete Gestalt des Konfliktes in der Therapie nicht nur abstrakt sichtbar gemacht, sondern in ihren affektiven Qualitäten, in der Interaktion von Patient und Arzt erfahrbar und damit auflösbar wird. Allerdings ist die methodische Intransigenz, die zwischen Soziologie und Medizin ohnehin noch nicht überwunden ist, auch in der Psychoanalyse vorhanden; hier finden wir auf der einen Seite die gesellschaftlichen Implikationen biologischer Grundpositionen mangelhaft reflektiert, auf der anderen Seite die biologische Problematik in bloßen Soziologismen verflüchtigt.

In dem Aufsatz von Horst Baier wird gezeigt, wie fragwürdig es ist, eine voreilige methodische Abgrenzung der Medizinsoziologie in Einzeldisziplinen vorzunehmen, bevor nicht kritisch reflektiert wurde, in welcher Weise sich die Objekte der Erkenntnis wechselseitig erst bedingen. Wenn medizinsoziologische Einzeluntersuchungen z. B. den Nachweis erbringen, daß die Bedingungen pathologischer Mechanismen, von denen stillschweigend angenommen wurde, sie ließen sich im naturwissenschaftlichen Sinne pathophysiologisch erhellen, erst aus unsrer „zweiten Natur“ erwachsen, d. h. also gesellschaftlich vermittelt sind, ist damit nicht nur ein Zuwachs an empirischer Erkenntnis gewonnen, sondern es ist zugleich ein Stück falsches wissenschaftstheoretisches Bewußtsein entlarvt. Damit würde die Medizin selber zu einem soziologischen Fall.

Wird jedoch die „somatische Gesundheit“ von Soziologen als „Zustand optimaler Fähigkeit zur wirksamen Erfüllung von für wertvoll gehaltenen Aufgaben“ (Parsons) definiert, haben wir es hier ebenfalls mit falschem wissenschaftstheoretischem Bewußtsein zu tun. Denn wer Krankheit nur noch als Sand im Getriebe und Individuen bloß als Sozialrollen versteht, leugnet, daß unter den Bedingungen des Systems stets ein Potential von nicht befriedigten Bedürfnissen verbleibt, das in der Krankheit noch als legitime — wenn auch frustrane — Verweigerung der totalen Anpassung wirksam wird. Einer solchen Position gegenüber hätte ein Landarzt in seiner naiven Beziehung zu seinen Patienten noch einen Vorsprung an Einsicht, indem er zumindest ein Gefühl dafür haben kann, mit welcher Konsequenz das System den Nichtangepaßten in die psychische oder somatische Dekompensation treibt, ja, daß auch der optimal funktionierende oft nur dank seiner Beschädigung zu einem gefeierten Jubilar wird. Schon Hufeland hat in seiner Kant gewidmeten „Makrobiotik“ gesehen, daß Menschen noch nicht gesund sind, wenn sie im Dienste der Firma alt werden, daß Gesundheit nicht Abwesenheit

von Dysfunktion ist, sondern, daß man „des Lebens mehr froh wird durch das, was man im freien Gebrauche desselben tut“.

Die in dem Band gesammelten Arbeiten zur Medizinsoziologie wurden durch die Kapiteleinteilung sinnvoll geordnet, ohne daß dem Material Zwang angetan wurde und ohne dem Leser eine nicht vorhandene methodische Einheitlichkeit zu suggerieren. Der vorangestellte „Exkurs“ führt mit der von Kant replizierten „Makrobiotik“ Hufelands in eine frühe Diskussion psychosomatischer Probleme ein, während H. Baier in dem von ihm besorgten Kapitel „Medizin als Sozialwissenschaft?“ skizziert, was eine Medizinsoziologie methodisch zu leisten hätte. Baier stellt deutlich heraus, zu welch unzulänglichen Resultaten ein rigider methodologischer Autismus führt. In den Beiträgen, die unter dem Titel „Krankheit als soziales und medizinisches Phänomen“ zusammengefaßt wurden, wird versucht, den Krankheitsbegriff aus den gesellschaftlichen Bedingungen abzuleiten (Parsons, Redlich, M. Mead). Mitscherlichs Arbeit löst durch funktionelle Rückbeziehung auf das individuelle biographische Schicksal den anonymen Krankheitsbegriff der konventionellen Medizin nicht lediglich auf und privatisiert ihn, sondern sie gibt einen theoretischen Rahmen an, in dem verstehbar wird, wie gesellschaftliche Mechanismen im Konflikt mit biologischen Bedürfnissen den Charakter von Noxen gewinnen können.

Eine Reihe empirischer Untersuchungen, die sich von einer frühen Hospitalismus-Arbeit von R. Spitz bis hin zu einer statistischen Untersuchung über die psychischen und somatischen Schädigungen bei lärmexponierten Arbeitern erstrecken, sind der „Leistungsgesellschaft als pathogenes Feld“ gewidmet.

Die beiden Kapitel „Zur gesellschaftlichen Situation Kranker“ und „Gesundheitsverhalten und medizinische Institutionen“ versprechen vom Titel her mehr, als die einzelnen Beiträge halten können. Spätestens hier wird die mangelhafte Kooperation von Medizinern und Soziologen durch das Fehlen von grundlegenden Untersuchungen bewußt. So sucht man vergeblich nach einer Arbeit, die die gesellschaftliche Situation von Psychotikern in der BRD zum Gegenstand hat. Eine solche Arbeit würde über die spezielle Thematik hinaus Aussagen erlauben über die Abwehrhaltung der Gesellschaft denen gegenüber, die wegen ihres abweichenden Verhaltens aus dem Produktionsprozeß herausfallen. Ferner fehlen hier Arbeiten über die medizinischen Einrichtungen in der BRD, über die Problematik unseres Versicherungssystems und ihre Beziehung zum Krankheitsverhalten und nicht zuletzt eine Untersuchung über die autoritäre Struktur der medizinischen Fakultäten und die Aversion ihrer Mitglieder gegen soziologische und psychologische Fragestellungen im Zusammenhang mit medizinischer Forschung. Die Klärung dieser Problematik wäre um so dringender, als sich Mediziner einer wachsenden Gruppe von „therapeutisch undankbaren Patienten“ gegenübersehen, die sich dem herkömmlichen diagnostischen und therapeutischen Instrumentarium entziehen. Diese Gruppe von Patienten

mit vorwiegend diffus-funktionellen Störungen wird in einer Arbeit von O. v. Mehring im Kapitel „Krankheit und Heilungsprozeß“ genauer untersucht.

Das letzte Kapitel ist Problemen der Epidemiologie und Ökologie gewidmet. Hier wird deutlich, daß für die Medizin die Soziologie nicht nur eine bloße Hilfswissenschaft ist, daß es nicht darum geht, zusätzlich zu den biologischen Prozessen noch soziologische Faktoren zu berücksichtigen, sondern daß sich Krankheiten ganz legitim vom gesellschaftlichen Schicksal her beschreiben lassen. So zeigt das epidemiologische Material, daß auch Krankheiten mit faßbaren morphologischen Veränderungen (darunter nicht nur das Ulcus ventriculi oder die Colitis ulcerosa als klassische psychosomatische Krankheiten, sondern z. B. auch die Tuberkulose) nicht in einem eingleisigen ätiologischen Zusammenhang verstehbar sind. Um gesellschaftliche Vermittlung bis in die naturwissenschaftlich faßbaren Funktionsweisen des Substrats verfolgen zu können, bedarf es Mediziner, die es gelernt haben, dialektisch zwischen psychodynamischen, soziologischen und naturwissenschaftlichen Betrachtungsweisen zu wechseln. Besonders die fruchtlosen Kontroversen, die in der Schizophrenieforschung den Punkt erreicht haben, wo eine Verständigung vom theoretischen Vorentwurf her nicht mehr möglich scheint, ist das beste Beispiel dafür, wie sich die Qualitäten des Forschungsobjektes selber durch den methodischen Ansatz verwandeln, so daß der unbefangene Betrachter den Eindruck haben muß, es handle sich um Unidentisches.

Im übrigen fällt auf, daß die mehr theoretischen Arbeiten des Bandes und besonders auch die in die Kapitel einführenden Texte der Herausgeber mehr Problembewußtsein vermitteln und daher anregender sind als die oft recht spröden empirischen Beiträge. Das scheint uns nicht nur aus allgemeinen Charakteristika von Theorie und Praxis ableitbar, sondern in diesem speziellen Fall besonders zusammenzuhängen mit den oft eingleisigen methodischen Ansätzen der jeweiligen Untersuchungen.

Mark Richartz (Hannover) und Manfred Bauer (Frankfurt/Main)

**Barnes, Elizabeth: Menschliche Konflikte im Krankenhaus** u. s. Aus dem Englischen von Lisa Schleiermacher. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 2. Aufl. 1966 (160 S., kart., 6,50 DM).

Der englische Originaltitel „People in Hospital“ wird der kleinen Broschüre besser gerecht. Es handelt sich um das Ergebnis eines Meinungsaustausches von 18 Studiengruppen aus 9 Ländern ausschließlich Industrienationen. Die Krankenhausverhältnisse in der „dritten Welt“ blieben ausgespart. Organisatorisch und finanziell ermöglicht wurde die Studie vom Weltbund für geistige Gesundheit und Psychohygiene, dem Weltbund der Krankenschwestern, der Internationalen Krankenhausgesellschaft und der Grant-Stiftung in New York.

Die Mitglieder der Studiengruppen waren Psychiater, Krankenschwestern, Psychologen, Verwalter, Fürsorgerinnen, Kinderfachärzte, Seelsorger, Internisten sowie ehemalige Patienten. Nur zwei Chirurgen und ein einziger praktischer Arzt beteiligten sich an ihnen, eine einzige Krankenpflegeschülerin und überhaupt kein Medizinstudent. Objekt der Überlegungen und Diskussionen waren alle Krankenhausstypen, städtisch und ländlich, groß (über 1000 Betten) und klein (unter 100 Betten), mit und ohne Forschungsabteilungen, von Verwaltungsangestellten, ärztlichen Direktoren oder Krankenschwestern geleitet. Jede einzelne Studiengruppe verfaßte nach zwei Jahren Arbeit einen eigenen Bericht. Diese Berichte wurden in einer Delegiertenkonferenz sämtlicher Teams diskutiert. Das Resultat dieser Diskussionen ist das vorliegende Buch.

Seine „Ergebnisse“ werden im typischen WHO- (World-Health Organization) Stil als bloße Meinungen der Arbeitsgruppen vorgetragen. Einige sehen z. B. „im Mangel an guter Zusammenarbeit den Ausgangspunkt aller menschlichen Schwierigkeiten“ (S. 11), andere in der spezialistischen Aufsplitterung der Arzt-Patient-Beziehung oder im Mangel des Patienten an sachdienlicher Information (S. 38 f.). Für alle Gruppen verbindliche Fragen werden weder gestellt noch beantwortet. So kommt es nur zum Anreißen meist sattem bekannter Probleme: des „Aufnahmeschocks“ im Krankenhaus, des Verhältnisses von Arzt und Hilfspersonal, der Koordination von häuslicher Pflege und Krankenhausbehandlung, der para-militärischen Reglementierung des inneren Krankenhausbetriebes, des Widerstandes gegen neu eingeführte Funktionen (Fürsorger, Psychologen etc.), der Sonderrolle etwa der Kinder und alten Leute. Gründlich durchforscht wird keines dieser Probleme.

Von der Interessenlage der betroffenen Personengruppen (Chefärzten, Assistenten, Schwestern, medizinisch-technischen Assistentinnen etc.) ist nichts zu erfahren, nichts von den Konflikten, die im konkurrierenden Profitstreben ihre Wurzel haben könnten und statt dessen auf „höheren“ Ebenen der medizinischen Ethik, des Sozialprestiges, der Standesideologie ausgetragen werden. Auch von den verschiedenen Lebensbedingungen der einzelnen Sozialgruppen ist kaum die Rede, und von deren Einfluß auf die sozialtypischen Verhaltensmuster. Von analytisch orientierter Gruppenpsychologie haben die Studiengruppen offenbar auch nichts vernommen. Nirgends wird der Versuch gemacht, die Symbolbedeutung der Krankenhauswelt und des in ihr stattfindenden Rollenspieles zu entziffern. Ebenso wenig wird auf die vorhandene Literatur eingegangen: weder auf Foucault noch auf die in Amerika seit einer Reihe von Jahren publizierten medizinsoziologischen Arbeiten. Bei präziser Fragestellung, strengerer Methodik und detaillierterer Behandlung von Einzelproblemen hätte sich bei dem unverhältnismäßig großen materiellen und personellen Aufwand Besseres erreichen lassen.

**Glover, Edward:** *The Birth of the Ego.* George Allen and Unwin, London 1968 (125 S., 20 Sh.).

E. Glover, durch seine maßgeblichen Veröffentlichungen in psychoanalytischen Kreisen bestens bekannt, legt in diesem Buch eine zusammenfassende Betrachtung über die frühe Entwicklung des Ich nieder. Dabei ist er nicht nur kritisch gegen sich selbst, sondern auch gegen die Vorstellungen und Formulierungen anderer Autoren, die die Freud'sche Metapsychologie neu interpretieren oder erweitern wollen. Auf Grund seiner langen Erfahrung und der persönlichen Verwurzelung in der ersten Analytikergeneration stellt er schon fast tabuierte psychoanalytische Begriffe, wie z. B. die konfliktfreie Sphäre des Ich von Hartmann in Frage. Der ständige Vergleich von theoretischen Abstraktionen mit klinischen Fakten ist außerordentlich wohlthuend.

„Das Buch ist für diejenigen geschrieben, die sich der Mühe unterzogen haben, sich mit der Geschichte der frühen psychoanalytischen Theorie vertraut zu machen“ (S. 14). Es verfolgt das Ziel, „die Kluft zwischen der funktionellen Phase einerseits und der organisierten Phase der Ich-Entwicklung, der vollen Objektwahrnehmung und der Überichbildung andererseits zu überbrücken“ (S. 121). E. Glover versucht, diese Aufgabe mit der Fortführung seiner Theorie von den Ichkernen zu lösen. Der Referent wird mit allen Vorbehalten versuchen, das Gerüst dieser Auffassung für den Leser zu umreißen. „Das primitive Ich ist von Anbeginn ein Compositum und besteht aus unabhängigen (autonomen) Ichkernen“ (S. 19). „Die frühesten Ich-tendenzen basieren auf Eindrücken, die aus den verschieden starken Erlebnissen zahlreicher einzelner Triebabkömmlinge stammen, mit anderen Worten, sie basieren auf frühen Erinnerungsspuren“ (S. 20).

„Die ersten Formen des Ich sind im wesentlichen Konglomerate (Cluster formations), die nur locker miteinander verbunden sind“ (20). „Im Laufe der Zeit und auf den Spuren der Primärprozesse Verdichtung und Verschiebung schließen diese Gebilde sich allmählich zusammen, kommen zur ‚Synthese‘. Immer ausgenommen diejenigen Konglomerate, die der Verdrängung unterliegen und auf diese Weise dissoziiert bleiben“ (S. 20). „Umgesetzt auf das klinische Denken ergibt sich die Hypothese, daß möglicherweise der erste in einem solchen lockeren Konglomerat gebildete Kern im Verein mit einigen wenigen späteren und schon ein wenig mehr systematisierten Kernen die Fixierungsstellen der Psychosen bilden, während die späteren und weiter organisierten Kernentwicklungen die Fixierungsstellen der Neurosen darstellen“ (S. 21). „Ein Ichkern ist ein psychisches System, das a) eine positive libidinöse Beziehung zu Objekten oder Teilobjekten repräsentiert, ferner b) eine reaktive Spannung zur Entladung bringen kann (z. B. Aggression und Haß gegen Objekte) und c) über den einen oder anderen dieser beiden Wege Angst vermindert“ (S. 28). „Während des frühen Reifestadiums muß das Ich unzählige Entwicklungs- und Integrationsphasen passiert haben. Das bringt uns zu der Theorie zurück, daß das frühe Ich aus einer Synthese ursprünglich autonomer Ichkerne hervorgeht. Ohne Zweifel ist

ihre Synthese nur locker, denn es ist charakteristisch für die seelische Entwicklung, daß ihre archaischen Systeme nicht mit der Reifung verschwinden, sondern fortfahren, dicht neben den mehr angepaßten Realitätssystemen zu existieren. Kurz gesagt, sie behalten ihre Energiepotentiale für das ganze Leben“ (S. 40).

Im Zusammenhang mit Überlegungen zu den unscharfen Begriffen Ichstärke und Ichschwäche nimmt E. Glover eine Erweiterung und Ergänzung seines Konzeptes von den Ichkernen vor:

a) psychische Kerne repräsentieren einen Erinnerungsniederschlag von Reaktionen zwischen der postnatalen primitiven Psyche (weitgehend das Es) und den Objekten seiner Triebe.

b) Jeder Kern ist sowohl mit der Bedürfnis- als auch mit der reaktiven Seite jeglichem Trieb gegenüber verbunden, und er weitet sich dann aus, wenn Angsterlebnisse mit Hilfe der Primärprozesse vermindert oder vermieden werden.

c) Es kann angenommen werden, daß diese Kerne Zeichen innerer Differenzierung aufweisen, wenn die Trieberfahrungen gemeistert werden.

d) Der Prozeß der Differenzierung in einem Kern wird allmählich durch rudimentäre Formen der Introjektion verstärkt.

e) Bestimmte Differenzierungen können als Vorläufer des Überichs angesehen werden.

f) Ichkerne und ihre frühen Differenzierungen können am besten in Begriffen ihrer dynamischen Funktion beschrieben werden.

i) Die frühesten Phantasien, die mit irgendeinem Trieb im Zusammenhang stehen, erfahren ihre Besetzung in einem entsprechenden Kern.

j) Entsprechend der Stärke seiner Triebausstattung, dem Ausmaß der Fixierung und dem Reichtum seiner Phantasieprodukte kann ein Kern zu einem späteren Zeitpunkt versuchen, sich der Zugänge zum Wahrnehmungsbewußtsein zu bemächtigen.

k) Mit Fortschreiten der Entwicklung verdichten sich diese Kerne in verschiedenem Ausmaß, und eine kohärentere und komplizierte Struktur tritt zutage, die jedoch in wechselndem Ausmaß zu verschiedenen Zeiten und Gelegenheiten eine strukturelle Regression durchmachen kann.

Diese Regressionen neigen dazu, einige oder alle der ursprünglichen Ichkerne zu reaktivieren. Das Ergebnis bleibt in vielen Fällen innerhalb des Bereiches der normalen Funktion (wie beim Phänomen des Schlafens) oder aber konstituiert das Zentrum psychopathologischer Symptomformationen, Charakterstörungen und sexueller oder sadistischer Regressionen (S. 48 und 49). „Der ursprüngliche Zustand der Kernbildung des Ich ist schicksalhaft entscheidend für die spätere Ichstärke oder Ichschwäche“ (S. 50).

Wie sich dieses Konzept bei metapsychologischen Betrachtungen und bei der Anwendung klinischer Beobachtungen auswirkt, muß im einzelnen nachgelesen werden.

Hermann Argelander (Frankfurt/Main)

**Fenichel, Otto:** *Hysterien und Zwangsneurosen*. Psychoanalytische spezielle Neurosenlehre. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1967 (193 S., Lw., 31,40 DM).

Als Otto Fenichels wichtigste Bücher in den dreißiger Jahren erschienen, haben sie bei den bedeutenden Psychoanalytikern jener Zeit nur wenig Widerhall gefunden. Im Register der gesammelten Werke Freuds findet sich Fenichels Name nur einmal, einmal wird er in Jones' Freud-Biographie erwähnt, überhaupt nicht in Freuds bisher erschienenen Briefen. Man fragt sich, warum. Fenichel war kein Dissident, er hat am Zentralpunkt der Lehre Freuds, dem Ödipuskomplex als der wichtigsten Neuroseursache, unbeirrt festgehalten. Seine Hauptaufgabe hat er darin gesehen, die immer umfänglicher werdenden analytischen Erkenntnisse zu einer Krankheitslehre, einer „speziellen Neurosenlehre“ zu systematisieren. Es könnte sein, daß gerade dieser theoretische Elan ihn für viele Psychoanalytiker suspekt gemacht hat, die die Tendenz hatten, im theoretischen Bedürfnis eine Art Reaktionsbildung auf praktische Schwierigkeiten beim Analysieren zu sehen.

Fenichels theoretisches Werk aus der Zeit vor seiner Emigration ist in zwei Bänden niedergelegt, wovon der hier besprochene den ersten bildet. (Der zweite, über Perversionen, Psychosen und Charakterstörungen, ist inzwischen ebenfalls neu aufgelegt; wir besprechen ihn in einem der nächsten Argumenthefte.) Nach den *Hysterien*, die ihre Wurzel in der *phallischen* Phase der Libido-Entwicklung haben und mit einer „Genitalisierung“ der körperlichen Funktionen einhergehen, werden Hypochondrien — Störungen der Organ-Libido — und schließlich *Zwangsneurosen* abgehandelt, bei denen — sei es durch Regression, sei es durch primäre Entwicklungsstörungen — der sexuelle Konflikt auf der *anal-sadistischen* Entwicklungsstufe ausgetragen wird. Bei den „prägenitalen *Konversionsneurosen*“ — Stottern, Asthma bronchiale und psychogenem Tic — werden neben der analen durch Regression auch die *orale* und respiratorische Erotik in Triebabwehrgung und -Abwehr einbezogen.

Fenichels Buch hat nicht nur für den praktischen Psychiater den großen Vorteil, daß die dort gesammelten Erkenntnisse sich leicht auf die alltägliche Kasuistik anwenden lassen. Das gilt im besonderen Maße für das schwierige Kapitel der *Hypochondrien*. Es macht vor allem begreiflich, auf wie vielfältige Weise der ödipale Konflikt die empirisch sich aufdrängende Mannigfaltigkeit der Krankheits-symptome hervorbringen kann. Nur durch die Auseinanderlegung dieser Kompliziertheit wird eine Evidenz der Darstellung erreicht, die sich bei einer mechanischen Applikation des Grundschemas dem Vorwurf sexualtheoretischer Monomanie aussetzen würde. Die verschiedenartigen *Formen der Triebabwehr*, aber auch ihre mannigfachen und wechselhaften *inhaltlichen Forderungen* sind es, die die Fülle und Wandelbarkeit der Krankheitssymptome erklären. Die *Formen* der Abwehr der ödipalen Versuchssituation erklären sich häufig aus präödipalen Fixierungen. Ob eine Regression stattfindet,

und auf welche Phase der Libidoentwicklung, hängt von den „besonderen Befriedigungen und besonderen Versagungen“ (114) ab, die während der einzelnen Entwicklungsphasen erlebt wurden. „Besondere Versagungen“ — wie z. B. eine aus puritanischer Sexualfeindschaft sich herleitende besondere Strenge der „Sphincter-Moral“ — sind aber bereits gesellschaftlich und damit historisch bestimmt. Durch sie tritt das Triebchicksal ein in die historische Dimension. Kollektive Erziehungsmaximen bahnen also bereits vor dem Prozeß der Über-Ich-Bildung den Weg der künftigen Neurose. Im Über-Ich schließlich sind „durch die Erziehungspersonen, meist die Eltern, die gesellschaftlichen Forderungen nach Triebunterdrückung verinnerlicht“. Was im einzelnen abzuwehren ist, wird durch die triebfeindlichen Forderungen der jeweiligen Kulturwelt festgelegt.

Fenichel fragt dann weiter, wie der Mensch überhaupt dazu kommt, „sich seinen eigenen Trieben, die ihm bei ihrer Befriedigung Lust versprechen, hindernd in den Weg zu stellen“ (8). Die Antwort darauf ist, daß „nur äußere Not, aus der Außenwelt stammender Zwang eine solche Wirkung entfalten“ und triebfeindliche Kräfte mobilisieren kann (8). Wie Freud lehnt auch Fenichel die „biologische“ These ab, „die physiologische Unfähigkeit des Kindes, seine Triebe ohne äußere Hilfe selbst zu befriedigen“ spiele bei der Neurosenätiologie eine ausschlaggebende Rolle (8). Es sind vielmehr die Versagungen, die Eltern und Erzieher „verbal oder durch ihr Benehmen setzen“ (8), aus denen „das Über-Ich, das weitere pathogene Triebabwehren verlangt, entsteht“. Indirekt, vermittelt durch die Familie, ist es „die jeweils herrschende Moral, die sich in der Einzelseele gegen die Triebe richtet“. Diese Moral ist „eine relative Größe, abhängig von der Gesellschaftsstruktur“ (9). Hier ist, nach Fenichel, die Stelle, „wo der Psychologe seine Inkompetenz eingestehen und zugeben muß, daß die Neurosenätiologie keine rein individuell-medizinische Angelegenheit ist, sondern einer soziologischen Ergänzung bedarf: wie könnte etwa der Ödipus-Komplex voll verständlich werden ohne Berücksichtigung von Geschichte und Funktion der Familie?“ (9).

Fenichel hat also auf eine klare und explizite Weise die Aufmerksamkeit auf die historische Dimension des Triebchicksals gelenkt und seine eigenen Forschungen und Systematisierungsbemühungen in diese Dimensionen hineingestellt. Im Text wird diese historische Dimension vorausgesetzt, aber nicht im einzelnen aufgezeigt. Fenichel verzichtet bewußt darauf — erstens, weil es sich hier um das „dunkelste Gebiet innerhalb der Neurosenlehre“ (9) handele, und zweitens, weil sie für den praktischen Arzt wenig belangvoll sei, der in der Einzeltherapie mehr leisten könne als „mit Versuchen der Gesellschaftsänderung“ (9). Aber: „die Frage der Neurosenprophylaxe der Massen wäre ein Problem, das des Nachdenkens der Psychoanalytiker schon wert wäre“ (9).

Bei der Lektüre von Fenichels Kasuistik öffnet sich der Blick für die gesellschaftliche und politische Funktion der einzelnen psychodynamischen Abläufe, für Möglichkeiten, wie diese für die Aufrechterhal-

tung, aber auch die Umwälzung von Produktionsverhältnissen und der von ihnen getragenen Herrschaftsbeziehungen fungieren. Fenichel hat diesen Problembereich nirgends thematisiert. Ihn *im Detail* mit adäquater Methodik anzugehen, steht der psychoanalytischen Forschung noch immer bevor.

Erich Wulff (Gießen)

**Faergeman, Poul M.:** Perversität, Pornographie und Entrüstung. Aus dem Dänischen übers. v. D. Holmblad. Kala Verlag, Hamburg 1967 (176 S., Lw., 22,— DM).

Der Einfall, Perversionen in systematischem Zusammenhang mit moralischer Entrüstung abzuhandeln, ist von der Sache her richtig. Die grundlegenden Einsichten in diesen Zusammenhang verdanken wir Freuds „Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie“ von 1905, und Faergeman bringt keine neuen Erkenntnisse; die alten aber verwischt er so weit, daß nichts mehr mit ihnen anzufangen ist, außer ihrem Verkauf als Ware. Theorie spielt nur eine zurückhaltende Rolle, um die Konsumierbarkeit der ausgiebig dargebotenen Kasuistik nicht zu verderben. Andererseits erlaubt sie schuldfreien Konsum, wie die Vitaminreklame den Genuß von Süßigkeiten. Kasuistik aber bringt der Autor aufs Format des Gerüchts und manchmal des Herrenwitzes. So wird erzählt, Feldmarschall Blücher habe 1808 die Phantasie gehabt, er sei schwanger von einem Elefanten. Eine andere Probe, die einen Eindruck sowohl von der Problemstellung als auch von der Beweisführung vermittelt: „Daß der Anblick eines Phallus nicht notwendig Furcht erregt, zeigt folgende wahre Begebenheit. Einer meiner Freunde erzählte mir, daß eines Tages, als er unter der Dusche stand, seine vierjährige Tochter zu ihm ins Badezimmer kam, die vorher noch keinen nackten Mann oder Jungen gesehen hatte. Sie starrte neugierig das große Glied ihres Vaters an, ergriff es, führte es ans Ohr und sagte: ‚Hallo!‘“ — Eine Probe für die pseudoanalytische Hermeneutik des Verfassers: „Wie bekannt, mögen viele Dänen Blutwurst und blutige Beefsteaks. Vielleicht leiden solche Personen an einer milderer Form des Vampirismus.“

Der Verfasser ist ohne Zweifel belesen, er stellt es fortwährend unter Beweis. Die zahllosen Fälle und Beispiele ordnet er nach kulinarischem Prinzip. Nirgends analysiert er etwas zu Ende, und aus allen Geschichten ist die geschichtliche Dimension herausgezogen und weggelassen. In dieser Art von Kasuistik steckt ein Zug von Reklame, von Verführung zu diesem Buch.

Der Verfasser sieht in etwa richtig, daß es gerade ein Moment von verschobener sexueller Lust in der sexualfeindlichen moralischen Entrüstung ist, was diese zum gefährlichen Gefühl macht. Zugleich sei dieses Gefühl in hohem Maße Ich-akzeptabel — hier versäumt der Verfasser, den Bezug zu bestimmten Formationen des Ich herzustellen; dadurch kommt eine falsche Allgemeinheit in die Aussage herein. Entrüstung erlaube Befriedigung des Es derart, „daß diese Befriedigung ohne oder ohne nennenswerte Schuldgefühle erfolgen kann.“ Dieser Satz ist wahrscheinlich gravierend falsch. Er

unterschlägt das Moment von Dynamik, das undeutliche Schuldgefühle in die aktiv, als Verfolgung, betriebene Entrüstung hereinbringen, und das allein den Wiederholungszwang erklärt.

Psychoanalyse zeigt sich in diesem Buch wieder einmal teils depriviert, teils aufgepappt. Des Verfassers Votum hat jedenfalls nichts mit ihr zu tun: „Ich ziehe“, so bekennt er, „reinen Haß und ungeschminkte Rachegefühle der Verlogenheit und Entrüstung vor.“ Bekenntnisse in allen Ehren, es hätte aber heißen müssen: manifeste Sexualität ist der verschobenen, in Sexualfeindschaft umgebogenen vorzuziehen.

Psychoanalyse gilt dem Verfasser als strukturelle Theorie, die es erlaubt, nach struktureller Analogie vorzugehen. Derart theoretisch gewappnet, begibt unser Held sich in den Klassenkampf. Es gebe „vier Bereiche des menschlichen Lebens“, in denen Entrüstung eine analoge Rolle spielt. Die vier „Bereiche“ sind Sexualität, Religion, Rasse und Ökonomie. Nutzenanwendung: „Es ist für den Armen leichter, den Überfluß (?) des Kapitalismus zu ertragen, wenn er marxistisch entrüstet ist.“

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

**Ellis, Albert P.:** Handbuch der intelligenten Frau. (The Intelligent Woman's Guide to Man-Hunting). C. Stephenson Verlag, Flensburg 1967 (295 S., kart., 21,80 DM).

Das Buch vermittelt ein anschauliches Bild jener neuen kulturellen Sexualmoral, die zwar radikal mit alten Tabus und Vorurteilen bricht, die aber den Individuen trotzdem nicht das rechte Glück zu bescheren scheint. Ellis, ein offensichtlich recht renommierter Psychiater in den USA, versucht diesem Dilemma auf flotte Manier durch allerlei technische Ratschläge beizukommen, damit es „funktioniert“. So sagte eine von E. therapierte Patientin, als sie ihren etwas schwierigen Freund verließ: „Es hat nicht funktioniert, aber ich habe funktioniert. Und das ist bei weitem das Wichtigste“ (S. 85). Die sexuell erfolgreiche Frau soll sich vor Homosexuellen und vor jedweden Neurotiker überhaupt hüten; wer das Pech hatte, ein solches Exemplar zu erwischen, sollte sich keine Illusionen machen, denn: „Neurotiker sind gewöhnlich unzureichende Väter, ungeeignete Geschlechtspartner, schlechte Versorger und Sparer, unfähig, Schwierigkeiten ins Auge zu sehen“ (S. 96). Wer allzu liebebedürftig ist, darf sich ebenfalls als nicht ganz normal betrachten (S. 61). Auf gar keinen Fall sollte die moderne Frau zimperlich sein. Sie soll mehrere Sex-Partner vor der Ehe ausprobieren und bei unerfahrenen Männern nicht zögern, sie „regelrecht zu vergewaltigen“ (S. 117). Wenn es doch Sex-Probleme gibt, rät Ellis: „Machen Sie Ihre Klappe auf und finden Sie es heraus“ (S. 203). Sex-Problem Nr. 1 ist Impotenz. Im Kap. 9: „Wie man ein Sex-Häschen wird“, verrät Ellis einige Rezepte zur Abhilfe: „Zunächst mal — wie steht es um seine erogenen Zonen?“ (S. 204). Wie wird das Glied am wirkungsvollsten gereizt, damit es erigiert — „einige Männer brauchen eine äußerst heftige Massage“ (204). An weiteren Stimulantien wird empfohlen: „kräftige,

erdnahe Sexuelsprache“, „erotische Literatur“, „oder ihr gemeinsames Abbild in einem großen Spiegel“ (205 f.). „Je schwieriger es ist, den Mann Ihrer Wahl zu erregen und zu befriedigen, desto notwendiger mag es sein, zu den ungewöhnlichen, dramatischen und sogenannten ‚perversen‘ Sexualformen Zuflucht zu nehmen“ (S. 208), z. B. beim Geschlechtsverkehr an andere Personen denken, oral-genitalen oder analen Verkehr pflegen oder eine sado-masochistische Handlung („mit einer Peitsche geschlagen werden“) phantasieren (S. 221). „Das Schreckgespenst der Gegenseitigkeit in der menschlichen Sexualität schadet beiden Teilen“ (S. 214). Wünsche oder Gefühle erraten, „Gedankenleser“ spielen, ist gleichermaßen Humbug (S. 12). Die Selbstsicherheit, die der Autor als notwendige Vorbedingung eines derart objektunabhängigen Verhaltens ansieht, scheint der modernen Amerikanerin, an die er sich wendet, jedoch gerade zu fehlen. Ellis therapiert sie ihr nach folgendem Schema an: „Sie müssen sich als Person umwerten. Sie müssen ständig und energisch gegen die idiotische Idee ankämpfen, daß Sie nur Wert haben, wenn Sie anerkannt und geachtet werden. . . . Anders gesagt: Sie müssen sich selbst akzeptieren und sich selbst als wertvollen Menschen anerkennen, einfach deshalb, weil Sie leben, weil Sie existieren und weil — solange Sie leben und existieren — es doch irgendeinen Weg für Sie geben muß, das Leben zu genießen, irgendeine Form von Glück, die Sie sich selbst schaffen können“ (S. 67).

Das therapeutische Bemühen solcher Psychiater wie Ellis (vgl. die Bespr. v. Ullerstam, Sexuelle Minderheiten, in Argument 44) geht bereits von extremen Formen der Verdinglichung als einer Selbstverständlichkeit aus. Der Psychoanalyse ist Ellis demgemäß feindlich gesonnen.

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

#### IV. Soziale Bewegung und Politik

**Carletti, Francesco: Reise um die Welt 1594.** Horst Erdmann Verlag, Herrenalb 1966 (328 S., Lw., 19,80 DM).

Fast noch ein Knabe, überredete sich der florentinische Kaufmann Francesco Carletti, zusammen mit seinem Vater, zu einer waghalsigen Spekulation und schiffte sich nach den spanisch-westindischen Kolonien ein, um, zunächst durch wenigen Sklavenhandel, den Aufstieg der kleinen Familienunternehmung zu betreiben. Auf ein frühbürgerlich-skeptisches Prinzip des Selbstsehens und Selbsthandelns gegründet, erhebt er Anspruch auf Erfahrungswahrheit zur Sicherung des Informationswertes des Berichts. Nachrichten über das spanische Lizenzsystem enthaltend; über die Verteilung von Risiko und Chance bei Inanspruchnahme bereits eingefleischter Praktiken zu seiner Umgehung; über Sicherheit der Verkehrswege; Aufwendungen für Träger und Kosten des Verpackungsmateriales; über die spezifischen Situationen an den kolonialen Märkten, dienen die klaren und schönen Erzählungen der Unterrichtung des Großherzogs von Toskana, Fernando de Medici. Die mannigfaltigen Schwierigkeiten, in

die sie der Versuch, ihr Glück auf das Hörensagen zu gründen, gebracht hatte, als sie in das undurchsichtige und scharf kontrollierte Lizenwesen der Kolonisatoren sich einschlichen und eingewöhnten, um die Profite zu verschleppen, mögen dem Bericht zu seiner Zeit die Würde eines lehrreichen Beispiels gegeben haben: und zwar um so mehr, als die schmarotzende Tätigkeit der beiden Carlettis auch ohne Fiasko — der Vater stirbt; das Schiff wird auf der Rückreise gekapert — den Gewinn wohl nicht eingebracht haben dürfte, der den Aufwand gelohnt haben würde. Die schwankenden Gewinnaussichten durch das Auf und Ab in den lokalen Marktsituationen und die wegen der Unzugänglichkeit von zuverlässigen Informationen unberechenbaren Kosten der Unternehmung machen das Bedürfnis nach allgemeiner Informationsfreiheit erklärlich. Als Beispiel für die Auswirkungen des unzureichenden Informationsverhältnisses kann in diesem Zusammenhang der Verlust dienen, den die Kaufleute auf dem Sklavenmarkt zu erleiden hatten: Die Carlettis, anstatt zu profitieren, büßten 40 % des in Sklaven investierten Geldes durch Sinken ihres Marktwerts ein; dann, nach Durchquerung des Urwaldes, gelangten sie an einen Ort, wo ihnen aus dieser Ware ein sehr erheblicher Gewinn zugeflossen wäre. Die Einsicht der beiden Kaufleute hatte inzwischen bis zu dem Grade zugenommen, daß Francesco erklären konnte: „Es scheint eine unabänderliche Tatsache zu sein, daß die Menschen dieser Welt ihre Handlungen weder ausführen noch lenken können, wenn sie nicht mit dem übereinstimmen, was Er, der alles lenkt, vorgesehen hat“ (94)\*.

Ein zweiter Teil des Buches berichtet von der Fortsetzung der Reise nach Japan und Ostindien. Dadurch, daß die Kulturen dieses Gebietes auf ihrer verschiedenen Stufe und trotz ihrer ständigen Beziehungen die Bewahrung ihrer Strukturen gewährleistet hatten, kommt der Verfasser zur Feststellung der Intaktheit dieser Lebensordnung im Gegensatz zur in den westindischen Kolonien herrschenden Korruption. Beobachtungen der Markt- und Handelsbräuche und der politischen Sitten (z. B. der hierarchischen Absonderung der Klassen und entsprechender Trennungen der Sprache; eines reizbaren Zeremonialismus und des, obschon aufgeklärten, repressiven Regierungsprinzips des Königs von Japan) verbinden sich mit Bemerkungen zur Produktionsweise und produzierten Waren. Daneben finden sich Beispiele für Allegorisierungen des Todestriebes, dessen heroische Formen er bei den Japanern und dessen erotische er bei den Indern erkennt. In den glänzenden, Stilleben gleichenden Warenbildern, in denen die Erinnerung an Erfahrungen einer sinnlich sich entdeckenden neuen, gegenständlich reicheren Wirklichkeit zum Ausdruck gekommen ist, meldet sich eine frühe Funktion von Reklame an. Sie hat, bis zu den Beschreibungen der Geschmacks- und Tastempfindun-

\* Eine sehr italienische (bis zu den phantastischen Strategemen der Armen im Ersten Bande der Römischen Erzählungen von Moravia reichende) Spannung der sinnlichen Erfüllung und der heroischen Aktion durchdringt das Buch.

gen, die Erhaltung einer qualitativen Wirklichkeit zum Inhalt und sieht im Prinzip gegenständlichen Tausches einen Hebel zur universalen Vermittlung dieser Erfahrungen. Joachim Moebus (Berlin)

**Liebig, Gerhard: Nationale und soziale Revolution in Afrika.** Dietzverlag, Berlin (DDR) 1967 (157 S., 5 Kartenskizzen, kart., 3,40 MDN).

Die Broschüre enthält zwei Referate und zwei Diskussionsbeiträge von einem Seminar, das im Herbst 1966 von den Zeitschriften „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (Prag) und „Al-Talia“ (Kairo) in der Hauptstadt der VAR veranstaltet wurde.

Das Grundsatzreferat von Lotfi El Kholi (VAR) enthält beachtenswerte Information über den Charakter der neokolonialistischen Ausbeutung des schwarzen Kontinents. 80 bis 90 Prozent des afrikanischen Handels werde von imperialistischen Monopolen kontrolliert, mit dem Ergebnis, daß z. B. zwischen 1951 und 1961 die Preise für Rohstoffe (außer für Erdöl) um 33,1 % gesunken, die Preise für Maschinen und Ausrüstungen um 31,3 % gestiegen sind. Die durch den unausgeglichene Handel entstandenen Verluste für die Entwicklungsländer würden auf jährlich etwa 14 bis 16 Milliarden Dollar geschätzt, das Doppelte der sog. Hilfe. Die Kluft zwischen den entwickelten kapitalistischen und den Entwicklungsländern vergrößere sich ständig. Eine Klassenanalyse bietet der VAR-Referent freilich nicht.

Welches ist die Perspektive der afrikanischen Revolution? Die nationale Bourgeoisie, mit dem Übergang von der nationalen zur sozialen Revolution antagonistisch geworden (70), habe ihren revolutionären Charakter eingebüßt und wird, vom Neokolonialismus gefördert, zur Kompradorenklasse. Trotz dieser auch von Lotfi El Kholi nachgewiesenen Entwicklung legen die Referate, besonders das von Alexander Sobolew (UdSSR) das Schwergewicht auf den evolutionären Weg der friedlichen Koexistenz (81). In Übereinstimmung mit der Moskauer Deklaration der 81 Parteien versieht Sobolew die afrikanische Revolution mit der Etikette „nationaldemokratisch“: die nationalen und sozialen Probleme seien da eng miteinander verflochten. Feudalismus und Kapitalismus seien nie vorhanden gewesen, folglich müßten sie auch nicht zerstört werden. Der Bürgerkrieg zwischen den antagonistischen Klassen könne vermieden werden. „Unter den Bedingungen Afrikas würden die Reformen immer mehr zu einem Verfahren der Entwicklung der Revolution.“ (102) Die Erfahrungen der VAR seien „ein wertvoller und echter Beitrag zur Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus“ (116). Von Lumumba wird nicht gesprochen.

Weniger rosig ist die Brille Ali Yatas (erster Sekretär der KP Marokkos). Ali Yata polemisiert gegen die Behauptung, der Imperialismus befinde sich in der Defensive, „während er vielfach zur Offensive übergegangen ist“ (123). Der Marokkaner spricht sogar von einer „Eskalation in Afrika“, wobei er offenbar nicht nur an den Kongo (Kinshasa), sondern auch an Ghana denkt. Verarmung und Verzweif-

lung führten nicht unbedingt zu einem Anwachsen des revolutionären Potentials. Ali Yata fordert „Klassenkampf gegen die privilegierten Schichten und Agenten des Neokolonialismus“, geführt von „Avantgarde-Organisationen aus Kämpfern ... die durch Opfer ihre Treue zur Sache der Revolution bewiesen haben“ (140). Die Frage, was für eine Avantgarde es sein soll — Che Guevaras Kernfrage —, wird nicht gestellt.

Dagegen diskutiert der marokkanische Kommunist ein selten erörtertes Problem: viele Grenzen der neuen Staaten Afrikas seien nichts anderes als die künstlich gezogenen Aufteilungslinien der kolonialen Eroberer. Diese Grenzen gingen quer durch das Siedlungsgebiet der Völker und bieten die völkerrechtliche Grundlage so mancher „Pseudostaaten“, wie z. B. des 1960 von Marokko abgetrennten Mauretanien.

Die sozial fortgeschrittensten sechs Länder: VAR, Algerien, Mali, Guinea, Kongo (Brazzaville), Tansania wurden auf dem Seminar als „Hoffnung und Beispiel für alle anderen afrikanischen Länder“ gerühmt, da sie den „nichtkapitalistischen Weg“ beschritten haben. So vage der Begriff ist (was sogar Sobolew zugibt) so überzeugt sind die Referenten, daß der nicht-kapitalistische Weg in die breite Straße zum Sozialismus einmünden wird.

Was dem Rezensenten an allen Beiträgen peinlich auffällt, ist die einheitlich am panarabischen Chauvinismus orientierte summarische Identifizierung Israels mit Neokolonialismus und Imperialismus. Bei solcher Parteilichkeit ist es unvermeidlich, daß mit der historischen Wahrheit unsanft umgegangen wird. So ist beispielsweise die Behauptung, Israel sei „vom Imperialismus geschaffen worden“ (51) eine Beleidigung der Sowjetunion, die an der Gründung des Staates Israel entscheidenden Anteil hatte. Vielleicht kann man diese Tatsache einer mobilisierten Masse in den Straßen Kairo vorenthalten, die Marxisten müssen auf eine differenziertere Darstellung des israelisch-arabischen Konflikts bestehen.

Bruno Frei (Wien)

**Nkrumah, Kwame:** *Consciencism*. Philosophie und Ideologie zur Entkolonialisierung und Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der afrikanischen Revolution. Ins Deutsche übertragen von R. Martens. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965 (122 S., kart., 6,80 DM).

Nkrumah ist der am meisten ernstzunehmende afrikanische Denker der Gegenwart. Während u.a. Senghors ‚Négritude‘<sup>1</sup> und Nyereres ‚Ujamaa‘ einen mystischen Irrationalismus kultivieren, ist Nkrumahs ‚Consciencism‘ eine diskutabile rationale Theorie.

Nkrumah versucht zunächst, den biographischen Hintergrund seiner Consciencism-Konzeption zu skizzieren: Der Student aus dem kolonialen Afrika wird in den Metropolen stets dazu angehalten, sich

1 Cf. Bassam Tibi, Leopold Senghors ‚Négritude‘ in: *Das Argument*, Nr. 45, S. 422—25

mit der großen europäischen Philosophie zu identifizieren. Die europäische Geschichte wird ihm präsentiert als der „einzige Teil“ (11) der Menschheitsgeschichte, den zu behandeln sich der Mühe lohnt. Kann der Kolonisierte dieser ständigen Verführung nicht widerstehen, so gibt er schließlich „seine ganze Persönlichkeit“ (8) preis. „Wenn er das aber tut, dann verliert er die entscheidende gesellschaftliche Tatsache aus dem Auge, daß er Untertan einer Kolonialmacht ist.“ (8) Nkrumah läßt sich aufgrund dieser Erfahrung nicht, wie die meisten afrikanischen Autoren, zu einer quasi-rassistischen Ablehnung alles Europäischen hinreißen, sondern fordert lediglich von den Kolonialisierten, „beseelt von einem lebendigen Nationalbewußtsein, Wissen zu erwerben . . . als ein Mittel, die nationale Emanzipation und Integrität zu erreichen“ (9). Diese Aufgabe stellte sich Nkrumah auch selbst während seines Philosophie-Studiums in den USA, und es war ihm daher „völlig unmöglich, die Werke von Marx und Engels als vertrocknete, abstrakte Philosophie zu lesen, die keinen Bezug auf (die) koloniale Situation hat“ (11). „So lernte ich, in den philosophischen Systemen nach *gesellschaftlichen Auseinandersetzungen* zu suchen“ (ibid). Nkrumahs Versuch jedoch, in der großen europäischen Philosophie gesellschaftliche Konflikte aufzustöbern, erscheint des öfteren problematisch genug. So will er schon in Thales Philosophie Klassenmotive am Werke sehen, wenngleich „seine Philosophie auch nur eine Art *bürgerlicher* demokratischer Revolution, nicht eine sozialistische“ (39) förderte. Hingegen „ging es Anaxagoras um die Umbildung der demokratischen in eine sozialistische Gesellschaft“ (43). Und während „Leibnizens Philosophie zum demokratischen Kapitalismus bei(trägt)“ (57), „unterstützt Descartes mit seiner Philosophie einen kooperativen Sozialismus“ (ibid). Nkrumah will mit Hilfe zahlreicher, theoretisch oft inkonsistenter philosophiegeschichtlicher Exkurse seine eigene Philosophie des Consciencismus von anderen Philosophien abgrenzen. Dabei fühlt sein Consciencismus sich der Hegelschen Dialektik verpflichtet. Diese jedoch wird simpel als Triade aufgefaßt. „Beim dialektischen Denkprozeß wird ein Kardinalbegriff eingeführt und weitgehend in Einzelzügen ausgearbeitet. An einer bestimmten Stelle erscheint ein Begriff auf dem Schauplatz, der dem ersten antithetisch gegenübersteht. Im Versuch, die beiden miteinander in Einklang zu bringen, entsteht ein neuer Begriff. Und dieser neue Begriff löst einen ähnlichen Prozeß aus.“ (53)

Ebenso problematisch ist Nkrumahs Rezeption des Marxschen Materialismus, wie zu zeigen sein wird. Zunächst einmal betont Nkrumah die Einheit von Theorie und Praxis, denn: „Handeln ohne Denken ist blind, Denken ohne Handeln ist leer.“ (81) Notwendig sei eine antiimperialistische Theorie und Praxis. Die Kolonisierten finden sich in der Epoche des Imperialismus nicht nur mit einer materiellen Ausbeutungsmaschinerie konfrontiert, sondern auch mit einer menschenfeindlichen Ideologie. Diese speist sich von den nicht zuletzt durch und seit Hegel geläufig gewordenen Ungereimtheiten über nichteuropäische Völker. Während Senghor Hegel unbewußt repro-

duziert, denunziert Nkrumah Hegels Philosophie der Geschichte als Quelle des Rassismus. „Hegels Autorität wurde für diese Afrika betreffende ahistorische Hypothese (von der Geschichtslosigkeit Afrikas, B. T.) herangezogen, die er unglücklicherweise selbst begünstigte.“ (66) „Indem der Kolonialismus und der Imperialismus die Geschichte Afrikas als die Geschichte des Zusammenbruchs unserer traditionellen Gesellschaftsordnungen im Augenblick der Ankunft der Europäer darstellten, benutzten sie ihre Deutung der Geschichte und Anthropologie als ein Mittel ihrer tyrannischen Ideologie.“ (ibid)

Nkrumah, statt Ideologie schlechthin zu bekämpfen, will der imperialistischen mit einer antiimperialistischen beikommen. Indem er die Marxsche Ideologiekritik nicht zur Kenntnis nimmt, verfällt er dem platten, geläufigen Ideologie-Begriff und spricht von „sozialistischer Ideologie“ (61) (Consciencismus), die neben ihrer antiimperialistischen Orientierung den Zusammenhalt der afrikanischen Gesellschaft ermöglichen soll, indem sie die drei konstitutiven Segmente der modernen afrikanischen Kultur vereinigt, nämlich: die traditionelle Lebensart Afrikas; die islamisch-afrikanische Tradition und schließlich die durch das Kolonialsystem in Afrika verbreitete christlich-abendländische Kultur. „Daher ist eine neue Ideologie nötig, eine Ideologie, die sich zu einem philosophischen System verdichten kann, aber auch eine Ideologie, die nicht die ursprünglichen humanistischen Prinzipien Afrikas aufgibt. Solch ein philosophisches System wird aus der Krise des afrikanischen Bewußtseins geboren werden, das sich mit den drei Strömen der gegenwärtigen afrikanischen Gesellschaft konfrontiert sieht. Ich schlage vor, dies philosophische System *philosophischen Consciencismus* zu nennen, denn es wird die theoretische Grundlage für eine Ideologie bilden, deren Ziel es ist, die afrikanische historische Erfahrung des Islam und des Christentums genauso zu umfassen, wie die Erfahrung der traditionellen afrikanischen Gesellschaft, und sie fruchtbar zu machen für das harmonische Wachsen und die Entwicklung dieser Gesellschaft.“ (74) Indem der Consciencismus die afrikanische traditionelle Kultur für sich als konstitutiv erklärt, muß er sozialistisch sein, denn: „Die traditionelle Anschauung Afrikas schließt eine Haltung gegenüber dem Menschen ein, die in ihren gesellschaftlichen Manifestationen nur als sozialistisch beschrieben werden kann.“ (72) Das Kolonialsystem zerstörte die von Nkrumah als klassenlos aufgefaßte traditionelle afrikanische Gesellschaft, wodurch es die Entstehung von Klassen überhaupt erst ermöglichte (cf. 72 f.). Der Sozialismus wird von Nkrumah nicht als Vorstufe der Aufhebung der Klassen in einer Gesellschaft mit hochentwickelten Produktivkräften verstanden, sondern als die Wiederherstellung der minimal strukturierten traditionellen afrikanischen Gesellschaft. Die politische Praxis muß nach Nkrumah demzufolge „darauf gerichtet (sein), das Entstehen oder die Verfestigung von Klassen zu verhindern.“ (100) Zwar ist Nkrumah progressiv, wenn er betont: „der Kapitalismus ist nur eine vornehme Art der Sklaverei,“ (76) und den Sozialismus als einzige Alternative ansieht. Was er aber nicht begreift, ist, daß der nichtkapitalistische Weg der unter-

entwickelt gehaltenen Gebiete der „Dritten Welt“ zum Sozialismus keineswegs die Rückkehr zum Zustand einer minimal strukturierten Gesellschaft ist. Nkrumah lehnt den Kapitalismus ab, nicht etwa — wie Senghor —, weil dieser europäisch, d. h. weiß ist, sondern weil er „eine gesellschaftspolitische Theorie darstellt, in der die wichtigsten Aspekte der Sklaverei und des Feudalismus verfeinert wurden“ (75). Sklaverei und Feudalismus aber lehnt er ab, weil bei beiden „der Teil der Gesellschaft, der mit seiner Arbeit die Natur verändert, nicht mit dem identisch (ist), der als Folge dieser Veränderung besser leben kann“ (ibid). Dabei versteht Nkrumah die Arbeit ähnlich wie Hegel: „Die in die Natur eingebettete Gesellschaft steht deshalb in einer Wechselbeziehung zwischen Veränderung und Entwicklung. Diese Wechselbeziehung stellt die Arbeit des Menschen dar.“ (74) Eine sozialistische Gesellschaft befürwortet er, weil in ihr „das Studium und die Beherrschung der Natur einen humanistischen Impuls (haben), sie sind nicht auf Vollendung des Profitsystems gerichtet, sondern darauf, eine ständig wachsende Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der größtmöglichen Zahl hervorzu- bringen“ (80). Der Consciencismus ist für Nkrumah „materialistisch“. „Der Idealismus begünstigt die Oligarchie, der Materialismus den Egalitarismus.“ (79) Nach Nkrumah ist „die Grundbehauptung des Materialismus . . . die absolute und unabhängige Existenz der Materie. Die Materie jedoch besteht aus einer Fülle von Kräften, die sich antithetisch gegenüberstehen. Worauf es dabei philosophisch ankommt, ist, daß damit die Materie mit den Kräften der Selbstbewegung ausgestattet ist“ (82). Nkrumahs Materialismus kommt gehörig ins Wackeln, wenn er behauptet: „Der philosophische Consciencismus, obwohl tief im Materialismus verwurzelt, ist nicht notwendigerweise atheistisch.“ (87) Marx' historischer Materialismus kritisierte den Zustand, in dem die Welt, die die Menschen selbst geschaffen haben, von ihrem Bewußtsein sich trennt und eigene Gesetzmäßigkeiten entwickelt. „Bei einigen Philosophien wächst die Neigung, anzunehmen, daß der Materialismus, wenn er triumphiert und über den Idealismus gesiegt hat, als Philosophie, wie sein Opfer verschwinden oder ‚absterben‘ muß. Man meint, daß dies dann geschieht, wenn die klassenlose Gesellschaft erreicht ist.“ (94) Nkrumah dagegen erklärt, daß „die Bedeutung und die Richtigkeit des Materialismus in keiner Weise in der Stunde seines Sieges verringert wird“ (ibid). In dieser ahistorischen Auffassung entfernt Nkrumah sich ebenso von Marx wie in seiner Meinung, als Egalitarismus resultiere der Materialismus „in einer Morallehre“ (95). Fragwürdig ist auch die von Nkrumah entwickelte sogenannte „Mathematik der Entkolonialisierung“ (109—118), die den Verlauf der gesamten Kolonialrevolution mit Hilfe mathematischer Formeln errechnen soll.

Trotz aller Einwände ist der Consciencismus aber dort akzeptabel, wo seine politischen Implikationen zum Ausdruck kommen. Denn: „In politischer Hinsicht steht der philosophische Consciencismus den Realitäten des Kolonialismus, des Imperialismus, der Uneinigkeit und des Mangels an Entwicklung gegenüber.“ (101) Und daher liegt

— Nkrumahs Consciencismus zufolge — „die Lösung des Kolonialproblems ... in der politischen Aktion, in einem scharfen und konstanten Kampf um die Emanzipation als einem unerläßlichen ersten Schritt auf dem Wege, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Integrität zu sichern“ (ibid). Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

**Nirumand, Bahman:** Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der freien Welt. Nachwort von H. M. Enzensberger. Rowohlt Verlag, Hamburg 1967 (155 S., kart., 2,25 DM).

Parallel zur Zeit der Ankunft des „Revolutionärs“ Reza Schah Pahlewi (so versteht er sich in seiner Autobiographie) in der BRD, der seine „Revolution“ 1953 unter Anleitung der CIA zur Restaurierung des von Mossadegh beseitigten Ölimperialismus führte (L. B. Johnson: „Wir Amerikaner lieben den Schah und zählen ihn zu unseren besonderen Freunden.“ S. 110), wurde die hier zu besprechende Aufklärungsschrift in deutschen „denkenden“ Kreisen verbreitet. Im Rahmen einer allgemeinen theoretischen Analyse der Unterentwickeltheit der „Dritten Welt“ liefert der persische Verfasser eine empirische Analyse des krassen Beispiels Persien. Prägnant stellt er die neue Geschichte Persiens dar, insbesondere die seit der Macht ergreifung von Reza Khan, Vater des jetzigen Schahs, die eine „unbestreitbare Ähnlichkeit“ (19) zu der Hitlerschen aufweist. Besondere Aufmerksamkeit widmet Nirumand der Genesis des U. S. Ölimperialismus im Nahen Osten, der zunächst mit dem „Point Four Program“ debütierte, um den englischen langsam abzulösen (31 f.). Nirumand zeichnet diesen Prozeß präzise im Rahmen seiner Analyse der Mossadegh-Periode nach (Kap. III, 33—71). Der Autor versäumt leider dabei, die Mossadegh-Politik einer Kritik zu unterziehen. Er begnügt sich mit der spärlichen Bemerkung: Es war Mossadeghs Fehler, daß er seine Appelle vornehmlich an das städtische Bürgertum und die Intellektuellen des Landes richtete und es versäumte, die Massen... aufzuklären“ (70). Nirumand deutet die Politik Mossadeghs nicht von dessen Klassenposition aus, wie er überhaupt vergißt, eine Klassenanalyse der persischen Gesellschaft zu liefern, abgesehen von wenigen Randbemerkungen. Eine Klassenanalyse aber muß für die Untersuchung der Unterentwickeltheit der „Dritten Welt“ konstitutiv sein; nur so kann die Analyse Relevanz im Hinblick auf eine politische Praxis gewinnen. Nirumand hätte zeigen müssen, daß Mossadegh ein Repräsentant der persischen Nationalbourgeoisie war, die sich von dem Ölimperialismus und der mit ihm alliierten Feudalkaste Persiens unterdrückt fühlte und nach Entfaltung strebte. Ebensovienig zeigt der Autor, daß die persische Bourgeoisie in einen antiimperialistischen nationalen Flügel und einen aus der Imperialismus-hörigen Kompradorenschicht bestehenden zerfällt und daß der letztere Flügel eine heilige Allianz mit den Feudalherren eingegangen ist. Wenngleich Nirumand für eine Revolution plädiert, so untersucht er doch nicht die sozialen Kräfte, die

diese Revolution tragen werden. Vielleicht aber ist das eine bewußte Lücke in Nirumands Buch, und schließlich faßt er es selbst, wie er am Ende betont (142), als Aufklärungsschrift für deutsche Leser auf.

Daß Nirumands Absicht: aufzuklären, in bundesdeutschen Landen gar mancher Presse ein Dorn im Auge ist, hat man sich denken können. So befließigte sich der SPIEGEL, seine Leser darüber „aufzuklären“, daß Nirumand falsche Zahlen und Statistiken vermittelt habe (cf. SPIEGEL Nr. 44/Okt. 67; Nr. 47/Nov. 67; Nr. 51/Dez. 67). Ulrike K. Meinhof kann nach näherer Untersuchung der SPIEGEL-Texte feststellen, daß es sich um „bare Verdrehungen mit kurzen Beinen handelt“. (Vgl. ihre aufschlußreiche Auseinandersetzung mit dem SPIEGEL in Sachen Nirumand: „Der unaufhaltsame Aufstieg des „Spiegels“ — oder der Fall Nirumand“, in: KONKRET Nr. 12/Dez. 67, sowie auch: „Spiegels Spiegelbilder. Ein sehr offener Brief an R. Augstein“, in: KONKRET Nr. 1/Jan. 1968. Vgl. ferner: „Trüber Spiegel. Offener Brief des Iranischen Studentenvereins Berlin“, in: DISKUS, 18. Jg., Jan./Febr. 1968, S. 5.) Was die SPIEGEL-Redaktion mit ihren auf „Verdrehungen“ basierenden Vorwürfen beabsichtigt, scheint deutlich genug: Apologie, wenn nicht Apotheose des Schah-Regimes. Das ganze läuft dann auf den primitiven Satz hinaus: So schlimm ist es in Persien gar nicht. Wieder einmal demaskierte sich ein angeblich liberales Organ als Instrument der Manipulation.

Ungeachtet obiger Kritik liefert Nirumand eine vorzügliche Arbeit. Seine Analyse der Entwicklungshilfe (105—118) und deren Entlarvung als Ausbeutungsgeschäft sowie seine Untersuchung der Bewußtseinsstruktur der Kolonisierten (in stiller Anlehnung an Fanon) und deren kultureller Entfremdung durch das Kolonialsystem (135—141) zeugen von scharfsinnigem Verständnis dieser zentralen Probleme der unterentwickelt gehaltenen Länder der „Dritten Welt“. Nirumands Arbeit sollte trotz aller Mängel ein Stimulus für die kritische westliche Intelligenz sein, ihre Kinderstufe der Phrasensolidarität mit der „Dritten Welt“ zu überwinden. Das läßt sich bewerkstelligen, indem man die Solidarität durch ernsthafte wissenschaftliche Beschäftigung mit den Problemen eben dieser „Dritten Welt“ untermauert — ein bedingt kleiner, aber immerhin ein Beitrag zur Emanzipation der Menschheit.

Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

**Brückner, Peter: Freiheit, Gleichheit, Sicherheit. Von den Widersprüchen des Wohlstands.** S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1966 (158 S., Pb., 9,80 DM).

Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, das war, Max Horkheimer zufolge, das Programm der bürgerlichen Verwirklichung von Religion und Philosophie. Brückner verfolgt das Schicksal dieses Programms. Sein Essay ist der „Versuch . . . , den Traditionen der Französischen Revolution und ihrer Verwirklichung in unserer gegenwärtigen Gesell-

schaft nachzugehen“ (62). Seine Diagnose lautet, bei aller Anerkennung des „vagen Pluralismus“ und der Anwesenheit kritischer Einzelner: Refeudalisierung, Entfremdung, Erstarrung. Sein Essay ist ein Bericht über Verluste, nicht eingelöste Hoffnungen, Versäumnisse. Er ist ein Beitrag zu den Versuchen, die gegenwärtige Gesellschaft wieder aufzulösen in ein Spannungsfeld des Möglichen und des Wirklichen. Daher sein Rückgang auf die Spannung von Vernunft und Wirklichkeit in der französischen Revolution. Gegenteilendungen, das ist seine These, die sich schon während der bürgerlichen Revolution zeigten, sind in der Gegenwart zu den herrschenden Tendenzen geworden. „Der Humanismus der revolutionären Überzeugungen ging im wirtschaftlichen Erfolg nach-revolutionärer ökonomischer Freiheit unter. Die Herrschaft der Bourgeoisie verfestigte sich, aber gleichzeitig blieben die sozialen Probleme der kapitalistischen Gesellschaft ungelöst.“ (25) Brückners Absicht und Hoffnung geht auf die Labilisierung des erstarrten Zustandes. Als Alternative, die eigentlich keine sei (133), stehen ihm Erstarrung oder Untergang vor Augen. Sein Medium der Labilisierung des Erstarrten ist, wie in der Psychoanalyse, die *recherche du temps perdu*, die Erinnerung an den historischen Anfang, in dem der Widerspruch von Idee und Wirklichkeit offen zutage lag. Es ist der Versuch, der Geschichtsfremdheit des Kollektivbewußtseins entgegenzuarbeiten, die die Ursache der Unfähigkeit ist, eine Zukunft zu sehen. Brückner verweist darauf, daß die Bedingung des Scheinfriedens in der Gesellschaft nach 1945 die Leichengruben der Nationalsozialisten waren, — eine Erinnerung, deren Aufnahme ins kollektive Gedächtnis angesichts der jüngsten Praktiken zur Herstellung des politischen Friedens man sich wünscht.

„Die Voraussetzung unserer Gesellschaft, in der es friedlicher zugehen darf, war ja, daß die in brutaler Form nivellierte Gemeinschaft des Nationalsozialismus mit Allen für Alle die Gesellschaft von nicht-integrierten oder potentiell systemfeindlichen Gruppen durch Ausmerzungen entlastete.“ (43) In diesem Sinne ist die These von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft wahr.

Mißt man, wie Brückner es tut, die Gegenwart an der Vergangenheit, so scheint es wichtig, zwischen den Ideen der Vergangenheit und der Realität dieser Vergangenheit zu unterscheiden. Manche Formulierungen Brückners, insbesondere über Natur legen nahe, daß es heute ebensosehr um die Einlösung vergangener Hoffnung als auch um die Wiederherstellung von Verlorenem geht (76, 78). Ob die Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft nach der Art der Herrschaft über Natur sich vollziehen kann — „Die Undurchsichtigkeit des Menschlichen für den Menschen, an der die Idee der Brüderlichkeit scheitert, wurde unter zu vielen Schmerzen in der frühen Kindheit erworben. Diese Undurchsichtigkeit wäre erst zu überwinden, wenn wir, kritischer Akt des sozialen Ungehorsams, gesellschaftliche Kräfte und Vorgänge ebenso von der Rationalität des Menschen beherrscht sehen wollen wie die Kräfte der physischen Natur vom *homo faber*.“ (107) —, steht dahin.

In einem Exkurs über Tradition und Familie entfaltet Brückner den Widerspruch, daß diese zugleich Agentur der Gesellschaft und doch auch die Stätte sei, an der der einzelne zum Widerstand fähig werde. Anpassung und Widerstand entstünden an derselben Stelle. In der Weigerung, diesen Widerspruch zu vergötzen, bestimmt er seine politische Position: „Nur in der Demokratisierung des bürgerlichen Lebens, in der Teilnahme des einzelnen an seiner Sozietät, in der Gleichzeitigkeit der Erziehung zu kritischem Bewußtsein und einer planvollen Änderung struktureller Bedingungen der Warengesellschaft wäre dieser Widerspruch schrittweise zu überwinden.“ (108 f.)

Brückner befürchtet, daß die erstarrte, den Menschen entfremdete Ordnung der Gesellschaft unvermittelt in einen chaotischen Zustand umschlagen könnte; daraus zieht er die Konsequenz: „Wer sich selbst wohlwill, sähe besser beizeiten zu, daß in der erst noch zu erringenden Souveränität und Befreiung jedes einzelnen Individuums die Unterwerfung des Menschen, die Anpassung an den betrügerischen sittlichen und politischen Standard der Zeit zugunsten einer Synthese von kritischer Einsicht und Liberalität, von Einfühlung und Rationalität überwunden werde. Dies erst gewährte Brüderlichkeit. Der wahre soziale Friede aber begänne mit einem Akt, den Konsensus gemeinsam zu verweigern. Solange noch die falsche Ordnung, weil leidliche Stabilität gewährend, dem Richtigen vorgezogen wird, das sich nur über eine Labilisierung gegenwärtiger Zustände erreichen ließe, und solange der Regierte noch unreflektiert an ein gemeinsames Interesse mit den Regierenden glaubt, ist kaum darauf zu hoffen.“ (145/146)

Sind die Menschen, wie Brückner darlegt, in so weitem Maße wehrlose Opfer sozialer Strategien, so bleibt offen, in welche Richtung das aufgestaute, diffuse Potential das Ganze treiben wird, wenn es einmal in Bewegung gerät. Die Arbeit der Erinnerung, deren Resultat das Essay ist, könnte, als kollektive Anstrengung, der blinden Wiederholung des Vergangenen entgegenwirken.

Erich Cramer (Hannover)

**Klink, Dieter:** Vom Antikapitalismus zur sozialistischen Marktwirtschaft — Die Entwicklung der ordnungspolitischen Konzeption der SPD von Erfurt (1891) bis Bad Godesberg (1959). Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg. Verlag J. H. W. Dietz, Hannover 1965 (160 S., kart., 12,— DM).

Unter dem Thema ordnungspolitische Konzeptionen werden — unter völliger Auslassung der Zeit des „nationalsozialistischen Fiascos“ (82) — die jeweiligen partei-offiziellen Vorstellungen über die Notwendigkeit einer „Gegenwartsanalyse“ und einer „Zukunftsvorstellung“ referiert. Sie setzen sich — vollkommen verdinglicht — aus den Teilen „Planwirtschaftsforderung“, Vergesellschaftung bzw. Wirtschaftsdemokratie, Verhältnis zwischen SPD und Staat und zwi-

schen SPD und Gewerkschaften zusammen. Es ergibt sich daraus zu den genannten Themen eine gewissenhafte Sammlung sozialdemokratischer Merksätze mit Quellenangabe („Wir Deutsche sind trotz allem eine Familie“, W. Brandt, Regierungsprogramm der SPD, Bonn 1961, S. 31) — nebst einem Kommentar von D. Klink. In ihm wird die Geschichte der SPD zum „Klärungsprozeß“ (145). Die Programmpunkte entstehen unmittelbar aus „Überzeugung“ und „Glaube“ (14). Die „Orthodoxen“ und die KPD charakterisieren sich dadurch, daß sie die „Zukunftsvorstellung“ absolut setzen, während die Revisio-nisten die „Gegenwartsanalyse“ weiterentwickeln. Die „Klassen-kampfforderung“ konnte nur „in der stickigen Luft der Illegalität“ während der Sozialistengesetze prosperieren (2).

Klink sieht „die politische Bedeutung des Marxismus im Bemühen um die Verwirklichung einer konkreten Zukunftserwartung auf der Grundlage einer permanenten Gesellschaftsanalyse“ (93) und kommt zu dem Ergebnis, daß „der marxistische Gehalt der Nachkriegs-SPD bereits zurückgedrängt“ war (93) (keine konkrete Zukunftsvorstellung, keine Gesellschaftsanalyse).

Was ist unter Sozialismus heute zu verstehen? — „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Solidarität“ (98). „Im Mittelpunkt des sozialistischen Denkens steht der Mensch“ (97). „Der demokratische Sozialist betrachtet die Geschichte als das Werk verantwortlicher Menschen — zum Guten und zum Bösen“ (94).

Zur ordnungspolitischen Konzeption der heutigen SPD führt Klink aus: „Wirtschaftsfragen werden nicht mehr als Gretchenfrage für den Sozialisten, sondern leidenschaftslos als Sachfragen behandelt (und) ... nach Zweckmäßigkeitgesichtspunkten“ entschieden. „Dadurch wird die Wirtschaftsdiskussion von aller ideologischen Verkrampfung befreit und auf eine nüchterne Grundlage zurückgeführt.“ (148)

Weder sieht Klink, daß der SPD sowohl die „Gegenwartsanalyse“ wie die „Zukunftsvorstellung“ zum puren Geschwätz geworden sind, noch durchschaut er, daß die SPD hinter diesem Geschwätz heute nicht „Freiheit“ und „Solidarität“, sondern massiv den faschistoiden Restaurationsprozeß fördert. Christof Helberger (Frankfurt/Main)

**Die westdeutschen Parteien 1945—1965.** Ein Handbuch, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Dietz Verlag Berlin (DDR) 1966 (590 S., Ln., 12,50 MDN).

In diesem Handbuch sind die wichtigsten Daten, Statuten und programmatischen Äußerungen über 17 bundesrepublikanische Parteien zusammengestellt. In einer kurzen Einleitung zu jeder Partei werden Entwicklung, mitgliedermäßige Zusammensetzung und politischer Standort skizziert.

Eine allgemeine Einleitung gibt einen Abriß des westdeutschen parlamentarischen Systems und der Stellung und Funktion der Parteien in ihm. Angeschnitten wird die Problematik des Art. 21 GG, die verfassungsmäßige Verankerung der Parteien: „alle Parteien sol-

len damit in das staatsmonopolitische System integriert“ werden (41). Ausführlich wird das Problem der Parteienfinanzierung behandelt. Die Parteien werden wesentlich eingeteilt nach reaktionären (CDU/CSU, FDP, DP, NPD) und nicht-reaktionären; die reaktionären Parteien gelten als „Organe der herrschenden Monopole“ (11).

Diese Ausführungen über das bundesrepublikanische Parteiensystem bringen keine neuen Aspekte; die Kriterien sind zu grob für eine genaue Analyse. Man hat offenbar noch immer die alten Schwierigkeiten bei der politischen Plazierung der SPD im Parteienspektrum. Man kann sich noch immer nicht dazu durchringen, die SPD als systemintegrierte Partei zu nennen. Das allerdings könnte analytische Ansätze präzisieren, politische Schlageiten vermeiden und die politische Realität der Bundesrepublik genauer erfassen helfen.

Ursula Schmiederer (Marburg/L.)

**Grosser, Alfred:** Die Bundesrepublik Deutschland. Bilanz einer Entwicklung. Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen 1967 (146 S., brosch., 9,90 DM).

Das vorliegende Bändchen berücksichtigt die Ereignisse bis Ende 1966, also bis zur Installierung der „Großen Koalition“. Wer erwartet, eine umfassende Analyse von Struktur und Entwicklung des westdeutschen Regierungssystems vorzufinden, wird enttäuscht werden. Der Leser tut vielmehr gut daran, den etwas hochgespannten Titel nicht ganz ernst zu nehmen. Was Grosser bietet, ist keine „Bilanz“, sondern viel eher ein Essay, das Schlaglichter wirft, Teilphänomene kritisch heraushebt, aber vieles Wichtige eben doch nur streift. Ansatzpunkt ist die problematische Situation der Bundesrepublik als „Tochter des kalten Krieges“. Die Eigenarten ihrer Entstehungsgeschichte und ihre bislang fragwürdige Rolle auf dem Feld der internationalen Politik, zusammengezogen im Begriff des „Provisorismus“, determinieren nach Ansicht Grossers ihre Entwicklung bis heute entscheidend. Der Versuch des französischen Verfassers, die Gesamtentwicklung des westdeutschen Teilstaates von dessen internationaler Lage her in den Griff zu bekommen, unterscheidet sich wohlthuend von mancher provinziellen Selbstbeschau. Problematisch ist, daß dabei gesellschaftlich-ökonomische Veränderungen ungebührlich in den Hintergrund treten. Nützlich wird das Büchlein durch eine ausführliche und schön kommentierte Bibliographie im Anhang.

Joachim Hirsch

**Hesse, Konrad:** Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1968, 2., ergänzte Aufl. (283 S., kart., 15,— DM).

**Leibholz, Gerhard:** Strukturprobleme der modernen Demokratie. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1967, 3., erweiterte Aufl. (352 S., kart., 30,— DM).

Die Grundzüge sind ein Lehrbuch des Verfassungsrechts der BRD. Sie enthalten eine übersichtliche, knappe und einprägsame Darstel-

lung unter besonderer Berücksichtigung der Judikatur, mit einer sparsamen Verweisung auf weiterführende Arbeiten. Anhand der Erläuterungen entwickelt H. eine eigene Methodik der Verfassungsinterpretation und ein eigenes verfassungstheoretisches Verständnis. Ausgehend von der normativen Verfassung gelangt H. über die Aktualisierung und Konkretisierung des Inhalts ihrer Normierung zur „wirklichen Verfassung“. Wenn auch die normative Verfassung keine „bereits abgeschlossene — logisch-axiomatische oder wert-hierarchische — systematische Einheit“ sei, so soll doch ihre Einheit stets aufgegeben sein. Letzten Endes will die normative Verfassung als Einheit „verstanden“ werden. Die geschichtlichen Bedingungen der Realisierung des Norminhalts und die Geschichtsbezogenheit des Interpretieren werden gesehen, doch wird der Norm nur eine statische Geschichtsabhängigkeit zuerkannt. Dem Wandel der wirklichen Verfassung steht die Verfassungsänderung der normativen Verfassung gegenüber. Eine Wechselwirkung zwischen der Norm und ihrer Konkretisierung findet nicht statt.

Diesem dichotomischen Bild entspricht dann auch die Auffassung, daß die Identität von Regierenden und Regierten niemals zu verwirklichen sei. (Ein Anspruch auf weitestgehende Identität wird allenfalls konzidiert.) Folgerichtig wird Art. 20 Abs. 2, S. I („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“) nicht als Selbstregierung des Volkes interpretiert, sondern als ein „Anvertrauen“ von Herrschaftsbefugnissen an die Herrschenden durch das Volk. Die Annahme einer Herrschaft für das Volk liegt nicht allzu fern. Ihre Rationalisierung findet diese Ansicht in der Begründung, daß das Volk nicht über alle Angelegenheiten des staatlichen Lebens entscheiden könne, vielmehr „besonderer Organe der Leitung und Willensbildung“ bedürfe. Identitätsdenken diene nur der Verschleierung der tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse (wie z. B. in der DDR die postulierte Identität von Partei und Arbeiterklasse und Volkswillen — die nationalsozialistischen Erfahrungen werden nicht reflektiert), und zum Wesen der Demokratie gehöre nun mal die „mittelbare Demokratie“. Das betont geschichtliche Verständnis der Demokratie endet in der Anerkennung der Statik der Machtverhältnisse. Es wundert daraufhin nicht mehr, wenn die öffentliche Meinung in zwei Bereiche aufgeteilt wird: einmal in den halböffentlichen Bereich der Vorformung des politischen Willens, dem „Feld der intermediären Kräfte“, in dem die Zielsetzungen „hervorgebracht, formuliert“ werden; zum andern in den Bereich von Parlament und Regierung, in dem die Beratungsergebnisse durch die Parteien „zur Geltung gebracht“ und plausibel gemacht werden. (Siehe auch Schäfer, SPD, MdB, zitiert von J. Agnoli in ‚Die Transformation der Demokratie‘, Berlin 1967, S. 68: „Zusammen mit der Regierung hat das Parlament dem Volke klarzumachen, wohin der Weg führt und warum es in diese Richtung geht.“) Wirkliche Publizität gibt es danach nur als parlamentarische Öffentlichkeit. Die Teilnahme einer breiten kritischen Öffentlichkeit am politischen Willensbildungsprozeß, wie sie Art. 21 GG voraussetzt, wird so auf eine Beteiligung am parlamentarischen Zurschau-

stellen beschränkt. Der durch die Anerkennung der Parteien zugestandenen Kontrollfunktion der Öffentlichkeit und der Möglichkeit der Emanzipation durch Teilnahme wird der Boden entzogen und damit der Anpassung an die soziale Wirklichkeit das Wort geredet.

Leibholz' Aufsatzsammlung ist um die These geordnet, die besagt, daß es einen grundsätzlichen verfassungstheoretischen Unterschied zwischen dem „modernen demokratischen Parteienstaat“, wie er in Art. 21 GG seine verfassungsrechtliche Verankerung gefunden habe, und der „traditionellen, liberal-repräsentativen, parlamentarischen Demokratie“ gäbe. Im modernen Parteienstaat — „ein Surrogat der direkten Demokratie im modernen Flächenstaat“ — wirken die organisierten Staatsbürger über die Parteien auf die Staatswillensbildung ein. Anders ausgedrückt: „Der Gemeinwille kommt in der parteienstaatlichen Demokratie allein mit Hilfe des Identitätsprinzips ohne Beimischung repräsentativer Strukturelemente zur Entstehung“ (94). Das Bundesverfassungsgericht hat im Anschluß an diese These den Parteien die „Funktionen eines Verfassungsorgans“ (BVerfGE 4, 30) zugesprochen. Die Herausarbeitung des aufgeführten Gegensatzes übersieht, daß die verfassungstheoretischen Konzeptionen — repräsentative Demokratie und parteienstaatliche Demokratie — „den Akzent auf die Zurechnung herrschaftlicher Entscheidung legen“ (s. H. Čopič, Grundgesetz und politisches Strafrecht neuer Art, Tübingen 1967, S. 46), den Prozeß des Zustandekommens von Herrschaft aber nicht berücksichtigen. L.'s Ausführungen zu diesen Fragen gehen von der „Korrekturbedürftigkeit“ des modernen demokratischen Parteienstaates aus. Doch münden seine Vorschläge zu einer Demokratisierung des Aufbaus der Parteiorganisationen in rechtliche Grundsätze für ein künftiges Parteiengesetz, die sich die entscheidende Forderung nach dem Entstehen von Herrschaft unter der Kontrolle der Öffentlichkeit nicht zu eigen machen. Denn gegenüber der geschlossenen Öffentlichkeit der repräsentativen, frühen bürgerlichen Demokratie muß heute die Öffentlichkeit gekoppelt mit einem Willensbildungsprozeß von unten nach oben auf die Vereine und auf die Verbände ausgedehnt werden. Nur dann wären kritische Kontrolle und Mitbestimmung im Kollektiv möglich. Nur so könnte sich fundamentaloppositionelle Kritik Gehör verschaffen. Andernfalls verdeckt der augenscheinliche Pluralismus der Parteien in der Distributionssphäre die Polarität der Interessen in der Produktionssphäre (s. J. Agnoli, a.a.O., S. 23 f.), werden Parteimitglieder zum „Werkzeug“ (Agnoli) der Führungsstäbe, die, nur noch im Dienste des Gemeinwohls arbeitend, die partikularen Interessen ihrer Mitglieder und Wähler formal der Volkspartei — real ihrer eigenen oligarchischen Vormachtstellung — opfern.

Bernhard Blankenhorn (Freiburg)

**Recht und Organisation der Parlamente.** Herausgegeben im Auftrage der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. Erich Schmidt Verlag, Bielefeld 1958—67. Loseblattsammlung (2890 S., 7 Faltkarten, 96,— DM).

Das umfassende Nachschlagewerk bietet eine Sammlung von Unterlagen über Recht und Organisation der deutschen, übernationalen und internationalen Parlamente, die sonst nur verstreut in Parla-mentshandbüchern und ähnlichen, oft nur schwer zugänglichen Pu-blikationen zu finden sind. Enthalten sind die jeweiligen Verfassun-gen, Satzungen, Verträge, Geschäftsordnungen und Wahlgesetze, die einschlägigen Bestimmungen über die Rechtsstellung der Abgeord-neten sowie Angaben über die Mitglieder und die innere Organisa-tion der gesetzgebenden Körperschaften. Das Werk wird laufend auf den neuesten Stand gebracht und ist allen einschlägig Interessierten als Arbeitshilfe sehr zu empfehlen. Joachim Hirsch (Frankfurt/Main)

**Berra, Xaver:** Im Paragraphenturm. Eine Streitschrift zur Entideologisierung der Justiz — mit einer Einleitung von Adolf Arndt. Demokratie und Rechtsstaat. Kritische Abhandlungen zur Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik. Luchterhand Verlag, Berlin u. Neuwied am Rhein 1966 (153 S., kart., 11,80 DM).

Eine von einem praktizierenden Richter geübte Kritik am Selbst-verständnis und an der objektiven Lage des Richters in der heutigen Gesellschaft — und dazu noch in polemischer verständlicher Art — ist eine Seltenheit. Sie verdient um so mehr Beachtung, als sich nicht nur die ideologische Rückständigkeit der deutschen Richter, die noch 1963 annahmen, daß „als sittenwidrig zu werten ist, was stets als sittenwidrig galt“, geißelt, sondern auch eine sozialökonomische Ana-lyse ihrer Lage versucht. Eine Analyse der Herkunft der Richter an Oberlandesgerichten ergab, daß 40,5 % aus der oberen Mittelschicht und 54,6 % aus der unteren Mittelschicht stammen. Berra unterteilt die Richterschaft aus eigenen Erfahrungen in vier Gruppen: die An-hänger der herrschenden Ordnung, die meinungslos Unpolitischen, die bewußt Konservativen und die Sozialliberalen. Die Gruppen 1 und 3 halten sich die Waage, Gruppe 2 ist mit mehr als die Hälfte die stärkste und Gruppe 4 die schwächste. Die herrschende konser-vative Grundhaltung wird durch die richterliche Unabhängigkeit noch verstärkt. Auf seiner Richterlaufbahn (!), die anderen — wie z. B. dem englisch — Rechtssystemen fremd ist, wird der Richter durch das Rechtsmittelgericht überwacht, er muß in den Kollegial-gerichten (dies gilt für 30 % der Richterschaft) die überragende Stel-lung des Vorsitzenden dulden, hinzu kommt, daß er neuerdings auch disziplinarisch gemäßregelt werden kann und daß sein Einfluß auf den technischen Bereich des Justizapparates gering ist. Betrachtet man daraufhin die Geschichte des Richters in Deutschland, so scheint das Endergebnis weniger unbegreiflich. Der Richter war während des Kaiserreichs nur das Sprachrohr des Rechts: „der Befehl des Für-sten wurde durch den Befehl des Gesetzes abgelöst“. Recht machte eine „dünne Schicht“ von Professoren, Ministerialbeamten und hohen Richtern. Die Mehrzahl der Richter wurde davon ausgeschlossen. Nach dem Versagen in der Weimarer Republik und im Dritten Reich war die Richterschaft während der Jahre 1949—55 „leicht fortschritt-

lich“. Dann war wieder das Monopol des „kleinen Kreises“ hergestellt und das Versagen der Richterschaft während des Dritten Reichs wurde allmählich bekannt. In dem Kapitel „Das Allerheiligste“ prangert Berra die „Meinungskonzerne“, die den „Markt“ — lies Juristische Zeitschriften — beherrschen, und ihre Praktiken an. Die in dieser kleinen Produktions- und Zirkulationssphäre hergestellten Güter verleugnen nicht den Geist ihrer Urheber. Eine kurze Übersicht über die Rechtsprechung verdeutlicht den Zusammenhang von Theorie und Praxis: Ist außerehelicher Beischlaf laut Bundesgerichtshof als Unzucht und Beischlaf zwischen Verlobten im Hause der Eltern als Kuppelei zu ahnden, so werden wegen weitverbreiteter Steuerhinterziehungen keine Verfahren eingeleitet, wohl aber wegen kleiner Diebstähle — fürwahr eine „Klassenjustiz“, die die Moral der Minderheit und deren Herrschaftsinteressen als allgemeinverbindlich erklärt.

Berra fordert eine demokratische Justiz, die allerdings schon auf der Universität in die Tat umgesetzt werden müßte: durch eine demokratische Zusammensetzung der Studentenschaft. Mit Recht verlangt er eine Änderung der juristischen Studieninhalte: Wirtschaftliche und soziologische Fächer sollten gelehrt und geprüft werden. Innerhalb des Justizapparats sollten die unteren Richter von den oberen unabhängig werden: die Wahl der Gerichtspräsidenten sollte mit einer weitgehenden Selbstverwaltung einhergehen. Eine zusätzliche Spezialisierung der Richter wird abgelehnt, da sie nur die Herrschaft der kleinen Kreise aufrechterhalten würde. Entspricht die Zusammensetzung der Richterschaft und der Aufbau des Justizapparates dem demokratischen Prinzip, so wird Berra auch nicht mehr den „Verlust der Persönlichkeit“ zu beklagen haben und eine neue „Honoratiorenjustiz“ einführen wollen. Bernhard Blankenhorn (Berlin)

**Ver, Rudi: Requiem auf einen Rechtsstaat.** Demokratie und Rechtsstaat. Kritische Abhandlungen zur Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin (West) 1967 (83 S., kart., 6,80 DM).

Die Bestandsaufnahme des bundesrepublikanischen Rechtsstaates beginnt mit der Feststellung, daß die Unstimmigkeiten zwischen Verfassungswirklichkeit und Gesetzgebung fast schon seit Einführung des Grundgesetzes vorzufinden sind. Ver erinnert an die Parteiverbote der SRP und der KPD, die deren geringem politischen Einfluß nicht Rechnung trugen. In diesem Sinne verfehlt auch die geplante Notstandsgesetzgebung ihr Ziel, da sie anscheinend doch nicht — angesichts des Vorbehalts der Alliierten, den Schutz ihrer Truppen selber organisieren zu wollen (13) — die politische Souveränität der Bundesrepublik herbeiführen wird. Es ist festzuhalten, daß die Bundesrepublik nicht durch eine Gesetzgebung jener Gefahren Herr werden kann, die in dem Augenblick auftauchen, in dem Strukturkrisen das System der wirtschaftlichen Umverteilung funktionsunfähig machen. Sollte einmal der Wohlstand verschwunden sein, und treten

dann verfassungsfeindlich relevante Gruppen auf den Plan, so wird mit einer Notstandsgesetzgebung auch nicht mehr viel geholfen sein. Zumal die Intention des Staatsschutzes, die in der geplanten Gesetzgebung anzutreffen ist, nicht geeignet ist, einen grundrechtlichen Minimalbestand zu wahren (20). Dies wird beispielhaft an den Abhörbefugnissen, die die Bundesregierung erhalten würde, nachgewiesen. Die geplanten Befugnisse laufen auf die Zerstörung des Grundrechtes des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 GG) hinaus, da jede beliebige Eingriffsmöglichkeit, die Geheimheit des Eingriffs und die Wehrlosigkeit des Betroffenen zu ihren Voraussetzungen gehören. Wiederum ist zu bemerken, daß auch dieses gesetzgeberische Mittel letzten Endes in Anbetracht der technischen Möglichkeiten der Spionage für eine Abwehr untauglich erscheint, sondern nur den innerstaatlichen Informationsfluß treffen wird und als ein erneutes Mißtrauen in die Funktionstüchtigkeit demokratischer Staatsgestaltung zu werten ist (24). Entsprechend erfolgt die Kontrolle der Abhörmaßnahmen ohne Sachaufsicht des vom Parlament bestellten Hilfsorgans.

In ähnlicher Weise wird der Bürger über den Arbeitseinsatz im unklaren gelassen. Es ist nicht festgelegt, wann die Dienstpflicht eingeführt werden soll — eine „Konnexion mit irgendeinem Gefahrenzustand“ ist nicht ersichtlich —, wieweit sie sich erstreckt — alle wirtschaftlichen Bereiche sind natürlich Versorgungsbereiche der Bevölkerung — und wie die Rechtsverhältnisse gestaltet sind, innerhalb deren die Dienstleistungen zu erbringen sind. Insbesondere das Streikrecht erhält eine Scheingarantie, die aber das Streikrecht soweit aushöhlt, daß es im gesamten Bereich der Dienstverpflichtungsverhältnisse illegal ist.

Der gemeinsame Ausschuß, bestehend aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates, tritt bereits im Frieden unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Funktion, er assistiert der Exekutive, ohne kontrolliert zu werden. Durch die Schaffung dieses Organs werden die Diskussionen über Notstandsmaßnahmen der parlamentarischen Öffentlichkeit entzogen und die Entscheidungen einem 22köpfigen Gremium, das als ein Substitut des Parlaments mit 4 % seiner Mitglieder bestellt ist, überlassen. Die Feststellung des überregionalen Notstandes wird allein die Bundesregierung treffen können, das föderalistische Prinzip ist vom Bundesrat aufgegeben worden (so die vorgeschlagene Neufassung von Art. 91 GG). Auch ist die Funktionstrennung zwischen Polizei und bewaffneter Macht aufgehoben worden. Der Bundesgrenzschutz, wie die Bundeswehr, sind zum Einsatz mit ihrer gesamten Feuerkraft im Innern befugt (55).

Kann man den Entwürfen eine tendenzielle Aushöhlung des Grundgesetzes ablesen, so wird dieser Eindruck durch die im Jahr 1967 beschlossenen Gesetze über die Wirtschaft nur noch bestätigt. Zu zitieren wäre einmal das 15. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, das die Finanzwirtschaft zwischen Bund und Ländern neu regelt, und zum anderen das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“. Letzteres hebt den

kooperativen Föderalismus auf und ersetzt ihn durch eine „Globalsteuerung“ durch den Bund. Viel einschneidender wirkt sich jedoch der Verzicht des Gesetzgebers auf seine Prärogative, die allgemeine Steuerbelastung festzusetzen, aus. Nunmehr ist die Bundesregierung je nach konjunktureller Situation ermächtigt, durch Rechtsverordnungen die Steuer festzusetzen. Wenn auch die Verordnungen der Zustimmung des Bundestags bedürfen, so ist damit aber die „Formtypik der rechtsstaatlichen Normsetzung“ (74) durchbrochen, wonach der Gesetzgeber entweder selbst Normen setzen oder die Regierung zur Verordnungsregelung nach Art. 80 GG ermächtigen kann. Diese Bestrebungen laufen darauf hinaus, daß sich der Gesetzgeber zu einem Akklamationsparlament degradiert, in dem er Krisenverordnungen den Schein parlamentarischer Sanktionen verleiht, oder daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik entparlamentarisiert wird. In der Weimarer Republik wurden im wirtschaftlich schwierigen Jahr 1927 gleichlautende Forderungen vom Reichsverband der deutschen Industrie erhoben (76). Aus diesen Bemühungen läßt sich unschwer erkennen, daß das Verfassungsverständnis sich gewandelt hat. Gegenüber dem früheren Ziel, die historische und systematische Kontinuität der Staatswirklichkeit normativ zu planen, ist man nun bei der Vorstellung angelangt, „daß die Grundnormen gemäß der jeweiligen politischen Situation manipuliert werden müßten“ (77) oder anders ausgedrückt, das Grundgesetz wird eine „Summierung von Situationsrecht“ (77). In Anbetracht der augenscheinlichen Krise der Verfassungsloyalität wird man der Forderung des Bundesrats vom 28. April 1967 nach einer Vorlage der „Gesamtkonzeption — der Bundesregierung — über die künftige Gestaltung des Grundgesetzes“ nur zustimmen können.

Bernhard Blankenhorn (Berlin)

**Brandt, Gerhard, und Ludwig von Friedeburg:** Aufgaben der Militärpublizistik in der modernen Gesellschaft. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1966 (128 S., kart., 12,— DM).

Dieser Band ist die erweiterte Fassung eines Gutachtens zum Spiegelprozeß. Seine zentrale These ist die, daß Militärpolitik sich dem Anspruch kritischer Publizität und der öffentlichen Diskussion zu unterwerfen habe, weil im atomaren Zeitalter Militärpolitik per definitionem nicht länger ein Stück Arkanpolitik sein kann, sondern ihrer Funktion nach öffentlich sein muß. Die Zeiten sind vorbei, in denen „die Formulierung von Strategien als Kunst- und Geheimlehre militärischen Führern vorbehalten“ bleiben kann (11). Strategie ist nicht länger allein Vorbereitung auf den Ernstfall, sondern Teil jeder Außenpolitik. Konstitutiver Teil der Nuklear- und Abschreckungsstrategien ist die Information des potentiellen Gegners über die eigenen sicherheitspolitischen und militärischen Maßnahmen (21). Jeder Schritt von Rüstungskontrolle bedarf der Kommunikation mit dem Gegner und des Austausches von „Informationen über den Stand der militärischen Rüstung in den kontrahierenden Ländern“ (22).

Die Autoren versuchen an Beispielen die Bedeutung einer kritischen Presse und einer allgemeinen öffentlichen Diskussion strategischer Fragen nachzuweisen. Die publizistische Behandlung der „Mirage“-Affäre in der Schweiz gilt ihnen als „Musterbeispiel für die bleibende Bedeutung von kritischer Publizität gegenüber dem Staats- und Militärapparat“ (29). Die Diskussion über die „Raketengrube“ in den USA gilt als eine große strategische Debatte, bei der die Presse das Vehikel zur Diskussion war (29/30). Schließlich soll die Debatte über die MLF ein Beispiel dafür sein, „wie die klassische Funktion von Publizität auf internationaler Ebene sich fortsetzt und dabei neue Bedeutung gewinnt“ (30).

Hier muß man Zweifel anmelden. Allein die Tatsache, daß gewisse nationale oder internationale Interessen miteinander konfliktieren und deshalb eine Auseinandersetzung provozieren, kann wohl nicht gleich als Indiz dafür genommen werden, daß hier kritische Öffentlichkeit sich herstellt. Überhaupt wirken die drei Fallstudien nicht besonders überzeugend als Beispiel dafür, wie kritische Publizistik und Öffentlichkeit wirklich militärpolitische Entscheidungen zu beeinflussen vermögen. Allenfalls mögen sie zeigen, daß in anderen Staaten nicht jede Diskussion über militärpolitische und strategische Fragen gleich zu „Fallex“- und „Spiegel“-Affären werden müssen. Offenbar war das auch die ursprüngliche Intention der Autoren. Im vorliegenden Band gibt es jedoch keinen sinnvollen Zusammenhang zwischen diesem Aspekt und der Analyse westdeutscher Militärpublizistik.

Aufschlußreich ist die Analyse der bundesrepublikanischen Militärpublizistik. Diese hebt sich kaum von der allgemeinen Niveaulosigkeit der außen- und militärpolitischen Diskussion hierzulande ab. Drei Gruppen von Kommentatoren werden vorgestellt. Eine mit Adalbert Weinstein als exponiertem Vertreter: die Anhänger der massiven Abschreckung; die zweite mit Theo Sommer (ZEIT) und Augstein: Anhänger der McNamara-Strategie; die dritte um das ATOMZEITALTER: sie analysiert Rüstung im Hinblick auf Abrüstung.

Die militärpolitische Diskussion in der BRD hat es — im Vergleich zu den umfangreichen und intensiven Debatten in den USA — nicht geschafft, eine politische Öffentlichkeit zu den Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit zu mobilisieren: „Die Militärpublizistik verwaltet den Markt strategischer Konzeptionen — weniger jedoch im Dienste des Publikums als in dem auswärtiger Produzenten“ (107). Weder war sie bislang „Subjekt und nicht bloß Objekt der Willensbildung“ (134), noch entspricht sie den Aufgaben, die die Autoren der militärpolitischen Diskussion zuweisen: „Gleichsam als Modell des Wechselgesprächs politischer Instanzen, wissenschaftlicher Forschung und informierter Öffentlichkeit hat die große strategische Diskussion unserer Tage zu gelten. Die politische und militärische Führung der Streitkräfte sind es, die dabei die Rolle des politischen Herrschaftssystems, die Strategie als Wissenschaft betreibenden Forscher, die die Rolle der Wissenschaft, die Militärpublizisten, die die Rolle der informierten Öffentlichkeit innehaben.“ (134).

Ursula Schmiederer (Marburg/L.)

**Bessel-Lorck, Lorenz, Heinrich Sippel, Wolfgang Götz: National oder radikal? Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland.** v. Hase und Koehler Verlag, Mainz 1966 (2. erw. Aufl., 151 S., kart., 7,80 DM).

Bessel-Lorck schreibt über die „Kriminologie der antisemitischen und nazistischen Ausschreitungen“, über Hakenkreuzschmierereien, Friedhofschändungen, rechtsradikale Flugblattaktionen, persönliche Bedrohungen. — Sippel stellt die „Agitationsthemen des Rechtsradikalismus in der BRD“ zusammen, eine Deskription der typischen Darstellungsweise des NS sowie der gegenwärtigen politischen Ordnung durch rechtsradikale Journalisten und Pamphletisten. — Götz verbindet in seinem Beitrag „Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus“ die Wiedergabe empirischer Untersuchungsergebnisse (Scheuch-Studie) mit politischen und pädagogischen Vorschlägen zur Abwehr rechtsextremer Tendenzen.

Die Autoren nehmen eine energische Haltung ein gegen den „Verfassungsfeind von rechts“, gegen den „Ungeist von gestern“. Gleichwohl ist die Schrift in mancher Hinsicht ein Versuch der Beschwichtigung und Verharmlosung. Dies tritt zunächst ganz offen zutage am ersten Beitrag, dessen Themenstellung und Abgrenzung die These der „Randerscheinung“ zu rechtfertigen scheinen. Bessel-Lorck jedenfalls legt viel Wert auf die Feststellung, es handle sich um „Taten einer verschwindend kleinen Minderheit Unbelehrbarer und geistig Abartiger“. „Der weitaus überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung“, so fährt er fort, „verurteilt diese Ausschreitungen scharf und ist gegen Antisemitismus und Neofaschismus immun“ (24). Es sei „absurd“, werden wir versichert, „die Ausschreitungen als Symptome einer antidemokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hinzustellen“ (17). Sippel kommt dadurch zur Behauptung von der „mangelnden Anziehungskraft der rechtsextremen Thesen“, von der „Bedeutungslosigkeit des nationalistischen Lagers“ (49), daß er mit diesen Kennzeichnungen die tatsächlich sektenhaften Vereinigungen und auflagenschwachen Publikationen meint, die entweder unmittelbar an den Nazismus anknüpfen oder an antidemokratische und rassistische Gruppierungen vom Schlage der Ludendorff-Bewegung. Immerhin aber wird wenigstens verwiesen auf die zunehmend beobachtbare „Verschleierungstaktik der Rechtsradikalen“, mit der sie versuchten, „aus der braunen Ecke der politischen Isolierung“ herauszukommen (46). Kein Zweifel auch: die sehr informative Darstellung der Lieblingsthese rechtsextremer Polemiken und ihre Sprache wirken für sich allein — sie erwecken mehr als „den Eindruck einer Grotteske“ (77). Götz scheint auf den ersten Blick die Gefahr von Verharmlosung und Beschwichtigung am ehesten zu vermeiden; explizit geht er über die Definition des Verfassungsschutzes hinaus und sagt, daß es nicht allein um den organisierten Rechtsradikalismus gehe: „... viel gefährlicher dürfte auf die Dauer der Bodensatz von Neigungen zum autoritären, zum antidemokratischen und antiparlamentarischen Denken sein, die wir auch bei zahl-

reichen Deutschen antreffen, die dem organisierten Rechtsradikalismus ablehnend gegenüberstehen“ (91).

Spezifische Irrtümer, sowohl in der Beobachtung als auch in der Interpretation und Erklärung rechtsradikaler Tendenzen, verleihen allerdings auch diesem Beitrag die Funktion, die Gefährlichkeit des antidemokratischen Potentials zu verschleiern. Der zentrale Irrtum hier wie bei den übrigen Aufsätzen liegt in der formaldemokratischen Fixierung auf die als pluralistisch verstandene westdeutsche Gesellschaft, eine Fixierung, die nach dem Modell einer bürgerlichen Normalverteilung den „Links- und den Rechtsradikalismus weitgehend ‚auswechselbar‘“ (99) erscheinen läßt. Zu einem abstrakten Demokratiebegriff, in dem der Bereich des Politischen vom lebendigen gesellschaftlichen Prozeß abgelöst erscheint, treten jene ebenso verbreiteten Denkmechanismen, die von kritischer Soziologie als typische Barrieren für zutreffende gesellschaftliche Analyse und politische Einsicht in die Möglichkeit von Veränderung beschrieben worden sind: Personalisierung, Denken in sozialen und anthropologischen Invarianten, Verwenden von Naturkategorien für soziale Phänomene.

Die Front gegen den Rechtsradikalismus ist auf Ideologemen errichtet, die jenem qualitativ zu nahe sind, um seine gesellschaftliche Virulenz brechen zu können. Dies zeigt etwa die Interpretation des Staates als einer „Leistungsgemeinschaft der Gesamtheit mit dem Gemeinwohl als oberstem Ziel“ (115) an, und das steckt auch in der natürlich auch hier nicht fehlenden Forderung nach dem „gesunden Nationalbewußtsein“. Wesentlich unterschieden vom offiziellen Demokratieverständnis der Nationaldemokraten ist auch nicht, wie Demokratisierung für bestimmte soziale Bereiche und Institutionen prinzipiell ausgeschlossen wird und zugleich unterstellt wird, sie wäre in den anderen realisiert: „... eine ganz besondere pädagogische und aufklärende Arbeit (ist) Einrichtungen wie etwa der Bundeswehr gestellt, die von der NPD besonders gerne angesprochen werden und die andererseits auf Grund ihrer inneren Struktur niemals demokratische Prinzipien in der letzten Konsequenz anwenden können und infolgedessen von der inneren Ordnung her in einem gewissen Spannungsverhältnis zu der Ordnung stehen müssen, die sie vertreten und schützen.“ (133) Sebastian Herkommer (Berlin)

**Sontheimer, Kurt, Eberhard Stammler, Hans Heigert: S e h n s u c h t nach der Nation? Drei Plädoyers.** Juventa Verlag, München 1966. (119 S., Pb., 7,80 DM).

„Der Rechtsradikalismus hat in Deutschland keine ernst zu nehmende Chance mehr, es sei denn, ein Nationalkonservatismus, ein sich demokratisch gebender Nationalismus bereite ihm — wenn auch ungewollt — den Boden“, so Martin Faltermaier im Nachwort zu den drei Beiträgen (113). Was öffentliche Diskussion und politischer Unterricht unter kruder antikommunistischer Schwarz-Weiß-Alternative zu verdecken trachteten, sei die wirkliche Gefahr, die heute sozusagen *zwischen* Demokratie und Diktatur liege: die „patriarcha-

lich-autoritäre Gesellschaftsauffassung“. So ist auch die Warnung Sontheimers zu verstehen, daß die „Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik“ — dies der Titel seines „Plädoyers“ — als mögliches *Übergangsstadium* zu einem zweiten Untergang der Demokratie in Deutschland betrachtet werden muß.

Wie kommt es zu dieser Wiederkehr? Sontheimer meint einfach, es handele sich um einen „Stimmungsumschwung“, eingeleitet und artikuliert durch führende Repräsentanten westdeutscher Politik, die einem „unterschwelligem Nationalismus in unserem Volk eine Art offizieller Sanktion verleihen“ (13). So zutreffend die Beobachtung ist, daß verborgene nationalistische und antidemokratische Einstellungen — im Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung schon vor langem als „nicht-öffentliche Meinung“ beschrieben — zunehmend zu öffentlichen gemacht werden, so sehr vermißt man in Sontheimers Aufsatz Überlegungen zur Verursachung dieses „neuen Stimmungsmomentes“. Er verharret bei kurzen Nachweisen irrationaler Elemente in den Reden und Schriften einiger Politiker und rechtsgerichteter Intellektueller (besonders dankbar: Gerstenmaier und Mohler), bietet aber weder Analysen noch begriffliche Instrumente an, mit denen zu zeigen wäre, welche *objektiven*, gesellschaftlichen Voraussetzungen bestehen müssen, damit der „Rechtsradikalismus im Windschatten des neuen Nationalismus“ eine „ernste Gefahr für die demokratische Ordnung der Bundesrepublik“ werden kann: „Die Rechtsradikalen . . . können an Wirkung gewinnen, wenn das politische Klima sich ändert . . .“ (24). Die Frage, wie, wann sich solches Klima ändert, ist nicht einmal gestellt.

Von „Klimawechsel“ ist auch in den anderen Aufsätzen die Rede. Metaphorik, so scheint es, soll triftige Analyse ersetzen. Bei Pfarrer Stammeler („Versuchung aus der Vergangenheit“) sind es besonders die biologischen Hilfskategorien (Gaullismus als „ansteckender Virus“), mit denen er gefährlich nahe an die bekannte Unterscheidung des gesunden vom übersteigerten Nationalismus kommt — es wäre nicht viel einzuwenden, meint er etwa, „wenn sich diese Entwicklung als ein gesunder Prozeß vollzöge und wenn ihm die Krankheitserscheinungen erspart blieben, von denen die Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins so schwer belastet ist“ (37). Adorno hat — in den *Eingriffen*, S. 167 — darauf hingewiesen, wie ideologisch es ist, gesundes Nationalgefühl zu unterscheiden vom pathischen Nationalismus, wie unaufhaltsam die Dynamik vom ersten zum zweiten ist. Sontheimer hat das in einem pragmatischen Sinne immerhin gesehen; eindringlich warnt er davor, „guten Nationalismus zu pflegen, um damit dem radikalen das Wasser abzugraben“ (25), und mit Recht weist er darauf hin, daß radikal antidemokratische Thesen in Krisenzeiten noch stets mehr Unterstützung gefunden haben als die quasi gemäßigten, „gesunden“.

Unter der fehlenden objektiv gerichteten Analyse (Stammeler zitiert Walter Hofer zustimmend: „Im Wesen des Romantischen scheint . . . das Rätsel deutscher Entwicklung beschlossen zu liegen“, 57) müssen die Vorschläge zu politischer Praxis leiden. Sie tragen insgesamt

den Charakter des moralischen Appells. Ihr Inhalt ist orientiert am Wertekatalog liberaler Demokratie, diese sozusagen aufgewärmt, ohne die historische Möglichkeit der Realisierung demokratischer Ideen heute und dazu geeignete praktische Strategien zu reflektieren. Die Rede von der Verantwortung jeden Bürgers bleibt daher so abstrakt wie die besonders von Heigert („Das falsche Deutschlandbild der Bundesrepublik“) unentwegt erhobene Forderung nach Nüchternheit, Entkrampfung und rechtem Augenmaß. Hilflös ist der Antinationalismus, solange Faschismus in Wendungen begriffen wird wie „Hitlersche Entartungserscheinungen“, „Verirrungen des deutschen Nationalbewußtseins“ (Stammler, 44), „infernalische geistige Verirrung“ (Heigert, 93), und solange diesem vorgebeugt werden soll durch Beschwörung der „richtigen Werte“, „neu sich stabilisierender Rechtsempfindung und Sensibilität für die Freiheit“ (Heigert, 111 f.) usw.

Mit bloßen Ideen setzt man der objektiven Tendenz einer autoritären Rückbildung unserer Demokratie, deren Symptom und Medium u. a. auch der neue Nationalismus ist, objektiv nichts entgegen. Auch nicht mit den bloßen Ideen der Humanität, Freiheit und Selbstbestimmung, schon gar nicht, solange sie in ihrer abstrakten Gestalt von jenem („sich demokratisch gebenden“) Nationalismus selber so nachdrücklich in Anspruch genommen werden.

Sebastian Herkommer (Berlin)

## V. Ökonomie

**Albert, Hans:** Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1967. Soziologische Texte Bd. 36 (544 S., Ln., 45,— DM, Studienausgabe 32,— DM).

Hans Albert, neben Ernst Topitsch bedeutendster Neopositivist in Deutschland, konkretisiert in diesen aus den Jahren 1953 bis 1963 stammenden Aufsätzen die Konzeption der modernen Wissenschaftslogik, die in „Sprachspielen“ wissenschaftliche Theorien als Systeme axiomatisch-deduktiver Aussagen konstruiert. Diese werden im Realexperiment und in der Faktoranalyse auf ihren Wahrheitswert bzw. Bestätigungsgrad, d. h. auf ihre Brauchbarkeit für Erklärung und Prognose überprüft. „Falsifikation“ der Annahmen gewährleistet den Kontakt mit der Wirklichkeit, „intersubjektive Prüfbarkeit“ die Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis.

Trotz strenger Scheidung zwischen Entdeckungszusammenhang: Problem der Wertbasis der Wissenschaften und der Wertungen im Objektbereich (Objektsprache), und Begründungszusammenhang: das in diesem Bereich von Max Weber vertretene und von Albert in der Metasprache systematisierte Wertfreiheitspostulat, innerhalb wissenschaftlicher Aussagenzusammenhänge, also radikaler Differenz von Seins- und Werturteilen in erkenntnistheoretischer Analyse, entstehen letztere aus der Erfahrung, was Albert jedoch verkennt, und

unterliegen dem historischen Wandel. Leugnet der Neopositivismus Alberterscher Observanz auch einen derart begründeten „objektiven Wertrelativismus“, mißt er die Aussage, statt an der Wirklichkeit, auch an der relationistisch präparierten Aussagefunktion, so vermag seine „logisch-semantische Analyse“ doch den versteckten Wertgehalt ökonomischer Pseudotheorien aufzuzeigen und in „soziologischer Analyse“ auf die sie bedingenden „Macht- und Interessenkonstellationen“ zurückzuführen.

Alberts „kritischer“ Rationalismus entlarvt den tautologischen und ideologischen Charakter der im Marginalismus gipfelnden „reinen“ Ökonomie, in der das Maximumtheorem der statischen Theorie einen sich bei vollkommener Konkurrenz tendenziell realisierenden Gleichgewichtszustand des Marktsystems als optimal im Sinne der Bedürfnisbefriedigung der beteiligten Wirtschaftssubjekte bezeichnet. Die allgemeine Struktur der Problemstellung, methodologisch durch das Prinzip des zureichenden Grundes charakterisiert, rechtfertige Tatbestände aller Art durch Rekurs auf „letzte der Kritik enthobene Gegebenheiten fundamentalen Charakters mit Hilfe eines logischen oder quasilogischen Ableitungsverfahrens (Deduktion, Induktion, Zurechnung)“ und führe zu einem „apologetisch-dogmatischen Programm“ (241), das sich in ideologischen Konzeptionen wie den Ideen der Wähler- bzw. Konsumentensouveränität, Sozialproduktmaximierung und Verteilungsgerechtigkeit manifestiere. Die These der „Entlohnung nach dem produktiven Beitrag“ sei lediglich eine „logische Implikation der Gewinnmaximierungsregel bei vollständiger Konkurrenz, die Identifikation von Leistung und Grenzprodukt Konsequenz einer rein definitiven Koppelung vom Typus einer Suggestivdefinition und das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit der Einkommensverteilung ein normativer Satz mit relativ großem Deutungsspielraum“ (57).

Die Analyse der logischen Grammatik ökonomischer Sprachspiele verwirft die „Einheitlichkeit von Gegenstand und Problemstellung“ und die „Geschlossenheit“ (248 f.) der Nationalökonomie und differenziert ihre theoretischen Aussagen in vier Bereiche: (1) einer Metaphysik des Nutzens mit bloßer Spekulation über Nutzen und Wert; (2) einer Ideologie des Erwerbes, der Ausbeutung oder der Wohlfahrt mit der liberalen pseudotheoretischen Rechtfertigung der Marktwirtschaft, der marxistischen Mehrwert- und Ausbeutungslehre und der „naiven“ Wohlfahrtsökonomie; (3) einer Soziologie des Marktes mit Aussagen über tatsächliches Marktverhalten im Sinne einer theoretisch-empirischen Konzeption; (4) einer Logik der Entscheidungen mit alternativ-analytischen Modellen des ökonomischen Kalküls und bestimmten Kompatibilitätsanalysen der kritischen Wohlfahrtsökonomie. Nur die marktsoziologische Variante ökonomischer Theorie, die von der preistheoretischen Fragestellung ausgeht, und die „formalistische“ Entscheidungslogik, die an die „reine“ oder „statische“ Ökonomie und ihren werttheoretischen Kern anknüpft, genügen nach Albert dem Anspruch realwissenschaftlicher Theorien als hypothetische Entwürfe ohne apriorische Erkenntnisse über die Rea-

lität, da sie der „kritischen“ Diskussion auf Grund von Logik und Erfahrung unterliegen.

Alberts Beschränkung der soziologischen Deutung der Preistheorie auf Verhaltenshypothesen, im Sinne differenzierter Funktionen im Zusammenhang mit der Rollenstruktur der heutigen Gesellschaft, läßt eine Nationalökonomie marktsoziologischen Charakters (Theorie der Preise, des Einkommens und des Geldes) als partielle Soziologie des Marktverhaltens und der Marktbeziehung in einer allgemeinen Theorie des sozialen Verhaltens aufgehen. Diese Verhaltenslehre unterschlägt die den Markt der heutigen kommerziellen Gesellschaft bedingende Sphäre der Produktion, damit das sich im volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsprozeß realisierende Herrschaftsverhältnis kapitalistischer Gesellschaft. Im Zeichen des Zusammenbruchs neoklassischen Denkens fordert Albert in der soziologischen Interpretation der Preisproblematik die Überwindung theoretischer, logischer und methodologischer Autonomie. Die angestrebte Integration der Sozialwissenschaften realisiere sich im Übergang von der Wert- zur Machtperspektive: d. h. zur „politischen“ Ökonomie als Element einer allgemeinen Soziologie der Macht. Damit löst Albert das soziale Grundverhältnis der Herrschaft in das „amorphe“ Machtverhältnis gesellschaftlicher Beziehungen auf — das Erscheinungsbild ersetzt die Realität. Im Zugriff „formalistischer Methodologie“ droht der Autor bloßer Faktizität anheimzufallen. Paul Oehlke (Marburg/L.)

**Birkenfeld, Wolfgang:** *Der synthetische Treibstoff 1933 bis 1945.* Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik. Band 8 der Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung in Stuttgart, Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1964 (279 S., Ln., 36,— DM).

Birkenfeld möchte die technische Entwicklung des synthetischen Treibstoffes „in ihrer politisch-militärischen Bedeutung und Abhängigkeit“ darstellen und damit „zugleich einen Beitrag zu der... Wirtschafts- und Rüstungspolitik des ‚Dritten Reiches‘ liefern“ (Vorwort). Da der Verfasser also eine mögliche Abhängigkeit der Entwicklung des synthetischen Treibstoffes nach 1933 von Interessen der Industrie schon in der Problemstellung ausschließt, zum anderen als Träger von „Wirtschafts- und Rüstungspolitik“ implizit nur den über den gesellschaftlichen Gruppierungen stehenden Staat anerkennt — z. B. ist Schacht nicht der Exponent einer mächtigen Konzerngruppe, sondern schlicht Wirtschaftsminister —, dient seine Untersuchung konsequent der Festigung der Ideologie, die Großunternehmer seien letztlich ebenso wie die Volksmassen Opfer der allein von Staat und Partei ausgeübten faschistischen Herrschaft geworden; alle die politischen Intentionen der Industriellen aufdeckenden Dokumente werden denn auch systematisch unterschlagen.

Damit dürfte B. den „aufrichtigen Dank“ abgeleistet haben, zu dem er laut Vorwort den Historikern Treue und Schramm sowie dem ehe-

maligen I.G. Farben-Direktor und „Generalbevollmächtigten Chemie“, Carl Krauch, verpflichtet war.

Trotzdem leistet das Buch einen beachtenswerten Beitrag zu der bisher in der Kontroverse Czichon-Mason kulminierenden Argument-Diskussion des Verhältnisses Faschismus-Kapitalismus<sup>1</sup>. So kann B. die zwar personell häufig wechselnde, aber während der ganzen faschistischen Epoche von keiner Seite in Frage gestellte enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft nicht leugnen, wenn ihre Darstellung auch bagatellisierend und ohne explizite Wertung erfolgt. — Wesentlich sind vor allem die Quellen und nachprüfbaren Berechnungen, die B. dem Leser unterbreitet. Aus diesem Material ergeben sich einige Widersprüche zu Czichons These von der Vorherrschaft der montanen Schwerindustrie in der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft.

Im Benzinvertrag vom Dezember 1933 gelang es den I.G. Farben, alle ihre den Ausbau der synthetischen Treibstoffherzeugung betreffenden Forderungen durchzusetzen. Dieser Vertrag ermöglichte nicht, wie Czichon schreibt, den Ausbau des Leunawerkes auf eine Kapazität von 100 000 Jahrestonnen — diese war bereits 1931/32 erreicht (19) —, sondern auf eine Jahresleistung von 350 000 t bis 1935<sup>2</sup>; für diese Menge übernahm das Reich eine Preis- und Absatzgarantie, die durch die Einbeziehung hoher Abschreibungen und einer 5%igen Kapitalverzinsung der I.G. Farbenindustrie einen „bescheidenen Gewinn“ sicherte (28). Trotzdem erhielt das Leuna-Werk nicht den Status eines subventionierten Betriebes, blieb also dem Staat gegenüber unabhängig (29). Wegen der im Vergleich zum Importbenzin extrem hohen Gesteigungskosten des synthetischen Treibstoffs wäre den I.G. Farben die Erweiterung ihrer Kapazität ohne die Garantie des Benzinvertrages nicht möglich gewesen (17 f.).

Ausführlich geht B. auf die Gründung der Braunkohle-Benzin A.G. (Brabag) im Jahre 1934 ein, die von Czichon nur gestreift wird, obwohl sich gerade in dieser Gesellschaft der Machtkampf zwischen Schwerindustrie und Chemie manifestierte. B. dokumentiert das Interesse Schachts an einer — wenn auch begrenzten — Substitution von Importbenzin durch auf Braunkohlenbasis erzeugten Treibstoff im Rahmen seines „Neuen Planes“, seinen erfolglosen Versuch, den (relativ schwachen) Braunkohlenbergbau zur freiwilligen Gründung einer Benzingesellschaft zu bewegen sowie den daraufhin erfolgten Zwangszusammenschluß, dessen Zweck allein die Gründung der Brabag unter Beteiligung des Reiches war (37 ff.). Als Motiv Schachts für die Wahl gerade dieses Industriezweiges nennt B. lediglich den technischen Zusammenhang von Braunkohle und synthetischem Treibstoff, obwohl nur etwa 5% der damaligen Förderung in den geplanten Anlagen der Brabag verarbeitet werden sollten und

1 Das Argument Nr. 47/1968.

2 Sowohl die amtlichen wie wissenschaftlichen Veröffentlichungen bestätigen diese Angaben.

die Braunkohlenindustrie das von ihr entwickelte Schwelverfahren nicht anwenden durfte (37 f.). Ein überzeugenderes Motiv klingt in einer Fußnote — und dort nur in Klammern — an: als Alleinhaber zweier Gründungsgesellschaften und somit als Großaktionär der Brabag wird Friedrich Flick ausgewiesen (37). Darüber hinaus beherrschte Flick auch die an der Gründung beteiligten Mitteldeutschen Stahlwerke (Vgl. Der Volkswirt 27 — 1968).

Es gelang Schacht jedoch keineswegs, den Einfluß der I.G. Farbenindustrie auf die Brabag kleinzuhalten, wie Czichon behauptet. Zwar betrug ihr Anteil am Brabag-Kapital tatsächlich „nur“ 13 %, doch war sie damit nach den rheinischen Braunkohlengesellschaften (29 %), die sich zu diesem Zweck zusammengeschlossen hatten, und den Anhaltinischen Kohlenwerken (Flick, 15 %) die drittstärkste Aktionärin; mit großem Abstand folgten Reich, Preußen und später die Reichswerke Hermann Göring mit zusammen knapp 7 % (235). Zur Ermittlung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses wäre eine Untersuchung der Beziehungen der beteiligten Braunkohlengesellschaften zu den beiden rivalisierenden Konzerngruppen notwendig, die von B. jedoch nicht geleistet wird. — Jedenfalls gelang es der I.G. Farbenindustrie gegen den heftigen Widerstand vor allem der mitteldeutschen Braunkohlenindustriellen, die Brabag auf das Hydrierverfahren festzulegen und sie dadurch lizenzpflichtig zu machen. Ferner übernahmen die I.G. Farben gegen eine Pauschalabfindung bei der Errichtung der Hydrierwerke die technische Beratung der Brabag, die für diese verbindlich war. Dieses Vertragswerk sicherte dem Chemie-Konzern gewaltige Einnahmen (45). — Die Zusammensetzung des ersten Vorstandes der Brabag erfolgte zwar „paritätisch“ — zwei Vertreter des Reiches, darunter ein SS-Hauptsturmführer, je ein Direktor der I.G. Farben (Krauch!) und der Mitteldeutschen Stahlwerke (40) —, doch war die montane Schwerindustrie offensichtlich gegenüber dem Machtkartell Reich - I.G. Farben ohne entscheidenden Einfluß. Hier liegt die Erklärung für den Widerstand der Braunkohlenindustrie gegen die Gründung der Brabag (vgl. B. 45).

Auch die letzte Neuanlage der Treibstoffwirtschaft vor Inkrafttreten des Vierjahresplanes berücksichtigte in hohem Maße die Profitinteressen der I.G. Farben: Die von der staatlichen Bergwerksgesellschaft Hibernia gegründete Hydrierwerk Scholven A.G. schloß ebenfalls einen Lizenzvertrag, der den I.G. Farben eine ergiebige risikofreie Einnahmequelle erschloß, da das Reich ebenso wie im Benzinvertrag und im Falle der Brabag eine Preis- und Absatzgarantie übernahm (50). Über die Gründe, die zum Rückzug der ursprünglich an dem Projekt interessierten Ruhrindustrie führten (49), gibt B. keine Auskunft. — Es gelang also der I.G. Farbenindustrie bereits in der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft, den Ausbau der synthetischen Treibstoffherzeugung bis an die Grenze des technisch wie ökonomisch Möglichen durchzusetzen — Erzeugung 1933: 108 000 t, 1937: 766 000 t (225) — und ihre Monopolstellung in diesem Industriezweig zu festigen.

Parallel zur allgemeinen Kraftstoffpolitik, bei der als Partner des I.G. Farben-Konzerns in erster Linie das Reichswirtschaftsministerium in Erscheinung trat, liefen die Bemühungen um den Aufbau einer deutschen Flugbenzinherzeugung. Bereits im August 1933 kam es zu Kontakten zwischen dem Reichsluftfahrtministerium und I.G. Farben-Direktor Krauch (62). Ein Jahr später war es dem Leunawerk gelungen, ein Benzin herzustellen, das nach dem Zusatz von Bleiverbindungen in Flugmotoren verwendet werden konnte (63). Das Patent für die Produktion dieser Bleizusätze lag aber bei der amerikanischen Esso of New Jersey, die sich jedoch sehr schnell bereit fand, gemeinsam mit den I.G. Farben eine entsprechende Anlage in Deutschland zu errichten. Diese Zusammenarbeit der beiden Konzerne, die bis 1938 noch erheblich ausgedehnt wurde, war die unbedingte Voraussetzung für den Ausbau der deutschen Flugbenzinproduktion in dem für die spätere Kriegsführung notwendigen Umfang (63 ff.).

Bei den Versuchen zur Steinkohlenhydrierung im Ruhrgebiet stellte sich heraus, daß „diese ein Benzin liefern (konnte), das in seinen Eigenschaften für ... Flugmotoren besser geeignet war als das Braunkohlebenzin des Leunawerkes“ (67). Die Überlegenheit des Steinkohlebensins war so deutlich, daß für die I.G. Farbenindustrie die Gefahr der Verdrängung vom Markt bestand (67). Als Gegenmaßnahme schloß der Konzern (Bütefisch) mit dem Reichsluftfahrtministerium (Kesselring) im Juni 1936 den „Flugbenzin-Vertrag“, der dem Leunawerk zunächst das Monopol, für die weitere Zukunft eine maßgebliche Rolle in diesem Zweig der Treibstoffindustrie sicherte. Das Reich übernahm sogar die Kosten der im Leunawerk neu zu erstellenden Anlage (68 ff.). Unter bewußter Ignorierung der technischen und ökonomischen Gegebenheiten gelang hiermit den I.G. Farben in der Phase der Vorbereitung des Vierjahresplanes erneut ein entscheidender Sieg über die Ruhrindustrie, der seit 1933 systematisch vorbereitet worden war. — Es ist bezeichnend für Birkenfelds verschleiende Art der Kommentierung, daß er allein das Reichsluftfahrtministerium als „Träger und Motor“ dieser Entwicklung nennt (60), obwohl er sich auch über die hohen Gewinne aus der Flugbenzinproduktion informiert zeigt (67).

Birkenfelds Dokumentation zum Vierjahresplan und zur Entwicklung im 2. Weltkrieg bestätigt weitgehend die These Czichons von der zunehmenden Monopolisierung der Macht durch das Kartell NS-Führung — I.G. Farben. (Eine Umstrukturierung der Macht kann aus B. freilich nicht begründet werden, s. o.). Das Treibstoffprogramm nimmt die erste Stelle im wirtschaftspolitischen Zielsystem des faschistischen Staates ein (83); Schlüsselpositionen werden von I.G. Farben-Leuten besetzt (93, 117 f.), der Konzern ist an allen Neugründungen von Hydrieranlagen beteiligt (über Lizenzverträge sogar an denen der Rhein-Ruhr-Montanindustrie, der es nicht gelingt, die Anwendung des von ihr bis zur Produktionsreife entwickelten Fischer-Tropsch-Verfahrens entscheidend durchzusetzen, 107 ff.), und faßt Fuß in den besetzten Gebieten (Österreich, Polen, 174 f.). Auf

seiten der Schwerindustrie besteht Unbehagen über das Treibstoffprogramm (83), Flick bezeichnet seine 1943 erfolgte Berufung in den Aufsichtsrat der Brabag, gegen die er sich vergeblich wehrt, als Farce (41) und kommt in der besetzten CSR gegen die Reichswerke Hermann Göring nicht zum Zuge (137). — Daneben finden sich aber auch Dokumente, die scheinbar nicht in dieses Bild passen: Nachdem das Reich aus dem Benzinvertrag bis 1935 über 5 Mill. RM an die I.G. Farben gezahlt hatte, mußte diese ihrerseits infolge rapider Senkung der Produktionskosten bis Kriegsende über 91 Mill. RM an das Reich abführen (33, 235), was B. zu der Übernahme der Nürnberger Schutzbehauptung Bütetfischs veranlaßt, die Benzinerzeugung der I.G. Farbenindustrie sei bis 1945 „nicht aus den roten Zahlen herausgekommen“ (34). Entlarvt auch B. ungewollt durch sein eigenes Material diese Täuschung — von den Zahlungen an das Reich wurde die Garantie eines Gewinns und der hohen Abschreibungen gar nicht berührt, sie verhinderten allenfalls eine Profitexplosion —, scheint es grundsätzlich doch notwendig zu sein, die Rüstungs- und Kriegsgewinne der Konzerne einmal exakt zu berechnen.

Breiten Raum widmet B. der Frage, warum die Westalliierten ihre Luftoffensive gegen die deutschen Hydrierwerke nicht schon früher begonnen haben, wozu sie objektiv in der Lage waren. Wie die weitgehende Lähmung der Wehrmacht infolge der im Sommer 1944 beginnenden Angriffe beweist, hätte der deutsche Zusammenbruch dadurch erheblich beschleunigt werden können. Trotz Bemühens einer Fülle militärstrategischer und psychologischer Argumente kann B. dieses Versäumnis nicht erklären. Die Möglichkeit, daß es im Lager der westlichen Alliierten mächtige Gruppen gab, die an einem raschen Kriegsende nicht interessiert waren, scheint ihm nicht einmal erwähnenswert zu sein, was den systemapologetischen Charakter seiner Studie unterstreicht.

Bernd Schüngel (Berlin)

**Rostow, Walt W.:** Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie. Mit einem Geleitwort von Walther G. Hoffmann. 2. Aufl. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1967 (251 S., brosch., 7,80 DM).

Der Verfasser, langjähriger Leiter des Planungsstabs im US-State Department und Sonderberater zweier Präsidenten, versucht, aus der Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Wirtschaft Erkenntnisse für die Beurteilung der politischen und sozialen Probleme der Gegenwart zu gewinnen. Die für ihn (wegen ihrer Konsequenzen?) „unbefriedigende“ marxistische Lösung forderte ihn nach seiner eigenen Darstellung im Vorwort zur Ausarbeitung einer „Alternative“ heraus. Rostow will ein starres System zwangsläufiger Entwicklungen vermeiden. Der Mensch wird „als ein kompliziertes Wesen gesehen“ (S. 178). Das erweist sich als ein gut begründeter Vorwand, um eine wissenschaftliche Analyse, d. h. das Zurückführen der Vielfalt der empirischen Fakten bzw. Entwicklungen auf ihre wesentlichen Grundzüge vermeiden zu können.

Im Mittelpunkt der Rostowschen Theorie steht die Einteilung der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung in fünf „Wachstumsstadien“: die traditionelle Gesellschaft, das Übergangsstadium, das Stadium des wirtschaftlichen Aufstiegs, die Entwicklung zur Reife und das Zeitalter des Massenkonsums. Die Maßstäbe, an denen die Übergänge von einem Stadium zum anderen gemessen werden, wechseln dabei von Fall zu Fall. So wird die Aufstiegsperiode unter anderem dadurch definiert, daß „der Anteil der effektiven Investitionen und der Ersparnisse von sagen wir 5 % des Volkseinkommens auf 10 % und mehr“ steigt (S. 23), während z. B. die letzte Periode durch einen bestimmten Versorgungsstand und bestimmte Verhaltensmuster beim Konsum gekennzeichnet ist. Das würde weniger stören, wenn nur eine einfache historische Beschreibung beabsichtigt wäre, wird aber dem Anspruch einer allgemeinen Theorie der kapitalistischen Entwicklung gewiß nicht gerecht. Beruht es nun auf Naivität oder Borniertheit, daß als ein wesentliches Merkmal des Reifestadiums der Bestand an privaten Automobilen gewählt wird?

Das besondere Anliegen Rostows ist der „Nachweis“, daß das Wachstumsstadienmodell allgemeine Gültigkeit beanspruche und zwar gleichermaßen für die „westliche“, für die „östliche“ und für die „dritte“ Welt. Insbesondere versucht er die prinzipielle (nur durch eine zeitliche Phasenverschiebung verdeckte) Gleichheit der Entwicklungen zwischen den USA und der Sowjetunion nachzuweisen. Dabei übernimmt Rostow völlig unkritisch die Berechnungen von G. W. Nutter in der *American Economic Review* vom Mai 1957, die inzwischen durch Statistiken vieler anderer Ökonomen — z. B. V. Perlo (USA and USSR — *The Economic Race*) — widerlegt sind. Unter anderem wird die Verlangsamung des sowjetischen Wirtschaftswachstums durch eine Gegenüberstellung der „offiziell projizierten Wachstumsraten in den Schlüsselindustrien der russischen Industrie“ für 1955—60 einerseits und 1957—1972 andererseits „evident gemacht“ (S. 127). Aus derartig kurzen Perioden, die sich noch dazu teilweise überschneiden, generalisierende Schlußfolgerungen zu ziehen, kann nur schlicht als unhistorisch und unwissenschaftlich bezeichnet werden, zumal ohnehin nur einige „ausgewählte“ Branchen angeführt werden. (Es fehlen z. B. die Mineralölverarbeitung und die Chemie.)

Außer diesen grundsätzlichen methodischen Einwänden, ließe sich zu vielen einzelnen, angeblich den Marxismus widerlegenden Rostowschen Thesen etwas sagen. Da wird die durch nichts erhärtete Behauptung aufgestellt, daß in den USA keine Konzentration stattgefunden habe — und das angesichts des nicht nur dort (z. B. von Perlo: Das Reich der Hochfinanz, sowie durch diverse amtliche Statistiken), sondern auch für den internationalen Bereich eindeutig nachgewiesenen immer stärker werdenden Konzentrationsprozesses.

An anderen Stellen unterstellt Rostow dem Marxismus die Erklärung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse aus dem *Profitmotiv*. Dabei besteht der grundlegende Unterschied zwischen

Marx und Rostow darin, daß Marx eben gerade keine Motivlehre entwickelte, sondern die Motive als sekundäre, aus den grundlegenden sozioökonomischen Verhältnissen abgeleitete Erscheinungen definierte. Rostow dagegen erklärt beispielsweise die Einführung der progressiven Einkommensteuer und den Übergang zum „Wohlfahrtsstaat“ aus einem „Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und gegenüber den Prinzipien des individualistisch-utilitaristischen Glaubens, der über das reine Profitstreben hinausging“ (S. 180). Die Notwendigkeit höherer Staatseinnahmen als Folge der immer stärkeren Rolle, die der Staat im Spätkapitalismus eben zur Profitsicherung für die Monopole übernimmt (nicht wegen des Profitmotivs, sondern weil davon der Bestand der Systems letztlich abhängt), wird also völlig ignoriert (obgleich Rostow an anderen Stellen inkonsequenterweise auf die wachsende Bedeutung des Staates hinweist — was man wohl auch schlecht unerwähnt lassen kann, weil es zu offensichtlich ist).

Seine Kolonialtheorie faßt Rostow in dem Satz zusammen: „... während der Kolonialismus praktisch tot ist, (erfreut) sich der Kapitalismus in der westlichen Hemisphäre in Westeuropa und in Japan eines außerordentlichen Wachstums ...“ Daß der Kapitalismus nicht auf den Imperialismus angewiesen sei, will Rostow mit der Behauptung beweisen, daß die Inlandsnachfrage nicht so gering sei, als daß die „Aufmerksamkeit nach draußen gedrängt“ würde (S. 186). Abgesehen davon, daß das für die USA noch nicht einmal in der gegenwärtigen Periode forciert Rüstung im Zusammenhang mit der Aggression in Vietnam zutrifft, „übersieht“ Rostow bei seiner These auch den Aspekt der Anlagemöglichkeiten des Kapitals. Über Ausmaß und Richtung der Kapitalströme zwischen den USA und der „Dritten Welt“ würde ihn ein Blick in amtliche Statistiken der U.N. sofort aufklären. Die Unabhängigkeitsbewegungen erklärt Rostow schließlich aus irrationalen Motiven; er spricht in dem Zusammenhang von „hitzigen Emotionen“ und dem Primat, welches die kolonialen Völker „der Unabhängigkeit gegenüber dem wirtschaftlichen Vorteil geben“ (S. 181).

Es gäbe noch vieles am Rande zu berichten, so, daß Rostow Marx als Malthusianisten klassifiziert und den Leninismus als unmarxistisch „nachweist“. Der Kommunismus ist nach Rostow „eine Art Krankheit, die eine traditionelle Gesellschaft befallen kann, wenn sie nicht die Elemente in sich wirksam organisieren kann, die bereit sind, die Aufgabe der Modernisierung durchzuführen“ (S. 194).

Weiter ist zu dem Buch nichts Grundsätzliches zu sagen. Es ist einfach uninteressant, außer unter dem Gesichtspunkt der Kuriosität: der Leser erhält einen Einblick in die trotz mancher Tricks nicht erfolgreichen Versuche eines Apologeten des modernen Kapitalismus, mit Hilfe einer idealistisch-subjektivistischen Theorie, Ökonomie und Historie auf den Kopf zu stellen.

Holger Heide (Wiesbaden)

Probleme der Politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 10, Akademie Verlag, Berlin (DDR) 1967 (350 S., Ln., 17,— MDN).

Alle fünf Beiträge dieses Sammelbandes lassen sich begreifen als an verschiedenen Momenten ansetzende Versuche zur Klärung des aktuellen Zentralproblems sozialistischer Warenproduktion. Die „schwierigen Probleme des Klassenkampfes während der Transformationsperiode von Kapitalismus und Sozialismus auf politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet“ (79) gelten für die DDR-Ökonomen als gelöst, eine neue Periode der Aneignung der Natur ist angebrochen. Das Kernproblem dieses Zeitabschnittes ist die „Durchsetzung des Rationalitätsprinzips — oder was nur ein anderer Ausdruck hierfür ist, des Gesetzes der Ökonomie der Zeit —“ (78), womit die planmäßigere Ausnutzung des gesellschaftlichen Arbeitsfonds im Sozialismus angesprochen ist. Im Kapitalismus hat jedes Produkt sich auf dem Markt zu bewähren, allein wenn der Formwechsel gelingt, die Ware sich in der Konsumtion als Gebrauchswert ausweist, kann sich der wirkliche Stoffwechsel vollziehen. Hinter dem Rücken der Produzenten erfolgt über die Konkurrenz die Transformation von aufgewendeter Arbeit in gesellschaftlich notwendige Arbeit, erst nach dem Verlassen der Produktionssphäre zeigt sich, ob konkrete Arbeit als aliquoter Teil der gesellschaftlichen Arbeit akzeptiert wird. In der sozialistischen Produktion muß das Zusammenfallen von gesellschaftlich aufgebrachter und gesellschaftlich notwendiger Arbeit durch den Plan sichergestellt werden, für jedes Produkt muß also eine Realisierungsmöglichkeit gegeben sein, soll der gegebene Arbeitsfonds rationell zur Produktion eingesetzt werden. „Über- und Unterbestände sind also bloß ein Ausdruck dafür, daß die gesellschaftliche Gesamtarbeit nicht dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechend, proportional und rational verausgabt wurde“ (106). Um dieses Kernproblem sozialistischer Warenproduktion, der Vermeidung von Fehlbeständen, zu lösen, gilt es für die DDR, wie für die anderen sozialistischen Staaten, „die den entfalteten sozialistischen Produktionsverhältnissen adäquate Form des rationellen ökonomischen Handelns zu etablieren“ (79). Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft soll folglich die Minimierung „der Differenz des tatsächlichen Arbeitsaufwandes zum gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand“ (89) sicherstellen, also die Disproportionalitäten der Produktion verhindern. Die Durchsetzung einer entwickelteren Form der bewußten Aneignung der Natur nach Beendigung der Transformationsperiode erscheint nicht nur geboten, weil der objektive Stand der Entwicklung der Produktivkräfte im Sozialismus eine neue Form der Planung zur Steigerung der Produktion notwendig macht, sondern auch um den „ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus erfolgreich“ (28) bestehen zu können. Durch die Notwendigkeit der Entwicklung eines verbesserten Planungssystems wird die politische Ökonomie vor eine Vielzahl von Problemen gestellt, von denen einige in den Analysen dieses Bandes diskutiert werden.

1. Seickert, H.: Zu einigen Problemen der Produktivkraft Wissenschaft.

Die Voraussetzungen und Bedingungen der Produktion werden durch den Prozeß der Produktion selbst von naturwüchsigen in geschichtliche verwandelt. Dieser Prozeß der Entfaltung der Produktivkräfte erfährt durch die Entwicklung der Naturwissenschaften eine enorme Beschleunigung, ein Tatbestand, der als technische Revolution bezeichnet wird. Sowohl in den hochkapitalistischen Staaten wie in den sozialistischen Ländern werden alle Seiten des Gesamtprozesses allmählich von der Wissenschaft durchdrungen, diese wird selbst zur Produktivkraft. Allein dieser Entfaltungsprozeß vollzog sich auch im Sozialismus bisher unkontrolliert und spontan. Daraus erklärt sich, daß in der DDR die Zahl der Studierenden seit 1963 absolut wie relativ zurückgegangen ist (38) und daß die Ausgaben für die Wissenschaften im Staatshaushalt bisher immer noch zum Bereich der gesellschaftlichen Konsumtion gerechnet werden (58). Wenn auch die bestimmte Entwicklungsstufe der Produktivkräfte „das bewußte Eingehen der Wissenschaft auf die Erfordernisse der materiellen Produktion objektiv notwendig machte“ (18), die Verschmelzung von Wissenschaft und materieller Produktion „zur Herausbildung der Produktivkraft Wissenschaft“ (52) führte, so vollzog sich dieser Prozeß eben nicht bewußt. Um den Erfordernissen der technischen Revolution gerecht zu werden, muß dieser Prozeß in seiner Gesamtheit erfaßt und kontrolliert werden. Dem Problem, die Wissenschaft nicht nur als „Wachstumsfaktor in der Volkswirtschaft allgemein anzuerkennen“, sondern „diesen Faktor zu quantifizieren, exakt zu bestimmen“ (24) kann Seickert bisher auch nur die Forderung nach der „Erforschung des Umfangs und der Wechselwirkung des Nutzeffektes der wissenschaftlichen Arbeit“ (69) entgegensetzen.

2. Bichtler, K./Maier, H.: Die Messung des Arbeitsaufwandes als politökonomisches Problem.

Um die „gesamtwirtschaftliche Erhöhung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit“ (78) kontrollieren zu können, benötigen die Ökonomen gesicherte Kennziffern des Arbeitsaufwandes, die dann dem Produktionsergebnis gegenübergestellt werden können. Auf Grund solcher Indikatoren können Gesamt- und Detailpläne verbessert werden, wodurch eine rationellere Ausnutzung des Arbeitsfonds vorbereitet wird. Ziel solcher Meßziffern ist also die „Minimierung der Differenz zwischen der empirisch realen Organisation der Arbeit zur optimalen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit“ (92). Die Autoren beziehen damit eine Gegenposition zu der Auffassung, man könne den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand selbst direkt berechnen, indem sie allen Aufwandsmodellen nur die Möglichkeit zuweisen, „den effektiven, den tatsächlich verausgabten Produktionsaufwand in eine Zeit- (oder Kosten-) Ziffer umzuwandeln“ (117). Die Unterstellung, daß im Sozialismus „die geleistete Arbeit von vornherein als gesellschaftlich notwendige verausgabt wird“ (106), läßt sich nicht halten, da dies erst mittels eines neuen Planungs-

systems geleistet werden soll. Die Kennziffern des Arbeitsaufwandes können auch nur als ein Schritt auf jenes Ziel hin verstanden werden, da sie zwei entscheidende Mängel aufweisen. Einmal werden „die Ausbildungs- und Forschungsaufwendungen, die Kosten des technischen Fortschritts“ (126) bisher nicht erfaßt, da das Problem der Quantifizierung nicht gelöst ist, und zum anderen müssen die Kennziffern des Arbeitsaufwandes auf Reduktionskoeffizienten von komplizierter auf einfache Arbeit aufbauen, eine Frage, deren Lösung noch größere empirische Untersuchungen erfordert.

### 3. Maier, H.: Die Reduktion der komplizierten auf einfache Arbeit im Lichte der Marxschen Werttheorie

Für die Berechnung einer Kennziffer des Arbeitsaufwandes muß vorausgesetzt werden, daß die zu aggregierenden Größen kommensurabel sind. Man muß also „die Arbeit der qualifizierten Arbeitskräfte in Einheiten der unqualifizierten Arbeit ausdrücken können“ (147). Von den verschiedenen Lösungsansätzen erscheint Maier einzig der Versuch geeignet, die Reproduktionskosten zur Bestimmung des Koeffizienten heranzuziehen. Zur Produktion der qualifizierten Arbeitskraft sind höhere Bildungskosten notwendig in Gegensatz zur einfachen Arbeit. Aber „soll die Arbeitswerttheorie nicht in eine Reihe von Widersprüchen verstrickt werden, dann muß man davon ausgehen, daß die Reproduktionskosten der Arbeitskräfte nicht Ursache, sondern lediglich Indikator für die im Ausbildungsprozeß erfolgte Erhöhung der wertschaffenden Potenz dieser Arbeitskräfte sein können“ (191). Werden die Reproduktionskosten als Ursache aufgefaßt, wird der zentrale Satz der Wertlehre, „die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert“ (Kapital), tangiert, weil eben die Kosten als Faktor zur Steigerung der Wertgröße interpretiert werden, deren Gesamtwert dann gleichsam wie das konstante Kapital auf die Produkte übertragen wird. Reproduktionskosten sind daher nur Indikatoren für die erhöhte wertschaffende Potenz dieser Arbeitskräfte. Wenn auch die von Maier ermittelten Reduktionskoeffizienten am Beispiel einer VVB der Braunkohlenindustrie nur eine „grobe Annäherung an den objektiven Vorgang darstellen“, so ist der Ungenauigkeitsgrad im Rahmen der Arbeitsaufwandsmessung erträglich.

### 4. Braunreuther, K., u. H. Meyer: Zu konzeptionellen Fragen einer marxistischen soziologischen Organisationstheorie.

Die Entwicklung einer systematischen soziologischen Organisationstheorie ist ebenfalls bezogen auf das Kernproblem des Reproduktionsprozesses, der besseren Ausnutzung des Arbeitsfonds, denn das Studium der Organisationen soll letztlich „ein eindeutig optimales und effektives Verhalten der Gesellschaft insgesamt und ihrer zahlreichen Subsysteme, Gliederungen und Einrichtungen“ (210) vorbereiten. Bisher sind nur in den kapitalistischen Staaten Ansätze zu einer allgemeinen, wenn auch industriesoziologisch orientierten Organisationstheorie konzipiert worden, die in dieser Studie „hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit zur Prozeßbewältigung organisierbarer ge-

sellschaftlicher Abläufe sorgfältig studiert und bei kritischer Distanz genutzt“ (223) wurden. Als Einwände gegen die bürgerliche Organisationssoziologie werden vorgetragen, einmal, daß in diesen, wesentlich auf der Parsons'schen strukturell-funktionalen Theorie aufbauenden Entwürfen, der Begriff Organisation nicht mehr gegenüber dem der Institution und dem des sozialen Systems abgegrenzt werden kann, also etwa die Gesellschaft als Organisation interpretiert wird, und zum andern, daß die bürgerlichen Theoretiker die „Klassenbedingtheit von Organisationen und ihren Erscheinungsformen“ (213) unterschlagen. Dagegen muß Organisation nach marxistischer Theorie verstanden werden als „ein von Menschen mehr oder weniger bewußt, planmäßig und zugleich auf jeden Fall historisch determiniert geschaffenes, Information verarbeitendes System, um objektive Systemprozesse, die relativ eigenständigen Gesetzmäßigkeiten folgen, zu beherrschen“ (240). Es handelt sich also um ein soziales System mit bestimmten kommunikativen Beziehungen, das innerhalb eines mehrstufigen Gesamtsystems die Zusammenschaltung der Teilsysteme und die Abstimmung der Elemente zum Systemganzen übernimmt. So aufgefaßt, können zur Rationalisierung der Organisationen für den Informations- wie den Entscheidungsaspekt kybernetische Modelle herangezogen werden. Die hier vorgelegte Organisationstheorie hat also zum Ziel Informations- und Systemtheorien für die Organisation des Reproduktionsprozesses nutzbar zu machen, weil sie die Verwissenschaftlichung des gesellschaftlichen Gesamtprozesses vorantreiben. Wegen des nichtantagonistischen Charakters der sozialistischen Gesellschaft ist nach Meinung der Autoren das Problem einer Ballung von Entscheidungsmacht nicht gegeben, die Verwissenschaftlichung des Informations- und Entscheidungsprozesses läßt die politische Gesamtleitung unberührt.

5. Bönisch, A.: Die Bedeutung der kurz- und langfristigen Pläne für die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik Schwedens.

Da Schweden über den höchsten Lebensstandard Westeuropas verfügt, was der frühzeitigen Umsetzung Keynes'scher Planungskonzeptionen in die wirtschaftspolitische Praxis zugeschrieben wird, scheint ein Vergleich der staatsmonopolistischen Planung mit dem neuen ökonomischen System lohnend. Wenn auch die staatsmonopolistische Planung zur Behebung der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals dient, widerspricht sie „aber gleichzeitig diesem System, denn sie ist ein typisches Merkmal einer höheren Gesellschaftsform“ (296). Die Planung vermag daher im Kapitalismus ihre systemimmanenten Schranken nicht zu durchbrechen. Sie muß stets auf fragwürdigen Informationen aufbauen, da die verschiedenen miteinander konkurrierenden Fraktionen der Monopolbourgeoisie wegen der Wahrung ihrer Geschäftsinteressen die Transparenz des Produktionsprozesses verhindern. Aber nicht nur die Prognose als Basis der Planung kann ihre systembedingte Unsicherheit nicht abschütteln, auch die Verbindlichkeit der Planziele für die einzelnen Unternehmen kann nicht gewährleistet werden. Ist die Planung so durch die Zerrissenheit der Bourgeoisie eingeschränkt, ist diese sich bei der Festlegung der Pla-

nungsziele gegen die Interessen der Lohnabhängigen doch einig, womit der klassenbedingte Charakter der Regulierung des Produktionsprozesses sichergestellt ist. „Eine auf dieser Basis praktizierte Planung kann deshalb lediglich eine orientierende Rahmenplanung sein“ (338), im Gegensatz zur Prozeßplanung der sozialistischen Produktion. Diese systemimmanenten Mängel lassen sich nur durch eine Veränderung der Eigentumsordnung aufheben, eine Veränderung, deren objektive Voraussetzungen gegeben sind, nämlich, eine weitentwickelte Vergesellschaftung der Produktion und die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Lenkung der Produktivkräfte. Bönisch folgert daher: „Die demokratischen Kräfte müssen deshalb Wirtschaftspläne aufstellen, die eine Alternative zur staatsmonopolistischen Planung bieten und der Durchsetzung weitgehender Reformen dienen“ (350). Seiner Analyse, daß die staatsmonopolistische Planung nur im Sozialismus weiterentwickelt werden kann, ist zuzustimmen, ob aber sein Vorschlag zur Veränderung der Eigentumsordnung den hochkapitalistischen Verhältnissen angemessen ist, muß bezweifelt werden.

In allen fünf Beiträgen wird das neue Planungssystem der DDR zwar für verbesserungswürdig eingeschätzt, doch wird von keinem Autor bezweifelt, daß der Einsatz ökonomischer Hebel bereits eine Weiterentwicklung darstellt. Die Entscheidung gegen das alte Planungssystem ist gefallen, weil es zwei Annahmen implizierte, die „im krassen Widerspruch zu den realen Möglichkeiten der Planung“ (90) stehen. Es müßte faktisch vorausgesetzt werden können, „daß die Entscheidungseinheit vollständige Informationen über die möglichen Handlungsalternativen zur Erreichung des Zieles der sozialistischen Gesellschaft innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen besitzt und gleichzeitig in der Lage ist, auf eintretende Wandlungen der Entscheidungsbedingungen mit unendlicher Geschwindigkeit zu reagieren“ (90). Weil die Probleme der Transparenz des Produktionsprozesses und der time-lags bei Anpassung sich allein über den alten Plan nicht lösen ließen, wird für die „Herstellung eines funktionalen Zusammenhanges von Plan und Markt“ (90) votiert. Die Ausnutzung der materiellen Interessiertheit der Produzenten dient dem Ziel, „die ökonomischen Gesetze des Sozialismus vollkommen auszunutzen, um die Prognose- und Planungsmöglichkeiten effektiver zu gestalten“ (325). Aber es geht nicht nur um eine Ablösung der mangelnden Ausnutzung der ökonomischen Gesetze während der Transformationsperiode, die Gesetze der sozialistischen Warenproduktion selbst wurden damals nicht zur Kenntnis genommen, sie gilt es zu akzeptieren. „Marx und Engels betrachteten die Warenproduktion und die planmäßige Produktion nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als sich ausschließende Alternativen. Deshalb ist in ihren Formulierungen die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln gleichbedeutend mit der Aufhebung der Arbeit als isolierter und unfreier sowie als warenproduzierender Arbeit. Wie jedoch die Praxis des sozialistischen Aufbaus zeigt, wird die Arbeit als warenproduzierende Arbeit geleistet“ (106). Dies wurde bisher im alten Planungssystem nicht berücksichtigt. Das neue System sieht sich eben

wegen der doppelten Form der Arbeit „mit der Tatsache konfrontiert, daß Produkte produziert werden, die keine Realisierungsmöglichkeit finden“ (105). Diese Tatsache ist nur der Ausdruck dafür, daß die Vermittlung von konkret-individueller und abstrakt-allgemeiner Arbeit über den Plan nicht funktionierte. Der Einsatz der ökonomischen Hebel, also die Ausnutzung der materiellen Interessiertheit, „die eine Vermittlerrolle zwischen Subjekt und Objekt ausübt“ (326), soll die rationellere Verwendung des Arbeitsfonds garantieren. Die Aufgabe bleibt aber, durch ökonomische Analysen den Produktionsprozeß transparent zu machen, etwa durch Entwicklung von Kennziffern und die Quantifizierung aller Momente der Produktion. Damit wären auch die Bedingungen für eine Reduktion der Anpassungszeit auf sich ändernde Faktoren gegeben. Bei einer größeren Effektivität des Informationsprozesses und gleichzeitiger Abstimmung der Entscheidungseinheiten erscheint eine Ablösung der „Steuerung der menschlichen Handlungen“ (326) durch die, von den gesellschaftlichen Führungsorganen dosierten, ökonomischen Hebel möglich zugunsten einer Selbststeuerung. Eine Andeutung dieser Perspektive vermißt man bei allen Beiträgen.

Joachim Bischoff (Berlin)

(Fortsetzung von der 2. Umschlagseite)

<i>Heintel, Peter: System und Ideologie (Tiedemann)</i> . . . . .	357
<i>Gramsci, Antonio: Philosophie der Praxis (Frei)</i> . . . . .	359
<i>Togliatti, Palmiro: Ausgewählte Schriften (Frei)</i> . . . . .	359
<i>König, Helmut: Lenin und der italienische Sozialismus 1915—1921 (Frei)</i> . . . . .	359
<i>Marcuse, Herbert: Psychoanalyse und Politik (W. F. Haug)</i> . . .	363

**II. Soziologie**

<i>Bergmann, Joachim E.: Die Theorie des sozialen Systems von Talcott Parsons (Reiche)</i> . . . . .	363
<i>Siberski, Elias: Untergrund und offene Gesellschaft (Oehlke)</i> . .	367
<i>Kiss, Gábor: Gibt es eine „marxistische“ Soziologie? (F. Haug)</i> .	368
<i>Abramowski, Günter: Das Geschichtsbild Max Webers (Schuon)</i> 369	
<i>Strzelewicz, W., H. D. Raapke, W. Schulenberg: Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein (I. Schmiederer)</i> . . . . .	372
<i>Heydorn, H. J. (Hrsg.): Bildung und Konfessionalität (Wellendorf)</i> . . . . .	374
<i>Hitpass, Josef: Abiturientennachwuchs in der Realschule (Bargel)</i> . . . . .	376
<i>Piltz, Georg: Bauwerke, Baustile (Berndt)</i> . . . . .	377
<i>Teut, Anna: Architektur im Dritten Reich (Berndt)</i> . . . . .	379
<i>Frey, R., u. N. Schmidt-Relenberg: Totale Wohnung (Plessow)</i> .	380

**III. Psychologie**

<i>Mitscherlich, A., u. a.: Der Kranke in der modernen Gesellschaft (Richartz u. Bauer)</i> . . . . .	381
<i>Barnes, Elizabeth: Menschliche Konflikte im Krankenhaus (Wulff)</i> . . . . .	384
<i>Glover, Edward: The Birth of the Ego (Argelander)</i> . . . . .	386
<i>Fenichel, Otto: Hysterien und Zwangsneurosen (Wulff)</i> . . . .	388
<i>Faergemann, Poul M.: Perversität, Pornographie und Entrüstung (W. F. Haug)</i> . . . . .	390
<i>Ellis, Albert P.: Handbuch der intelligenten Frau (Berndt)</i> . . .	391

**IV. Soziale Bewegung und Politik**

<i>Carletti, Francesco: Reise um die Welt 1594 (Moebus)</i> . . . . .	392
<i>Liebig, Gerhard: Nationale und soziale Revolution in Afrika (Frei)</i> . . . . .	394

<i>Nkrumah, Kwame: Consciencismus (Tibi)</i> . . . . .	395
<i>Nirumand, Bahman: Persien, Modell eines Entwicklungslandes (Tibi)</i> . . . . .	399
<i>Brückner, Peter: Freiheit, Gleichheit, Sicherheit (Cramer)</i> . . .	400
<i>Klink, Dieter: Vom Antikapitalismus zur sozialistischen Marktwirtschaft (Helberger)</i> . . . . .	402
Die westdeutschen Parteien 1945—1965 ( <i>U. Schmiederer</i> ) . . .	403
<i>Feis, Herbert: Zwischen Krieg und Frieden (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Potsdam 1945 (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Alperovitz, Gar: Atomare Diplomatie (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945—1946 (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Cornides, Wilhelm: Die Weltmächte und Deutschland (Conert)</i> .	266
<i>Krautkrämer, Elmar: Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Badstübner, Rolf und S. Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945—1949 (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Schmitt, Walter E.: Krieg in Deutschland (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Kopp, Fritz: Die Deutschlandpolitik der SED (Conert)</i> . . . . .	266
<i>Erdmenger, Klaus: Das folgenschwere Mißverständnis (Conert)</i>	266
<i>Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik (Conert)</i> .	266
<i>Grosser, Alfred: Die Bundesrepublik Deutschland (Hirsch)</i> . . .	404
<i>Raschke, Joachim: Wie wählen wir morgen? (Hirsch)</i> . . . . .	295
<i>Raschke, Joachim: Wählen und Wahlrecht (Hirsch)</i> . . . . .	295
<i>Kaak, Heino: Zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl (Hirsch)</i> . . . . .	295
Parteien, Wahlrecht, Demokratie ( <i>Hirsch</i> ) . . . . .	295
<i>Scheuch, Erwin K., und R. Wildenmann: Zur Soziologie der Wahl (Hirsch)</i> . . . . .	295
<i>Kaase, Max: Der Wechsel von Parteipräferenzen (Hirsch)</i> . . .	295
<i>Hermens, Ferdinand A. (Hrsg.): Verfassung und Verfassungswirklichkeit (Hirsch)</i> . . . . .	295
<i>Hesse, Konrad: Grundzüge des Verfassungsrechts der BRD (Blankenhorn)</i> . . . . .	404
<i>Leibholz, Gerhard: Strukturprobleme der modernen Demokratie (Blankenhorn)</i> . . . . .	404
Recht und Organisation der Parlamente ( <i>Hirsch</i> ) . . . . .	406
<i>Berra, Xaver: Im Paragrafenturm (Blankenhorn)</i> . . . . .	407